

A.E. WILDER SMITH

INFLATION:

**der Dieb
im Haus**

factum -Taschenbuch

A.E. Wilder Smith

**Inflation:
der Dieb
im Haus**

factum

ISBN-Nr. 3-85 666-701-6

factum-Taschenbuch Nr. 101

© 1983 by Förderung christlicher Publizistik, Schweiz

Vertrieb: Schwengeler-Verlag, CH-9442 Berneck

Umschlag und Gesamtherstellung:

Cicero-Studio am Rosenberg, Berneck/Schweiz

Printed in Germany

«Wer viel Steuern erhebt, richtet sein Land zugrunde.»

Salomo (Sprüche 29, 4)

«Inflation ist unser wichtigster öffentlicher Feind. Er wird, wenn wir ihn nicht besiegen, unser Land, unsere Heime, unsere Freiheit und unseren Besitz so sicher vernichten wie ein bewaffneter Kriegsfeind.»

Präsident Gerald Ford, vor einer gemeinsamen Kongreßsitzung, 8. Oktober 1974.

«Die Wahrheit sagen ist ein bourgeoises Vorurteil. Eine Lüge wird durch das zu verfolgende Ziel gerechtfertigt. Die Kapitalisten und ihre Regierungen werden gegenüber unseren Aktivitäten die Augen verschließen. Auf diese Weise werden sie nicht nur taubstumm, sondern auch noch blind werden. Sie werden uns Kredite zur Verfügung stellen, die uns dazu dienen werden, die kommunistischen Parteien in ihren Ländern zu unterstützen. Sie werden uns das Material und das technische Wissen liefern, das uns fehlt. Sie werden unsere Rüstungsindustrie wieder aufbauen, die wir benötigen für unsere zukünftigen siegreichen Angriffe auf unsere <Versorger>. Mit anderen Worten: Sie werden sich anstrengen, um ihren eigenen Untergang vorzubereiten!»

Wladimir Iljitsch Lenin, 1921.

«Ich sehe nicht, wie in den kommenden fünf Jahren die Inflation bewältigt werden soll.»

«Ich sehe nicht, wie in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren die Hungerkatastrophe ... abgewendet werden soll.»

«Ich sehe nicht, wie in den kommenden Jahrzehnten das Wettrüsten der Großmächte und die Gefahr eines dritten Weltkrieges vermieden werden soll.»

«Es scheint, daß die Welt in der modernen Kultur immer unregierbarer wird. Dies führt zu der Versuchung, mit Polizei oder Militär zu regieren.»

Carl Friedrich von Weizsäcker: «Der Garten des Menschlichen», 1980, S. 36

Inhalt

Zum Geleit	11
KAPITEL I	
Finanzielle Grundprinzipien.....	15
1. Frühgeschichte	15
2. Die Geschichte des Kuhla Khan.....	17
3. Geld als Schuldschein	20
4. Der Untergang einer Papierwährung	23
5. Synthetisches Gold	25
6. Intrinsische Werte und Papierwerte.....	26
7. Die Rolle der menschlichen Psyche in Finanzfragen.....	34
8. Das Wesen von Geld und Ersatzgeld (Fiatgeld)	36
KAPITEL II	
Inflationspolitik und einige ihrer Folgen.....	44
1. Inflation ist selbstperpetuierend	44
2. Kann man Inflation stoppen, ehe sie zum Kollaps führt?	52
3. Inflation unter Kontrolle?	60
4. Staatseffizienz	66
5. Menschliches Verhalten in der Wirtschaft	70
KAPITEL III	
Die psychischen und anderen Ursachen der heutigen Inflation	78
1. Psychische Ursachen	78
2. Warum und wie Inflation heimlich, aber bewußt immer noch gefördert wird. Einige praktische Beispiele	85
3. Warum und wie die Inflation öffentlich «bekämpft» wird	86

4. Andere Ursachen	89
5. Papiergeldmanipulation.....	91
6. Die Belastungsproben heutiger wirtschaftlicher Systeme	92
KAPITEL IV	
Steuerabgaben und Effizienz.....	104
1. Einige praktische und theoretische Überlegungen.....	104
2. Phillips- und Lafferkurven	114
3. «Demandside» Wirtschaft	118
4. «Supply- und Demandsiders».....	122
5. Die Konsequenzen der Politik Reagans und Mrs. Thatchers	126
KAPITEL V	
Marktwirtschaft überholt?	133
1. Historisches	133
2. Korporativer Sozialismus (Corporate Socialism)	140
3. Die Aufteilung von Macht und Verantwortung	142
4. Sozialismus ist regressiv	144
5. Streichung von Entwicklungshilfeschulden und Steuerbehörden.....	149
6. Monopolsymptome	154
KAPITEL VI	
Verstaatlichung und ihre Folgen	159
1. Ideologien und Wirtschaft	159
2. Produktion und Effizienz.....	162
3. Verstaatlichte Medizin	164
4. Preiswerte Ware.....	167
5. Planwirtschaft und Marktwirtschaft	169
6. Die richtige Funktion des Staates.....	171
KAPITEL VII	
Wohlstand in der Sowjetunion und Inflation im Westen.....	175
1. Allgemeiner Wohlstand in der Sowjetunion	175
2. Einige Beispiele von Monopolen	176

3. Industriequellen für Militär und Wohlstand in der Sowjetunion – trotz Monopolgesinnung	180
a) Stalin	182
b) Eisen und Stahl in der Sowjetunion	183
c) Die sowjetische Handels- und Kriegsmarine.....	183
d) Die sowjetische Autoindustrie	184
4. Die Rechtfertigung der militärischen Hilfe an die Sowjets	187
5. Kredite für totalitäre Staaten, um sie zu «zivilisieren».....	191
6. Die Kreditpolitik des Westens der Sowjetunion gegenüber	196
7. Stalin und Vertrauen	200
8. Das Wettrüsten	204
9. Die ideologische Seite	206
10. Radikalismus in akademischen Kreisen des Westens	208
11. Entwicklungshilfe ist ein oberster Leitwert des Westens, nicht aber des Kommunismus	210
12. Wie Planwirtschaft im täglichen Leben funktioniert	219

KAPITEL VI

Die kulturelle und wirtschaftliche Zukunft	222
1. Systemanalyse und Futurologie.....	222
2. Ein Stück Geschichte interpretiert	225
3. Der 2. Weltkrieg.....	228
4. Das Beschäftigungsprogramm	230
5. Faktor 3 – Hardware	233
6. Faktor 3 und unsere heutige Kultur	234
7. Milton Friedman, Ronald Reagan und Mrs. Thatcher	237
8. Eine Lösung?	239
Anmerkungen	245

Zum Geleit

In der westlichen Welt gilt seit vielen Jahren das persönliche Recht auf den Besitz von Land, Geld und geistigem Eigentum als eine Selbstverständlichkeit. Dieses Recht auf persönlichen Besitz bildet die natürliche Grundbasis der persönlichen Freiheit des Bürgers. Geld (und Besitz desselben), sagen die Schweizer, ist gemünzte, bürgerliche Freiheit. Das gleiche gilt natürlich auch für den Besitz aller Arten. Das Recht auf persönlichen Besitz ist bloß ein Ausdruck des Rechtes auf persönliche Freiheit. Wer deshalb einen Bürger enteignet, der entrechtet ihn zur gleichen Zeit. Deshalb sind Menschen ohne persönlichen Besitz geistiger oder materieller Art überall Menschen ohne persönliche Rechte in dieser Welt.

Da Geldinflation eine Art von Enteignung des Geldbesitzes darstellt, bringt sie immer Entrechtung und Versklavung des Bürgers mit sich. Sie stellt eine Art von Erosion der persönlichen Freiheit dar. Hohe Steuern stellen ebenfalls eine Art von Enteignung dar und weisen die gleichen Folgen auf.

Erst das Aufkommen des Marxismus und in jüngster Zeit des Neomarxismus der Neuen Linken hat seit dem Feudalismus die Selbstverständlichkeit des bürgerlichen Rechtes auf persönlichen Besitz in Frage gestellt. Deshalb sind beide, Marxismus und Neomarxismus, immer und ohne Ausnahme freiheitsfeindlich. Marxismus und Neomarxismus lehren, daß gerade dieses Recht auf persönlichen Besitz ein Grundübel (und nicht ein Grundrecht) menschlicher Gesellschaft ist. Nach marxistischer Auffassung muß man *dieses* Grundübel schleunigst abschaffen,

wenn man Egoismus, Kriege zwischen Nationen und Zank unter Privatmenschen beseitigen will; denn nach marxistischer Lehre werden Kriege geführt und Egoismus dort entwickelt, wo Menschen das Recht auf persönlichen Besitz ausüben. Entfernt man dieses Recht, entfernt man nach Auffassung der Neuen Linken zur gleichen Zeit die Triebfeder des Egoismus und des Krieges.

Überall wo man in den vergangenen 50 Jahren dieser marxistischen Lehre parktisch Gehör schenkte, indem man Sozialismus oder Kommunismus politisch realisierte, konstatiert man, daß menschlicher Egoismus durch die Abschaffung des Privatbesitzes leider nicht abgeschafft wurde. Kriege hörten dadurch leider auch nicht auf. Blutvergießen hat sich wahrscheinlich sogar vermehrt. Besitzlose Menschen wurden persönlich leider nicht friedfertiger Menschen. Der heutige Terrorismus und die heutigen politischen Gewaltherrschaften werden sogar zu einem großen Teil von konsequenten, linksgerichteten Gruppen praktiziert, die Privatbesitz abschaffen. Man denke an China, Rußland oder Kuba und an ihre aggressive Kriegspolitik.

Um ganz fair zu sein, muß man aber zur gleichen Zeit feststellen, daß die Ausbreitung und die Praxis des Imperialismus ähnliche, gewalttätige Symptome an den Tag legte. Dies beweist natürlich, daß die Ursache der asozialen Symptome, um die es hier geht, weder im persönlichen Besitz noch in Besitzlosigkeit liegt, sondern in der menschlichen Natur selbst. Für wissenschaftlich denkende Menschen gilt das Experiment allein als maßgeblich bei der Lösung wissenschaftlicher Probleme. Die meisten politischen Experimente in der Geschichte des Menschen endeten in asozialem Verhalten, d.h. in Krieg, Zank und Ausbeutung des Privatbesitzers. Selbst das christliche Ideal wurde politisch nie realisiert, denn «christliche» Nationen, die den Frieden und die soziale Gerechtigkeit *per definitionem* enthalten und lieben müßten, haben die

schrecklichsten Kriege aller Zeiten geführt. Die alte Natur im Menschen vereitelte selbst die hohen Ideale des Christentums, das dann selbst die Kreuzzüge im Namen Christi durchführte. Politische Ideale, Besitz oder Besitzlosigkeit sind also weniger wichtig als die praktische Erfahrung, die zum neuen «sozialen» Menschen führt, der von innen heraus und nicht durch äußere politische Ideale seinen Egoismus überwindet. Deshalb sollten zu ihrer persönlichen Entwicklung alle Menschen, Christen und Nichtchristen, das Grundrecht des Menschen, den persönlichen Besitz, ausüben dürfen; denn dieses Recht macht die Menschen weder egoistisch noch altruistisch. Ihre Gesinnung entscheidet das.

Besitz und das Recht auf Privatbesitz sind die Gewähr für persönliche Zivildfreiheit. Doch bieten weder das Recht auf Privatbesitz noch auf Besitzlosigkeit eine Garantie für die Überwindung des menschlichen in der Gesinnung sitzenden Egoismus. Besitzlosigkeit ist in dieser Hinsicht genau so kraftlos wie das Recht auf Besitz, denn menschlicher Egoismus ist stark. Die Entwicklung (oder Rückentwicklung) der Zivilmoral in sozialisierten Ländern beweist das. In solchen Ländern kann man direkt feststellen, wie die gewaltsame politische Abschaffung des Rechtes auf Besitz (oder auf Privatkapital) die Abschaffung des menschlichen Egoismus (oder die Abschaffung anderer Merkmale sittlicher Dekadenz) nicht mit sich bringt. Die meisten Menschen kennen Besitzer von Kapital, die ihr Kapital recht sozial und altruistisch und gar nicht egoistisch gebrauchen. Andererseits kennen wir alle Menschen, die besitzlos, aber recht asozial und egoistisch sind. Trotzdem garantiert das Recht auf persönlichen Besitz menschliche Freiheit und Menschenrechte.

Das vorliegende Buch beschreibt die Enteignung und deshalb auch die Entrechtung des Bürgers durch das Inflationsverfahren. Konkrete Vorschläge zur Behebung dieser Inflationspolitik werden besprochen. Nationalöko-

nome und Finanzexperten werden aber gebeten, das Buch lieber nicht zu lesen, denn der Verfasser hat absichtlich den Jargon der Nationalökonomie und der Volkswirtschaft vermieden. Es ist seine Absicht, den von den Experten betrogenen Laien zu erreichen, was natürlich mit sich bringt, daß wir den Experten nicht beeindrucken werden. In diesem Buch geht es um die Erosion der Zivilfreiheit des Laien und des Bürgers durch Inflation. Deshalb wurde der Verfasser gezwungen, eine Sprache zu wählen, die dem Laien verständlich ist. Im verheißenen Millennium des Christentums wird jeder unter seinem eigenen Feigenbaum sitzen – Paradies wird trotz allem Privateigentum fördern und dort wird es bestimmt keinen Egoismus geben!

Finanzielle Grundprinzipien

1. Frühgeschichte

«Wie schade» bemerkte im Jahre 1777 eine alte, patriotische, amerikanische Dame, «daß unser Kongreß unsere armen Soldaten so leiden läßt (wegen Mangel an Geldmitteln, um Ausrüstung und Proviant zu kaufen), obwohl er die Macht und die Befugnisse besitzt, so viel Geld zu beschaffen und zu erschaffen, wie er es für nötig hält».

Ungefähr um die gleiche Zeit (also vor ca. 200 Jahren) drückte ein Mitglied des amerikanischen Kongresses die gleiche Idee aus, diesmal aber in der Sprache des Berufspolitikers, indem er sagte:¹ «Meint ihr, Gentlemen, daß ich gewillt bin, meine Stimmbürger mit Steuern zu belasten (was natürlich seine Stimmen im Volk herabsetzen würde), wenn wir ohne Hindernis zum Drucker senden und eine Wagenladung Geld erhalten können, wovon eine Lage Papier alles bezahlt, was wir benötigen.» Dieser Schritt, um Steuern zu senken, um Güter zu erhalten und um Wohlfahrt zu erhöhen, würde natürlich bei den Stimmbürgern, die den Kongreßmann wählten, sehr populär sein. Mit gedrucktem Papiergeld bezahlt der Politiker seinen und ihren ganzen Wohlstand und ihre Steuern noch dazu und zwar ohne nennenswerte Arbeit.

Die gleiche Methode ist bis heute die Lieblingsmethode des geschickten Politikers (und der alten Damen) geblieben, um Stimmen und Popularität im Volk zu kaufen, und stellt heute noch die Basis vieler, sozialistischer Finanzpolitik dar.

Obige Einstellung der politischen Macht, dem Geld

und den Staatsfinanzen gegenüber gehört offenbar noch nicht der Vergangenheit an. Sie ist genau so modern wie die Finanzpolitik von einem Keynes und seinen heutigen wirtschaftspolitischen Jüngern. Sie beherrschte die Denkweise nicht nur der alten amerikanischen Dame, sondern beherrscht auch die Finanzpolitik vieler moderner Politiker.

Wer eine solche Behauptung bezweifelt, braucht nur das Gespräch zwischen Marriner Eccles, Governor of the Federal Reserve Board Amerikas und Congressman Wright Patman² zu lesen:

Eccles: «Wir haben diesen Wert (d.h. zwei Billionen Dollar in Regierungswerten im Jahre 1933) erschaffen.»

Patman: «Aus was?»

Eccles: «Aus unserem Recht, Kreditgeld herauszugeben.»

Patman: «Deckt irgend etwas diesen Wert – ausgenommen Regierungskredit?»

Eccles: «Das stellt das Wesen unseres Geldsystemes dar. Wenn es keine Schulden in unserem Geldsystem gäbe, gäbe es kein Geld.»

Anthony Sutton schreibt zu obiger Aussage, daß, wenn wir ein lediglich aus Schuldscheinen bestehendes Geldsystem verwenden und wenn uns ausschließlich Scheine dieser Art als Lohn für unsere Arbeit anzunehmen erlaubt ist, dann stellt ein solches Geldsystem bloß eine Schuldscheinpapierfabrik oder eine Schuldenmaschine dar. Intrinsische Werte existieren in einem solchen Geldsystem nur, insoweit die Papierscheine *jederzeit* zu einem vorher festgelegten Preis in etwas umwandelbar sind, das intrinsischen Wert – wie Gold oder auch andere Ware wie z.B. Zeit – besitzt. Der Wert eines Schuldscheines (und alles Papiergeld bestand früher letzten Endes nur aus Schuldscheinen) ist sonst genau so hoch wie die Kreditfähigkeit des Herausgebers, d.h. gegen wieviel er in der Lage ist, seine Schuldscheine einzutauschen. Wenn er von vornhe-

rein nicht bereit oder nicht in der Lage ist, seine Schuldscheine gegen etwas einzutauschen, das ein echtes Reservoir von Wert darstellt, dann ist sein Schuldschein (d.h. sein Geld) auch wertlos.

Wie kommt es, daß die Papierwährungen aller heutigen Staaten eigentlich nur Schuldscheine (oder Fiatscheine) darstellen? Ehe Papiergeld von den verschiedenen Regierungen und Staaten herausgegeben wurde, zirkulierten als Geld in Amerika und anderen Ländern die Schuldscheine großer Firmen und reicher Bürger. Ursprünglich, vor der Erscheinung von Papiergeld, zirkulierten natürlich noch dazu Gold, Silber und Kupfermünzen, die aber in größeren Mengen schwer zu transportieren sind. Die erwähnten Schuldscheine waren dagegen zu jeder Zeit in Gold oder Silbermünze, d.h. in *specie*, umtauschbar, so daß die Schuldscheine ihren effektiven Wert behielten, – sie litten nicht unter Inflationserscheinungen wie das heutige Fiat- oder Papiergeld. Mit dem Wachstum der Ökonomie führten westliche Staaten ihre eigenen, standardisierten Fiat- oder Papierschuldscheine ein, die die Vorgänger unseres heutigen Papiergeldes waren.

Woher aber stammt die Tatsache, daß dieses Papiergeld «negative Beträge d.h. Schulden», Staatsschulden oder Bankschulden darstellt und nicht den positiven intrinsischen Reichtum eines Volkes? Die Geschichte des chinesischen Finanzgenies Kubla Khan (1270)³ wird uns zeigen, wie das heutige Schuldenfinanzwesen des modernen Staates zustandekam.

2. Die Geschichte des Kubla Khan

Kubla Khan wurde im dreizehnten Jahrhundert von Marco Polo in China besucht, wobei Marco Polo das Geheimnis des fabelhaften Reichtums des Khans entdeckte. Was war sein Geheimnis?

Der große Khan ließ Maulbeerbaumborke zu Platten verarbeiten, die wie schwarzes Papier aussahen. Verschiedene Plattengrößen wurden hergestellt. Je nach der Größe dieser Papierplatten galten die Stücke 1, 3 oder 10 Goldbezanten. Dieses Maulbeerbaumpapiergeld wurde mit großem Pomp und würdiger Staatsautorität, als ob die Papierplatten aus reinem Gold oder Silber bestünden, herausgegeben. Verschiedene Beamte mußten ihre Namen und ihre Siegel auf jede Platte drücken. Zuletzt kam auf jede Maulbeerbaumplatte das große Siegel des Kubla Khans selbst. Dieses letzte Siegel machte das Stück zu authentischem Geld.

Falschmünzerei wurde mit dem Tod bestraft. Niemand durfte sich weigern, dieses authentische Geld für irgendwelche Geschäfte im Lande zu akzeptieren. Alle wurden gezwungen, das *Papiergeld* wie Gold zu behandeln. Etwaige Verweigerung, das Papierstück wie Gold zu behandeln, brachte auch die Todesstrafe mit sich. (Man denke an die drakonischen Währungsgesetze der heutigen kommunistischen Länder!) Alle Kaufleute, die aus Indien und anderen Ländern kamen, um Gold, Silber oder Edelsteine zu verkaufen, durften ihre Ware ausschließlich dem Khan anbieten, der einen guten Preis – in Papiergeld natürlich – dafür anbot. Mit dem Maulbeerbaumpapiergeld, das sie für ihre Silber- oder Goldware erhielten, konnten die ausländischen Kaufleute alles, was im Land feil war, kaufen. Jedes Jahr kaufte der große Khan Schätze im Werte von 400000 Goldbezanten ein. Alle diese Schätze wurden mit Maulbeerbaumpapiergeld bezahlt, so daß des Khans Schätze unermesslich waren. Er sammelte und kaufte diese Schätze mit Geld, das praktisch nichts kostete – wenn man die Kosten seines Staatsapparats (Polizei und Armee) nicht berechnet.

Mehrere Male im Jahr wurde eine Proklamation in der Stadt ausgerufen, wonach alle, die Gold oder Silber oder sonstige Schätze besaßen, diesselben zur kaiserlichen

Münzerei bringen durften. Dort erhielten sie dafür einen guten Preis – in Papiergeld natürlich. Auf diese Weise eignete sich der große Khan praktisch alle Schätze des Landes – und noch dazu viele Schätze aus dem Ausland – an. Er bezahlte alles mit seinem selbstherausgegebenen Papiergeld.

Wenn jemand Gold, Silber oder Edelsteine für Schmuck oder Verzierung brauchte, durfte er auch diese gegen des Khans Papiergeld erwerben. Der intrinsische Wert des Maulbeerbaumgeldes betrug natürlich praktisch nichts.

Weil man aber das Papiergeld gegen Gold oder Silber zu bestimmten, vorher festgelegten Preisen eintauschen konnte, entstand Vertrauen zu den Papierscheinen. Um die Verkäufe von Gold oder Silber von der kaiserlichen Münzerei gegen Papiergeld zu decken, wurde anfänglich das Papiergeld durch $\frac{3}{7}$ der herausgegebenen Papierscheine durch gelagertes Gold oder Silber in *specie* garantiert.

Die ersten Maulbeerbaumnoten wurden vor dem großen Khan etwa im Jahre 1000 n. Chr. zum offiziellen Zahlungsmittel ernannt. Sie blieben unbeschränkt und zu jeder Zeit zu vorher festgelegten Preisen in Gold, Silber, Kupfer oder Eisen während ca. 65 Jahren umtauschbar. Später erlaubte die Regierung einmal alle drei Jahre einen Umtausch der Scheine in *specie* (Gold oder anderes Metall). Da aber diese Umtauschgelegenheit selten benutzt wurde (das Vertrauen zum Papiergeld war groß), wurde im Laufe der Jahre die Regierung verschwenderisch und benutzte das Reservemetall (Gold und Silber) für den wachsenden Staatsapparat und für laufende Rechnungen und Verpflichtungen. Man hatte eben viele Auslagen für den schon übergroßen Staatsapparat und für Kriegsrüstungen, wofür man dann, unter dem Druck einer verschwenderischen Staatspolitik, das Reservegold im Laufe der Zeit ausgab. Das umlaufende Papiergeld besaß bald

kein Verhältnis mehr zu den Reserverealitäten. So sank mit der Zeit der effektive Wert des Papiergeldes demgemäß auf den Wert der tatsächlichen Goldreserven – nämlich auf den Nullwert! Letzten Endes wurde das Gesetz, das die Papiergeldscheine ins Leben rief, widerrufen – und die Kaufleute, die ihr Vertrauen in sie hineingelegt hatten, somit enteignet, expropriert und betrogen.

Die Geschichte der finanziellen Erfolge und auch der Malheure des großen Khans klingt fast modern! Der Khan erschuf und vernichtete Geldwerte je nach politischer Notwendigkeit. Solches Papiergeld ist leicht manipulierbar, was es heute noch dem modernen Staat interessant macht.

3. Geld als Schuldschein

Kubla Khans Maulbeerbaumgeld stellte also in Wirklichkeit Schuldscheine dar; denn auf Vorweisung desselben mußte der Khan sie gegen Specie (Gold, Silber etc.) einlösen ... und zwar gegen einen vorher festgelegten Preis. Deshalb mußte er Gold- und Silberreserven halten, um diese Schulden auf Verlangen zu begleichen. Das heutige Papiergeld besitzt einen ganz anderen Charakter, denn es ist zu vorherfestgelegten Preisen in nichts umtauschbar! Das moderne Papiergeld ist daher in Wirklichkeit kein Schuldschein mehr, obwohl es dieses Wesen vortäuscht. Auf dem englischen Pfundschein steht immer noch, daß ein Pfund Sterling in ein Pfund Sterling treu umtauschbar ist! Es wird natürlich nicht definiert, was genau ein Pfund Sterling ist – wohl die schönste und auch gelungenste Tautologie des Weltbanksystems: Man verspricht einen Pfundschein gegen einen Pfundschein einzutauschen, und das Volk merkt den Betrug nicht! Weil nun das moderne Papiergeld keinen Schuldschein mehr darstellt, bleibt sein Wert total fiktiv. Es handelt sich heute um ein

Fiategeld, eine ganz andere Angelegenheit, die mit Schuldscheinen wenig Gemeinsames hat.

Aus obigen Tatsachen gehen drei Punkte hervor:

a) Papiergeld müßte, seinem ursprünglichem Wesen nach, eine Schuld, die in intrinsische Werte zu vorher festgelegten Preisen umtauschbar ist, darstellen. Denn das Papier simuliert Werte, die aber im Papier nicht intrinsisch sind. Die tatsächlichen, intrinsischen Werte befinden sich, wenigstens theoretisch, im Besitze des Papiergeldherausgebers. Wenn aber der Herausgeber über keine tatsächlichen, intrinsischen Werte verfügt, um seine Schuldscheine in *specie* auszuzahlen, dann ist er ein Finanzbetrüger; denn der Benützer von Papiergeld (wenn es aus Schuldscheinen besteht) verläßt sich auf die Fähigkeit des Herausgebers, seine Schulden, die das Papiergeld bescheinigt, in *specie* auszuzahlen. So verhielt es sich ursprünglich, als Papiergeld entstand. Wenn aber der Herausgeber dies nicht kann, dann ist er bankrott. Wenn er aber nicht die Absicht hat, seine Schuldscheine einzutauschen – und zwar zu einem vorher festgelegten Preis – dann ist er in seinen Absichten ein Betrüger. Wenn der Herausgeber bankrott ist (oder ein Betrüger) sollte er keine Staats- oder Bankgeschäfte mehr tätigen dürfen! Bankrotte Bürger müssen sich dieses Pleitegesetz mit Recht gefallen lassen. Warum sollten der Staat oder die Banken als Herausgeber von wertlosen, betrügerischen Scheinen von ihren eigenen Staats- oder Bankgesetzen frei sein?

b) Der Herausgeber von Schuldscheinen enthält seine wirklichen Schätze, die in der Tat intrinsischen Wert besitzen, seinen schuldscheinbesitzenden Gläubigern vor. Der Herausgeber nimmt also wirkliche Werte für seine Schuldscheine entgegen, was prinzipiell gefährlich ist. Zur gleichen Zeit kann er intrinsische Werte für seine Schuldscheinreserven auch entgegennehmen, d.h. er kann die gleiche Ware zweimal verkaufen und dadurch reich werden; denn er verkauft seine Schuldscheine gegen

Werte und dann verkauft er die Reserven, die den Schuldscheinen *Wert verschaffen!* Der zweite Verkauf stellt Betrug dar, weil er die bereits verkauften Scheine entwertet! Kein sonstiges Geschäft kann die gleiche Ware zweimal verkaufen!

c) Papiergeld ist handlicher als Gold oder andere Edelmetalle. Der Benützer von Papiergeld genießt diese Handlichkeit, bezahlt aber einen hohen Preis dafür; denn er gibt mit seiner Anwendung des Papiergeldes dem Herausgeber finanzielle und politische Macht in die Hände, (eigentlich doppelte Macht – den angegebenen Wert des Schuldscheines und den Wert der Reserven). Geld bringt nicht nur Freiheit, sondern auch Macht. Die Herausgabe von Papiergeldscheinen bringt also hartes Geld für den Herausgeber ein. Wenn der Herausgeber skrupellos wird (und Macht, auch Geldmacht kann den Charakter der meisten Menschen verderben), kann er diese Macht zur Unterdrückung oder Erpressung des Benutzers seines Papiergeldes anwenden. Man denke an die Todesstrafe des Khans, wenn jemand sich weigerte, sein Maulbeerbaumgeld zu akzeptieren. Falschmünzerei brachte die gleiche Strafe mit sich. Man denke an die drakonischen Währungsgesetze der Ostländer, die daraufhin formuliert sind, durch Gewalt eine wertlose Papierwährung wertvoll zu gestalten. Gewalt kann also und muß benutzt werden, wenn intrinsische Werte durch Papierwerte ohne vorher garantierten Umtausch in *specie*, simuliert werden. Eine wackelige Papierwährung braucht immer die Unterstützung einer rigorosen, rücksichtslosen Gesetzgebung, – sie braucht immer Totalitarismus – um sie über Wasser zu halten. Je wertloser und reserveloser die Währung, desto stärker und totalitärer muß die Gesetzgebung sein, um sie lebensfähig zu halten – d.h. um sie vor Inflation zu schützen.

4. Der Untergang einer Papierwährung

Das, was dem Papiergeld des Kubla Khan den Todesstoß versetzte, war natürlich ausschließlich die durch die allgemeine Verschwendung und Verschuldung eines zu großen Staatsapparates notwendig gewordene Annullierung der auf Sicht Konvertibilität Papier/specie (Gold, Silber etc.). Die universellen Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft verlangen, daß sich jegliche Verschwendung und Verschuldung *politischer oder privater Art* rächt. Intrinsische Reservewerte müssen dann verkauft werden, um die Verschwendung und die Verschuldung auszugleichen, was zur Folge hat, daß Papierwerte, die dann weniger Deckung besitzen, ihren Wert proportional verlieren. Der effektive Wert des Papiergeldes bleibt mit dem konvertiblen hinter ihm stehenden Reservewert gekoppelt. Wenn die Auslagen oder der Konsum einer Nation tiefer liegen als ihre Produktivität, käme man heute wahrscheinlich auch ohne große Währungsreserven aus; denn unter diesen Umständen werden Konvertibilitatsmoglichkeiten weniger benutzt werden. Sobald aber der Konsum einer Nation ihre Produktivität übersteigt, werden Reserven unentbehrlich, so daß die Währung ohne Reserven unstabil wird und *Inflation* beginnt. Verschwendung, höhere Auslagen als Einnahmen in der Regierung wie im Volk d.h. Defizitwirtschaft, werden immer von inflationären Folgen beim Papiergeld begleitet. Papiergeld ist schon in Ordnung, aber nur dort, wo Verschwendung jeglicher Art, besonders im Staatsapparat, vermieden und wo Konvertibilität zu vorher festgelegten Preisen in Realwerte unbeschränkt gewährleistet wird.

Die Annullierung der Papierdollar-Gold Konvertibilität im Jahre 1971, die eine direkte Folge der unvorstellbaren Verschwendung des Vietnamkrieges und des Wohlfahrtsstaates war, stellt eine moderne Parallele zu der finanziellen Entwicklung vor beinahe tausend Jahren in China

dar. Die Inflationswelle in Amerika ist eine Folge des Vietnamkrieges, der erhöhten Ölpreise und der erhöhten sozialen Leistungen. Die Annullierung der Konvertibilität und die spätere Entwertung des Dollars sind direkte Folgen der Defizitwirtschaft und der zu hohen Staatsauslagen (der Vietnamkrieg, ein zu großer Staatsapparat, der Wohlfahrtsstaat etc.) Diese Phänomene sind mit Verschwendung verbunden und sind eine Begleiterscheinung und eine Ursache der Schrumpfung der Staatsgoldreserven (oder auch anderer Realwerte).

Die am 29.8.77 bekanntgegebene Abwertung der dänischen, norwegischen und der schwedischen Währungen singen genau das gleiche Lied. Schweden, das die finanzielle Krise in Skandinavien auslöste, führte keinen verschwenderischen Krieg, doch ist das Land während einer Generation der Tummelplatz einer fast unvorstellbaren, sozialistischen Verschwendungspolitik gewesen. Die dortigen Linkspolitiker haben sich den Luxus eines schier nicht zu bezahlenden Wohlfahrtsapparates geleistet, der mit Hilfe einer reservelosen defizitwirtschaftlichen Papiergeldfabrik finanziert wurde. 1977 mußte dann das Volksvermögen abgewertet werden, um die Kosten dieses teuren sozialistischen Staatsexperimentes zu begleichen. Der Eigentümer im Land bezahlt letzten Endes immer die Fehler der finanziell uninstruierten, unverantwortlichen Politiker und Ideologen. Belgien und Dänemark exerzierten 1982 die gleiche Übung durch – die Auslagen waren höher als die Einnahmen, Reserven mußten verkauft werden. Abwertung war die unausweichliche Folge – und wird sie bleiben, solange ein Staat mehr konsumiert als er produziert. Frankreich wertete 1983 den Franc aus genau diesen Gründen ab.

5. Synthetisches Gold

Wenn man dem Traum der mittelalterlichen Alchemisten – Gold aus nichtedlen Metallen herzustellen – realisieren könnte, würden die dadurch neugewonnenen, synthetischen Goldmengen ganz sicher den natürlichen Goldpreis drücken. Das neue synthetische Gold würde also eine Goldinflation nach sich ziehen, denn der Wert von Gold liegt nur in folgenden zwei Goldeigenschaften verankert: a) in seiner speziellen Beschaffenheit als Edelmetall (das Metall ist chemisch ziemlich träge) und b) in seiner relativen Rarität – man kann die vorhandenen Mengen von Gold nicht ohne viel Mühe und Arbeit vermehren. Wenn man die heute vorhandenen Goldmengen durch eine leichte chemische oder nukleare Synthese von unbegrenzten Goldmengen aus nichtedlen Metallen erhöhen könnte, würde der Wert des Goldes schlechthin automatisch sinken.

Gold ist als Edelmetall an sich für die Basis einer Währung nicht besonders geeignet. Platin wäre im Grunde genommen genau so gut – oder auch Uran (aber radioaktiv!) oder gar Plutonium (aber radioaktiv und äußerst toxisch, einige Atome des Metalls können in der Lunge Krebs hervorrufen!). Das, was die Edelmetalle wie Gold oder Silber für Währungsgrundlagen so nützlich macht, ist die Tatsache, daß niemand die vorhandenen Mengen ohne vorher entsprechend harte Arbeit geleistet zu haben, beeinflussen kann. So bilden alle diese Edelmetalle Wertreserven und Wert. Wenn man die vorhandene Menge Gold im Handel erhöhen möchte, hat man die Gewähr dafür, daß vorher entsprechende, wertvolle, menschliche Mehrarbeit geleistet worden ist. So bildet Gold (nebst anderen Edelmetallen) ein Reservoir bereits geleisteter, menschlicher Arbeit. Man könnte natürlich fast das gleiche für irgendwelche andere von Menschen fabrizierte Ware behaupten.

Wenn man diese menschliche Arbeit durch eine etwaige, leichte, billige chemische oder nukleare Synthese von Gold oder anderem Edelmetall umgehen könnte, würde der Wert oder das Wertreservoir des Goldes entsprechend und automatisch abnehmen. Gold würde billiger werden, eine Goldinflation wäre eingetreten.

6. Intrinsische Werte und Papierwerte

So lange nun Papiergeld, das an sich zu menschlicher Leistung wertmäßig in keinem Verhältnis steht (seine Herstellung ist doch verhältnismäßig zum angegebenen Wert sehr billig), durch strikteste finanzielle Disziplin an Gold oder an anderen unveränderlichen Leistungswerten total gekoppelt ist (so viel Papierwert kann immer und zu jeder Zeit in so viel Milligramm Gold – oder auch Arbeitsleistung – eingetauscht werden) wird keinerlei Inflationsgefahr bestehen. Der Wert des Papiergeldes ist dann als *Schuldschein* festgelegt und wird mit dem Preis von Gold fluktuieren, d.h. mit dem Preis von Arbeitsleistung. Die Inflationsgefahr beginnt dort, wo das Papiergeld keinen *Schuldschein* mehr darstellt und wo das finanzielle System defizitär wird.

Wenn aber Bankiers oder Politiker im Namen irgendwelcher politischer Ideologien (Sozialismus, Wohlfahrtsstaat, soziale Leistungen) zum Rat der alten patriotischen, amerikanischen Dame von 1777 greifen – oder auch die Praxis von Eccles befolgen – um angeblich die Not von armen Soldaten oder von Arbeitslosen oder von Kranken zu lindern (alles sicher empfehlenswerte, soziale Tätigkeiten, die christliche Nächstenliebe fordert) und Papiergeld nicht nach *dem Maß der Wertreserven*, sondern nach *dem Maß der Not* drucken lassen, wird Inflation unweigerlich die Folge sein. Der Versuch, Gutes zu tun, wird nach dieser *defizitären Methode* sehr viel Böses zur Folge

haben, wie die nachstehenden Überlegungen deutlich machen:

a) Sparsame Menschen, die immer dafür gesorgt haben, daß sie «schwarze» nicht defizitäre Sparkonti bei der Bank besitzen, werden, nach dem Maß der durch obige Maßnahmen ausgelöste Inflation, ihre positiven Kontiwerte schrumpfen sehen. Wenn die Inflation 10% der Kaufkraft des Geldes pro Jahr ausmacht, werden solche sparsame, fleißige Menschen 10% der Kaufkraft ihres Kontowertes im Jahr glatt ohne ihr Zutun verlieren. Die Inflation bestiehlt solche jährlich genau um 10% des Wertes.

b) Menschen, die mehr konsumieren oder ausgeben als sie einnehmen oder produzieren, werden negative, «rote» Guthaben auf der Bank besitzen – d.h. Schulden. Sie sind defizitär. Aber diese Schulden werden bei einer Inflationsrate von 10% jährlich an 10% Kaufkraft pro Jahr schrumpfen. Die Schulden werden also ohne Zutun des Defizitären um 10% jährlich kleiner werden. Die Zahlen auf dem Konto bleiben natürlich gleich, aber der Wert der Schuld nimmt um 10% jährlich ab. Die 10%-ige Inflation bezahlt also dem Schuldner 10% seiner Schulden pro Jahr.

Allgemein scheint aber der Mechanismus dieses Verlustes von 10% des Guthabens und des Gewinnes von 10% bei negativen Guthaben ungenügend verstanden zu sein. Verluste und Gewinne dieser Art durch Inflation sind gekoppelte Phänomene. Der Defizitäre, der 10% seiner Schulden durch Inflation bezahlt bekommt, belastet nämlich das Währungssystem selbst mit diesem Betrag. Die Währung vermittelt die Bezahlung; was der Defizitäre durch Inflation und Schulden gewinnt, das bezahlt der Nichtdefizitäre. Das Währungssystem zieht diesen Betrag vom Nichtdefizitären automatisch ab.

Inflation sorgt also für eine automatische und auch ungerechte Besitznivellierung, die mit Arbeitsleistung nichts

zu tun hat, was einerseits zur Freude des Defizitären und andererseits zur Frustration des Nichtdefizitären führt; denn Schulden sind im heutigen Finanzwesen günstig – wer Schulden macht, der gewinnt, und zwar weil die Inflation diesen automatischen Ausgleichsmechanismus in sich birgt. Dieser Mechanismus sorgt automatisch dafür, daß der faule, nichteffiziente, derjenige, der mehr konsumiert als er produziert, von dem bezahlt wird, der Überschuß an Fleiß, Effizienz und Erfolg aufweist, was für Motivation nicht gerade gesund ist. Vielleicht hängt der Mangel an Motivation und Arbeitsleistung mit diesen Tatsachen der Inflation heute zusammen! Aus diesen Gründen muß eine Währungsinflation immer zur Demoralisierung und Frustration der Nichtdefizitären, derjenigen, die Überschuß an Fleiß und Motivation aufweisen, beitragen.

Angesichts dieser Sachlage kann man verstehen, daß Inflation nach Expräsident Ford wirklich öffentlicher Feind Nummer 1 ist. Kann man sie aber wirklich bekämpfen? Ist es wahr, daß die Bankiers und die Politiker wirklich versuchen, Inflation zu bekämpfen? Oder will man sie zugunsten einer gesunden Wirtschaft oder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur einschränken und nicht stoppen? Wäre 2–8% jährliche Inflation mit Vollbeschäftigung für uns alle in Wirklichkeit günstiger als keine Inflation begleitet aber von 10% Arbeitslosigkeit? Es liegen sehr gute Gründe vor, alle Inflation abzulehnen, denn sie dient u.a. einer völlig ungerechten Geld- und Besitzneuverteilung, die mit Leistung und ehrenhafter Produktivität nichts zu tun hat und somit frustrierend wirkt. Frustration wirkt für eine produktive Nation sicher kontraproduktiv!

Aus diesen Gründen ist jegliche Inflation immer eine wirtschaftliche und auch eine finanzielle, soziologische Katastrophe. Selbst zur Zeit des Kaisers Diocletian mußte man diese Tatsache anerkennen. Denn A.D. 301 mußte

die Regierung damals selbst die Preise von Erbsen, Bohnen und sogar Fuhrwerkkrädern mit einem Preisstopp regeln, denn die damals galoppierende Inflation hatte sie bis zum 200-fachen über die vom 2. Jahrhundert herrschenden Preise erhöht.⁴ Die langfristigen Auswirkungen von Inflation, damals wie heute, sind immer katastrophal. Kurzfristig erscheinen sie oft als günstig. Es stellt aber immer eine Katastrophe dar, wenn Schulden auf Kosten von Guthaben anderer automatisch und ohne Gegenleistung schrumpfen, und wenn positive Guthaben automatisch schrumpfen, um damit Schulden auszugleichen. Es ist immer katastrophal, wenn Arbeitsleistung nicht haltbar, d.h. konservierbar, ist und wenn man nicht weiß, genau wie lange die «Halbwertszeit» einer Währung konstant bleiben wird. Der Geschäftsmann kann unter solchen Umständen für die Zukunft nicht mehr kalkulieren und wird deshalb für die fernere Zukunft auch nicht mehr planen.

Wenn eine sozialistische Regierung in einer Nation die Macht übernimmt, sieht man vielleicht am deutlichsten die katastrophalen Auswirkungen einer Währungsinflation. Nehmen wir zum Beispiel die von den britischen Sozialisten vorgenommene Verstaatlichung der Produktionsmittel. Innerhalb von 15 Jahren waren die verstaatlichten Bergwerke nicht mehr konkurrenzfähig. Die Autoindustrie steht augenblicklich vor dem Bankrott und das Land weist ca. 3 Millionen (1983) Arbeitslose auf. Diese Begleiterscheinungen einer Rezession sind katastrophal genug, aber die langfristigen Folgen des Versuches, eine Rezession mit inflationären Maßnahmen zu bekämpfen, sind noch unübersehbarer; denn der Staat eignete sich die Fabriken der Privatbesitzer mit Hilfe der Steuergelder an, die er von den gleichen Besitzern mittels hoher Steuern abgenommen hatte. Die Besitzer hatten sich also quasi selbst enteignet, indem sie die zu hohen Steuern bezahlten. Es wäre bitter genug, für einen Seilfabrikanten

am selbstfabrizierten Strick erhängt zu werden! Aber die Gelder, die die englischen Industriellen der Regierung in der Form von Steuern zahlten, wurden benutzt, um sie selbst zu enteignen! Die weiteren Folgen dieser Art Zynismus erweisen sich aber als noch frustrierender:

Die verstaatlichten englischen Industrien wurden mittels des staatlich kontrollierten Papiergeldes von ihren Besitzern abgekauft, genau so wie der Kubla Khan die Schätze Indiens mit Hilfe von Maulbeerbaumplatten, ohne selber irgend etwas zu produzieren, aneignete. Als aber der englische Staat anfang, mit diesen neu eroberten Schätzen oder Produktionsmitteln verschwenderisch, unsachgemäß und unwirtschaftlich umzugehen, mußte er die Staatsreserven an Gold und Aktien ausgeben, um laufende Spesen denen zu bezahlen, die sein Papiergeld nicht akzeptierten. Seine Gold- oder andere Reserven begannen so zu sinken, und der Wert seines Papiergeldes fiel automatisch mit dem Reserveschwund.

Talleyrand, der französische Staatsmann, faßte die damalige ähnliche Finanzsituation in Frankreich folgendermaßen zusammen:⁵ Man kann es so einrichten, daß das Volk dazu gezwungen wird, 1000 Papierlivres gegen 1000 Specielivres zu akzeptieren. Aber man kann es nicht so einrichten, daß ein Mann gezwungen werden kann, 1000 Specielivres gegen 1000 Papierlivres einzutauschen. In dieser Tatsache liegt das ganze Problem und an dieser einen Tatsache scheitert das ganze System (von Papiergeld ohne Gold oder andere Deckung).

Der Staat hegt meist monopolistische Ideen von Wirtschaftsführung und versuchte nun mit Hilfe dieser Ideen die neu erworbenen Industrien – Transport, Kohlenbergwerke, Stahlfabriken, Häuserbau etc. – zu führen. In kürzester Zeit stellte es sich natürlich heraus, daß der Staat gegen die privatgeführte Konkurrenz in anderen Ländern nichts auszurichten vermochte. Die Produkte der staatlichen Planwirtschaft waren durchschnittlich zu

schlecht und auch zu teuer. Die Produkte vom Marktplatz der Welt waren billiger und besser als die vom Ministerium. Einige Jahre nach den großen Verstaatlichungen in England waren die meisten so mißhandelten Industrien nicht mehr konkurrenzfähig und deshalb auch bankrott.

Um die großen Defizite der verstaatlichten Industrien und um die Riesenkosten des Wohlfahrtsstaates und des viel zu großen Staatsapparates zu decken, wurde die englische Labourregierung dazu gezwungen, Goldreserven, Regierungswertschriften und Firmen im Ausland zu veräußern. Der Verlust dieser Reserven wurde selbstverständlich von einer maßlosen Inflation begleitet – so sicher natürlich wie Nacht dem Tage folgt. Die Verstaatlichung lähmte die Effizienz der betroffenen Industrien, aber die darauffolgende Inflation versiegelte diese Lähmung doppelt. Allgemeine Apathie und Frustration war die Folge, denn es lohnte sich nicht mehr zu arbeiten, produktiv zu sein, lieber lebte man auf Kosten anderer, indem man staatliche Wohlfahrt in Anspruch nahm.

Obiges ist allgemein bekannt und interessiert uns hier weniger als das Schicksal der durch die Verstaatlichungen enteigneten, ehemaligen Fabrikbesitzer. Diese ehemaligen Besitzer wurden zum Teil mit Bargeld und zum Teil mit Regierungswertschriften für den Verlust ihres Besitzes «entschädigt». Kaum waren sie auf diese Weise mit Wertschriften oder Bargeld bezahlt worden, da fingen beides – Bargeld und Wertschriften – durch Inflation an, ihre Kaufkraft zu verlieren.

Ihre Entschädigung fing also gleich an, durch Inflation zusammenzuschmelzen, so daß sie in ganz kurzer Zeit mehr als die Hälfte ihres ursprünglichen Wertes verloren.

Nach dieser Frustration erfolgte eine Entwicklung, die man wirklich als das letzte Stroh bezeichnen kann, das dem Kamel den Rücken brach. Wollen wir beispielsweise annehmen, daß eine Fabrik gegen eine Barbezahlung von einer Million Pfund Sterling verstaatlicht wurde. Inner-

halb von 10 Jahren hatte die Inflation 9/10 des Wertes der Million Pfund gefressen, so daß die eine Million jetzt nur noch Wert in Höhe von 100000 kaufen konnte. Diese Entwicklung passierte all denen, die nicht schnell genug re-investierten.

Die Klugen kauften gleich mit ihrer 1 Mio. eine neue Fabrik und arbeiteten damit, wollen wir annehmen, 10 Jahre. Dann wurden die Käufer alt, verkauften ihre zweite Fabrik, diesmal aber zu 10 Mio. – die Inflation allein hatte für diese Verzehnfachung des «Wertes» d.h. der Pfundzahl, gesorgt. Daraufhin kommt aber der Fiskus zu unserem jetzt in Ruhestand lebenden ehemaligen Fabrikbesitzer und rechnet ihm vor, daß er 9 Mio. Kapitalgewinn durch den Verkauf erhandelt hätte ... gekauft für 1 Mio. und verkauft für 10 Mio., also doch 9 Mio. Gewinn und zwar Kapitalgewinn! Da muß also 80 % dieses «Gewinnes» als Steuer (U.K.) entrichtet werden! Der ehemalige Fabrikbesitzer erhält eine Rechnung vom Fiskus über 7,2 Mio. Kapitalgewinnsteuer!

In Wirklichkeit hat der kluge, ehemalige Fabrikant natürlich an *Kaufkraft* oder *Wert* gar nichts gewonnen – bloß *Inflationszahlen*. So benutzt der Fiskus fiktive, *inflationbedingte Zahlen*, um Realwerte (durch Steuern) an sich zu reißen. Mit Hilfe von Inflation macht er aus «Keingewinn» fiktiven «Zahlengewinn» und extrahiert mit diesem Trick Gewinnsteuern, wo kein realer Gewinn an Kaufkraft existiert. Das ganze Steuerverfahren ist bloß eine neue Art Expropriierung seitens des Fiskus. Die Medien in der Welt decken solche heimtückischen Spielereien des Fiskus auch selten auf, wahrscheinlich um es zu verhindern, daß die Steuerzahler noch unwilliger werden! Selbst hartgesottene Geschäftsleute, die die Härte der Finanzwelt kennen, würden kaum solche Unehrllichkeiten entwickeln, wie diese Gewinnsteuern, wo gar kein realer Gewinn existiert!

Eine ähnliche, merkwürdige Stille in den Medien über

Finanzangelegenheiten findet man seit den zwei Ölkrisen. Die OPEC-Länder haben in den letzten Jahren ihre Ölpreise vervielfacht, so daß die Industrieländer sich in einer tiefen Rezession befinden. Als wir vor 20 Jahren in Genf wohnten, kostete Benzin fürs Auto SFr. 0,39 pro Liter. Als wir vor 12 Jahren in den USA wohnten, kostete Benzin 0,29 Dollar pro Gallon (US). 1982 kostete Benzin in der Schweiz SFr. 1,20 pro Liter und mehr als ein Dollar pro US-Gallon in den USA. Der Preis hat sich also verdreifacht, brauchte sich aber eigentlich nur verdoppelt (von der OPEC her) zu haben, – wenn der Fiskus auf seine 50%ige Benzinsteuer verzichtet hätte! Denn in der Schweiz verlangt der Fiskus SFr. 0,60 pro Liter Benzinsteuer. Ohne diese «Hilfe» des Staatsapparates hätte 1983 Benzin genau SFr. 0,60 pro Liter gekostet.

Was für eine Gegenleistung bietet die Steuerbehörde gegen diese hohe Benzinabgabe? Der Automobilist bezahlt seine Straßensteuern für sein Auto, seine Gemeindesteuern, seine Einkommenssteuer und die unendlich vielen anderen Steuern noch dazu. Wenn die OPEC-Länder ihre Preise erhöhen, haben sie immerhin ihre Ware geliefert und «freiwillig» haben wir das Öl gekauft. Aber jedesmal, wenn OPEC ihre Preise erhöht, *profitiert der Fiskus viel mehr davon als die OPEC-Länder selbst!* Warum tadelt man die OPEC-Länder und schließt den Fiskus in diesem Tadel nicht mit ein? Wenn der Fiskus auf diese Benzinsteuern ganz verzichtete, hätte der Preis von Benzin in den letzten 15 Jahren sich nur verdoppelt statt verdreifacht.

Aus diesen Gründen ist der Fiskus an Inflation direkt interessiert, denn dadurch werden Steueranteile erhöht – man denke an Kapitalgewinnsteuern und Benzinsteuern!

7. Die Rolle der menschlichen Psyche in Finanzfragen

Die menschliche Psyche ist so gebaut, daß sie wählt, sie sucht aus, sie wählt das, was sie kauft. Sie überlegt und reflektiert, wie sie die maximale Befriedigung und die höchsten Genüsse mit der mindestmöglichen Anwendung persönlicher Mühe und Anstrengung erwerben kann. Deshalb kauft sie so preiswert wie nur möglich ein. Es kostet doch persönliche Mühe, das ausgegebene Geld zu erwerben. Die menschliche Psyche hat Wünsche, die sie so leicht und mühelos wie möglich befriedigen will. Sie sucht das aus, was von ihrem Standpunkt aus gesehen, am nützlichsten und am preiswertesten ist. Sie ist am glücklichsten, wenn sie die Freiheit besitzt, diese Wahlfähigkeit absolut frei und unbeeinflußt von anderen auszuüben. Deshalb gedeiht die menschliche Psyche nur dort, wo wirkliche Freiheit für eine persönliche Wahl vorhanden ist. Nichts darf ihr vorgeschrieben werden, was sie wählen soll, sonst tätigt sie keine wirkliche Wahl.

Jeder Mensch hat für sich selbst einen verschiedenartigen Geschmack, der ohne Frustration befriedigt werden soll. Schon aus diesem Grund allein wird zentralgesteuerte Planwirtschaft die individuelle nicht zentralgesteuerte Psyche und ihre Wahlfreudigkeit nie befriedigen. Der Mensch wünscht ganz selten nach zentralgesteuertem Plan!

Auch in bezug auf die von ihm angewandten Geldmittel möchte der Mensch eine wirklich freie Wahl ausüben können. Die menschliche Psyche akzeptiert Papiergeld – oder auch Computerimpulse auf einer magnetischen Karte – wenn er davon überzeugt ist, daß diese Mittel sicher sind und unter keiner unvorhergesehenen, galoppierenden Inflation leiden werden. Er will sie nicht nur bequem anwenden können, er will sie zu jeder Zeit in Ware oder Wertreservoir unbeschränkt eintauschen können. Er hat leider zu oft erfahren, daß das Geld, das auf seinem

Bankkonto aufgespeichert war, plötzlich über ein Wochenende um 10% oder gar 20% (Türkei) abgewertet worden ist. Auch wenn sein Geld nicht aus Papier und Zahlen besteht, sondern nur aus Computerimpulsen, will er ein Währungssystem wählen können, das vor Politikern und Bankiers abwertungssicher ist. Doch muß das System handlich oder leicht transportabel sein. Gold hat Vorteile (Sicherheit), aber ist natürlich nicht leicht transportabel. Deshalb muß das handliche, leicht transportable Währungssystem von einer Gesetzgebung geschützt werden, das es dem Besitzer erlaubt, das Papier oder die Computerimpulse sofort und jederzeit in etwas Solides, in ein Wertreservoir, umzutauschen.

Die meisten Menschen handeln gerade auf diesem Gebiet nach Greshams Gesetz. – «Schlechtes Geld vertreibt gutes Geld aus dem Umlauf.» Sie tätigen ihre Einkäufe demnach lieber mit Papierwerten oder gar mit Computerimpulsen als mit Gold oder Wertsachen, die einen intrinsischen Wert besitzen. Für Geschäfte und Einkäufe benutzen die meisten Menschen lieber simulierte («wertlose») Werte als («wertvolle») *Specie*. Das Gold wird von den meisten Menschen irgendwo als Wertreservoir gehamstert mit dem Ergebnis, daß simulierte Werte (Papier oder magnetische Impulse) *Specie*geld aus dem täglichen Handel vertreiben. Aus diesem Grund trägt Greshams Gesetz prinzipiell zur Inflation bei, denn die meisten Menschen geben gern etwas mehr Papiergeld als *Specie*geld aus, um eine gegebene Ware zu kaufen. Eine begehrte Ware stellt ein Wertreservoir dar, das man lieber in Händen hat als bloß Simulierung (Papierwerte). So vertreibt, nach Gresham, schlechtes Geld, d.h. simuliertes Geld, echtes Geld (intrinsische Wertreservoir) immer aus dem Geldhandel.

Was der durchschnittliche Mensch nicht will, ist die Einschränkung seiner Wahlfreiheit. Er will die Geldform benutzen, die er augenblicklich am bequemsten und am

sichersten findet. Wenn er intrinsische Werte nie in Händen haben darf – weil irgend eine totalitäre Regierung solche für sich allein in Anspruch nehmen will (wie der Kuhl Khan) – dann wird der Durchschnittsmensch mehr simulierte Werte (Papiergeld) ausgeben, um die Extrasicherheit des Besitzes von Realwerten zu genießen. Diese Situation schwächt natürlich jede Papierwährung, die nicht auf Reserven fußt, sondern bloß auf Macht und restriktiven Maßnahmen.

Man verhindert also die Tendenz zur Inflation, wenn man in diesen Fragen tatsächlich eine freie Wahl bezüglich der Form des Währungssystems läßt. Die Inflationsgefahr liegt nicht im Währungssystem selbst, sondern in der Einschränkung der Wahl, irgendeine Form von Währung in echte Wertreservoir zu vorher festgelegten – unerschütterlich festgelegten – Preisen umtauschen zu dürfen.

8. Das Wesen von Geld und Ersatzgeld (Fiatgeld)

In all diesen Fragen des Finanzwesens ist es unerläßlich, gründlich zu verstehen, was Geld ist und auch was es nicht ist. Sonst wird man die Gefahren einer Papierwährung ohne Deckung nicht begreifen können. Nur ein sehr gründliches Verständnis des Unterschiedes zwischen Geld, einem «Token» oder Ersatzgeld und einem Schuldschein als Basis des Kredites und einer Währung wird uns dazu verhelfen, die Vorteile und auch die Gefahren unseres heutigen Systems zu verstehen.

Als Illustration wollen wir folgendes anführen:

1. Ein Geschäftsmann im Mittelalter hat viel produziert, wodurch er reich wurde. Den Wert seines Gewinnes, seiner Produktion, tauschte er in Gold, Silber oder andere haltbare Wertreservoir um, um sie während einer weiten Reise ins Ausland mitzunehmen. Im Ausland will er

mit diesem Wertreservoir dann weiter handeln. In diesem spezifischen Falle kaufte unser Geschäftsmann Gold, weil dieses Metall für ihn am bequemsten und am sichersten war. Es war sogar leichter zu transportieren als andere Ware.

Am Reiseziel merkte er, daß es viele Räuber und Diebe im Lande gibt, so daß er gleich zu einem bekannten Goldschmied der Stadt geht, um sein Goldreservoir zu deponieren. Für dieses Recht muß er natürlich dem Goldschmied eine Gebühr bezahlen – so viel Gebühr für so viel Gold die Woche. Der Goldschmied gibt ihm eine Quittung für jede Goldeinheit, die der Geschäftsmann bei ihm deponiert. So läßt er ruhigen Herzens sein Wertreservoir, das Gold, beim Goldschmied und geht mit seinen Quittungen in die Stadt, um seinen Handel zu treiben. Auf jeder Quittung steht geschrieben, daß der Geschäftsmann so viel Unzen Feingold beim Goldschmied deponiert hat und daß bei Rückgabe der Quittung (nebst Deponiegebühr), er sein Gold vollwertig zurückbekommt. Die Quittung ist, wie wir beim Kubla Khan gesehen haben, ein Schuldschein, was die Angelsachsen ein I.O.U. («ich schulde dir») nennen. Mit solchen I.O.U. kann er genau so gut Handel treiben wie mit Specie (Gold).

Nun, die Quittungen sind an sich kein Geld. Das wirkliche Geld (der Wert) liegt beim Goldschmied und trägt, wollen wir annehmen, den heutigen Wert von 100000 Dollar. Ehe der Goldschmied seine Quittungen für 100000 Dollar dem Geschäftsmann aushändigt, sorgt er dafür, daß er den Gegenwert des Nennwertes auf den Quittungen tatsächlich besitzt. Jetzt kommt die wichtige Frage: Der Goldschmied hat in seinem Besitz 100000 Dollar an Wertreservoir. Besitzt aber auch der Geschäftsmann 100000 Dollar an Wert in seinen Schuldscheinen, so daß in toto 200000 Dollar vorhanden wären? Offenbar nicht, denn im ganzen liegen nur 100000 Dollar an Wert vor und keineswegs 200000 Dollar. Der Geschäftsmann

verfügt jetzt also nur über Ersatzgeld und über keinen intrinsischen Wert.

Der Goldschmied kennt nun seine Stadt sehr gut und weiß aus Erfahrung, daß die meisten Schuldscheinbesitzer ihr Gold nicht sofort holen. Es liegt die ganze Zeit untätig da. Deshalb behält der Goldschmied das Gold, leiht aber mit dessen Hilfe, gegen passende Gebühren, anderen Bürgern Schuldscheine, die durch dieses Gold gedeckt sind, aus und zwar im Werte von 300000 Dollar, obwohl er nur 100000 Dollar an wirklichem Wert in seinem Besitz hat. Für ihre Schuldscheine (Kreditscheine) haben die Bürger kein Gold deponiert. Hat der Goldschmied damit Geld kreierte? Er verfügt über 100000 Dollar Gold plus 300000 Dollar Schuldscheine, die er in den Umlauf setzte, doch existieren keine 400000 Dollar, sondern nach wie vor an wirklichem Goldwert nur 100000 Dollar. Wenn die Bürger der Stadt erführen, daß er nur 25 % seiner Schulden (Schuldscheine) bezahlen kann, würden sie alle plötzlich zu ihm kommen, ihre Schuldscheine vor seiner Nase wedeln und Gold dafür verlangen. Dies kann der Goldschmied natürlich nicht tun, so daß er seine Türe schließen und den Bankrott erklären muß.

Aber, der Goldschmied hat mittlerweile für seine Schuldscheine Gebühren – d.h. Zins für 400000 Dollar statt für 100000 Dollar – bezogen, was die Bürger sehr ärgerlich stimmt, denn er hat Zins für Werte bezogen, die er gar nicht besitzt. Er bekommt also Zins für sein Kreditgeben. Im Augenblick seines Kreditkollapses besitzen seine Schuldscheine gar keinen Wert mehr. Der Wert der ungedeckten Schuldscheine ist also eigentlich ein purer Bluff. Solche Scheine stellen kein Geld dar, sie sind nur ein Ersatzgeld.

Wenn nun «Kredite gewähren» heißt, daß der Goldschmied oder das Schatzamt Schuldscheine herausgeben, die an Wert ungedeckt sind, dann basiert sich eine solche Währung eigentlich auch auf Bluff, d.h. auf das, was in Wirklichkeit nicht vorhanden ist.

Man muß nun zwei Arten von Ersatzgeld unterscheiden:

1. Die Quittungen, die Schuldscheine, die die tatsächliche Menge des schon vorherdeponierten Wertreservoirs (Gold, Silber oder sonstige Ware) bezeugen, für die man dann auf Vorweisung der Quittung den Nennwert in Gold oder sonstiger Ware zurückerhalten kann. Früher waren die meisten westlichen Währungen Schuldscheine dieser Art. Zwischen den Jahren 1863 - 1934 waren z.B. die US 10 Dollar Scheine, Zertifikate dieser Art. Sie bezeugten, daß das Schatzamt vor der Herausgabe derselben die äquivalente Menge an Gold deponiert hatte und daß man auf Verlangen dieses Gold in Münzen jederzeit erhalten konnte. Zwischen 1886 und 1963 gab das US-Schatzamt 1-Dollar Scheine heraus, die auf Verlangen die äquivalente Menge Silber in vorherfestgelegten Silbermünzen lieferten. Der Nennwert in Silber wurde vor der Herausgabe im Schatzamt deponiert und konnte bei Vorweisung des 1-Dollar-Schuldscheines dem Überbringer herausgegeben werden. Früher waren die Währungen in Europa ähnlich. Ein Schuldschein dieser Art stellt echtes Ersatzgeld dar und wird nie unter Inflation leiden. Sein Wert fluktuiert mit dem tatsächlichen Leistungswert oder Preis des Metalls, mit dem sie gekoppelt ist.

2. Die zweite Art von Ersatzgeld entstand in der modernen Welt durch die praktische Erfahrung mit Keyneschen Theorien. Der «Goldschmied» stellte fest, daß sein Goldvorrat untätig im Keller lag, die Kunden hatten zu ihm Vertrauen und präsentierten ganz selten ihre Schuldscheine zum Umtausch in Specie. Deshalb wagte unser Goldschmied, der jetzt Bankier geworden ist, viel mehr Schuldscheine herauszugeben, als er an Specie besaß, um sie alle einzulösen. Je mehr Schuldscheine er herausgab, desto größer sein Einkommen von Gebühren und Zinsen, so daß er soviele Scheine wie nur möglich herausgab. Seine Schuldscheine waren in Wirklichkeit nur bis zu

20–40 % in wirkliche Wertreservoir einlösbar. Er verdiente jedoch bis zum 5fachen an Gebühren dessen, was ihm vom Kapitalwert her gesehen zustand, und war deshalb reich – wie die meisten Banken!

Heute hat sich die Lage grundsätzlich geändert. Die heutigen «Schuldscheine» sind gar keine Schuldscheine mehr, sie sind eine zweite Art von Ersatzgeld geworden. Die neuen US-Bankscheine sind ein typisches Beispiel dieser Entwicklung, an denen wir uns orientieren können: Zwischen 1934 und 1963 erschienen in den USA 5-Dollar Scheine, die in «Lawful money» (in gesetzlich gültiges Geld) auf Verlangen umtauschbar waren. Nach der US-Gesetzgebung ist gesetzlich gültiges Geld das Geld, das in specie umtauschbar ist. Kein anderes Geld ist nach US-Gesetzgebung gültig. Die neue Entwicklung bringt es also mit sich, daß die modernen Scheine sich von den alten darin unterscheiden, daß die neuen nur in die gleichen neuen Scheine umtauschbar sind und in nichts anderes! Nichts wurde für diese neuen U.S. Scheine beim Schatzamt spezifisch als Reserve bei deren Herausgabe hinterlegt, deshalb stellen solche neuen Scheine nicht einmal eine Schuld dar, die auf Verlangen in specie ausgezahlt werden muß. Kein Versprechen, irgendeine Schuld in Realwert auf Verlangen zu bezahlen, existiert. Überhaupt keine Schuld mehr besteht – nur 1-Dollar Scheine gegen 1-Dollar Scheine auszutauschen! Solche Scheine sind also prinzipiell anders als die alten Schuldscheine. Die neuen Scheine verpflichten das Schatzamt zu nichts. Sie sind eine Art «Ungeld», wie Irwin A. Schiff in seinem bekannten Buch «The Biggest Con» (dem ich einige obiger Gedanken verdanke) feststellt.⁶

Das Wesen der gegenwärtigen Währungen hat sich also grundlegend geändert, sie sind Papier hinter dem nichts (außer Bluff) steht, und das den Herausgeber zu nichts als Umtausch in die gleichen Bluffscheine verpflichtet – nicht einmal ein Versprechen eines ganzen oder eines par-

tiellen Umtausches in irgend ein Wertreservoir oder Specie irgendeiner Art!

Als sich diese Änderung des Wesens ihrer Währungen vollzog, war es den Schatzämtern wichtig, daß das Publikum nichts davon erfuhr, sonst wäre das ganze Vertrauen in die Währung sofort verdunstet. Man tat deshalb, als ob die neuen Scheine (*Schuldscheine* sind sie nicht mehr) teilweise durch Realwert verpflichtet und gedeckt wären. In Wirklichkeit versprechen diese neuen Scheine gar nichts. ... außer daß das Schatzamt für einen Schweizer Franken einen Schweizer Franken, ein Pfund Sterling für ein Pfund Sterling, einen Dollarschein gegen einen Dollarschein umzutauschen bereit ist. Der Nennwert (\$ 1.—, sFR. 1.—, £ 1.— etc.) figuriert, ohne den Nennwert irgendwie zu definieren. Nichts anderes, nichts mehr. Das eigentliche Wesen des *Schuldscheines* in den modernen Währungen ist damit verschwunden. Offenbar wurde der Weg für einen gigantischen Schwindel durch eine Währung damit geöffnet, die ohne Orientierungsmerkmale ist. Kann man der Meinung sein, daß diese Entwicklung zufällig geschah? Oder hat die heutige Philosophie der Orientierungslosigkeit ihren Niederschlag im Finanzwesen gefunden?

Aber die Schatzämter wollten offenbar diese tiefgreifende Änderung verheimlichen. So fingen sie an, die neuen Scheine, die keine *Schuldscheine* mehr sind, möglichst genau gleich wie die alten, die zu Specieumtausch verpflichteten, zu drucken. Bloß die Zusicherung, daß Gold, Silber oder sonstige Werte hinter den *Schuldscheinen* stehen, fehlte. Statt dieser Zusicherung verpflichtete sich der Herausgeber, den Schein gegen einen identischen Schein (ein Pfund gegen 1 Pfund, einen Franken gegen einen Franken) einzutauschen! Die wahrste, reinste Tautologie in Sachen Volksvermögen! Selbst die Münzen, die früher aus Gold, Silber oder Kupfer bestanden und an die das Volk gewöhnt war, wurden jetzt ohne Gold oder ohne Sil-

ber gemünzt, so daß auch sie kein Wertreservoir darstellen. Aber sie sind so gemünzt, daß sie wie Gold oder Silber aussehen!

Wenn nun ein Falschmünzer seine falschen Münzen herstellt, sorgt er dafür, daß sein Produkt dem vom offiziellen Schatzamt möglichst ähnlich ist. So mußten nun die Schatzämter der Welt ihre neuen wertlosen Geldzeichen (Ungeld) möglichst so aussehen lassen, wie die alten. Demgemäß sahen die neuen «Silberdenominationen» ohne Silber silbern aus. Sie wurden aus Nickel außen und Kupfer drinnen gemünzt. Die alten Münzen enthielten Silber oder Gold so, daß jeder wußte, daß ein Wertreservoir darin steckte. Die neuen Kupfer-Nickel-Münzen sehen auch silbern aus, enthalten aber praktisch keinen Wert und kein Silber. Ist eine solche Praxis Falschmünzerei oder nicht?

Irwin Schiff bringt folgendes Beispiel, um diese Frage zu beantworten:⁷ Ein Falschmünzer fälscht silberne «Quartermünzen» (25 cents – Vierteldollar Münzen), tut aber Silber im Werte von 10 cents pro Münze hinein. Man entdeckt ihn und verhaftet ihn wegen Falschmünzerei. Bei seiner Verteidigung vor Gericht, sagt er aus, daß er Silber im Wert von 10 cents pro Münze beigegeben hätte, was ihm dann 15 cents pro Münze Gewinn einbrachte. Die Regierung dagegen münzt für Quarterstücke – 25 cents – bloß Kupfer im Werte von 1 Cent in einer Quartermünze (25 cents) und verdiene dabei 24 cents pro Münze. Er verdiente also 15 cents pro Münze während das Schatzamt gar kein Silber in eine getarnte Münze täte und verdiene deshalb 24 cents pro Münze. Das Geld, das ich in Umlauf setzte, sagte der Falschmünzer, enthält wenigstens etwas Silber, während das Schatzamtgeld zwar wie Silber getarnt ist, enthält aber kein Silber, was Falschmünzerei seitens des Schatzamtes darstellt! Mein Geld ist besser als das amtliche Geld! Warum werde ich als Krimineller von einer Behörde angeklagt, die viel schlimmere Falschmünzerei treibt als ich?

Der US Kongreß besitzt die Autorität, Geld, d. h. Wertreservoir, zu münzen, nicht aber wertlose Nachahmungen oder bloße Zeichen von gemünztem Wert. Wenn der Kongreß oder irgend ein anderes Parlament das tut, begehen sie im Sinne des Diktionärs Falschmünzerei, d. h. sie simulieren wahre Wert mit Hilfe von wertlosen, aber getarnten Gegenständen.

3. Fiatgeld

Wegen ihrer in finanzieller Hinsicht minderwertigen Landesverfassungen (gegenüber der US-Verfassung) brauchen die europäischen und außereuropäischen Banken bei der Herausgabe ihrer Papierscheine weniger Vorsicht walten zu lassen. Das englische Pfund verspricht treu, den Pfundschein in einen gleichen Pfundschein einzutauschen! Die europäischen Banken haben dagegen mit Versprechungen und Tautologien längst aufgehört. Ihre Scheine tragen gar keine Tarnversprechungen. Für sie ist der Schein zehn Mark, zehn Schweizerfranken – ganz unverblümt «Fiatgeld». Kein Wort mehr über Schuld wird erwähnt. Das Stück Papier ist jetzt 10 Franken. Nichts davon, daß 10 Franken an Speciewert hinter dem Papier steht. Solches «Ungeld» stellt *Fiatgeld* dar. Ist es wirklich verwunderlich, daß solch unfundierte Währungen an Inflation leiden? Steckt nicht ein gewaltiger Staatsschwindel in Sachen Volksvermögen dahinter?! Mangelhafte Bankgesetze erlauben jedes Jahr das Stehlen des Volksvermögens zu 5 – 100 % des Wertes durch Inflation! So lange die Volkswirtschaft nicht defizitär ist, besteht auch mit einer solchen Währung wenig Gefahr. Sobald aber nationale Defizite eintreten, fängt Inflation zu galoppieren an!

Inflationspolitik und einige ihrer Folgen

1. Inflation ist selbstperpetuierend

Keynes war sich über das Wesen der Inflation klar – sie war seine Methode, Löhne auf ein erträglicheres, wirtschaftliches Niveau so zu senken, daß

1. die Arbeitnehmer über die wirtschaftlich nötigen Lohnsenkungen nicht streiken oder sonst rebellieren würden. Hätte man die Löhne glatt auf eine kleinere Anzahl von Pfund Sterling reduziert – etwa der Arbeitnehmer erhält von jetzt an 8 Pfund die Woche statt wie früher 10 Pfund, – hätte keine Gewerkschaft und nur wenige Arbeitnehmer eine solche Maßnahme akzeptiert. Aber, wenn der gleiche Arbeitnehmer wie immer nach wie vor 10 Pfund erhält, womit er aber nachher mit 10 Pfund bloß im Werte von 8 Pfund einkaufen kann, würde er, meinte Keynes, eine solche Maßnahme akzeptieren. Und eine Zeitlang funktionierte Keynes Hinterlist.

Der Weg für Keynes List war durch die bereits erwähnte Änderung des Wesens der Währung, die keinen Schuldschein mehr darstellt, gebahnt. Heutzutage funktioniert dieser Trick meist nicht mehr – jetzt sind die Löhne weitgehend an Kaufkraft gebunden und somit unabhängig von Inflation, so daß *der Zweck von Inflation – Löhne an Kaufkraft zu senken – umgangen wird.*

2. Durch *die effektive Senkung des Lohnwertes, sorgte Keynes für Vollbeschäftigung. Eine solche Maßnahme würde auch heute noch für Vollbeschäftigung sorgen; denn jeder Wirtschaftler weiß, daß, je tiefer die effekti-*

ven Löhne sind, desto mehr Arbeitsplätze gibt es. *Effektiv tiefere* Löhne tendieren also zu *Vollbeschäftigung*. Das Umgekehrte gilt natürlich auch – je höher die effektiven Löhne sind, desto mehr Arbeitslosigkeit, desto weniger Arbeitsplätze gibt es. Löhne, die weniger effektive Kaufkraft besitzen, würden heute wie damals das Arbeitslosigkeitsproblem lösen helfen. Löhne, die bei schwindender Produktivität effektiv steigen, neutralisieren doppelt den Zweck der Keyneschen Inflation.

Wenn man aber eine solche Keynesche Hinterlist einmal, um für Vollbeschäftigung zu sorgen, eingeführt hat, ist sie leider selbst perpetuierend. Man kann sie nicht mehr stoppen, und im Spätstadium erzeugt sie Arbeitslosigkeit noch dazu; denn sie begünstigt die Defizitären – die mit Schulden Arbeitenden – und macht die, die etwas besitzen, immer schwächer. Diese Tatsache lähmt die Wirtschaft. Um die von der Inflation gelähmte Wirtschaft neu anzukurbeln, muß man weitere Inflation treiben! Eine Superfirma oder eine nationale Regierung, die ständig eine Milliarde Dollar Schulden verwaltet, wird bei einer jährlichen Inflationsrate von 10% jedes Jahr 100 Millionen Dollar Schuldenwert durch die 10%ige Inflation abgeschrieben bekommen. Dies bedeutet, daß der Firma ein *effektives* Werteinkommen von 100 Millionen Dollar nur durch die Inflation zur Verfügung steht, ein Einkommen, das gar nicht verdient oder erarbeitet werden muß. Die Inflation schenkt also der defizitären Firma dieses Einkommen – neben ihrem sonstigen Einkommen natürlich. Steuern für dieses Inflationseinkommen sind auch nicht fällig, denn es ist ein unsichtbares Einkommen. Nur muß die Firma für die Zinsen dieser Schuld aufkommen. Früher betrug Zinsen dieser Art ca. 5%, so daß die Firma immer noch über ein kostenloses, unsichtbares, jährliches Einkommen von 50 Millionen Dollar allein durch Inflation verfügt.

Beim kleinen Kapitalisten ist das Bild allerdings umge-

kehrt. Er besitzt positive Währungswerte (Bargeld, nicht Schulden) in Höhe von, sagen wir, einer Million Dollar und verliert deshalb durch die 10%ige Inflation pro Jahr 100000 Dollar an Kaufkraft. Noch dazu muß er Kapitalsteuern für diesen Betrag bezahlen, so daß sein positives Kapital eine wahre Haftpflicht, d.h. eine Belastung, ein Passivum geworden ist.

Die Folge obiger Lage ist, daß der Handel und das Kapital in immer weniger Händen konzentriert werden. Die Defizitären kaufen immer mehr kleinere und mittelgroße Firmen auf, und die ganze Wirtschaft kommt in die Hände von immer weniger. Da aber das Kapital der Supergroßen im Grund genommen negatives Kapital ist – genau wie alle Regierungen die Schätze ihrer Länder in der Form von Schuldscheinen (Papiergeld) konzentriert haben –, verschwindet das positive Kapital der wirtschaftlichen Welt in ein negatives Kapitalsystem. Das System funktioniert wie ein schwarzes Loch, das alles in sich schluckt und nichts wieder herausgibt. Das System ist selbstperpetuierend, wenn man es einmal in Gang gesetzt hat.

In der Geschichte der Menschheit gab es nur eine Methode, aus diesem Zwang der ständig steigenden Schulden mit ständig steigender Inflation herauszukommen – nämlich die Methode des Kreditkollapses; denn die großen Schulden lassen sich nicht tilgen – siehe Polen, 1982. Wir scheinen uns heute auf dem besten und schnellsten Weg zu dieser Kollapslösung zu befinden.

So wird die finanzielle und deshalb auch die politische Macht in immer weniger Händen konzentriert, was zur Folge hat, daß die Freiheit des Durchschnittsbürgers immer weiter gekürzt wird; denn der Besitz von flüssigem Bargeld und Kapital ist ein direkter Ausdruck unserer Zivildfreiheit, das zu tun, was wir wollen. Wenn nun durch die Inflation der Wert dieses flüssigen Bargeldes und des Kapitals ständig schrumpft, schrumpft im gleichen Maße

und zur gleichen Zeit unsere Zivilfreiheit, die durch Geld und Privatbesitz bedingt ist. Tötet man die *Währung* (durch Inflation oder durch zu hohe Steuern), so tötet man zur gleichen Zeit die Zivilfreiheit des Bürgers. Aus diesen und anderen Gründen haben die Schweizer im Juni 1977 und noch einmal etwas später die Einführung der Mehrwertsteuer in der Schweiz entschieden abgelehnt, obwohl Regierung, Kirche und die Banken (alle defizitäre Superkapitalisten) die zusätzliche Steuer befürworteten. Die Schweizer sind eben freiheitsliebende Realisten. Ist die *Geldpolitik* eines Landes ungesund, so muß zur gleichen Zeit die Zivilfreiheit des Landes unmittelbar gefährdet sein.

Es ist wichtig, daß man zu folgender Erkenntnis kommt: *Eine gesunde, freie Gesellschaft* kann nur dort existieren und *florieren*, wo eine gesunde *Geldpolitik* vorhanden ist. *Zivilfreiheit* existiert nur dort, wo eine gesunde, *freie Wirtschaft* existiert. Reglementiert man die *Geldwirtschaft*, reglementiert man zur gleichen Zeit die *Zivilfreiheit*, d.h. man vernichtet sie. *Inflation der Zahlungsmittel* vernichtet nicht nur die *Währung*, sie vernichtet auch automatisch und zur gleichen Zeit die *Zivilfreiheit* - langsam oder schnell, je nach der *Inflationsgeschwindigkeit*.

Zusammenfassend stellen wir also fest, daß die heutige Politik:

1. der Durchschnittsbevölkerung die finanzielle Freiheit und deshalb auch die Zivilfreiheit einschränkt.

2. es den defizitären Superreichen, den Banken und den defizitären staatskapitalistischen Regierungen erlaubt, durch Massenverschuldung, die sich automatisch auf Kosten des Steuerzahlers bezahlen läßt, obwohl selbst defizitär (!), auf Kosten kleinerer Kapitalisten kostenlos immer reicher und mächtiger zu werden.

Man denke wiederum als Beispiel an die Verstaatlichung der großen, damals florierenden englischen Indu-

strie nach dem 2. Weltkrieg durch die Labourregierung. Alle «Käufe» dieser erfolgreichen privaten Industrien durch die Labourregierung wurden mit Mitteln getätigt, die der zu enteignende Bürger letzten Endes selbst lieferte. Der Bürger gab die Anleihen und er bezahlte auch die Steuern, womit der Staat ihn dann enteignete. So kann man wirklich von der expropriativen Steuer und der expropriativen Anleihe sprechen. Mit eigenen Mitteln wurden solche Besitzer enteignet und auch «entschädigt». Was war die Folge? Innerhalb von ganz wenigen Jahren schrumpfte die von der Regierung entfachte Inflation Wertschriften und Währung an effektivem Wert derart zusammen, daß der «Entschädigte» froh war, wenn er nach 10 Jahren noch 10% des Kaufwertes seiner «Entschädigung» in Händen hatte! Vom Staat her mittels seines eigenen Besitzes ist der Bürger um seinen mit eigenen Händen aufgebauten florierenden Besitz zu 90% betrogen worden. Es ist nicht verwunderlich, daß unzählige, fähige aber exproprierte Geschäftsleute aus England emigrierten.

3. Aber die Politik der Inflation erlaubt es dem Durchschnittsprivatmenschen kaum, selbst an diesem lukrativen Inflationsspiel teilzunehmen oder von ihm zu profitieren; denn die defizitären Superreichen, die Banken und die defizitären staatskapitalistischen Regierungen erlauben es dem kleinen Steuerzahler nicht, derart große Schulden zu verwalten, um so zu profitieren, wie die Großen es in der Tat tun.

Um von Inflation so zu profitieren, wie die Großen es tun, muß man wirklich große Schulden verwalten, Schulden z.B. wie die nationale Verschuldung der Vereinigten Staaten oder der Bundesrepublik Deutschland. Solche «Megaschulden» können, so lange die Inflation wütet, wirklich sehr lukrativ sein. Wenn aber ein Kreditkollaps droht, dann werden auch solche Schulden verhängnisvoll, wie wir bald feststellen werden. Superschulden obi-

ger Art verhalten sich wie ein Atomreaktor. Ehe der Reaktor nutzbare Energie abwerfen kann, muß er eine gewisse, sogenannte kritische Masse und einen kritischen Neutronenfluß erreicht haben. Unterhalb dieser kritischen Bedingungen wird wenig Energie frei. Wenn aber die reagierende Nuklearmasse und der Neutronenfluß einen bestimmten kritischen Wert erreichen, dann fängt eine Kettenreaktion an, die Atomenergie liefert.

Finanziell gesehen muß man eine «kritische Verschuldungsmasse» erreicht haben, ehe man von *defizitärer* Finanzpolitik wirklich lukrativ und sicher profitieren kann. Erst nach der Erreichung dieser «kritischen Masse» an Verschuldung wird Geld ohne große Gefahr verdient. Bei einer unter dieser Schwelle liegenden Verschuldung wird Geld wie Energie in einem noch nicht kritischen Reaktor absorbiert statt geliefert. Der «*Megaschuldner*» (der Staat oder die multinationalen Firmen) muß aber zuerst progressiv in den Besitz der Produktionsmittel des Landes oder auch eines beträchtlichen, beliebig erhöhbaren Steuereinkommens kommen, um trotz der Großschulden und deren Zinsen noch Einkommen zu besitzen, um die Zinsen bezahlen zu können. Damit bleibt der Großdefizitäre finanziell immer flüssig. Andere kleinere Schuldner verlieren vor lauter Zinsenbezahlungen ihre Liquidität. Dann kommen sie in die Hände der Banken, die Zwangsverkäufe durchführen, und sind somit erledigt.

Bei Megaschuldnern wie Staat oder multinationale Firmen existiert diese Restriktion der Zinsbezahlung auf die Größe ihrer Schulden nicht. Ganz gleich wie groß die Schuldzinsen (die die Banken erhalten) sind, können die Megaschuldner Staat und multinationale Firmen immer mit sehr einfachen Maßnahmen ihr Einkommen und deshalb ihre Zinszahlungsfähigkeit nach Bedarf erhöhen. Der Staat erfindet ganz einfach neue Steuern (Umsatzsteuer, Benzinzoll, Alkoholsteuer, Mehrwertsteuer, Autobahn-Vignetten, Tabaksteuern etc. etc.), um Zins

bis zu 80 % oder mehr seines Einkommens bezahlen zu können, während die Multinationalen die Konkurrenz längst aufgekauft haben, so daß sie beliebig ihre Preise erhöhen können, um ihr Einkommen trotz der Großverschuldung und ihrer Zinsen nach Belieben zu vergrößern. Die Groß-Schulden sind also für solche noch lukrativ, weil der enteignete Bürger durch Steuern oder durch erhöhte Preise die Kosten der Verschuldung bezahlt, ganz gleich wie hoch sie sind.

Es gibt heute noch gutmeinende, patriotische Bürger, die der Überzeugung sind, daß sie 50–80% ihres effektiven Einkommens versteuern müssen, um ihrem Vaterland eine Wohltat zu erweisen. In Wirklichkeit bezahlen sie natürlich bloß ihre eigene weitere Enteignung oder Versklavung oder Bestehlung, je nachdem wie man dieses Inflationsverfahren nennen will. Der Fiskus wird dadurch ermutigt, weitere Inflation der Währung auszulösen und die Wirtschaft und die Bürger unweigerlich in den Ruin zu führen.

Wie wird ein solch lukratives Inflationsgeschäft sein Ende finden? Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Der Unterschied zwischen dem kleinen Kapitalisten, der durch die Inflation sein Hab und Gut verliert, und dem defizitären Staat, der durch Inflation noch reicher wird, zeigt, wie sich dieses Spiel auswirkt. Der defizitäre Staat und die defizitäre, multinationale Firma verwandeln beide die sonst katastrophal auswirkende Inflation in ein für sie lukratives Geschäft, weil sie von den Kommunisten viel lernten. Denn beide, Kapitalisten und Kommunisten (= Staatskapitalisten), sichern sich zuerst ein elastisches, nach Belieben zunehmendes Einkommen, indem sie sich der Produktionsmittel bemächtigen oder indem sie ihr Steuereinkommen beliebig erhöhen – bis Steuern und Abgaben einen hohen Prozentsatz des nationalen Einkommens ausmachen. Beide Gruppen (Staat und Multinationale) lassen das Volk ihre Verschuldungs-

zinsen mit Hilfe von Steuern oder von erhöhten Preisen in einem relativ konkurrenzlosen Markt bezahlen.

Der kleine Kapitalist kann gerade das nicht tun, er kann sich kein ständig sicheres und steigendes Einkommen arrangieren, das beliebig steigende Verschuldungszinsen immer bezahlt. Und gerade deshalb kann er kein Geschäft aus der Inflation schlagen. Die defizitären Staaten und die Multinationalen lassen andere (das Publikum) ihre oft grenzenlosen Schuldzinsen bezahlen – und zwar unter Steuer- oder Monopolzwang. Der kleine Mann findet solche Zwangskunden nicht und scheitert deshalb am Inflationsgeschäft.

Aber zurück zur großen Frage: Wann wird dieses unehrliche Spiel zu Ende gehen? Wenn zwischen dem Mega-defizitären und dem kleinen Kapitalisten kein Unterschied mehr existiert! D.h. wenn der Staat und wenn die multinationale Firma über das gesicherte, beliebig erhöh- bare Einkommen, um Schulden und Zinsen nach Belieben zu bezahlen, nicht mehr verfügen! Im Klartext heißt das: 1. Wenn der Staat die Steuern nicht mehr beliebig ins Maßlose erhöhen kann, d.h. wenn das Volk schon maximal enteignet worden ist oder sich weigert, expropriative Steuern zu bezahlen! 2. Wenn die Multinationalen ihre konkurrenzlosen Preise nicht mehr erhöhen können, weil das Volk nicht mehr das besitzt, womit es die erhöhten Preise bezahlen könnte; d.h. wenn der Staat oder die «Multis» aus den Bürgern alles herausgepreßt haben! Das lukrative Inflationsspiel für die Staaten und die Großdefizitären ist nur dort möglich, wo jemand bereit ist, die Verschuldungszinsen oder die erhöhten Preise zu bezahlen. Das ganze lukrative Spiel bleibt nur lukrativ, solange man das Volk durch expropriative Steuernbezahlungen und hohe Preise noch ausplündern kann. Wenn aber das Volk total ausgeplündert worden ist, dann hört das Spiel zwangsläufig, plötzlich und auch endgültig auf.

Die Finanzierung der nationalen Verschuldung in Po-

len – die Schuldzinsen also – ist heute (1983) schon so hoch, daß sie mehr als das Bruttosozialprodukt des Landes beträgt. Das Land ist also bankrott, die Wirtschaft funktioniert kaum mehr, die Symptome des Kollapses sind da; denn die Schuldzinsen betragen mehr als das Einkommen. Jede Staatsneuverschuldung bringt auch westliche Staaten (USA, GB, BRD, Belgien, Skandinavien) der Lage in Polen näher. In England betrug vor einigen Jahren die Finanzierung der nationalen Verschuldung etwa 60% der Einkommenssteuer des Landes. Der Kollaps ist also auch dort nahe.

Hohe Steuern sind somit eine sehr sichtbare Warnung eines bevorstehenden finanziellen Kollapses. Die ständig steigenden Preise der Produkte, nicht nur der Multinationalen, sondern auch der Firmen, die konkurrieren müssen, spricht die gleiche ernste Warnung aus. Aber die Multinationalen, die womöglich ohne Konkurrenz arbeiten, können ihre Preise maßloser und schneller erhöhen als die Firmen, die durch Konkurrenz ihren Marktanteil verlieren würden, wenn sie die Preistreiberei ins Maßlose führten. Alle finanziellen Signale warnen uns, daß das lukrative Inflationsspiel nur mit Hilfe der Exploitierten geschehen kann. Das Spiel wird aber mit einem bereits enteigneten Volk definitiv und plötzlich aufhören. Zu diesem Zeitpunkt werden alle Arbeitgeber und auch alle Arbeitnehmer in der Tat arbeitslos. Die Ware wird vermutlich noch vorhanden sein, die Kaufkraft aber nicht.

2. Kann man Inflation stoppen, ehe sie zum Kollaps führt?

Es ist natürlich sehr schwierig, ein Verfahren wie Inflation, die die defizitären Großen noch größer werden läßt und zwar auf Kosten der Kleinen, zu stoppen. Die Großen haben Einfluß und werden dafür sorgen, daß der Brennstoff ihres Erfolges, d.h. die Exploitation der Klei-

nen, nicht aufgedeckt wird. Noch dazu muß man bedenken, daß ein Schuß Inflation mit der sie begleitenden Senkung der effektiven Löhne größere Gewinnmargen erlaubt und noch dazu vorübergehend Arbeitslosigkeit senkt und deshalb temporäre Vollbeschäftigung begünstigt.

Wenn man das Publikum über diese Verhältnisse aufklären könnte, würde man Löhne auf eine wirtschaftlich gesündere Basis und Niveau ohne Inflation (die eine Hinterlist darstellt) direkt senken können. Weil aber das damalige Publikum von Keynes nicht bereit war, beispielsweise 8 Pfund pro Woche statt 10 Pfund bei gleichbleibender Kaufkraft zu akzeptieren (das Publikum war nicht aufgeklärt), griff Keynes damals zu seiner Abwertung (lies Inflation) der Währung, um den Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen. Nach wie vor erhielten sie nach Keynes Maßnahme 10 Pfund aber die neuen 10 Pfund waren nur 8 Pfund an Kaufkraft wert. Das Resultat dieses Keyneschen Tricks ist endloser Lohnstreit gewesen. Die Arbeitnehmer fühlten sich mit Recht von Keynes betrogen. Und wenn ein Mensch sich betrogen fühlt, wird er vom Betrüger keine Instruktion mehr annehmen, denn die Feindschaft verhindert Verständnis und Kommunikation bis in die weite Zukunft hinein.

Wie gesagt, eine Maßnahme wie Inflation katalysiert – wenn auch nur kurzfristig – die Wirtschaft, indem sie effektive Löhne senkt. Zur gleichen Zeit und aus dem gleichen Grund senkt sie – auch kurzfristig – die Arbeitslosigkeit. Inflation ist, sozusagen, eine «Spritze in den Arm» für die Industrie und für die Wirtschaft. Weil aber diese «Spritze» aus Täuschung besteht und weil sie ihre Energie vom Betrügen der Verdienenden bezieht, die unfreiwillig 10% – oder gar 20% je nach Inflationsrate – ihres Besitzes pro Jahr in den «Arm» der Wirtschaft spritzen müssen, produziert sie Frustration der einen Klasse der restlichen Bevölkerung gegenüber. Sie stellt also keine wirkli-

che Stärkung der Wirtschaft dar; sie ist eine künstliche, kurzfristige Aufpeitschung auf permanente Kosten der Nichtdefizitären, die ungefragt und unfreiwillig ihr Hab und Gut in ein ungesundes, wirtschaftliches System spritzen müssen.

Die Inflationsidee basiert ohne Frage auf Betrug und wird deshalb keiner gesunden Wirtschaft je dienen, sondern nur einer ungesunden – und das auch nur vorübergehend. Das System nimmt ihr Ende, wenn keine unfreiwilligen Spritzen dieser Art mehr vorhanden sind – wie es 1983 in Polen der Fall ist. Das heißt, Inflation wird dann nicht mehr funktionieren, wenn das Volk mehr oder weniger enteignet worden ist – oder das unehrliche Spiel durchschaut und Inflationspolitiker (Menschen, die Schulden machen) nicht mehr wählt.

Ob man diesen Prozeß stoppen kann, ehe er zum Kollaps führt, ist fraglich, denn

1. sind so viele Menschen durch Keynes Politik getäuscht worden. Sie glauben nicht mehr an das, was ihnen von irgendeiner Seite gesagt wird. Alle haben zu oft erlebt, daß über ein Wochenende ihr Vermögen um 5–10% geschrumpft ist, weil ihre Währung wegen defizitärer Wirtschaft abgewertet werden mußte. Deshalb sind viele Menschen heute nicht mehr bereit, über diese Dinge zu sprechen. Selbst die Experten widersprechen sich ständig. Das Volk versucht im Augenblick, für sich das Beste aus der Situation zu retten.

2. die meisten Menschen, Regierungen und Firmen bringen es einfach nicht fertig, auf etwas zu verzichten. Die meisten von uns verfügen nicht mehr über die innere Kraft, nein zu uns selbst zu sagen, denn wir leben in einer postchristlichen Aera. Es wäre vollkommen unzumutbar, heute irgendjemandem vorzuschlagen, daß er fortan, sagen wir DM 1000 monatlich für eine bestimmte Arbeit erhalten soll, statt DM 1500 wie bisher. Undenkbar! Und doch gerade die Unfähigkeit, nein zu sich selbst sagen zu

können, bringt die Inflation und diese ihre Arbeitslosigkeit mit Gewalt herbei. Menschen und ihre Arbeitszeit sind durch ihre hohen Ansprüche derart teuer geworden, daß die Arbeit einfach unerledigt bleibt. Das Resultat: Stagnation in allen Phasen des Lebens.

Fast alle geben heutzutage zu, daß wir unsere Gürtel enger schnallen müssen, um die heutige Krise, die heutige Arbeitslosigkeit, die heutige Inflation und den heutigen Hunger in Entwicklungsländern zu bewältigen. Wir könnten aber den Gürtel enger schnallen mit Hilfe von den drei folgenden Methoden: a) wir könnten die Inflationsmethodik benutzen, um zu hohe Löhne (und deshalb Ansprüche) effektiv zu senken, welche Maßnahme Arbeitsplätze vermehren, aber auch Wohlstand senken würde. Oder b) wir könnten Löhne effektiv, aber ohne Inflation senken, indem wir beispielsweise DM 1000 monatlich für die gleiche Arbeit akzeptierten, die früher DM 1500 einbrachte.

Wenn wir b) als unzumutbar ablehnen, wird Methode a) die gleiche Arbeit wie b) tun, aber auf Kosten anderer, die Geldguthaben besitzen. Eine andere Option gibt es nicht. Nur das eine müssen wir noch dazu rechnen. Methode a) wirkt nur, so lange eine Schicht in der Bevölkerung vorhanden ist, welche die Spritze der Inflation liefert, indem ihre eigenen effektiven Geldwerte unfreiwillig in die Ökonomie injiziert werden. Aber die Zeit kommt, in der das nicht mehr möglich sein wird. Dann wird die Inflation nicht mehr helfen. Methode b) würde fast bis zum Kreditkollaps die Wirtschaft retten und die Arbeitslosigkeit reduzieren. Aber die sozialen Folgen wären in Friedenszeiten kaum zu übersehen. Deshalb sind wir zum Kollaps verurteilt – wenn eine letzte Möglichkeit nicht eintrifft:

c) Es gab in der Geschichte der menschlichen Kultur meines Wissens fast keinen Fall, bei dem die Inflation durch freiwilligen Verzicht gestoppt wurde. Bei Möglich-

keit c) handelt es sich um diesen freiwilligen Verzicht auf Ansprüche. Vergangene Kulturen und aufgelöste Empires gingen am Kollaps ihrer Währungssysteme, an öffentlicher Verschuldung und auch an moralischer Zersetzung letzten Endes zugrunde. Unsere heutige Kultur und unser heutiger Wohlstand haben die innere, moralische Kraft nicht produziert, um nein zu sich selbst zu sagen (Matth. 16, 24; Mark. 8, 34 und Luk. 9, 23). Deshalb nehme ich persönlich an, daß unsere Kultur und unser wirtschaftliches System ausschließlich durch eine innere Erneuerung gerettet werden könnte, eine Erneuerung, die einem Menschen die Kraft gibt, nein zu sich selbst zu sagen, d.h. zu verzichten. Wir können freiwillig nein zu uns selber sagen, indem wir den Gürtel freiwillig enger schnallen, sonst wird das Engerschnallen für uns von Diktatoren mit Gewalt geschehen, die sicher weniger behutsam mit uns umgehen werden, als wenn wir das nötige Engerschnallen freiwillig täten. Das sind die drei Optionen, die uns offen stehen.

Im 18. Jahrhundert unter Wesley und Whitfield hatte die angelsächsische Kultur gelernt, gerade nein zu sich selbst zu sagen. Davon zeugen die Predigten von Whitfield und Wesley heute noch! Der Inhalt dieser Botschaften ist Arbeit, Ordnung, Umkehr, Selbstverleugnung und Selbstbeherrschung – d.h. nein zu sich selbst sagen und ja zum Schöpfer. Das Resultat war der blühendste Wohlstand für die breiteste Masse. Aber diese gleichen Botschaften fallen heute, und zwar in der gleichen Sprache, auf völlig verständnislose Ohren. Wir stehen heute vor dem Verlust der christlichen Botschaften von Wesley und Whitfield, die die heutige westliche Kultur und den Wohlstand, von den angelsächsischen Ländern ausgehend, aufbauten.

Wenn ein Geschäftsmann merkt, daß sein Geschäft nicht mehr gut läuft und daß sein Umsatz sinkt, ordnet er unter gewissen Umständen einen Ausverkauf an. Wegen

der weltweiten Rezession ordneten im Frühjahr 1983 die Kaufhäuser in Frankfurt am Main einen großen Winterwareausverkauf an. Sie hatten wegen des warmen Wetters und der flauen Wirtschaft ihre Wintervorräte bei weitem nicht verkauft. Die Arbeitslosigkeit spielte auch mit eine maßgebliche Rolle. Die relativ hohen Preise nebst der allgemeinen Geldknappheit trugen zu den sinkenden Umsatzzahlen bei. Diese Situation wollten die Geschäftsleute der Warenhäuser mit allen ihnen bekannten Mitteln durchbrechen. Wie fingen sie an, ihr Geschäft wiederzubeleben?

Die Methode, dieses Ziel schnell und effektiv zu erreichen, ist wohl allen Geschäftsleuten sehr gut bekannt. Sie ordneten Ausverkäufe an, die wirkliche Ausverkäufe darstellten: Markenhemden, die sonst DM 60.—70.— das Stück kosteten, verkauften sie, schön original eingepackt, zu DM 12.—. Markenhosen, die sonst DM 100.— kosteten, waren für DM 22.— zu haben. Anzüge, die normalerweise DM 300.— kosteten, waren zu DM 90.— zu erwerben. Mäntel, Schuhe und Strümpfe waren zu Spottpreisen käuflich. Bei diesen Preisen haben die Kaufleute fast nichts verloren. Sie haben wohl weniger verdient als sonst, aber letztlich mußten sie keinen Verlust einstecken. Sie brauchten das Kapital, um neue Sommerware zu kaufen, so lohnte es sich, augenblicklich «nein zu sich selbst zu sagen», um aus der Geschäftsflaute herauszukommen.

Diese Methodik, die Rezession zu schlagen, zeigte sofort Erfolg. Am Montagmorgen, als die Ausverkäufe anfangen, gab es vor den Kaufhäusern einen großen Ansturm, an die Tische und Theken kam man nur mit größter Mühe. In wenigen Stunden hatten Tausende von Menschen das Geld entdeckt, um von solchen preiswerten Angeboten regelrecht zu profitieren. Bis zur Mittagsstunde war kein Markenhemd mehr zu haben. Im Nu verschwand sämtliche Ware, die den ganzen Winter auf den

Tischen und Theken herumgelegt hatte. Preise regeln die Nachfrage – wenn das Angebot vorhanden ist. Der Zauberstab zu dieser plötzlichen Wiederbelebung des Geschäftslebens war natürlich eine entsprechende Preissenkung, um das Geld aus der Tasche der Käufer zu locken. Wenn das Lockmittel stark genug ist, wird jedermann das Geld finden, um wirklich von Käufen zu profitieren – auch wenn er den Artikel augenblicklich nicht benötigt.

Das Problem der Arbeitslosigkeit würde durch prinzipiell ähnliche Methoden gelöst werden. Viel Arbeit liegt bei uns herum: Obst sollte geerntet werden, Beete umgegraben, Bäume beschnitten und Mist verteilt werden. Da aber die Löhne für solche Arbeiten uns viel zu teuer kommen, lassen wir die Arbeit ungetan – und Männer, die gerne solche Arbeiten verrichten, stehen Monate lang arbeitslos herum und bekommen Geld gegen keine Gegenleistung, die ich gezwungenermaßen durch Steuern oder Lohnprozente bezahlen muß. Deshalb, weil die Steuern Arbeitslosigkeit finanzieren, kann ich meine Arbeit nicht finanzieren. Wenn einmal die Arbeit wieder in Gang gebracht worden ist, wird das Geschäftsleben wieder florieren, so daß wieder bessere Löhne bezahlt werden können. Aber seit Jahren haben wir zu viel Lohn gegen zu wenig Produktivität bezahlen müssen. Das Gesetz im Namen der Humanität hat mehr Konsum als Produktivität gerechtfertigt und angeordnet, mit dem natürlichen Resultat, daß wir Massenarbeitslosigkeit finanzieren müssen und zwar gegen keine Produktivität.

Vor einiger Zeit wurde ich zu einem lieben, alten Herrn gerufen, der alle Symptome einer vergrößerten Prostata zeigte – Überflußblase, Inkontinenz, Uraemie und plötzliche Schübe von Unberechenbarkeit und Konfusion. Nach einem Gespräch riet ich ihm zu einem guten Urologen, den ich nannte, zu gehen. Aber dieser liebe alte Herr sagte mit aller Entschiedenheit, er weise keine Symptome einer vergrößerten Prostata auf. Ich habe ihm die Symp-

tome wiederholt, mit Nachdruck wiederholt. Er leugnete sie glatt – obwohl man sie direkt riechen (Inkontinenz!) konnte. Er nannte aber eine ganz andere Krankheit, die mit seinen Symptomen überhaupt nichts zu tun hatte. Kurzum, er leugnete alle Symptome seiner tatsächlichen Krankheit, weil er es nicht wahrhaben wollte, daß er an diesem Prostataadenom litt. Er versuchte krampfhaft, eine vollkommen imaginäre Krankheit mit entsprechenden Medikamenten zu behandeln. Diese Mittel funktionierten natürlich nicht – aus dem einfachen Grund, daß er diese imaginäre Krankheit nicht hatte. Keine Argumente halfen ihm – bis sich die Symptome einer bevorstehenden Harnsperrung meldeten. Da legte der Arzt einen Katheter, und auf der Stelle wurden 600 ml Urin gelassen, was augenblickliche Erleichterung brachte und die Prostatavergrößerung bestätigte.

Die heutige Wirtschaft ist wie unser lieber alter Herr – sie leidet an einer Krankheit, die sie nicht wahrhaben will. Sie zahlt nämlich seit Jahren mehr Geld für Leistungen aus, als gerechtfertigt ist. Sie erlaubt es *den Menschen*, mit *Hilfe* von unberechtigt hohen Löhnen mehr zu konsumieren, als sie *produzieren*, will aber *diese Tatsache* – wie unser alter *Herr* – unter keinen *Umständen* zugeben. Indem sie überall Roboter einstellt, um zu teure Arbeitskräfte zu umgehen, bestätigt sie diesen *Tatbestand* – wenn auch nur stillschweigend ... während Millionen von gesunden Menschen arbeitslos herumstehen – weil sie teurer sind als Roboter. Aber die tatsächliche Krankheit – zu teure Arbeitskräfte – ist einfach undenkbar, deshalb kann sie nicht wahr sein – genau wie Prostatavergrößerung. Eine Freigabe der Löhne, damit sie ihre gegenwärtig wirtschaftlich vertretbare Höhe fänden, würde eine Wirtschaftsbelebung – wie die in den Frankfurter Kaufhäusern – auslösen. Danach würde die Wirtschaft sich langsam einpendeln. Jetzt aber ist die Heilung blockiert, weil der Patient nicht einsehen will, daß seine Symptome

einem bestimmten Krankheitsbild entsprechen. Der Staat müßte die Steuern senken, die Arbeitgeber ihre Ansprüche, die Arbeitnehmer ihre Forderungen und die Zwischenhändler ihre Margen. Alle müßten ein wenig mehr nein zu sich selbst sagen, dann käme eine Wirtschaftsbelebung wie die vor den Frankfurter Warenhäusern anlässlich ihrer Preissenkungen. Das Grundübel des heutigen Systems besteht darin, daß es fast jedem erlaubt, mehr zu konsumieren als er produziert.

3. Inflation unter Kontrolle?

Wollen wir nun annehmen, daß eine sozialgesonnene Regierung, um sich Wahlstimmen bei der nächsten Volksabstimmung zu sichern, die allgemeine wirtschaftliche Not im Volk und die Not der vielen Arbeitslosen lindern möchte, sich zu folgenden wirtschaftlichen Maßnahmen entschließt: Alle sozialen Leistungen und Löhne werden um 10% per sofort erhöht. Selbst die Arbeitslosenunterstützung wird in dieser Maßnahme, um wirtschaftliche Not zu lindern und um die Wirtschaft zu beleben, inbegriffen. Wollen wir auch annehmen, daß diese um 10% erhöhten Löhne und sozialen Leistungen eine zusätzliche Etaterhöhung von einer Milliarde Dollar jährlich kosten. Eine Milliarde zusätzliche Dollarscheine werden also durch Kredite beschafft und strömen ins Land, wo sie käufliche Ware suchen, die den Wohlstand erhöhen soll: *Denn die Dollarscheine an sich erhöhen den Wohlstand natürlich nicht, sondern nur die Ware, die sie erwerben.* Zusätzlich käufliche Ware wird durch die 10%ige Erhöhung der Sozialleistungen und der Löhne nicht *produziert*. Deshalb werden die zusätzlichen Dollarscheine vergeblich nach einer Milliarde Dollarwert zusätzliche Ware suchen – und nicht finden. Das Gesetz des Angebotes und der Nachfrage wird also jetzt dafür sorgen, daß derjeni-

ge, der für die noch vorhandene Ware mehr Geld anbietet, sie auch bekommt. Der Käufer kann gerade 10% mehr anbieten, denn gerade diese Extramenge Dollar besitzt er. Also die Preise steigen nach dem Gesetz des Angebotes und der Nachfrage um genau 10% - 10% mehr Geld ist für die alte Menge Ware vorhanden!

Gerade zu diesem Zeitpunkt aber reagiert die Regierung indem sie einen Preisstopp anordnet, um den steigenden Preisen Einhalt zu gebieten. Der Preisstopp hat aber eine einfache, voraussehbare Folge: Die preiskontrollierte Ware wird auf dem offenen Markt nicht mehr aufzutreiben sein. Die zusätzlichen Papiergeldscheine sind weder durch entsprechende Produktion noch durch Reserven gedeckt worden, was zur Folge hat, daß alle käufliche Ware teurer wird (oder gar nicht zu haben). Geld ist billiger geworden! *Inflation ist die große Folge aller Versuche, soziale Leistungen und Löhne ohne zusätzliche Produktivität zu erhöhen.* Der Bürger hat zwar mehr Geld, das ihm deshalb entsprechend billiger - und Ware teurer - geworden ist. Deshalb wird er auch bereit sein, mehr Geld für die rarer gewordene Ware auszugeben. Eine Teuerung, alias Inflation, ist da.

Noch dazu muß man bedenken, daß die Fabrik, in der Ware hergestellt wird, und die die höheren Löhne und auch die höheren Steuern bezahlen muß, um wiederum die höheren sozialen Leistungen zu bezahlen, jetzt höhere Personal- und Betriebskosten hat. Da wird die Leitung der Fabrik folgerichtig dazu gezwungen, den Preis ihrer Ware auch entsprechend zu erhöhen. Inflation wird also von zwei Seiten heraufbeschwört:

1. Die Anwesenheit von umlaufendem, nicht durch Produktivität gedecktem Geld, das durch Kredite und zu hohe soziale Leistungen etc. zustande kam.

2. Die Fabrik muß mehr Geld für höhere Löhne, höhere Steuern und für soziale Leistungen ausgeben, was die von ihr produzierte Ware auch entsprechend teurer ge-

staltet. Ein doppelter, inflationärer Druck ist somit vorhanden, dem die Wirtschaft nicht widerstehen kann – wenn die Politik der zentralen Regierung inflationär, d.h. sozialistisch eingestellt ist.

Aus diesem Grund führt der aufkommende Sozialismus immer zu einem vorübergehenden erhöhten Wohlstand, (die Bürger können anfänglich tatsächlich mehr kaufen), bis die schon vorhandene billige Ware aufgebraucht worden ist. Dann folgt aber immer eine Senkung des Wohlstandes im Laufe der Zeit (Geld wird immer billiger und Ware immer teurer). Die Menschen, die durch Arbeit und Fleiß im Wohlstand lebten, werden dabei immer ärmer, weil ihr gespartes Geld ständig an Kaufkraft verliert. Zur gleichen Zeit bezahlt sich die Verschuldung des defizitären Staates und der Großfirmen auf Kosten des ersparten Privatvermögens des durchschnittlichen Steuerzahlers.

Aus diesem Grunde ist die Gesundheit der Währung eines Landes direkt von dem Grad der sozialistischen Politik seiner Regierung abhängig. Je sozialistischer die Politik (d.h. je mehr «freie», d.h. gratis erhältliche, soziale Leistungen ohne den Zwang einer entsprechend erhöhten Produktivität), desto mehr Inflation. Sozialistische Währungen halten selten ihren Wert. Damit soll gar nicht gesagt werden, daß der humane Idealismus der sozialistischen Politik zu verwerfen sei. Es ist der wirtschaftliche Idealismus des Sozialismus, der wirtschaftlich unrealistisch, ja sogar unsinnig ist, der verworfen werden muß. Deshalb sind sozial-kommunistische Länder im Verhältnis zu vergleichbaren freien marktwirtschaftlich konservativen Ländern immer relativ arme Länder mit relativ tiefem Wohlstand unter den breiten Massen – im direkten Gegensatz zum Wohlstand unter den Parteibonzen solcher sozialistischen Länder.

Was unter privat- und staatskapitalistischen Systemen verworfen werden muß, ist die Tendenz, Wohlstand

durch Kunstgriffe wie Kredite, Inflation und soziale Leistungen synthetisch erzeugen zu wollen, statt Wohlstand ausschließlich durch Effizienz, Arbeit und Produktivität zu erzielen. Durch die bloße Politik des währungsmäßigen Deichseins ohne erhöhte Produktivität wird man unter den breiten Massen nie Wohlstand erzeugen.

Die Bundesrepublik Deutschland und auch die DDR haben ihre sozialistische Politik nur durchführen können, solange beide Länder als nationales Erbe die große Arbeitsdisziplin und Produktivität der Deutschen gemeinsam hatten. Andere Länder der EWG sind an der gleichen Politik jetzt schon annähernd zugrunde gegangen. Ihr Erbe war weniger produktiv! Die notwendige *Extra-Arbeitsdisziplin*, um die finanzielle Extrabelastung der hohen, nicht produktiven Ausgaben des Sozialismus zu tragen, fehlte. Ein Beispiel, das diese Verhältnisse unter Beweis stellt, ist frappant: Die Autofirma Daimler-Benz in der BRD blüht, trotz der heutigen, schwierigen Rezession, in der Autoindustrie. Das gleichzeitige Scheitern von British Leyland in England ist allen Fachleuten bekannt. Beide Firmen besitzen sicher ebenbürtige Ingenieure und Fazilitäten, nicht aber ebenbürtige Arbeitsdisziplin oder Produktivität, um die Extrakosten des Sozialismus in England und in der BRD durch zusätzliche Leistung zu decken. Der British Leyland Fachmann produzierte 1979 ca. 40% der Leistung seines Daimler-Benz Kollegen pro Lohneinheit. Das Ergebnis ist einfach: Daimler-Benz floriert und British Leyland muß Staatshilfe annehmen. Vor dem zweiten Weltkrieg galt das englische Pfund ca 22 Reichsmark. Jetzt (1983) gilt es weniger als 4 D-Mark. Inzwischen hat Deutschland den Krieg verloren, wogegen ihn England «gewonnen» hat!

Ein fleißiges Volk könnte selbst unter der wirtschaftlichen Belastung des ineffizienten Kommunismus den Kopf, wirtschaftlich gesehen, über Wasser halten. Kommunismus und Sozialismus können aber mit Hilfe ihrer

bloßen Ideologien keinen Wohlstand für ein faules Volk bieten. Die hohen administrativen Kosten des sozialistischen Systems überbelasten selbst die stärksten wirtschaftlichen Strukturen. Ein fleißiges, arbeitsames Volk wird sicher mehr Wohlstand genießen, wenn es auf die Praxis des Sozialismus gründlich verzichtet – und wenn es seinen eigenen Wohlstand privat ohne sozialistische, ideologische «Hilfe» finanziert. Ein faules Volk muß aber das effiziente Arbeiten und die Kunst der Produktivität lernen, wenn es zuversichtlich den Wohlstand genießen will. Ideologien ersetzen effiziente Arbeit und Produktivität nie, und teure Ideologien wie sozialistische Ideologien, die zur gleichen Zeit Faulheit und mangelnde Produktivität züchten, müssen Armut und Misère erzeugen – und keinen Wohlstand.

Man stellt gerade diesen Zusammenhang zwischen gewissen Ideologien und Armut überall fest, wo Sozialismus und Marxismus aufkommen. In England, zum Beispiel, haben viele «Aussteiger» den Schluß gezogen, daß sie borniert sind, wenn sie überhaupt arbeiten. Es war in England tatsächlich fast leichter, sich von anderen durch die staatlichen, sozialen Hilfen ohne Arbeit ernähren zu lassen. Aber nicht nur in England ist dies der Fall. Ein Fabrikant, den ich 30 Jahre kenne, ein Deutscher, wurde krank und mußte dringend operiert werden. Deshalb suchte er Hilfe für seine kleine Hydraulikfabrik. Er erkundigte sich beim Arbeitsamt, das von Arbeitslosen auf seiner Branche überschwemmt war, ob er kurzfristig eine passende Hilfe bekäme. Zwei oder drei Arbeitslose meldeten sich für diese interessante, nützliche, angenehme, normal bezahlte Arbeit. Einer davon schien geeignet für die Arbeit zu sein. Aber er lehnte sie nach reichlicher Überlegung ab, sie sei nicht das, was er suche (er war lange Zeit arbeitslos gewesen). Mit seiner Arbeitslosenunterstützung käme er noch lange ohne Arbeit besser aus.

Lange Zeit haben sich in England Studenten während

der Semesterferien als arbeitslos gemeldet und auch Arbeitslosenunterstützung erhalten. Es ist eben leichter, sich auf Kosten anderer ernähren zu lassen. So geht jedes wirtschaftliche System zugrunde, denn solche sozialistischen Systeme erziehen besonders die jungen Menschen zu Unproduktivität – und zu Freude daran! Der alte Rat der Bibel bestand darin, daß derjenige, der nicht arbeitete, auch nicht essen sollte. Ganz einfach und sehr gesund. Dieser Rat erfüllt die Menschen, die sich dadurch erziehen lassen, mit Genugtuung, denn sie haben etwas Positives geleistet, was dem Leben Sinn verleiht. Daher wohl die weitverbreitete «Sinnlosigkeit» des Lebens!

Die Unfreiheit des Kommunismus und anderer, totalitärer Systeme erzieht ihre Opfer zu Unproduktivität mit ganz anderen Mitteln. Der Marxismus bestiehlt und plündert die arbeitenden Menschen derart aus, daß sie so wenig wie möglich «auffallen» wollen – und so wenig wie möglich für ein solch verkehrtes System produzieren! Das System erzieht seine Untertanen zu Faulheit und Unproduktivität – und deshalb auch zu mangelndem Wohlstand.

Ideologien können aus sich heraus keinen Wohlstand produzieren, aber sie können Menschen dazu erziehen, ihren eigenen Wohlstand zu erzeugen – oder sie auch nicht dazu erziehen, je nachdem. Sie können den Menschen dazu erziehen, sich selbst zu helfen oder sich selbst auch nicht zu helfen. Marxismus verbietet Privatinitiative. Und da produktive Staatsinitiative an sich kaum existiert (fast alle Initiative ist doch eine Eigenschaft der Einzelperson) wird unter Marxistischen Systemen praktisch alle effektive, persönliche Initiative erstickt, eine Tatsache, die für Produktivität schlechthin schädlich ist und Armut anstelle von Wohlstand erzeugt!

4. Staatseffizienz

Die Buchstaben TANSTAAFL waren während «The New Deal» in Amerika populär.¹ Sie bedeuten: «There ain't no such thing as a free lunch» («Ein freies Mittagessen gibt es nicht»). Wenn jemand ein «freies Mittagessen» bekam, heißt das unter keinen Umständen, daß es wirklich frei war. Es bedeutet bloß, daß ein anderer, ihm vielleicht Unbekannter das Essen für ihn bezahlte.

Wenn nun durch Subventionen der Staat dem Bürger das Essen bezahlte, bedeutet das, daß die ihm unbekanntesten Steuerzahler für das Essen aufkamen, denn der normale westliche Staat erhält sein Einkommen hauptsächlich von Steuergeldern und nicht direkt von Eigenproduktion. Verstaatlichte Fabriken und Produktionsmittel im Osten sowie im Westen erzeugen in der Regel ein gehöriges, regelmäßiges Defizit und keinen Gewinn. Die Steuerzahler müssen meist für die Verluste und Defizite verstaatlichter Fabriken aufkommen, so daß solche Fabriken kaum in der Lage wären, ein wirklich freies Mittagessen zu spendieren! Also, der Staat im Westen ist für sein Einkommen hauptsächlich von den Steuern, die die Bürger bezahlen, abhängig. Wenn der Steuerzahler seine eigenen Steuergelder selbst verwaltete, könnte er sich bedeutend mehr «freies» Essen spendieren als der Staat es sich leisten kann; denn der Staat ist als Verwalter der Gelder anderer bekanntlich ineffizient. Der staatliche Verwaltungsapparat ist meist viel zu groß und funktioniert selten so wirtschaftlich wie der entsprechende private Apparat. Wenn Privatfirmen die gleichen Steuergelder wie der Staat sie erhält, selbst verwalten würden, würden sie sicher imstande sein, weit mehr als der Staat aus dem gleichen Geld herauszuholen. So könnte die Privatwirtschaft weit mehr als die Staatswirtschaft «freies» Essen und andere soziale Leistungen für die notdürftigen Bürger spendieren.

Warum aber besteht dieser Effizienzunterschied zwischen Staatsgeldverwaltung und privater Geldverwaltung? Warum kann der Privatmensch gewöhnlich bedeutend wirtschaftlicher Ware erzeugen und Geld verwalten als der Staat? Aus dem einfachen Grund natürlich, daß jeder Privatmensch, der seine eigene Firma besitzt, bewußt und auch unbewußt ständig zum äußerst besten Vorteil seiner Firma wählt und handelt. Diese Behauptung ist gar nicht negativ auszulegen, denn wenn ein Mensch privat kauft, kauft er, weil er persönlich lieber die gekaufte Ware besäße als sein Geld. Wenn er etwas Geld aus Freude Wohltätigkeitswerken spendiert, tut er das, weil ihm diese Freude und diese Genugtuung am Spendieren wichtiger ist als das bloße Besitzen des Geldes. Er bezahlt also die innere Genugtuung des Schenkens und des Dienens mit Geld, was keine unpersönliche Maschine wie diejenige eines verstaatlichten Betriebes oder des Staates selbst empfinden kann – und deshalb auch wenig tut. Wenn der persönliche Besitzer einer Fabrik 8 Stunden am Tag arbeitet, bedeutet das, daß er lieber diese 8 Stunden seinem eigenen Büro widmet, als daß er sich Ruhe gönnt. Er zieht die 8 Stunden im Büro der eigenen Ruhe vor, so daß es sich hier wiederum um eine freie Wahl handelt, eine Wahl, die erhöhte Genugtuung erntet.

Alle freie Wirtschaft ist von solchen persönlichen Wahlen abhängig. Persönliche, freie Wahlen sind meist privat und wohl überlegt und dienen der persönlichen Genugtuung, die besonders dort zu empfinden und registrieren ist, wo das Geld, das man dadurch verdient oder die Fabrik, der man dient, das eigene Privateigentum darstellen. Gerade solche Wahlen lassen die Räder der Industrie effizienter laufen. Diese Wahlen, die die Triebfeder der Industrie schmieren, werden schneller und besser getroffen, wenn sie mit persönlicher Genugtuung getroffen werden; denn sie sind eben persönlich und bringen deshalb persönliche Genugtuung. Aber gerade in einer sozialisierten,

verstaatlichten Gesellschaft stirbt solche persönliche Genugtuung aus. Die Menschen in solchen Systemen haben recht oft Lust zu nichts, sie sind häufig von Unlust oder Gleichgültigkeit erfüllt. Sie kennen meist wenig Genugtuung, sie kennen oft viel Unlust und empfinden deshalb Grund zu Langeweile, was zu Faulenzen führt – ein Symptom, das unsere heutige Generation in besonderem Maße direkt kennzeichnet.

Wenn Privatmenschen ihre freie Wahl verlieren, verlieren sie zur gleichen Zeit die Genugtuung, die in der Ausübung dieser freien Wahl liegt. Die freie Wahl und die Genugtuung sind alle beide strikt private Angelegenheiten. Aber gerade sie sorgen für Eifer und Freude bei der Arbeit und deshalb auch für Effizienz bei der Führung und Durchführung der Arbeit.

Auch christlich gesonnene Menschen empfinden genau so scharf den Verlust ihrer Freiheit und können deshalb, wenn sie sich gehen lassen, genau so an Unlust leiden wie andere Menschen, die keine christlichen Prinzipien praktizieren möchten. Aber weil Christen wissen, daß sie selbst verstaatlichte Arbeit ihrem Herrn und nicht Menschen tun, ziehen sie es vor, bewußt selbst Arbeit dieser Art Ihm zu tun und nicht den Menschen. Gerade diese bewußte Wahl erlaubt es ihnen, die schlechteste Arbeit freudig dem Herrn zu tun, so lange dabei dadurch kein Unrecht begangen wird. Wenn es sich um Unrecht handelt, weigern sie sich – auch eine Wahl! Deshalb kann der bewußte Christ bei der Ausübung seiner Wahlen Lust und nicht Unlust empfinden – die freiwillige Wahl mit der sie begleitenden Genugtuung ist wiederum zum Vorschein gekommen, was natürlich die Basis der Effizienz und des Eifers bietet (Kol. 3, 23).

In den großen verstaatlichten Konzernen wird alles leicht unpersönlich, und deshalb fehlt dieser Eifer und deshalb auch die Effizienz, die vom Eifer stammt. Aus diesem Grund müßten große Konzerne in kleinere Grup-

pen mit persönlicher Verantwortung aufgeteilt werden. Aber der Eifer (und deshalb die Effizienz) eines Besitzers oder Mitbesitzers bleibt unübertroffen. Die persönliche Genußtuung bei der Arbeit ist der Faktor, der in der heutigen Wirtschaft weitgehend verloren gegangen ist, was in Großkonzernen unweigerlich zu mangelnder Effizienz führt. Dadurch können natürlich auch kleinere Konzerne mitbetroffen werden – wenn die persönliche Freiheit und Verantwortlichkeit fehlt. Freie persönliche Initiative wird besonders in staatsbedingten, eintönigen, depersonifizierten Monopolen unterdrückt. Die Abstumpfung der Freude und der Genußtuung einer freien, persönlichen Verantwortung und Wahlfähigkeit trägt sicher zu der Ineffizienz und der Trägheit, die man in depersonifizierten Konzernen beobachtet, bei. Dieser psychische Faktor birgt sicher einen wichtigen Schlüssel zu erhöhter Effizienz in der Gesamtwirtschaft.

Als wir in der türkischen Beamtenstadt Ankara wohnten, behaupteten die Türken, daß man die westlichen Beamten schon von weitem an ihrem Gang, dann aber auch an ihrem Blick erkennen könne. Sie meinten, daß sie derart unpersönlich und deshalb auch uninteressiert an ihre Arbeit gingen, daß sie kilometerweit erkenntlich seien! Nun, eine solche Verallgemeinerung ist sicher ungerecht und auch übertrieben. Doch versteht man, was die Türken mit ihrer scharfen Beobachtung meinten.

Man fragt sich, ob der Staat mit Hilfe von unzähligen Komitees je die Erfindung des Fahrrades bis zum erfolgreichen Verkaufsstadium gebracht hätte. Fahrradfahren ist doch relativ schwer zu erlernen und ist offenbar derart unpraktisch, gefährlich, unsicher und gravitationsmäßig instabil, – nur zwei Räder in einer Ebene! – daß der desinteressierte Beamte die Erfindung kaum durch die vielen kommerziellen und betriebsmäßigen Hindernisse hindurch gedrückt hätte. Aber einzelne, die an der Erfindung vital eifrig interessiert waren, schafften dieses Wunder, und das Fahrrad gehört jetzt zu unserer Kultur.

Die Gebrüder Wright mit ihren ersten Flugzeugen wurden von den meisten Wissenschaftlern glatt verlacht. Einige Monate nach dem ersten erfolgreichen Flug seitens Wilbur und Orville Wright erschien in einer namhaften amerikanischen wissenschaftlichen Zeitschrift ein Artikel, der die Unmöglichkeit des Fliegens von Materie, die schwerer als Luft ist, unter «Beweis» stellte! Er vergaß das Phänomen Vogel! Welches Komitee hätte, wie die Wrights, die Initiative oder die Ausdauer gehabt, gegen den Widerstand, die Kritik, den Spott und Hohn bis zum Enderfolg vorzudringen? Die *Hingabe* der Einzelperson, die sich einer Sache, einer Initiative total weihet, ist fast unbesiegbar, unüberwindbar. Sie führt zu Wundern der Effizienz und der Ausdauer. Und gerade dieser Faktor fehlt dort, wo die Persönlichkeit und die persönliche Initiative ausgeschaltet werden, wo das Komitee oder der Staat das Projekt depersonifiziert.

Whittles Düsenmotor für Flugzeuge stellt noch ein Beispiel dar. Der englische Staat und das Kriegsministerium (!) waren total desinteressiert und hinderten Whittle bei jeder Gelegenheit. Deshalb ist in der Wirtschaft, Besitz, persönlicher Besitz, persönlicher Eifer und persönliche Effizienz der unerläßliche Faktor für Erfolg und Effizienz und deshalb auch für späteren Wohlstand. Marx und seine Verstaatlichungen, unter dem Vorwand der Verhinderung angeblicher Ausnützung des Volkes, änderte all das, indem er dem Volk alles nahm, was es besaß – selbst die Genugtuung der freien Wahl über den eigenen Besitz. So tötete er die einzige, vernünftige Initiative, die es in Wirklichkeit gibt, nämlich Privatinitiative. Und somit tötete er industrielle und auch private Effizienz.

5. Menschliches Verhalten in der Wirtschaft

Die Wissenschaften der Volkswirtschaft und der Nationalökonomie beschreiben im Grund genommen die Ge-

setzmäßigkeiten, die menschliches Handeln und menschliches Verhalten in der Wirtschaft bedingen. Zahlungsmittel und Geld, die menschliches Verhalten beeinflussen, sind natürlich rein menschliche Erfindungen. Ohne Menschen gäbe es keine solchen Einrichtungen. Deshalb bedingen keine intrinsischen «Naturgesetze» das Verhalten von Zahlungsmitteln, wie solche Gesetze das Verhalten von Stoff und Materie bedingen. Wichtig ist es zu erkennen, daß die Gesetze, die Geld und Zahlungsmittel bedingen, die Gesetze sind, *die Menschen und ihr Verhalten bedingen*. Solche sind an sich keine Naturgesetze, sondern Verhaltensgesetze des Menschen. Deshalb werden die *Wissenschaften der Volkswirtschaft und der Nationalökonomie immer Wissenschaften des rein menschlichen Verhaltens* bleiben.

Wenn man wissen will, wie der Dollar oder der Schweizer Franken sich unter gewissen Umständen verhalten werden, muß man letzten Endes immer fragen, wie sich die Menschen verhalten werden, die mit Dollar und Schweizer Franken umgehen. Denn Dollar und Schweizer Franken sind menschliche Erfindungen, die menschlichem Verhalten unterworfen sind. Diesen rein menschlichen Aspekt der Gesetzmäßigkeiten, die die Wirtschaft und die Problematik der Inflation bedingen, hat man seit Keynes weitgehend vergessen.

Wenn eine Krise in der Wirtschaft entsteht, ist sie deshalb immer eine Krise des menschlichen Verhaltens und des menschlichen Vertrauens. Die rein «ökonomischen» Probleme sind selten die wirkliche Ursache der Krise. Fehlendes Vertrauen ist meist die direkte Ursache der Krise. Das ganze Kreditsystem ist auf menschlichem Vertrauen, also ganz offenbar auf menschlichem Verhalten aufgebaut. Vertrauen (oder Mangel an Vertrauen) ist eine rein menschliche Angelegenheit, obwohl Vertrauen in ein Kreditsystem mit Kenntnissen der Verhaltensgesetze oder der «intrinsischen Wirtschaftsgesetze» zu tun haben kann.

Diese Tatsache hat zur Folge, daß die Stabilität einer Papierwährung, die vom Vertrauen in eine Bankunterschrift abhängig ist, auch eine Sache menschlichen Vertrauens (Verhaltens) ist. Ein Kreditkollaps ist nach dieser Sicht ein direktes Resultat des Kollapses des unterrichteten menschlichen Vertrauens. Das menschliche Verhalten einer Papierwährung gegenüber bricht plötzlich zusammen, weil unterrichtete Menschen eine mangelhafte Kreditbasis erblicken. In solchen Zeiten des Vertrauenskollapses steigt der Preis von Gold und anderen Wertgegenständen in Papiergeldeinheiten gewöhnlich an. Die inflatorische Vernichtung einer Papierwährung droht. Genau dies geschah zur Zeit der großen deutschen Inflation in den frühen zwanziger Jahren. Es ist klar, daß, wenn bald kein drastischer Kurswechsel in der heutigen Wirtschaft stattfindet, diese damals bloß deutsche Katastrophe sich weltweit wiederholen wird. England, Skandinavien, die USA, Frankreich, die Türkei, Griechenland und Italien bahnen mit ihrer Inflation heute den Weg zu diesem weltweiten Währungskollaps an.

Ökonomische Ereignisse sind also von den Gesetzmäßigkeiten, die menschliches Verhalten bedingen, abhängig. Ludwig von Mises, der österreichische Ökonom, beschrieb deshalb die Wissenschaft der Volkswirtschaft mit zwei Worten: «Menschen handeln.»² Menschliches Verhalten bedingt die Suche des Menschen nach dem, was ihm Genugtuung bereitet. Rein menschliche Wahlfähigkeit bedingt letzten Endes alle wirtschaftlichen Ereignisse – auch die, die unter Staatskapitalismus stattfinden. Das Wählen ist etwas, das der Mensch selbst vornimmt – auch unter Planwirtschaft, obwohl hier recht wenig Wahlmöglichkeit vorliegt. Niemand kann ihm diese Funktion abnehmen. Natürlich können andere unseren Geschmack, der das Wählen bedingt, beeinflussen. Aber jeder Mensch weiß von sich aus, was ihm wirklich wichtig ist und gefällt. Das Wählen ist menschlich. Das Erreichen dessen,

was wir wählen, die Mittel die man dazu benutzt, um dieses Ziel zu erreichen, darüber kann man natürlich verschiedener Meinung sein.

Alle gesunden Menschen suchen für sich die maximale Genugtuung, den maximalen Frieden und die optimale Prosperität. Aber nur zwei Methoden sind ihnen prinzipiell offen, diese Ziele zu erreichen:

Method 1: Sie können die Prosperität anderer wegnehmen, d.h. andere Menschen und ihren Besitz erobern und dann von ihren Gütern, die sie ihnen geraubt haben, in Frieden und Prosperität leben. In diesem Fall genießen sie Frieden und Prosperität auf Kosten anderer. Oder:

Method 2: Man kann darauf hinarbeiten, daß alle Frieden und Prosperität durch eigene Arbeit und eigene Produktivität erringen, und sie dann in Ruhe lassen, diese zu genießen. Die erste Methode – die der Ausnutzung anderer – ist die spezielle Methode aller Eroberer und Diktatoren aller Zeitalter gewesen. Die zweite Methode ist die demokratische Methode.

Die heutige Politik der Geldinflation erreicht das gleiche Resultat wie die Politik der Eroberer, diesmal aber mit finanziellen Mitteln; denn auch sie enteignet andere, ohne aber physische Gewalt anzuwenden. Die Demokratie dagegen hat ursprünglich versucht, allen Menschen Frieden und Prosperität durch eigene Produktivität zu gewähren. Es ist sehr wichtig zu erkennen, daß Prosperität und Frieden nur nach der zweiten Methode möglich sind, wenn beide – Frieden und Prosperität – wirklich von Bestand sein sollen. Allgemeingut und Privateigentum müssen beständig sein, sonst können sie nicht florieren. Die Geschichte hat gezeigt, daß Frieden und Prosperität in dieser Welt unteilbar sind.

Der heutige marxistische Sozialismus und auch der demokratische Sozialismus haben obige einfache Prinzipien auf den Kopf gestellt. Die meisten modernen Menschen erkennen die offenbare Tatsache, daß der marxistische

und der demokratische Sozialismus durch die finanzielle Nivellierung der Bürger, expropriative Steuern und Unterdrückung der freien Marktwirtschaft, die uns Freiheit und Wohlstand verlieh, sein Ziel anstrebt; denn der moderne «Sozialismus» versucht das Prinzip des «freien Mittagessens» auf Kosten anderer, nämlich des Steuerzahlers, im Westen und im Osten durch Zwang (Steuern) und durch Kredite (Schulden, Inflation) zu finanzieren. Man nimmt also den Produktiven ihr gespartes Hab und Gut, man «erobert» sie, wie alle Diktatoren es tun (Methode 1), um «eine Neuverteilung des Reichtums» durch expropriative Steuern (d.h. durch Enteignung) und galoppierende Inflation herbeizuführen, was im Grunde genommen Methode 1) darstellt.

Natürlich gibt es Fälle (Krankheit, Unfälle etc.), bei denen man anderen durch Arbeitslosenunterstützung, Sozialmedizin etc. gratis helfen muß und soll. Früher rechnete man mit steuerlichen Abgaben von bis zu 10% (dem Zehnten) des Einkommens, um diese nötigen Hilfeleistungen zu finanzieren. Doch stellt es eine Verleugnung des demokratischen Prozesses dar, wenn den Wenigen sehr Produktiven und Leistungsfähigen eines Landes praktisch alles durch Steuern und andere expropriative Maßnahmen (Inflation) genommen wird, um den vielen gesunden, jungen, kräftigen Menschen, die es nicht nötig haben, ein «freies Mittagessen» (soziale Subventionen) zu leisten.

In England sind ursprünglich demokratische Prozesse in unverschämte Enteignungsprozesse durch 80%ige und noch höhere steuerliche Abgaben umgewandelt worden. Man müßte jetzt dringend dafür sorgen, daß alle, die arbeiten können, ihr eigenes Mittagessen selbst verdienen und bezahlen. Sonst geht das Land an Almosen für die jungen, kräftigen, aber faulen Elemente im Lande zugrunde.

Die rein menschliche Genugtuung einer vollbrachten

Leistung fehlt dort, wo alles nach dem Prinzip des «freien Mittagessens» vor sich geht – d.h. wo Methode 1) vorherrscht. Deshalb entsteht die Frustration, die unsere sozialistische östliche und westliche Welt plagt. Der Mensch will letzten Endes nicht alles geschenkt und «frei» haben, wenigstens nicht, wenn er psychologisch einigermaßen gesund ist. Der gesunde Mensch will vor allen Dingen frei sein (nicht alles «frei» genießen), um das zu wählen und zu verdienen, was ihm Freude und Genugtuung bereitet. Er will nicht immer das annehmen, was eine Regierung oder ein Planungskomitee für ihn festlegt, sonst hat er seine Freiheit schon eingebüßt. Er ist ein Individuum mit individuellen Ideen und Wünschen. Aber um solche Wahlen tätigen zu können, braucht er Besitz, Hab und Gut, über die er nach Wunsch frei verfügen kann. Er muß frei verfügbares, kaufkräftiges, selbst verdientes Geld in seinem Besitz haben, d.h. er muß verdienen können, damit er seine Wünsche mit Genugtuung realisieren kann. Wenn diese Wünsche kreativ und produktiv sind, wird er ein erfüllter Mensch werden, der mehr liefert als konsumiert. Aber die Basis dieser Entwicklung des Individuums ist natürlich Freiheit zum Besitz, den er als Werkzeug seiner eigenen latenten Produktivität und Kreativität benutzt.

Aus diesen Gründen müssen die westlichen, freiheitsliebenden Länder die expropriativen Steuern (Methode Nr. 1 an Besitz zu gelangen), die zum großen Teil heute die Zinsen der von Sozialisten verursachter Verschuldung bezahlen, dringendst abschaffen. Dann muß die Ermutigung, mehr zu konsumieren als man in der Tat produziert, durch das in dieser Richtung schlechte Vorbild der sozialistischen Regierungen auch abgeschafft werden. Im Klartext heißt das, daß Regierungen keine Defizitwirtschaft führen dürfen. Wenn Regierungen nicht mehr ausgeben dürfen als sie einnehmen, wird der kleine Mann auch nicht mehr so geneigt sein, für sich selbst das gleiche zu tun und ihr schlechtes Vorbild nachzuahmen. Um Re-

gierungsausgaben zu reduzieren, müssen Staatsapparat und Beamtentum dezimiert werden, Schulden müssen getilgt werden; denn die hohen Steuern, die zur Zinsbezahlung für Schulden und zur Entlohnung vom Riesenbeamtenkorps nötig sind, machen die Löhne aller, die solche Steuern bezahlen müssen, unwirtschaftlich hoch. Und wenn Löhne unwirtschaftlich hoch sind, dann gibt es zwangsläufig Arbeitslosigkeit und Stagnation.

Es ist ein grundlegender Irrtum zu meinen, daß ein großes Beamtenkorps und viele Staatsangestellte Arbeitsplätze, die für die Wirtschaft günstig sind, erzeugen. Alle Jobs, die nicht *produktiv* sind, belasten den Steuerzahler, der dadurch auch zu hohe Löhne empfangen muß, um seine hohen Steuern zu bezahlen. Wenn Arbeiter irgendwelcher Kategorie lohnmäßig zu teuer werden, erzeugt man dadurch Arbeitslosigkeit – nicht Jobs... eine Tatsache, die offenbar viele nie überlegt haben, wenn sie verlangen, daß der Staat Arbeitsplätze um *jeden Preis* schaffen soll. Unnütze, bezahlte Arbeitsplätze erzeugen keine Vorteile, sondern im Gegenteil noch mehr leere Arbeitsplätze als zuvor; denn Arbeitsplätze um der Arbeitsplätze und nicht um der echten Produktivität willen machen alle Arbeiter, auch die produktiven Arbeiter, teurer, was zwangsläufig die Arbeitslosenquote erhöht. Das gleiche gilt natürlich, wenn Arbeitnehmer oder auch Arbeitgeber (!) ihre Arbeit mit anderen teilen und dabei den gleichen Lohn oder Honorierung empfangen, als ob sie vollzeitig arbeiteten. Solche Arbeitnehmer oder auch Arbeitgeber werden dadurch *effektiv pro Stunde* teurer gemacht mit der Konsequenz, daß noch mehr Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Auch wenn längere *Ferien* und auch *kürzere Lebensarbeitszeit (Ruhestand bei 58 Jahren)* bei voller normaler *Bezahlung* gewährt werden, aber ohne erhöhte *Gesamtproduktivität*, wird mehr Arbeitslosigkeit das Nettoresultat sein. Arbeitsstunden wie *Ware* müssen möglichst billig gehalten werden, um Wohlstand zu garantieren. Deshalb müssen Löhne auch maximal effizient sein.

Wenn also die nationale Verschuldung mit ihren hohen Zinsen, wenn die heutigen praktisch expropriierenden Steuern und wenn die Löhne ständig weiter steigen, also ineffizienter werden, um mit der Inflation Schritt zu halten (so daß die korrektive Maßnahme der Inflation, die versucht, die Löhne praktisch zu senken, außer Kraft gesetzt wird), dann muß der Kreditkollaps erfolgen.

Diese vier Punkte müssen dringend korrigiert werden:

1. Arbeitslöhne müssen effizienter werden
2. Steuern und Staatsapparat müssen effizienter, produktiver werden
3. Arbeitgeber müssen auch effizienter werden und mehr leisten
4. Schulden müssen getilgt werden, um die Ineffizienz von Zinszahlungen einzudämmen, wenn eine effektive Sanierung unserer Wirtschaft und Finanzen erfolgen soll. Sonst wird unsere freiheitliche Kultur verschwinden, und dann wird eine Diktatur, ein totalitäres System, rechts oder links ist einerlei, das Regiment auch im Westen übernehmen. Um eine solide Basis unserer Zivilfreiheit und Ordnung zu behalten, muß aber die Finanzpolitik eines Landes zuerst saniert werden.

Die psychischen und anderen Ursachen der heutigen Inflation

1. Psychische Ursachen

Bis heute lag die einzige experimentell-geschichtlich effektive Methode, die uneingeschränkte Herausgabe von Papiergeld zu bremsen, darin, vorher festgelegte Konvertibilität, d.h. vorher festgelegte Nennwerte in *specie*, gesetzmäßig zu verankern. Diese Methode bleibt sicher die effektivste antiinflationäre Maßnahme, die es gibt. Sie funktioniert aber nur dort, wo bei voller Konvertibilität die Notenausgabe politischem Druck nicht nachgibt.

Aber auch hier entstehen Schwierigkeiten, wenn der Begriff *Specie Ware* wie Arbeitszeit oder Löhne in sich schließt. Das Einfrieren von Löhnen als Methode, soviel Leistung an soviel Belohnung zu koppeln, hat selten gute Resultate gegeben, denn u.a. ist die objektive Leistung pro Lohnwoche oder Monat nicht leicht zu beurteilen, es sei denn, daß man generell Akkordarbeit einführt. Dagegen, wenn die Währung unabänderlich an meßbare Leistung gekoppelt ist, wie man Leistung in Form von Gold, Silber oder andere Metalle objektiv koppeln kann, hat man die Gewähr dafür, daß so viel Nennwert auf Papier wirklich so viel gespeicherte Arbeitsleistung mit sich trägt. Mehr braucht man eigentlich nicht, um das Inflationsproblem an sich zu lösen.

Das Tauschmittel, die Währung, sollte nur ein Tauschmittel sein und nicht eine Methode, Menschen durch das Drucken von Papiergeld mehr Kaufkraft zu geben, als sie tatsächlich produziert haben. In den letzten Jahrzehnten

hat man leider gerade das getan. Der politische Druck der Gewerkschaften und der durch Kreditgewährung reich werdenden Bankiers hat durch Manipulation der Währung (Drucken von Papiergeld oder Kreditgewährung) mehr Wohlstand und deshalb auch mehr Kaufkraft den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegeben, als sie in Wirklichkeit produzierten. Die resultierende Produktivitätsverschuldung artet sich in einer Bankverschuldung aus, die Zins und Gewinn für die Kreditgebenden auf Kosten der Defizitären einbringt.

Indem die Währung auf diese Weise mißbraucht wird (die nicht an Leistung gebundene Vermehrung des Tauschmittels, die mehr Frucht der Produktivität in der Form von Kaufkraft und Ware austellt, als im ökonomischen System tatsächlich erzeugt wurde), mußte sie in sich, in ihrem Bereich, ein Produktivitätsvakuum, d.h. eine Kollektivproduktivitätsverschuldung verursachen. Die Währung wird durch die Kreditpolitik, also durch das «politische» Drucken von Papiergeld, mit der Zeit mit Kreditverschuldung derart belastet, daß sie ihre Glaubwürdigkeit – eine psychische Angelegenheit – verliert, was dann in einem kollektiven Kreditkollaps endet. Diese kollektive Verschuldung der nationalen Währungen ist aber nur dort möglich, wo das nicht an Leistung gekoppelte Drucken von Papiergeld oder die nicht beschränkte Gewährung von Kredit (beide Prozesse sind eigentlich sehr ähnlich) es den Menschen erlaubt, mehr zu erwerben, als sich mehr Wohlstand leisten zu können, als sie durch eigene Produktivität in Wirklichkeit erzeugen. Dort, wo eine kreditbasierte Währung (Papier- oder Kreditgeld) von Verschuldung dieser Art (mehr Konsum als Produktivität) belastet ist, dort muß es von Zeit zu Zeit Kreditkollapszyklen, d.h. «Boom and Bust»-Zyklen geben. Die Kollektivverschuldung eines Währungssystems muß sich irgendwie entlasten. Die, die durch diese Kollapse ihr Gut verlieren, finanzieren mit ihrem verlorengangenen Geld

den nächsten Zyklus. So lange die Ökonomie eines Landes so schnell oder schneller als ihre Kollektivverschuldung wächst, kommt es zu keinen solche Kreditkollapsen. Wenn aber die Verschuldung eines ökonomischen Systems schneller als die Ökonomie selbst wächst, gibt es «Busts» (Katharsis, Kollapse). Wo das Wachstum einer Ökonomie schneller vor sich geht als ihre Kreditverschuldung, da gibt es «Booms» (Florierung des Geschäftslebens). Die «Busts» aber sind nur dort möglich, wo Kollektivverschuldung vorherrscht, d.h. wo in einer Gesellschaft mehr konsumiert als produziert wird und wo deshalb eine Systemkatharsis nötig ist. Kreditwohlstand dieser Art wird natürlich durch

- a) leichte Gewährung von Krediten und durch
- b) Drucken von Papiergeld, das kein Verhältnis zu Leistung oder zu gespeicherter Leistung (Gold oder Produktivität) hat, gefördert.

Um alles in einer Nußschale auszudrücken: «Busts» und «Booms» kommen dort vor, wo man finanziell – konsummäßig – über die Verhältnisse eines wirtschaftlichen Systems lebt. Und diese Verhältnisse sind von tatsächlicher Leistung und tatsächlicher Produktivität eisern festgelegt. Gewaltames Übertreten der Grenzen durch die Gewährung von mehr Kredit, als die Leistung und Produktivität es rechtfertigt (d.h. letzten Endes das Drucken von ungedeckter Papierwährung), ist der Vater von Inflation und von darauffolgenden «Boom»- und «Bust»-Zyklen – also vom sogenannten «Business Cycle». Diese unangenehmen Erscheinungen sind als «physiologische Symptome» oder als Katharsis zu bewerten, die, wie wir bereits gesehen haben, jedes Währungssystem bei Schuldenüberbelastung aufweisen wird. Die Schulden werden im «Bust» gesprengt und so auf Kosten der Gläubiger getilgt. Die Besitzer von Realwerten und ungedeckter Währung müssen die «Busts» bezahlen. Die Menschen, die alles in diesen «Busts» verlieren, verlieren

ihr Hab und Gut, indem sie ihren Anteil der Schuld des Gesamtwährungssystems tragen und auf diese Weise tilgen.

Wenn nun die breite Masse der Arbeitnehmer und auch eine Mehrzahl der Arbeitgeber und Politiker nebst Gewerkschaftlern immer mehr Wohlstand (durch erhöhte Löhne) erzwingen wollen, um mehr «künstlichen» Wohlstand auf Kosten des Tauschmittels (Währung) zu kaufen, als ihre Produktivität es erlaubt, werden die Busts nicht ausbleiben können.

Früher, zur Zeit des Kubla Khans, konnte sich eine kleine, mächtige, reiche Minorität im Lande (der Khan und seine Beamten) fast permanenten Wohlstand auf Kosten der ärmeren Majorität leisten. Diese Minorität konnte mehr genießen, als sie tatsächlich produzierte. Das gleiche Phänomen sieht man natürlich heute noch im Osten wie auch im Westen. Im Westen aber will die breite Masse den gleichen Wohlstand genießen wie die herrschende nicht produzierende Minorität im Osten. So lange nichtproduzierende «Drohnen» eine kleine Minorität bleiben, kann man für sie Wohlstand leisten. Aber wer wird die Rechnungen tragen, wenn das ganze Volk, das ganze ökonomische System Produktivitätsdefizite aufweist, d.h. wenn das ganze Volk über seine tatsächlichen Verhältnisse lebt? Keynes hat uns seine Lösung für gerade diese Situation gezeigt, nämlich die Lösung einer kriechenden Inflation, die unsichtbar gerade diese schleichende Verschuldung aufs Konto der Währung und deshalb später des Volkes abschiebt. Aber Keynes verstand es nicht, daß auch Schulden dieser Art eines Tages getilgt werden müssen. Die allgemeine Verschuldung auch eines Währungssystems muß irgendwann bezahlt werden. Schuld – auch persönliche Schuld – muß getilgt werden! Und die Schuldentilgung in seinem System hatte Keynes offenbar nicht ausreichend profund durchdacht.

Die Verschuldung westlicher sowie auch Ostblockwäh-

rungen hat heute derart astronomische Proportionen in Folge des defizitären Allgemeinwohlstandes angenommen, daß eine friedliche Schuldentilgung kaum mehr möglich oder denkbar zu sein scheint. Gewisse westliche Nationen bezahlen jetzt schon mehr als die Hälfte ihrer Steuern, nur um Wohlstandsverschuldungszinsen auf nationaler Ebene zu bezahlen. Dabei wird heute kaum an Amortisation oder Tilgung dieser Verschuldung gedacht. Polen ist zur Zeit (1983) derart verschuldet – dafür hat das marxistische System mit Hilfe von jahrelanger Mißwirtschaft und den Verstaatlichungen der Produktionsmittel gründlich gesorgt –, daß fast das ganze nationale Einkommen von Schuldenzinsen geschluckt wird. Man fragt sich, wann eine gewaltsame Schuldentilgung durch Kreditkollaps erfolgen wird! Es kann nur eine Frage der Zeit sein, denn weiteres finanzielles Manövrieren wird im Falle Polen wenig ausrichten können. Weiteres Papiergeld drucken mit der begleitenden weiteren Inflation wird die stagnierende Industrie und Produktivität des Landes nicht mehr beleben können.

Jetzt schon muß die Masse westlicher Bevölkerungen monatlich 40–80 % ihres Nettoeinkommens einem hoffnungslos verschuldeten Fiskus prompt – oft an der Quelle vor Erhalt – abliefern. Vor einigen Jahren mußten die englischen Ölfeldbesitzer, die doch relativ kleinen Besitz haben, tatsächlich bis zu 101 % ihres Öleinkommens dem Fiskus abliefern. Mrs. Thatcher hat diese Situation ein wenig gemildert. Diese unglücklichen Ölbesitzer versuchten verzweifelt irgend jemanden zu finden, der ihnen ihre Ölfelder (gratis) übernehmen würde! Ich kannte persönlich eine Hausbesitzerin in Glasgow, Schottland, die jahrelang versucht hatte, ihre schönen Häuser in Glasgow dem Staat oder der Stadt zu verschenken, und zwar weil die Steuern höher waren als die gesetzlich festgelegten Mieten. Diese Person war eine Witwe, die auf das Einkommen ihrer Häuser total angewiesen war. Sie mußte

ihre eigenen Häuser subventionieren, denn sie wurde gesetzlich gezwungen, die Häuser weit über ihre Rendite zu unterhalten und zu reparieren. Die Stadt lehnte ihr angebotenes Geschenk der Häuser mit der Begründung ab, daß die schönen Häuser Schuldenquellen und nicht Einkommensquellen seien! Hier liegt ein Grund vor, warum es in Ländern, die sozialistische defizitäre Politik treiben und deshalb gezwungen sind, expropriative Steuern zu verlangen, Wohnungsnot gibt.

Vor einiger Zeit mußte ich während einer Vortragsreise wegen einer akuten Urämie in die chirurgische Abteilung eines Krankenhauses eingeliefert und als Notfall operiert werden. So verbrachte ich 3 Wochen über Weihnachten und Neujahr in der Chirurgie. Die Rechnung betrug etwa DM 15000.—, für die ich privat aufkam, weil ich in keiner Krankenkasse war, die einen solchen Fall deckte. Weil nun bei der Einkommenssteuerbehörde solche Notfälle vorgesehen sind, meldete ich diesen Betrag mit Belegen bei meinem Revisor, der ein Gesuch für einen Steuererlaß in dieser Höhe einreichte.

Nach sehr langer Wartezeit kam die Antwort der würdigen Behörde zurück. Der Betrag für die Operationen seien im Prinzip von den Steuern abziehbar, sie betrügen einen beträchtlichen Anteil meines Einkommens. Der Betrag für die Operationskosten übersteige schon den vom Steuergesetz vorgesehenen Mindestsatz, so daß ein Erlaß im Prinzip indiziert sei. Jedoch seien andere Umstände zu betrachten, so daß man mir gar keinen Erlaß gewähren könne.

Ich war natürlich erstaunt und fragte meinen Revisor nach der Bedeutung dieses Orakels, wobei er mir gar nicht in die Augen schauen konnte. Ich verlangte aber dann erst recht eine saubere, vollständige Begründung dieses Bescheides der Behörde und zwar im Klartext. Der Revisor antwortete, daß die Tatsache, daß ich keine Schulden hätte und immer innerhalb meiner Verhältnisse

lebte, ausschlaggebend bei der Ablehnung meines Gesuches sei! Ich zog für meinen Revisor dann den einzig möglichen Schluß, weil er ihn selbst nicht ziehen wollte: In der Schweiz wird steuerrechtlich derjenige vorgezogen, der Schulden und Defizite hat! Der Bürger ohne Schulden ist heutzutage ein seltsames, ja ein Verdacht erregendes Wesen! Normale Menschen machen immer Schulden, die sie dann von den Steuern abziehen können! In der erzkonservativen Schweiz seien Schulden Grund zum Vorzug! Wie mögen andere Länder handeln? So erzeugt man «Booms» und «Busts» in der Wirtschaft.

Nach der Ära von Keynes fingen die meisten westlichen Staaten an, eine Politik zu führen, die Defizitwirtschaft und somit natürlich Inflation und Boom-Bust-Wirtschaft förderte. Die Triebfeder einer solchen post-keyneschen Wirtschaft liegt in der «Neuverteilung des Wohlstandes». Das heißt, daß die produktivsten, schuldfreien Elemente eines Volkes einen Teil ihres gespeicherten Wohlstandes regelmäßig und durch Inflation an die defizitären durch Keynesche Politik abgeben müssen. *Der enteignete Wohlstand – die Proportion des Wohlstandes, die durch Inflation verloren geht – finanziert und unterhält die defizitäre Wirtschaft.* Diese Tatsache und diesen Mechanismus der Inflation haben die großen Konzerne und die Finanzminister aller Länder sehr schnell begriffen und ihre Politik danach konzipiert. Auch sie müssen von jetzt an defizitär wirtschaften, sonst werden sie an dieser Neuverteilung des Wohlstandes durch Inflation nicht teilnehmen! *Durch Inflation und Schulden erhalten sie eine zusätzliche Einkommensquelle gratis ohne Steuern und ohne Arbeit – auf Kosten der Nichtdefizitären!*

Wenn solche Voraussetzungen gegeben sind, wird es wohl allen klar sein, warum die großen Wirtschaftskonzerne und auch die politischen Regierungen a) Inflation als Politik fördern und b) zur gleichen Zeit ein Lippenbekenntnis zur Bekämpfung der Inflation ablegen.

2. Warum und wie Inflation heimlich, aber bewußt immer noch gefördert wird. Einige praktische Beispiele:

Früher war das durchschnittliche Salär eines durchschnittlichen Beamten in der Schweiz, wollen wir sagen Fr. 1000.— monatlich. Von diesem Gehalt blieb, wollen wir annehmen, Fr. 300.— monatlich steuerfrei. 300.— – 500.— Franken waren, nehmen wir an, zu 10% steuerpflichtig und 500.—1000.— Franken monatlich zu 50% steuerpflichtig. So erhielt die Steuerbehörde folgende Einkommenssteuerzahlungen:

FR. 300.—–500.— = FR. 200.— zu 10%, d.h. FR. 20.— monatlich;

Fr. 500.—–1000.— = Fr. 500.— zu 50% = Fr. 250.— monatlich.

Gesamteinkommenssteuer = Fr. 250.— + Fr. 20.— = Fr. 270.— monatlich.

Von Fr. 1000.— als Salär also monatlich = 27% des Gesamtsalärs.

Die Pro-Rata-Basis der Einkommenssteuerzahlungen werden nur schleppend je nach Einkommensskala revidiert. Durch die Inflation bekommt nun im Lauf der Jahre der gleiche Beamte sehr schleppend seine Lohnverbesserungen, so daß er jetzt nach vielen Kämpfen Fr. 5000.— monatlich erhält. Davon bleiben vorläufig immer noch Fr. 300.— monatlich steuerfrei – Betrag noch nicht justiert. Fr. 300.—–500.— sind zu 10% steuerpflichtig = Fr. 20.— monatlich. Dann kommt aber Fr. 500.—–5000.— monatlich zu 50% steuerpflichtig dazu = Fr. 2250.— Steuer monatlich. Total = Fr. 2270.— oder 45,4% seines Einkommens! Früher, als er FR. 1000.— monatlich erhielt, zahlte er 27%, jetzt aber 45,4%, wobei die Kaufkraft seiner 1000.— Franken damals ungefähr der Kaufkraft seiner jetzigen 5000.— Franken entsprach. Die Inflation hat dem Staat dank der Inflationshilfe netto 18,4% mehr des bürgerlichen Einkommens eingebracht.

Die Einkommenssteuerskala wird natürlich mit dem Fortschreiten der Inflation revidiert, so daß mehr Einkommen mit dem Fortschritt der Inflation steuerfrei wird. Das geschieht aber immer schleppend, so daß der Staat mittlerweile gehörige Gewinne durch seine abwartende Haltung zu verzeichnen hat. Arbeitet deshalb die Steuerbehörde so langsam?

Das gleiche geschieht mit anderen Steuern. Ähnliche Kalkulationen können auf der Basis des Benzinpreises und der Benzinststeuer gemacht werden. Für jeden Liter Benzin bezahlt der Schweizer Automobilist heute (1983) ca. sFr. 1.20, wovon der Staat sFr. 0,60 für Zölle und Steuern nimmt, d.h. 50% des Preises. Nun, je höher die OPEC-Länder ihre Preise schrauben, desto besser gefällt es dem Fiskus, der preisproportionelle Zölle vom Benzin verlangt. Ein Fiskus oder ein Konzern wäre geschäftsun-tüchtig, wenn er Inflation als Politik nicht – wenn auch nur heimlich – begrüßen würde.

3. Warum und wie die Inflation öffentlich «bekämpft» wird

Aber weder der Fiskus noch der große Konzern darf die Inflation öffentlich begrüßen, denn sowohl er wie auch das Volk wissen, daß die Inflation das begüterte Volk bestiehlt, auch wenn sie (die Inflation) den defizitären Staat und den defizitären Großkonzern regelmäßig beschenkt. Daher stammt das laute Lippenbekenntnis zur Inflationsbekämpfung. Im Laufe der Zeit erfährt das bestohlene Volk doch, was wirklich im Gang ist, und wählt die ideologisch gesteuerten Inflationsdiebe aus ihrem Amt.

Aus diesen Gründen sind die Zentralbanken und die Regierungen zu dem Schluß gekommen, den Keynes selbst zog: Man darf eine nur «erträgliche» Inflationsrate akzeptieren und dulden. So lange die Inflation uns jedes

Jahr «nur» 5% unseres Guthabens stiehlt, wird wenig Protest entstehen. 5% merken die apathischen Leute des reichen Wohlfahrtsstaates kaum. Für jeden einzelnen Beamten oder Sekretär ist 5% jährlich wirklich nicht viel. Man vergißt aber, daß auch 5% Diebstahl Diebstahl ist und deshalb grundsätzlich abzulehnen. 5% summiert sich, und 5% des Volkseinkommens jährlich ergibt im Lauf der Zeit beträchtliche Summen. Wenn man dem Volk dagegen 10% oder 15% jährlich durch Inflation stiehlt, da regen sich die Bestohlenen auf. Eine so hohe Inflationsrate kann keine Regierung dulden, geschweige denn fördern. Bei den nächsten Wahlen würde sie von den Bestohlenen aus Amt und Würde gesetzt werden!

So ist die Inflation nicht nur ein echtes *Problem*, sie ist eine ganz große finanzielle *Versuchung der großen Defizitären*. Denn viel Geld und Wohlstand (Wohlstand und Geld von anderen natürlich) sind auf dem Spiel. Völker und Regierungen, die an der Neigung zur Habgier leiden, werden dieser Versuchung besonders stark ausgesetzt. Es ist doch so leicht, Schulden und Steuern mit dem Schuldscheindrucker bezahlen zu wollen, besonders wenn man dabei selbst sehr viel Geld verdient (= Schulden gratis bezahlt bekommt)! Gesunde, starke Disziplin und echte finanzielle Ehrlichkeit sind beide nötig, um mit dieser Versuchung fertig zu werden! Die Versuchung, Geld nach Bedarf drucken zu lassen, wie die alte patriotische amerikanische Dame es wollte, ist heute genau so aktuell wie damals; denn fast alle Regierungen und Zentralbanken der Welt erliegen heute noch regelmäßig gerade dieser Art Versuchung. Der Kampf in den USA und in der BRD, das Staatsétat mit Schulden oder mit Einsparungen ins Gleichgewicht zu bringen, spiegelt gerade diesen Kampf wieder. Nur das Land, das ohne Mehrverschuldung den Kampf gewinnt, hat wirklich Charakter!

Das Problem ist also nicht nur ein finanzielles, sondern vor allen Dingen ein charakterliches, *psychisches* Pro-

blem. Habgier, «finanzieller Scharfsinn» und Geiz tragen gern die Maske des Finanzgenies (wie Keynes). Diese Art Diebstahl durch Inflation zu betreiben, ist aber, ganz klar gesagt, charakterlos; denn sie bestiehlt die einen (Nicht-defizitären) zugunsten der Defizitären!

Diebstahl dieser Art kann aber nur so lange funktionieren, wie es Wohlstand für eine «Neuverteilung» desselben gibt. Wenn der Wohlstandsvorrat zu Ende geht, dann funktioniert der Keynesche Inflationstrick nicht mehr, denn sein Treibstoff – gestohlener Wohlstand – ist ausgegangen! Arbeitslosigkeit nimmt dann überhand, und das wirtschaftliche System beginnt zu stagnieren. England, selbst unter Mrs. Thatcher, bietet uns ein klassisches Bild obigen Phänomens. Das Pfund Sterling trägt jetzt weniger als ein Hundertstel seines vor 50 – 75 Jahren bestehenden Wertes. Die Erfolge von Keynescher Inflation sind zu Ende, denn Verschuldung hat überhandgenommen. Nichts, nicht einmal Inflation, kann die dortige Wirtschaft wieder beleben. Die Engländer sind von Keyneschen Wirtschaftlern so lange begaunert worden, daß sie an gar nichts mehr glauben, nicht einmal an die Nützlichkeit von Produktivität und Arbeit!

Inflation wird also sicher unter anderem durch Charakterschwäche verursacht. Man gibt Habgier und ungesundem finanziellem Denken nach. Als Nebenprodukt dieser Schwäche produziert Inflation Mutlosigkeit, Frustration und Verzweiflung. England bietet hier wiederum ein klassisches Beispiel! Die relative Produktivität von Englands British Leyland verglichen mit Mercedes, Mann für Mann, Job für Job, betrug in letzter Zeit ca. 40%, wie wir schon bemerkt haben! Der britische Lebensstandard ist in wenigen Jahren auf den der kommunistischen Ostländer (DDR) gesunken, und die Mutlosigkeit nimmt überhand. Die Arbeitslosigkeit ist dazu derart gestiegen (immer eine späte Begleiterscheinung von Inflation), daß sie allein Mrs. Thatcher doch noch vom Premierminister-

amt vertreiben könnte – wenn eine Wende nicht schnell genug erfolgt.

4. Andere Ursachen

Inflation kann aber von der Unwissenheit der Zentralbanken und der Behörde stammen, die wenig Finanzgeschichte gelesen zu haben scheinen! Man liest die modernen, oft ideologisch einseitigen Finanzlehrbücher mit Mühe. Sie sind oft so kompliziert, daß sie imponieren! Ob sie immer zu Vernunft in Finanzsachen führen, ist eine andere Frage! Die einfachen Prinzipien der Finanzen gehen oft klarer aus den älteren Werken hervor. Man vergißt – oder man weiß es nicht mehr –, daß jegliche Verschuldung den inflatorischen Prozeß beschleunigt. Mit der Durchführung einer Verschuldungspolitik, die mit Hilfe von Papiergeld möglich wird, hofft man auf eine grenzenlose, ständige *Expansion* der Wirtschaft und des umlaufenden Papiergeldes nach den relativ modernen Theorien von Keynes. Die neuesten finanziellen Erfahrungen haben aber bestätigt; daß diese grenzenlose wirtschaftliche und währungsmäßige Expansion (unbegrenzte Zunahme der umlaufenden Papiergeldmenge, Supply of Money) eine Illusion ist. Nicht nur Keynes ist tot, seine ökonomischen Theorien der grenzenlosen wirtschaftlichen Expansion liegen heute in den letzten Zügen. Ständig neue Verschuldung verlangt ständiges Wachstum, das auf unserem beschränkten Planet einfach nicht möglich ist. Deshalb muß neue Verschuldung ein Ende nehmen, wenn Wachstum aufhört. Der aktuelle, ständig drohende Kreditkollaps und die immer wiederkehrenden Abwertungen der Währungen halten uns diese Tatsache fast jeden Tag deutlich vor Augen.

Die Banken und die Regierungen, die die Banken beherrschen, wissen heute sehr wohl, welche wirtschaftspo-

litischen Ursachen hinter der heutigen Inflation liegen. Sie können aber und wollen keine wirklich effektiven Mittel zur Bekämpfung des Inflationsübels anwenden, denn die Inflation und das ständig steigende Kreditwesen dienen ihren eigenen politischen, finanziellen und ideologischen Interessen. Die Unterbindung der Inflation würde zur gleichen Zeit ihren finanziell nicht zu verantwortenden «finanziellen Scharfsinn» unterbinden.

Man fördert heimlich «mäßige» Inflation, predigt aber Kampf gegen alle Inflation, damit die Besitzenden noch etwas länger hinhalten, um weiterhin zugunsten der Inflation berupft zu werden. Man dämpft die Inflation nur, soweit eine Dämpfung politisch erforderlich ist. Eine zu steile Inflationsrate tendiert zu sozialer Unruhe im Volk. Die Engländer, sagt man, dulden jegliche Art von finanziellem Unfug – deshalb mutete man ihnen damals eine 20 – 35 %ige Inflation im Jahr zu. Die Deutschen dulden viel weniger – und es wird ihnen heute viel weniger Inflation zugemutet. Es wäre im Westen politisch noch nicht vertretbar, alle Besitzenden durch noch höhere Inflationsraten noch schneller zu enteignen. Man enteignet im Westen etwas langsamer als im Osten, um den sozialen Frieden im Westen zu wahren. Im Osten sorgt die Diktatur für den «Frieden». Je sozialistischer ein Land eingestellt ist, desto schneller darf man die Inflationsrate erhöhen! England ist z.B. in den wirklich und tatsächlich intellektuellen und «arbeitenden» Kreisen extrem links – und hat eine Zeitlang sogar eine 35 %ige jährliche Inflationsrate vertragen.

Sozialistische Wirtschaftspolitik in rechts gerichteten Ländern trägt natürlich die gleiche wirtschaftliche Frucht. Rechts und links sind in Finanzpolitik ähnlich. Man predigt die Bekämpfung von galoppierender Inflation und stellt das Wirtschaftssystem auf langsamere Inflation ein. Aber Inflation – d.h. Diebstahl – muß sein! Beide Arten von Inflation sind Enteignungsmittel.

5. Papiergeldmanipulation

Man kann eine Papierwährung durch Inflation (oder Deflation) fast nach Belieben manipulieren. Die Menge des umlaufenden Papiergeldes kann reguliert werden, was natürlich von ideologisch gesteuerten Politikern für ihre eigenen Zwecke benützt werden kann. Die vorhandene Menge Gold bleibt relativ konstant und relativ rar, was den Goldpreis bedingt. So funktioniert die relativ konstant vorhandene Goldmenge wie ein konstantes Wertreservoir, das künstlich nicht manipulierbar ist.

Kubla Khan wurde mit Hilfe seines Maulbeerbaumgeldes unvorstellbar reich. Auch die modernen Khans (die Zentralbanken und die Regierungen) haben das gleiche Geheimnis entdeckt, das sie aber streng geheim halten. Der Beweis für die große finanzielle Fruchtbarkeit dieses Geheimnisses liegt in der fortschreitenden Verstaatlichung und Internationalisierung der Produktionsmittel in der ganzen Welt. Der große Haken bei diesem Geheimnis kommt aber früher oder später immer wieder zum Vorschein. Das ganze Kreditsystem ist immer vom Vertrauen zwischen Gläubiger und Schuldner abhängig. Wenn nun das Vertrauen zwischen diesen Parteien erschöpft ist, wird es eine Wiederholung der Ereignisse von 1923 in Deutschland geben. Die überall fortschreitende Inflation hat das Vertrauen bereits unterminiert, so daß ein Kollaps erfolgen muß.

Als wir vor einiger Zeit wiederum nach einer Abwesenheit von einem Jahr in Skandinavien waren, erschrakten wir über die dortige galoppierende Inflation, die unter Beweis stellt, daß wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten letzten Endes genau so unabänderlich und unmanipulierbar sind wie der zweite thermodynamische Hauptsatz selbst – Skandinavischem Sozialismus zum Trotz. Kurzfristig kann man den 2. Hauptsatz dem Anschein nach «überwinden». Aber er setzt sich auf lange Frist immer durch.

Wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten durch die Beschaffenheit der menschlichen Psyche bedingt, zeigen ähnliche Charakteristika wie die des 2. Hauptsatzes. Kurzfristig können die Volkswirtschaftler Geld, Währungen und Kredite aus dem Nichts (ex nihilo) «erschaffen». Langfristig müssen aber echte Werte die Träume und Tricks der Finanzaauberer wieder gut machen.

6. Die Belastungsproben heutiger wirtschaftlicher Systeme

Die heutigen Staaten des Ostens und des Westens unterhalten nicht nur enorme Staatsapparate, die kein gesundes Geschäft in der Welt unterhalten könnte, sie unterhalten noch dazu wirtschaftlich schier untragbare «Verteidigungsapparate». Im Jahre 1977 gab die ganze Welt 1 Milliarde Dollar jeden Tag des Jahres für Waffen aus.¹ Die NATO und der Warschauer Pakt gaben 70% dieses Betrages aus. Die dritte Welt gibt aber ständig steigende Summen für Waffen (= «Verteidigung») aus. Wenn nur ein signifikanter Bruchteil der nuklearen Waffen der Welt zur Anwendung käme, würden die meisten Städte der nördlichen Hemisphäre im Nu vernichtet und ihre Einwohner augenblicklich oder langsam getötet werden.

Irgendwo las ich in letzter Zeit einen Bericht, der mitteilte, daß ca. 50% der «Produktivität» der ganzen Welt der Produktion von Vernichtungsinstrumenten dient. Auch wenn dieser Bericht ungenau wäre, gibt uns der Bericht aus Stockholm 1977 Warnung genug, daß kein Wirtschaftssystem der Welt imstande ist, eine solch ungeheure Belastung durch nichtproduktive Tätigkeiten lange zu ertragen. Diese teure Nichtproduktivität wird letzten Endes zu einem großen Teil von Regierungen getragen, die sie mit Hilfe von Krediten, d.h. mit Hilfe von inflatorischen Mechanismen finanzieren.

Man vergißt leicht, daß diese Produktion von Waffen in Höhe von mehr als einer Milliarde Dollar täglich finanziell getragen werden muß, ein Heer von hochspezialisierten Naturwissenschaftlern und Technikern verliert seine Zeit, ja das ganze Leben bei der Ausübung dieser zerstörerischen Aktivität. All diese Aktivitäten können gemessen werden und gehören zu der täglichen Milliarde Dollar.

Darüber hinaus gibt es aber die versteckten Kosten dieses Wahnsinns. Nehmen wir nur ein kleines Beispiel als Illustration: Westberlin² wird heute von 350000 jungen russischen und von 150000 ostdeutschen Soldaten umzingelt. Westberlin selbst wird von 12000 westlichen Soldaten verteidigt. Man überlege: – diese jungen Männer verlieren die besten Jahre ihres Lebens bei einer total unproduktiven, ja zerstörerischen Aktivität, um die schreienden Fehler der Yaltapolitiker (1943–44) zu verewigen. Diese Soldaten beider Seiten verlieren nicht nur die Jahre ihres Militärdienstes, sie lernen während dieser Zeit das Faulenzen – oder in vielen Fällen die nichtproduktive Arbeit – was ihnen dann das Leben lang anhaftet. Man verschwendet also nicht nur Geld durch diese militärischen Tätigkeiten, man verliert noch dazu menschliche Fähigkeiten fürs Leben. Damit will ich nicht behauptet haben, daß die militärische Disziplin nichts nütze sei. Was ich betonen möchte, ist, daß die Kosten in Geld und in Menschen über die ca. 40 Jahre seit Ausbruch des 2. Weltkrieges so hoch sind, daß das Wirtschaftssystem einen solchen Verteidigungs- und Staatsapparat nie auf lange Sicht ertragen noch tragen kann. Nur mit Kunstgriffen ist es dem heutigen Wirtschaftssystem gelungen, flott zu bleiben. Einer dieser Kunstgriffe ist natürlich der der Inflation, die je nach der Höhe eine unsichtbare Vermögenssteuer darstellt, die das sonst gespeicherte Gut eines Landes dem Staat für solche Verteidigungs- und andere Zwecke zur Verfügung stellt.

Man denke als Beispiel an die Kosten des Spitzeldienstes allein im Osten. Ich habe es selbst erlebt, daß Theologen aus der DDR ausnahmsweise eine Erlaubnis bekamen, nach dem Westen zu einer großen Konferenz in die Schweiz zu reisen. Als ein Theologe dann tatsächlich ankam, boten ihm christliche Freunde Privatquartiere an, um die Kosten eines Hotels für ihn zu umgehen. Plötzlich, aus dem «Nichts» erschien ein anderer «Konferenzteilnehmer» aus dem gleichen Staat (DDR), der unserem Freund mitteilte, daß das Hotel schon bezahlt sei, es sei das gleiche Hotel, in dem er selbst wohne. Unser Freund wurde vom Anfang der Konferenz bis zum Ende von diesem Spitzel nie aus der Sicht gelassen.

Bei einer anderen theologischen Konferenz war ein älterer DDR-Herr anwesend, der die ganzen Anmeldungen aus der DDR in Händen hatte. Als er erfuhr, daß ich mit meiner Frau auch in Bälde in die DDR wollten, bot er sich öffentlich an, uns dabei zu helfen. «Wenn Ihre Papiere über meinen Tisch laufen, werden Sie überhaupt keine Schwierigkeiten erleben» versicherte er uns. «Bei uns herrscht völlige Religionsfreiheit. Was Sie in der westlichen Presse lesen, ist unwahr. Schauen Sie, ich komme und gehe, wie ich will!» Bei weiteren Gesprächen mit diesem älteren Herrn wurden wir stutzig. Er verstand sehr wenig von der evangelistischen Theologie, die den Gegenstand dieser Konferenz darstellte. Auch ganz einfache, biblische Theologie schien ihm nicht geläufig zu sein. Natürlich gab ich dem Mann überhaupt keine Auskunft über unsere geplante Reise.

Aus Neugierde aber erkundigte ich mich beim Leiter der Konferenz über den älteren Herrn von der DDR. Da schaute uns der Leiter amüsiert an und teilte uns mit, daß zwei Sicherheitsbeamte des Westdeutschen Staates vor kurzem bei ihm vorstellig gewesen seien, um ihn gerade vor diesem Spitzel zu warnen. Wir sollten uns nur hüten, irgend etwas mit ihm zu tun zu haben.

Aber bedenken wir, was das für einen wirtschaftlichen Aufwand an Finanzen, Zeit und Organisation kostet, jeden einfachen Evangelisten des Landes derart zu bespitzeln, nicht nur zu Hause im Lande, sondern auch außerhalb des Landes in der Schweiz – man schickt Agenten sogar vielen «Untertanen» nach. Man scheut kein Geld und keinen Zeitaufwand und keine Mittel, um auch die kleinsten Bürger des Landes zu bespitzeln, ihnen ihre Freiheit in Frage zu stellen, sie einzuschüchtern – und, wenn man es kann, sie zu quälen, einzusperren und sie psychologisch zum Wrack zu machen.

The National Geographic Magazine³ schreibt über Ostberlin: «Es stellt eine Gesellschaft der Befehle und des Gehorsams dar. Junge Männer werden nicht nur unter Zwang in die Armee geschickt, sie müssen auch Polizeidienst absolvieren (Bereitschaftspolizei), eine Polizei, die einen besonderen Spezialdienst zu haben scheint, nämlich an Straßenkreuzungen herumzulungern und alle Leute böse und mißmutig anzuschauen, sie durch schier überwältigende Menschenmengen einzuschüchtern. Der Staatssicherheitsdienst (Stasis) ist nicht die Nazigestapo, weist aber eine unangenehme Ähnlichkeit mit der Gestapo auf. Jeder Bürger muß eine Identitätskarte bei sich führen, die sein öffentliches Leben zusammenfaßt: Geburtsdatum, Beschäftigung, Perioden der Arbeitslosigkeit mit der Begründung derselben plus eine Liste von abhängigen Kindern und anderen. Dieses Heft muß jedem Beamten ausgeliefert werden, der Einsicht in dasselbe verlangt. Die offizielle Bezeichnung für die dahinterstehende Politik ist «Ordnung».»

Man muß nur einen Augenblick überlegen, wie teuer ein solches System mit seinem untragbaren Staatsapparat zu stehen kommt. Andere Kosten, die ein solches System begleiten, dürfen nicht vergessen werden, nämlich die Kosten psychischer Art. Menschen, die unter einem System dieser Art tagein, tagaus leben, müssen abstumpfen;

denn sie sehen, wie alle Wahrheit auf den Kopf gestellt wird, bis sie gar nicht mehr hören, was ihnen dieser teure Staatsapparat täglich einbleut. Die Berliner Mauer, die nur aus einem Grund gebaut wurde, nämlich den Exodus aus der DDR zu verhindern, gilt in den Augen eines solchen Apparates als eine «antifaschistische Maßnahme». Drei Millionen Einwohner des Ostens verschwanden in kürzester Frist in den Westen, obwohl ihr ganzes Hab und Gut dort im Osten gelassen werden mußte. Aber die Kommunisten nennen die Schandmauer «die antifaschistische Schutzmauer». Die Menschen glauben also fast nichts mehr, was ihnen offiziell gesagt wird. Doch, um leben zu können, machen sie mit.

Das System fordert einen nicht zu verantwortenden Geldaufwand. Noch schlimmer, das System verursacht zur gleichen Zeit unendlichen psychischen Verschleiß, denn es zermürbt die Menschen, so daß sie nur einen Bruchteil ihrer natürlichen Leistungsfähigkeit und Effizienz entwickeln können. Ein DDR-Gesetz verbietet es einem DDR-Bürger, Kontakt mit einem westlichen Journalisten ohne besondere Genehmigung des Staates aufzunehmen.³

Man darf aber nie die Illusion hegen, daß die Oststaaten allein unter dem Gewicht eines viel zu großen Staatsapparates leiden und deshalb arm sind. Der Westen hat genau das gleiche Problem. Der große Unterschied zwischen Ost und West besteht aber darin, daß der Westen den Mechanismus besitzt, den überschweren Staatsapparat durch die Wahlurne zu verwerfen, was der Osten nicht tun kann. Polen hat uns diesen wichtigen Punkt zur Genüge demonstriert. Das kommunistische System ist totalitär und deshalb auch unreformierbar. Es kann nur vernichtet werden. Aber auch der Westen ist auf dem besten Weg ähnliche Symptome zu entwickeln, wenn er keine gründliche Reform erlebt.

England z.B. wimmelt vor VAT-Inspektoren (VAT =

Value added Tax = Mehrwertsteuer), die mit anderen Beamten dafür sorgen, daß der letzte Tropfen Steuer aus dem Volk herausgepreßt wird. Als ich in London in der Krebsforschung arbeitete, bekam ich einmal eine Rechnung für Einkommenssteuer, die nachträglich bezahlt werden sollte (sonst wurde die Steuer, bevor ich mein Gehalt erhielt, an der Quelle abgezogen – der Fiskus hat es wegen dem Zins eilig). Da erschien ich persönlich bei der Behörde, die mir den Zahlungsbefehl vorrechnen sollte. Die genannte Rechnung verlangte viel mehr, als mein Gehalt betrug, da vermutete ich einen Rechenfehler. Auf diese Vermutung hin skrutinierte eine Horde von jungen Menschen meine Papiere. Nach einer halben Stunde kam einer dieser jungen Beamten mit einem freundlichen Lächeln auf den Lippen zurück, und teilte mir mit, daß es sich tatsächlich um einen Fehler handelte, der aber leicht zu klären gewesen sei. Man habe diese identische Rechnung an alle geschickt, die in London den gleichen Namen trügen, um sicher zu sein, daß derjenige, der so viel verdient, sie auch bezahlt. Aber, protestierte ich, schauen Sie, wieviel Zeit und Geld Sie uns kosten, wenn 30 Menschen diese falsche Rechnung erhalten! Sie müssen alle kommen und sich rechtfertigen! Das kostet einen halben Tag an Zeit plus Reisekosten und den Ärger.

Brüsk machte er seinen Schalter mit der Bemerkung zu, das sei nicht sein Problem. Welcher Produktivitätsverlust, wenn die Behörde solche Praktiken ungestraft ausüben darf! Was kosten solche Unverschämtheiten an Produktivität und an Frustration!

Bei einem Grenzübergang zwischen Polen und Ostdeutschland zählte ich mehr als 2000 Privatautos und Lastwagen, die auf die Behörde warteten. Die Papiere waren in fast allen Fällen bereit. Jeder wartete durchschnittlich 5 Stunden an einem schönen Sommertag, bis die Beamten von verschlossenen, fensterlosen Büros endlich zum Vorschein kamen. Zählen wir alle Grenzüber-

gänge des Landes zusammen und errechnen wir die finanziellen völlig nutzlosen Kosten einer solchen irrsinnigen Zollbummelei zwischen sozialistischen «Bruderstaaten»! Was wir aber nicht zusammenzählen können, ist der Ärger, die Frustration und die Zermürbung der sonst produktiven Menschen, die ein solches System tolerieren müssen. Die Verluste durch diese Art Zermürbung allein werden sicher Millionen von Dollar pro Jahr kosten. Die Angelsachsen haben einen Ausdruck für den Unsinn eines solchen Apparates: «A topheavy bureaucratic state apparatus» (toplastiger bürokratischer Staatsapparat). Man versuche zu errechnen, wie ein solches System den Geist der jungen Männer und Frauen verbiegt und beschädigt, die als Beamte jahrein und jahraus als Produktionshinderer ihr Brot verdienen. In einem solchen System findet man den Nährboden für Frustration, Faulheit und auch für Arroganz.

Damit möchte ich keineswegs gesagt haben, daß man unter normalen Umständen immer die gleichen Symptome findet. Gute, höfliche, freundliche, gerechte Staatsbeamte, Zöllner und Polizisten findet man überall, das wissen wir alle, und für solche sind wir alle sehr dankbar, denn sie erhalten die Effizienz überall, wo sie vorkommen. Aber jeder weiß, wovon ich spreche, wenn ich die anderen, leider oft vorkommenden Fälle auch erwähne.

Meine Kinder haben einen Teil ihrer Ausbildung in englischen Internaten erhalten. Mein ältester Sohn studierte in Liverpool (England) Medizin und hatte einmal, als er vor einem Examen stand, viele schwere Bücher mitzunehmen, die er mit dem Zug schwerlich transportieren konnte. Da stellte ich zwei meiner Kinder mein in der Schweiz zugelassenes und in der Schweiz versichertes Auto, einen Audi 80, zur Verfügung. Sie fuhren dann schwer beladen nach Hoek van Holland und nahmen die Nachtfähre nach Harwich, wo sie Sonntagmorgen gut ankamen.

Als sie aber den Zoll passieren wollten, verlangte plötz-

lich der Zollbeamte den vollen englischen Zoll in Bargeld für mein Auto – zwischen 200 und 300 Pfund – auf der Stelle. Nun, mein jüngstes Kind war im Schulalter und mein ältester Sohn im 3. Jahr Medizin in Liverpool. Sie besaßen keine 200 Pence, geschweige denn 200 – 300 Pfund, Zur Zeit war ich auf einer Vortragsreise in Wien. Dorthin haben mir nun meine verzweifelten Söhne telephonierte und den Vorfall gemeldet. Da habe ich gesagt, der Schweizer Zoll sei bezahlt, die Kaskoversicherung sei auch in der Schweiz bezahlt worden neben den Autoschildern. Das Auto gehöre mir und bleibe auch nicht in England. Die Kinder könnten sich beide als meine Söhne mit Wohnsitz in der Schweiz ausweisen, da sei absolut nichts zu bezahlen. Offenbar probiere man es an der Grenze mit Jugendlichen, wie es so oft der Fall gewesen ist. Also keinesfalls bezahlen. Die Kinder sollen sich eine Bescheinigung ausstellen lassen bei der AA (Automobil Association) oder beim RAC (Royal Automobil Club), daß das Auto innerhalb von einem Monat reexportiert wird. Aber nichts von dem! «Geld her und zwar jetzt, oder wir beschlagnahmen Ihr Auto und setzen Euch auf die Straße!» Nach viel hin und her haben die Zollbeamten dann an einem Sonntagmorgen in Harwich ein in der Schweiz gesetzlich voll zugelassenes Auto, das den internationalen Abmachungen gemäß freies Verkehrsrecht innerhalb von Westeuropa genießt, beschlagnahmt und meine Kinder ohne Geld oder Hilfe auf die Straße gesetzt. Die Zollbeamten warnten die Kinder auch, daß sie die Garagen- und Abschleppgebühren (ca. 1½ Pfund pro Tag) bezahlen müssen. Jemand soll sofort von der Schweiz kommen, um das Auto in die Schweiz zurückzuholen!

Als ich nach Beendigung meiner Vortragsreise nach Harwich fuhr, um mein Auto zu holen, besuchte ich den Zollchef zunächst und fragte ihn, ob meine Kinder frech gewesen seien: «Im Gegenteil», sagte er, «Ihre Kinder haben uns allen stark imponiert, sie benahmen sich wie <perfect Gentlemen>.»

Dann händigte er mir eine große Rechnung aus – Miete für die Garage! Natürlich ging ich zur Garage hin, um eventuell andere Beute zu Gesicht zu bekommen. Dort sah ich eine Menge von anderen beschlagnahmten Autos: BMWs., Mercedes, Porsches etc. Die meisten gehörten, erfuhr ich, ausländischen Studenten, die vorübergehend in England studierten. Die meisten Studenten waren genauso auf die Straße gesetzt worden wie meine eigenen Kinder. Dann ging ich zur Automobil Association, weil ich Mitglied des ACS bin. «Ja», sagte der Beamte «Ihre Kinder haben mit vielen anderen Pech gehabt.» «Das ist mir schon klar», antwortete ich, «aber was machen Sie (die AA), um solche Wegelagertätigkeit im 20. Jahrhundert zu verhindern? Wir bezahlen Jahr für Jahr unsere Mitgliedschaftsgebühren und Sie schützen uns vor mutwilligem Vandalismus dieser Art nicht!» «Haben Sie den Vorfall den englischen Zeitungen gemeldet?» fragte der Beamte. Das hatte ich gleich, als dieser Überfall geschah, getan. Ich sandte am gleichen Tag von Wien her teure Telexberichte an alle führenden englischen Zeitungen. Merkwürdigerweise veröffentlichte keine einzige Zeitung ein einziges Wort. Eine absolut dichte Zensur war offenbar am Werk. Niemand soll erfahren, was wirklich im Namen des Fiskus getan wird! Der AA-Beamte schien das auch zu wissen.

Ich bin dann bis zur höchsten Stelle des englischen Zollwesens gegangen und zwar durch das Parlament. Zuerst nahm man gar keine Notiz – man antwortete nicht. Da ich aber sehr deutlich wurde, gab man mir folgende Erklärung: Meine Kinder seien durch ihr Studium (Internat und Universität) resident (wohnhaft) in England, deshalb müßten sie den englischen Zoll bezahlen. Da hatte ich aber die Antwort sofort bereit: – Wenn meine Kinder in England resident seien, warum konnte kein einziges meiner 4 Kinder, die in England studieren, Studiumstipendien erhalten, die allen in England wohnhaften Eng-

ländern zustehen? Denn ich hätte 30 Jahre volle Einkommenssteuer in England, als ich dort tätig war, bezahlt. Man lehnte die Gesuche meiner Kinder auf englische Stipendien entschieden ab, obwohl meine Kinder die höchsten akademischen Grade, die solche Stipendien mitbedingen, vorweisen konnten. Die Begründung der Ablehnung war, daß die Kinder in England nicht resident seien, sie seien in der Schweiz wohnhaft! Man müsse also englischen Autozoll auf einem in der Schweiz immatrikulierten Auto bezahlen, weil man in England wohnhaft (als Student) sei. Wenn man aber Studentenstipendien beantragt, werden sie mit der Begründung abgelehnt, daß man nicht in England wohnhaft sei! Wenn aber eine Frage des Autozolles auftritt, müsse man Zoll bezahlen, weil man dort wohnhaft sei! Was ist nun der wirkliche Grund, der es den Zollbeamten erlaubt, zwei junge Männer an einem Sonntagmorgen ohne Geld auf die Straße zu setzen und ein Schweizer Auto zu beschlagnahmen?

Zu diesem Zeitpunkt kam die große Enthüllung: Ein Student ist als Student automatisch in dem UK wohnhaft und muß deshalb Zoll und andere Steuern bezahlen. Aber in bezug auf Studentenstipendien (in der BRD auf BaFÖG) ist er dort nicht domiziliert und bekommt deshalb keine Vergünstigungen, keine Stipendien und keine ermäßigten Universitätsgebühren, selbst wenn er Engländer ist, der im Ausland wohnt!

Meine letzte Frage war, warum die Zollbeamten keine Bescheinigung geben konnten, daß der Zoll erst dann fällig ist, wenn das Auto mehr als 3 Monate im Lande bleibt? Andere EG Länder erlauben diese Vergünstigung. Das wäre doch gerecht und hätte die ganzen Unannehmlichkeiten für die Kinder und für mich, geschweige denn die Unkosten und den Zeitverlust vermieden. Die Antwort war, daß die Zollbeamten ihren Dienst tun, um Geld für den Fiskus einzubringen und nicht um Annehmlichkeiten für das Publikum zu organisieren!

Wiederum kommen wir zur gleichen Problematik zurück: Wenn der Staat die Zeit des Publikums, das die Wirtschaft trägt, rücksichtslos verschwendet und ihm überhaupt nicht dienen will, dann kommt die Einstellung des Staates dem Publikum gegenüber Methode 1 gleich (eigenen Wohlstand durch Eroberung auf Kosten anderer sichern). Geld und Wohlstand müssen zu jedem Preis für sich selbst gesichert sein, aber möglichst wenig Dienstleistungen als Antwort auf die Leistungen geben!

Persönlich glaube ich an die absolute Notwendigkeit eines Staates und seiner *Diensdeistungen*. Der Staat ist da, um für öffentliche Ordnung und Gerechtigkeit zu sorgen. Deshalb, behauptet die Bibel, trägt der Staat das Schwert (Röm. 13, 4) (Polizei, Militär, Luftwaffe) nicht umsonst. Ich freue mich, daß ich diese gerechtfertigten Dienstleistungen durch Steuern und Zölle bezahlen darf. Der Staat garantiert mir als Gegenleistung Schutz und Recht. Ich bin absolut kein Anarchist und sicher kein Rebell. Ich wäre aber kein guter Bürger, wenn ich beobachtete, wie der Staat unter dem Schutz seines Monopols, Steuern zu erheben (Steuererhebungsrecht), dieses so mißbraucht, daß die ganze Ordnung der den Staat tragenden Wirtschaft durch Steuergewaltherrschaft vernichtet wird.

Geschäftsleute müssen ihre Geschäfte so wirtschaftlich wie nur möglich führen, so daß sie den Staat mit unterstützen können. Der Staat soll deshalb seinen Staatsapparat auch so äußerst wirtschaftlich und effizient führen wie nur möglich, damit es ihm und dem Steuerzahler so gut wie nur möglich gehen kann. Persönlich möchte ich meine Pflicht dem Staat gegenüber gewissenhaft erfüllen. Als Gegenmaßnahme erwarte ich aber das gleiche vom Staat und vom Fiskus mir gegenüber, so daß eine harmonische Kollaboration zwischen uns beiden zustandekommt und es uns beiden gut geht. Der Staat darf mich selbstverständlich bestrafen, wenn ich mir wirklich Ungeziemendes zuschulden kommen lasse. Warum aber sollte der

Bürger nicht das gleiche Recht haben (den Staat, wo gebührend, gründlich zurechtzuweisen, wo indiziert) – zum Wohl beider Seiten?

Obige Fälle sollen deshalb ausschließlich dazu dienen, eine bessere Zusammenarbeit und höhere Effizienz seitens der Bürger und der Behörde zu fördern und zwar ohne Monopole, Gewalt oder Totalitarismus. Leider lassen gewisse Behörden in bezug auf Finanzen, Effizienz in der Geschäftsführung und Gesetzgebung viel zu wünschen übrig. Wenn sie ohne gründliche Reform auf diesen Gebieten weitermachen, werden sie sich selbst zerstören, weil sie zuerst das Finanzleben, das Geschäftsleben und dann die Kultur der Völker durch übermäßig hohe Steuern und Abgaben, die die Wirtschaft nicht verkraften kann, vernichten. Wir stehen offenbar heute einem solchen Kollaps sehr nahe. Wenn er einmal eintritt, wird es diesmal kein Zurück mehr geben. Jetzt wäre es an der Zeit, Währungen, Steuerpraktiken und Gesetzgebung schleunigst zu reformieren. Diese Reform muß aber zu einem positiven symbiotischen Staat/Bürger und nicht zu einem exploitiven Verhältnis zurückführen.

Steuerabgaben und Effizienz

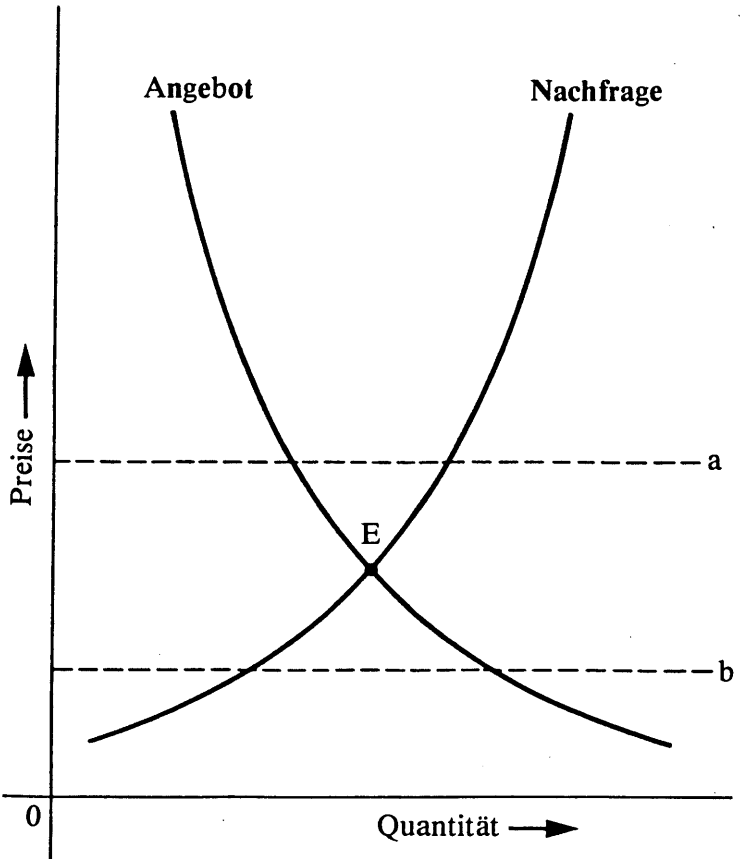
1. Einige praktische und theoretische Überlegungen

Wirtschaftsspezialisten haben es seit jeher geliebt, Kurven zu zeichnen – Kurven von Inflationsraten, Arbeitslosigkeit und von ihrem Verhältnis zur Inflation, Kurven über Angebot und Nachfrage. Mode ist es, Laffer und Philippskurven – oft als Witze und aus Ulk – neu zu zeichnen und wirtschaftlich zu deuten.¹

Wir schauen uns einige Aspekte von normalen Angebot- und Nachfragekurven, *Abbildung I*, an: Wenn der Preis eines Produktes von der gestrichelten Linie *a* angegeben wird, ist es klar, daß das Publikum weniger Produkte kaufen wird, als wenn der Preis von der gestrichelten Linie *b* angegeben wird. Deshalb wird der Verkäufer den Preis senken, um sein Produkt loszuwerden. Die gestrichelte Linie *b* zeigt die erhöhte Nachfrage bei dieser zweiten Situation. Erhöhte Nachfrage wird dann den Preis erhöhen, wobei der Verkäufer die Produktion erhöhen wird. Diese beiden Einflüsse werden den Preis bei *E* stabilisieren, d.h. wo Angebot und Nachfrage gleich sind. Bei diesem Punkt *E* wird der Gewinn des Verkäufers oder Produzenten maximal ausfallen. Bei konstanter Nachfrage und zunehmendem Angebot, wird die Angebotskurve nach rechts gedrängt, und *E* fällt. Wenn beide Kurven nach gleichem Maße links oder rechts verschoben werden, verbleibt *E* in der gleichen Höhe.

Solche Angebot- und Nachfragekurven sind heute noch in allen Wirtschaftssystemen gültig. Selbst Wirtschaftssysteme ohne freie Konkurrenz weisen die gleichen

Abbildung 1

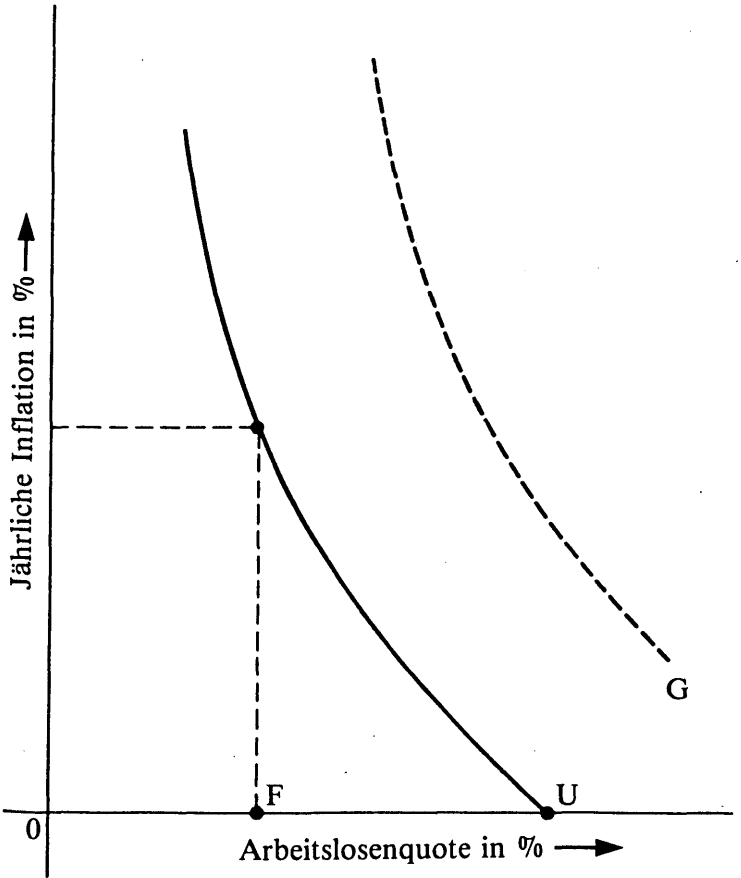


Klassische Angebot/Nachfrage-Kurven

Trends auf, obwohl Wirtschaftler sich weniger auf sie verlassen. Wirtschaftssysteme, die die beiden Elemente in sich tragen – freie Marktwirtschaft und Planwirtschaft, die beide nebeneinander in den meisten westlichen Nationen vorkommen – weisen variabelere Faktoren auf, die die alten Angebot- und Nachfragekurven zur Unkenntlichkeit karrikieren. Solche gemischte Wirtschaftssysteme existieren in Ländern, die Preise durch Subventionen und besondere Vergünstigungen, die vom Markt nicht abhängig sind, tiefer als normal halten. Das gleiche gilt für Länder, die Preise künstlich hoch halten – Butter und Fleisch in der Schweiz sind Exempel solcher Praktiken. Gewerkschaften üben im Prinzip die gleiche Praxis aus, wenn sie Löhne künstlich höher halten, als die wirklich freie Wirtschaft sie bezahlen kann. Die Praxis, Löhne über das wirtschaftlich verantwortbare Niveau zu halten, ist überall in der westlichen Welt gang und gäbe. Sie kann durch Keynesche Inflationspolitik (Löhne «unsichtbar» durch Inflation zu senken) nicht mehr korrigiert werden. Löhne sind heute praktisch an Inflationsraten gebunden, eine Tatsache, die die einzige nützliche Wirkung von Inflation effektiv ausschaltet (effektive Lohnsenkung). Die heutige Wirtschaft geht daran zugrunde, daß ihr Sicherheitsventil – wirtschaftlich nicht mehr zu verantwortende hohe Löhne zu korrigieren – festgeschraubt ist. Eines Tages muß ein System, das sein Hauptsicherheitsventil fest zuschraubt, explodieren! Warenpreise müssen unter diesen Umständen mit den künstlich hochgehaltenen Löhnen ständig in die Höhe gehen, die Inflationsspirale gerät außer Kontrolle.

Während des siegreichen Höhepunktes der Keyneschen Wirtschaftspolitik – um 1960 herum, – behauptete Präsident Nixon: «Wir sind alle Keynesianer jetzt.»² Zu dieser Zeit entwickelte Alban William Housego Phillips in London seine Phillips-Kurve, die er von der US-Wirtschaft ableitete. Mit Hilfe seiner Analysen koppelte Phillips die

Abbildung II



Die Phillipskurve

amerikanische Arbeitslosenquote mit der Währungsinflationsrate und zeigte, wie er meinte, eine umgekehrte Proportionalität zwischen den beiden Phänomenen. Er kam also zu dem Schluß, daß die Ziele von Vollbeschäftigung mit denen der absoluten Preisstabilität nicht vereinbar und auch nicht erreichbar sind. Nach Phillips' und seinen Kurven (siehe *Abbildung II*) ist Vollbeschäftigung nur dann erreichbar, wenn man eine bestimmte Inflationsrate induziert oder zuläßt. Der Buchstabe F auf seinen Kurven bedeutet Vollbeschäftigung und ist bei U (absolute, stabile Preise) nicht erreichbar. Wo Preisstabilität auftritt, d.h. dort, wo keine Inflation zugelassen wird, muß eine hohe Arbeitslosenquote die Folge sein. Also, konstante Preise haben eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. Deshalb, – nach Phillips – um die Arbeitslosenquote tief zu halten, muß Inflation zugelassen werden.³

Im vorhergehenden Text haben wir zu zeigen versucht, daß die Inflationsidee gerade dieses Ziel (Vollbeschäftigung) durch effektive Senkung von wirtschaftlich nicht mehr vertretbaren Löhnen erreicht wird. Das Volkvermögen wird aber durch Inflation «unsichtbar» aufgebraucht, um mehr Arbeitsplätze durch effektive Lohnsenkung zu finanzieren. Klar ist es, daß, wenn das Volkvermögen ganz aufgebraucht worden ist, (wie z.B. 1983 in Polen) die Finanzierung von Arbeitsplätzen durch weitere Inflation nicht mehr stattfinden kann. Dies bedeutet, daß nach der Erreichung des absoluten Expropriationsniveaus (wie 1983 in Polen der Fall) weitere Inflation höhere Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird. Keine intrinsischen Werte mehr sind vorhanden, um Arbeitsplätze zu finanzieren.

Folgende Überlegungen zeigen, daß unsere Diagnose tatsächlich richtig zu sein scheint.

Wenn die Phillipskurven den Tatsachen entsprechen, müßte man bloß die korrekte Inflationsrate wählen, um

Vollbeschäftigung durch Finanzierung vom Volksvermögen her (Stehlen durch Inflation) zu sichern. Bricht demnach Arbeitslosigkeit in der Wirtschaft aus, braucht man die Inflationsrate nur entsprechend nach oben zu justieren, bis man eine tragbare Arbeitslosenquote durch effektive Lohnsenkung erreicht. Auf der anderen Seite, wenn Preise zu hoch steigen und eine Inflationsspirale zu beginnen droht, dann muß man bloß die Inflationsrate durch «Credit Squeezes» (Kreditrestriktionen) reduzieren, da wird man die Preissteigerungen (auf Kosten der dadurch erhöhten Arbeitslosigkeit, selbstverständlich) senken.

Tatsächlich haben die Regierungen der westlichen und östlichen Welt mit dem Volksvermögen jahrelang so jongliert. Sie hatten aus diesen Gründen nie vor, Inflation zu stoppen – d.h. die Ausplünderung des Volksvermögens zu unterbinden. Sie zielten nur auf eine «tragbare Inflations- und Arbeitslosenrate» nach Phillips. Die Idee dahinter war: – «Das Ziel 'Keine Inflation' bringt eine zu hohe Arbeitslosenquote mit sich.»

Aber so ging die Rechnung in der Praxis nicht auf. Man zielte auf eine «normale Arbeitslosenziffer», die mit einer 4–5 %igen Inflationsrate kompatibel (= erträglich) wäre. Also, nach Phillips «lebt» eine «gesunde» Wirtschaft von einem erträglichen *Inflationsersatz*, sie gehören zusammen. Die Steuerzahler, die Barvermögen besaßen, konnten protestieren, wie sie wollten, Inflation (d.h. die Ausplünderung der Nichtdefizitären) war für das Wirtschaftswohl unentbehrlich! Inflation ist also ein notwendiges Übel! Sie dämpft die Arbeitslosigkeit!

Bis 1960 glaubten die meisten führenden Wirtschaftler, daß Phillips Interpretation der Keyneschen Lehre, wie oben ausgeführt, exakt sei. Man kann die Gesundheit der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit so regeln, wie Phillips und seine Freunde es lehrten. Aber nach 1960 gab es eine total unerwartete Entwicklung in der Wirtschaft, die man

als «Stagflation» kennzeichnete, und die die Keynesche Interpretation der Rolle von Inflation grundlegend in Frage stellte. «Stagflation» ist ein Wirtschaftssyndrom, bei dem Arbeitslosigkeit und Inflation auf der Phillipskurve parallel und nicht mehr proportional umgekehrt zueinander steigen. D.h. Inflation und Arbeitslosigkeit stehen nicht mehr umgekehrt proportional, sondern parallel steigend zueinander. Also, je mehr Inflation desto größer die Arbeitslosigkeit! So ließen die englischen Wirtschaftler die englische Inflationsrate auf mehr als 35 % pro Jahr ansteigen und zwar in einem verzweifelten Versuch, die überwältigende britische Arbeitslosigkeit zu bändigen. Statt aber dadurch, d.h. durch Inflation, gedrückt zu werden, nahm die Erwerbslosigkeit fröhlich und parallel zur Inflation zu, bis man heute bald 3 Mio. Arbeitslose in Großbritannien bei einer 6–8 %igen Inflation (1983) aufzuweisen hat.

Die Inflationspolitik von Keynes war, wie wir gezeigt haben, anfänglich als ein Trick konzipiert worden. Man wollte die Löhne, ohne daß die Arbeitnehmer es merkten, heimlich aber effektiv senken, um die Erwerbslosigkeit zu senken. Die Keynesche Politik war also von Anfang an grundsätzlich unehrlich. Jetzt hat man entdeckt, daß die Keynesche wirtschaftliche Theorie nicht nur unehrlich ist, sie funktioniert nur bis zu einem gewissen Inflationsgrad.

Wenn man die Phillipsche Kurve (Abbildung II) noch einmal anschaut, entdeckt man, daß die angezeigte gestrichelte Linie G bis zum «grausigen Dilemma» durch «Stagflation» verschoben worden ist, – die Option zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit besteht durch diese unerwartete Entwicklung (Verschiebung) nicht mehr. Von jetzt an wird weitere Inflation nur von weiterer, zunehmender Arbeitslosigkeit begleitet. Auch diese Entwicklung wäre eigentlich voraussehbar gewesen, hätte man bedacht, daß Inflation nur im Sinne von Keynes effektiv sein kann; denn Keynes empfahl Inflation, nur um die ef-

fektiven, wirtschaftlich nicht mehr tragbaren Löhne durch einen Trick zu senken, weil die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer und auch z.T. die Arbeitgeber diesen an sich vernünftigen Schritt nicht direkt erlaubten. Einige Arbeitgeber meinten, daß reduzierte Lohnkaufkraft die Nachfrage mit reduzieren würde, was sicher korrekt ist.

Sehr schnell, wie wir bereits feststellten, erfuhren und erkannten die Gewerkschaftler und auch andere diesen Trick und verlangten deshalb die direkte Koppelung der Löhne mit der Inflationsrate. So entwerteten die Politiker ihre Währungen immer mehr, um Arbeitsplätze unfreiwillig vom Völkervermögen her zu finanzieren, ohne aber die wirklichen Ziele der Inflation (effektive Lohnsenkung) zu erreichen. Auf diese Weise wurden die Bargeldbesitzer (Kapitalisten) expropriert, ohne daß die Industrie und die Wirtschaft von diesem Diebstahl im gewünschten Sinn (Lohnsenkung oder erhöhte Produktivität) profitierten.

Die nächste Konsequenz dieser Politik, die auch voraussehbar gewesen wäre, kommt jetzt zum Vorschein: Die Länder, die unter der Inflation am meisten gelitten haben, d.h. die Industrieländer, besitzen infolge der Kapitalabwertung zu wenig Kapitalkaufkraft, um dringend nötige Investitionen durchzuführen, die den Arbeitnehmern geholfen hätten, effizienter, billiger und besser zu produzieren. Man stiehlt durch Inflation den Kapitalisten ihr Kapital und zwar ohne die wirklich erwünschten Ziele (billigere, effizientere Arbeit) zu erreichen. Zur gleichen Zeit ist aber das Kapital, das für Investitionen, die um effektivere, billigere Arbeit zu ermöglichen, nötig gewesen wären, infolge der Inflation verschwunden. Direkte, zahlenmäßige Reduktion von Löhnen – weniger Pfunde oder Mark pro Stunde, darf man heute nicht einführen – auch nicht wenn die Kaufkraft der Pfunde oder Mark erhöht wird. Indirekte Lohnreduktionen durch Kapitalinvestitionen, die jede Lohn-Stundeneinheit produktiver ma-

chen, sind durch inflationsbedingten Kapitalschwund unmöglich geworden. So ist uns die letzte Möglichkeit genommen worden, Löhne effektiv zu senken – oder Löhne produktiver zu gestalten. Von jetzt an laufen also Inflation und Arbeitslosigkeit parallel. Ursprünglich sollte Inflation unwirtschaftlich hohe Löhne, Löhne, die relativ zu wenig produzierten, korrigieren. Ursprünglich geschah das auch, was Keynes Methode und Wirtschaft erfolgreich machte. Die Koppelung aber von Löhnen mit der Inflationsrate setzte diese Methodik außer Kraft. Jetzt muß man also Löhne indirekt senken, indem man jede Arbeitsstunde mit Hilfe von Kapitalinvestitionen produktiver gestaltet – irgendwie müssen unwirtschaftlich hohe Löhne korrigiert werden. Dies sollte dadurch geschehen, daß jeder Arbeitnehmer mehr pro Lohneinheit produziert. Aber Keynes Inflation hat gerade das Kapital, das für solche Investitionen unentbehrlich ist, schon gefressen. Das Resultat: das grausige Dilemma «Stagflation».

Es gibt aber noch eine Möglichkeit, unwirtschaftlich hohe Löhne zu korrigieren: Man schaltet den Menschen selbst aus und setzt den Roboter ein. Der Roboter streikt nicht, besitzt keine Gewerkschaft, arbeitet 24 Stunden täglich und verlangt nicht ständig Lohnerhöhungen. Diese Vorteile sind beträchtlich. Noch dazu arbeitet der Roboter genauer und regelmäßiger als der Mensch, so greift jetzt die Industrie zum Roboter, um den lästig gewordenen Arbeitnehmer auszuschalten. Aber man darf nicht vergessen, daß der Roboter – wie die Inflation – Arbeitslosigkeit auslösen kann und wahrscheinlich wird. Um die ständigen industriellen Kämpfe und die ständig steigenden Ansprüche von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu umgehen, umgeht die Industrie den Herd der Unruhe – den Menschen selbst.

Die Länder unter kommunistischer Herrschaft leiden genau so unter Inflation wie die westlichen Länder. Kapital in beiden Systemen ist durch Inflation zusammenge-

schrumpft, Löhne sind reglementiert und doch steigend. Das Ergebnis ist vorauszusehen – Massenarbeitslosigkeit, die mit fortschreitender Inflation ständig steigt. In kommunistischen Ländern wird man durch Militärdienst, Polizeidienst und mit Hilfe eines riesigen Staatsapparates mit Arbeitslosigkeit einigermaßen fertig. Aber dieser Ausweg ist kaum produktiv, deshalb ist der Wohlstand in solchen Ländern tiefer als im Westen.

Was sollte man unter diesen Umständen tun? Man geht zunächst an die Inflationsrate selbst, indem man versucht, die Währung wieder kaufkräftiger zu gestalten. Präsident Reagan versuchte gerade dies und zwar mit Hilfe von hohen Zinsraten, um die Inflation zu stoppen. Bis zu mehr als 23 % Zins pro Jahr stiegen die Zinsraten in Amerika, so daß niemand Kredit aufnehmen konnte. Kredite wurden dadurch unwirtschaftlich. Kreditrestriktionen erfolgten, die die Menge zirkulierender Dollar eindämmten. Bargeld wurde teuer. Niemand baute, niemand kaufte sich ein neues Auto. Die Inflationsrate stieg daraufhin tatsächlich weniger steil, aber weil weniger produziert wurde, stieg die Arbeitslosigkeit noch höher. Immerhin fiel die Inflationsrate. Wenige konnten es sich leisten, Kredite (eine Inflationsursache) für Investitionen aufzunehmen. Wenige Arbeitgeber konnten Arbeitnehmer anstellen. Die, die nicht absolut erforderlich waren, wurden entlassen.

Die Regierung mußte daraufhin mehr Arbeitslosenunterstützung auszahlen. Infolgedessen mußte die Regierung große Defizite eingehen, die sie mit erhöhten Steuern ausgleichen wollte, was natürlich inflationär wirkt. Aber die Wirtschaft hüben und drüben war fast am Ende, sie konnte die zusätzlichen Steuern und die noch steigenden Löhne nicht mehr verkraften. Das grausige Dilemma war da!

Die alte Phillipskurve war also eine fata morgana und hat somit die Wirtschaftler jahrelang irregeführt. Sie hat

hauptsächlich dazu gedient, die Bargeldanlagen der Wirtschaftsnationen durch die Inflation, die sie vorschrieb, zu entleeren, so daß fast niemand mehr über die nötigen Werte verfügte, um die Wirtschaft durch grundlegende Neuinvestitionen wieder in Gang zu bringen.

2. Phillips- und Lafferkurven

Man versucht heute verzweifelt, die gestrichelte Phillipskurve G nach links zu verschieben, so daß wiederum eine Option zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zustandekommt. Verschiedene Methoden werden vorgeschlagen, um dieses Ziel zu erreichen. John Kenneth Galbraith schlägt vor⁴, daß diese Verschiebung nur mit Hilfe von Lohn- und Preiskontrollen vor sich gehen kann. Milton Friedman behauptet, daß der Wirtschaft nicht schlimmeres geschehen könnte als Kontrollen und Preisüberwachungen dieser Art. Friedman glaubt, daß die Phillipskurve auf lange Sicht eine vertikale Linie gegenüber der natürlichen Arbeitslosenlinie ist. Jeder Versuch, die Arbeitslosenquote unter die natürliche Linie zu reduzieren, wird nach Friedman eine explosive Inflation vom Stapel laufen lassen.

Die allgemeine Meinung heute läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Inflation und Arbeitslosigkeit stellen zwar verwandte und vielleicht auch gekoppelte Phänomene dar. Aber niemand versteht, wie sie funktionell miteinander verwandt sind.

In letzter Zeit ist die Phillipskurve von den Lafferkurven ersetzt worden. Martin Gardner⁵ schreibt ironisch über diese Kurven, die zuerst von Jude Wanniski⁶ entwickelt wurden. Diese Lafferkurven, meint Gardner, zeigen bloß, wie die Steuerbehörde ihr Einkommen anhand des Wirtschaftszustandes optimiert. Wenn zum Beispiel der Fiskus die Steuern auf den Nullpunkt herabsetzen

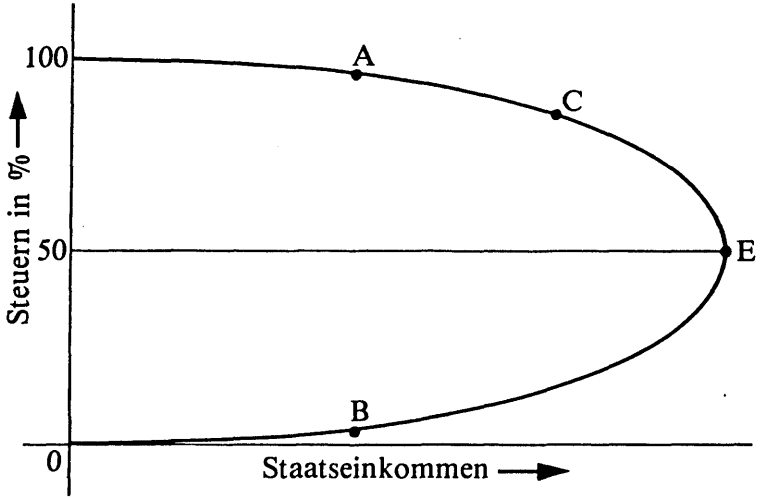
würde, erhielte er logischerweise kein Einkommen! Wenn er aber die Steuern auf 100% des Wirtschaftseinkommens heraufsetzte, dann bekäme er auch nichts, denn niemand will gegen einen Lohn oder Gewinn arbeiten, der dann ganz und ausschließlich dem Staat gehört. Unter letzterem Umstand würde die Bevölkerung nur gegen Tauschgeschäfte arbeiten und die Währung, wegen Steuerpflichtigkeit, wie die Plage vermeiden.

Bei Punkt A auf der Lafferkurve (Abbildung III), gäbe es sicher einige wenige Arbeitnehmer, die wegen irgendwelchen persönlichen Vorteilen noch gegen Lohn arbeiten würden, aber nicht viele. Bei Punkt B auf der Kurve wird jede Wirtschaft gut funktionieren, die Steuern sind gering, aber die Regierung wird kaum funktionsfähig sein, denn sie erhält das gleiche Geld (Steuereinkommen) wie bei Punkt A. Bei Punkt E wird die Regierung das höchste Steuereinkommen bekommen. Wenn die Steuern unter denen, die bei E angegeben sind, sinken, wird die Produktivität stimuliert werden, dafür wird aber die Regierung geschwächt, d.h. ihr Steuereinkommen wird sinken. Nach dieser Sicht stellen also Steuern in 50%iger Höhe die optimale Lage für die Regierung dar.

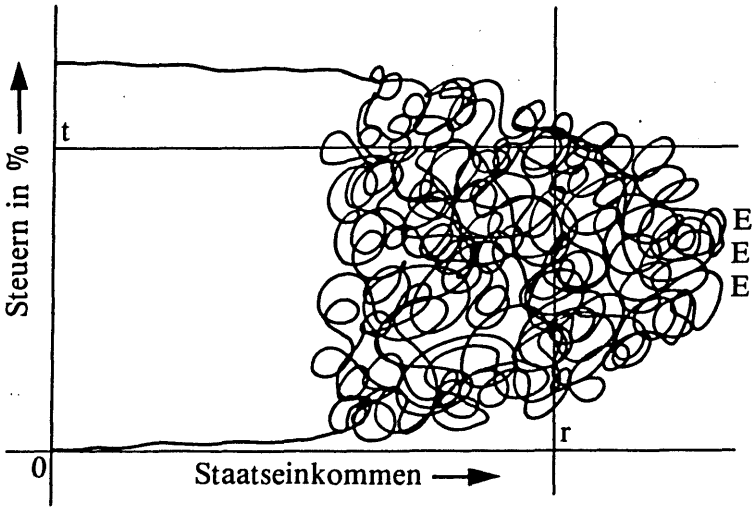
Aber gerade bei diesem Punkt E finden gewisse wohlhabende Produzenten, daß es nicht mehr so lohnend ist, maximal effizient, wie es früher der Fall war, bei der Produktion zu verbleiben. Einige werden irgendwie Schutz vor den hohen Steuern suchen, einige wandern aus dem Land aus – es gibt andere produktive Länder, die weniger als 50%ige Steuern verlangen. Aber für den Fiskus ergibt ein Punkt E bei 50%igen Steuern das maximale Einkommen – und heute verlangt der Fiskus durchschnittlich 50% – der Fiskus ist für sich doch geschäftstüchtig.

Ob E (optimaler Punkt) bei diesem Punkt für die Wirtschaft liegt, bleibt aber eine ganz andere Frage. Je geringfügiger die Steuern, desto gesunder für die Industrie und für die Bürger! Wenn die Regierung sich auf Steuern in

Abbildung III



Die Lafferkurve



Die Neo-Lafferkurve

50%iger Höhe verläßt, um Wohlfahrtsprogramme zu finanzieren, wird noch eine Folge in Erscheinung treten: Viele Menschen, die Steuern von 50% prinzipiell nicht bezahlen wollen, werden Wohlfahrtsbezahlungen einem Lohn, der mit 50%igen Steuern belastet ist, vorziehen. Die Wohlfahrtsbehörde wird durch diese Tatsache hoffnungslos überbelastet werden, und der Fiskus wird von einem Defizit zum nächsten gehen, um nur die «Arbeitslosigkeitsbezahlungen» entrichten zu können. Arbeitslosigkeit wird also voluntär und steuerbedingt sein, wie es heute in den Wohlfahrtsstaaten (BRD, GB etc.) vielfach der Fall ist. Dieses Phänomen sieht man besonders stark in England, wo heute viele junge Menschen offen sagen, daß sie lieber von Wohlfahrtsbezahlungen leben als schwer arbeiten, nur um die Hälfte dem Steueramt abgeben zu müssen.

So entsteht das Phänomen von «Arbeitslosigkeit», die in Wirklichkeit umgetauft werden müßte und zwar in den Begriff «Aussteigertum». Die Regierungen, die planmäßig Defizite gemacht haben, um einen Wohlfahrtsstaat zu bauen, sind eindeutig an diesem Stand der Dinge schuld. Solche Ideologien haben die Menschen zur Arbeitslosigkeit direkt erzogen und produzieren Frustration und soziale Unruhe. Falsche Ideologien dieser Art haben eine Generation von jungen Menschen geistig traumatisiert; denn viele junge Menschen können heute fast so bequem von der Wohlfahrt leben wie von ehrlicher, produktiver Arbeit. Es ist leichter, anderen (dummen?) Steuerzahlern zur Last zu fallen, als sich selbst zu tragen und die Befriedigung eines erreichten Zieles zu genießen. Moralischer Zufall ist eine Auswirkung dieser Art von Wohlfahrts-theorie. Die Wirtschaft stagniert, man investiert selten, nur die Minderzahl arbeitet von Herzen gern; denn erstens sind die Produzierenden derart durch Steuern expropriert worden und zweitens ist persönliche Initiative so erstickt worden, daß Unlust überhand nimmt. Und

wenn man verdient, kann man persönlich vom Verdienten viel zu wenig profitieren, denn die Regierung, der Fiskus nimmt immer den Löwenanteil des Verdienten, beteiligt sich aber am Schweiß und Risiko des Verdienens (oder etwaiger Verluste) keineswegs.

3. «Demandside» Wirtschaft

John Maynard Keynes betonte die Wichtigkeit der Erhaltung von Nachfrage, d.h. «Demandside»-Wirtschaft, und zwar mit Hilfe der Strategie des Mindestlohnes. Mit der Hilfe des Mindestlohnes konnten alle Lohnempfänger ausgeben, d.h. die Nachfrage unterstützen, weil alle gut verdienten. Die Schüler von Laffer betonten die andere Seite des Bildes. Sie betonen, daß das Angebot unterhalten werden muß («Supplyside» – Angebot-Wirtschaft). Wenn der Staat die Wirtschaft weniger mit Steuern belastet und sie auch weniger reglementiert, wird Produktivität steigen, neue Techniken werden entwickelt werden, mehr Menschen werden in der Industrie Beschäftigung finden mit dem Resultat, daß Löhne steigen – vgl. auch George Gilder⁷.

Oberflächlich gesehen, ist die Lafferkurve echt, denn, wenn Steuern zu hoch sind, wirken sie sich kontraproduktiv aus. Das weiß doch jeder. Das Geld, das man für Steuern ausgibt, kann weder für Einkäufe noch für sinnvolle Investitionen verwendet werden. Und sicher ist es nicht gut, wenn die Regierung alles bekommt, was sie will – nämlich so viel Einkommen wie möglich. Jeder Geschäftsmann möchte ein maximales Einkommen genießen, doch muß er das Einkommen verdienen und zwar durch effiziente Produktivität. Gerade dies tut der Fiskus nicht, er verteilt bloß das Einkommen, das von anderen verdient wurde – was eine ganz andere Angelegenheit darstellt. Irving Kristol,⁸ der «Supply Side» Wirtschaft (Pro-

duktivitätswirtschaft) verteidigt, bekennt freimütig, daß heutige Wirtschaftler beim besten Willen nicht wissen, wo genau wir heute auf der Lafferkurve stehen, doch meint er, daß wir «viel zu hoch oben» stehen. Deshalb unterstützt er Präsident Reagans versprochene globale Steuerermäßigungen. Aber wahrscheinlich versteht in Wirklichkeit niemand die Lafferkurve, weil sie die wirtschaftliche Lage versimplifiziert. Die der Wirklichkeit entsprechende komplexe Lage wird durch die «Neolafferkurve» (Abbildung IV) wiedergegeben. Die vielen verschnörkelten Kurven, die von der modernen Technik herrühren, deuten eher die tatsächliche Lage an. Aber auch hier stellt die «Neokurve» nur eine metaphorische Wiedergabe der Wirklichkeit dar. Alle Kurven, meint Gardner, werden durch die unvoraussagbare Psychologie des Menschen geändert.

Wanniski zeigt⁹, daß die Kurven sich in ihrer Form je nach der herrschenden, menschlichen Psychologie ändern. In Kriegszeiten, wo die Steuerzahler anders motiviert sind als in Friedenszeiten, bezahlen die Steuerzahler gern 50% und mehr Steuern und zwar aus patriotischen Gründen. Auch bei expropriativen Steuern arbeiten die meisten in Kriegszeiten produktiv, was in Friedenszeiten niemals der Fall wäre. Die Psychologie ändert die Form der wirtschaftlichen Kurven! Dieser psychologische Faktor macht, wie wir schon bemerkt haben, die meisten wirtschaftlichen Kurven und Voraussagen höchst unsicher. Motivierung macht den Unterschied zwischen Erfolg und Katastrophe in allen wirtschaftlichen Situationen aus, so daß die Motivierung von Menschen sicher wichtiger ist als viele wirtschaftliche Theorien.

Unter Kriegsumständen könnte also Punkt E auf der Neo-Lafferkurve bedeutend höher als 50% liegen. Aber in Zeiten der Frustration im Volk oder in Zeiten der Rezession und Arbeitslosigkeit müßte Punkt E bedeutend tiefer liegen. In der Vergangenheit arbeitete man, wirt-

schaftlich gesehen, nach festen Theorien und Kurven, ohne psychologische Faktoren zu berücksichtigen, was sicher politisch sehr falsch war. Besonders beim Fiskus war man viel zu unbeweglich und steif in den Vorstellungen, was zur Folge hatte, daß «Katastrophentheorie» die Wirtschaft übernommen hat: Inflation und Arbeitslosigkeit laufen jetzt parallel und das «grausige Dilemma» steht vor der Tür. Die Politiker haben bei ihrer Steuerpolitik den wichtigen psychologischen Faktor außer Acht gelassen.

Wanniskis Freunde sind davon überzeugt, daß die heutige Wirtschaft eher bei Punkt C liegt als bei Punkt E, d.h. daß die Steuern bedeutend zu hoch liegen, welche Tatsache die Wirtschaft zum Stagnieren gebracht hat.

Die Folge dieser Situation ist natürlich, daß der Fiskus weniger als die optimale Menge Geld von den Steuern erntet, er kann also nur dann florieren, wenn er die Steuern drastisch senkt, damit die Wirtschaft wieder gesund wird. Der Steuerzahler ist, in der heutigen Steuersituation, zur effizienten Produktion definitiv nicht motiviert. *Da besteht die Gefahr, daß Regierungen den Krieg wieder riskieren, um die fehlende Motivation wieder zu erzeugen.* Unter Kriegsumständen wird der Steuerzahler nicht mehr jeden möglichen und auch unmöglichen Grund suchen, um die expropriativen Steuern zu vermeiden. Unter Kriegsumständen wird auch niemand emigrieren können; denn so lange der Staat gezwungen wird, hohe Steuern zu erheben, damit er die Wohlfahrtsleistungen und die Arbeitslosenversicherungen bezahlen kann, wird er von «Aussteigern» geplagt werden, die so entmutigt und demoralisiert sind, daß sie lieber von Wohlfahrt leben, als selbst wieder produktiv werden oder emigrieren. Warum soll man arbeiten, um einen hohen Prozentsatz eigener Produktivität dem Fiskus «gratis» abliefern zu müssen?

Motivierung zur Produktivität in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist leider zu einem großen Teil davon ab-

hängig, wieviel der Produzent von seiner eigenen Produktivität selbst behalten darf. Je höher der Prozentsatz der Produktion, den der Produzent für sich selbst behalten darf, desto größer ist seine persönliche Motivation. Leider spielt diese Psychologie eine maßgebliche Rolle in der Wirtschaft, und sie ändert sogar die Laffer und die Neolafferkurven und auch andere Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft, wie wir bereits sahen. Besonders die Sozialisten waren nicht bereit, dieses Faktum der menschlichen Psychologie bei der Planung der Finanzierung ihres Wohlfahrtsstaates zu berücksichtigen. Das Resultat ist die teilweise steuerbedingte Unlust, die sich heute in der Wirtschaft spiegelt. Auch die Preispolitik der OPEC-Länder richten auf gleiche Weise ihre besten Gönner – die westlichen Länder, die die ganze Ölindustrie anfangen und entwickelten – zugrunde. Sie verlangen weit mehr, als selbst die westlichen Länder für ihr Öl bezahlen können.

Viele Wirtschaftler glauben deshalb, daß man Steuern und Wohlfahrtsbezahlungen gewaltig herabsetzen muß, bis man erstens Motivation wieder stärkt und zweitens Unlust beseitigt. Das gleiche gilt auch für die Verteidigungslagen im Westen und auch im Osten. Um wirtschaftlich überleben zu können, muß die Wirtschaft von Schmarotzertum schlechthin entlastet werden, sonst wird sie sich nicht mehr tragen und immer tiefer defizitär werden. Präsident Reagan rechnet damit, daß er Regierungsauslagen mit Einnahmen decken kann, wenn die heutigen gewaltigen Regierungsauslagen rücksichtslos gekürzt werden ... aber vor 1984 werde er dieses Ziel nicht erreichen! Schon jetzt (1983) ist es klar, daß das Ziel nicht erreicht wird! Ob Präsident Reagan gegen die Banken, die Defizitären und die Sozialisten bei der totalen Abschaffung von Inflationspolitik bestehen wird, wird die Zukunft allein zeigen. Aber die Aussichten sind äußerst düster.

4. «Supply- und Demandsiders»

John Maynard Keynes und seine Freunde betonten die Wichtigkeit der Sicherung der Nachfrage in jedem Wirtschaftssystem. Diese Sicherung der Nachfrage wurde durch die Einführung des Prinzipes der Mindestlöhne und der Arbeitslosenbezahlungen befestigt. Beide sorgten dafür, daß jedermann, Arbeitende und Nichtarbeitende, Kaufkraft besaß, so daß «Demand» oder Nachfrage möglichst hoch blieb. Deshalb nennt man Keynes und seine Freunde «Demandsiders».

Die Jünger von Laffer (die «Lafferites») drehen diesen Aspekt der Wirtschaft um, indem sie die Wichtigkeit der Erhaltung von billigem Angebot betonen. Sie sind also «Supplysiders», sie betonen Angebot und nicht wie Keynes Nachfrage. Eigentlich ist es trivial, auf künstliche Art und Weise die Nachfrage zu stimulieren, indem man den Konsumenten Geld ohne entsprechende Produktivität gibt – was Keynes getan hat. Es ist auch trivial, für Angebot zu sorgen, wenn den Konsumenten allerlei angeboten wird, was für die Gesamtwirtschaft nicht nützlich ist.

In dieser Dialektik zwischen Supplysiders und Demandsiders ist es aber für die Wirtschaft nicht trivial, übersehen zu haben, daß weder Angebot noch Nachfrage es vertragen, wenn die Produktivität eines Wirtschaftssystems sozusagen planvoll «zum Fenster hinausgeworfen wird», indem der Fiskus für nicht produktive Zwecke den Löwenanteil des Gesamtgewinnes der Wirtschaft durch eigenes Schmarotzertum verschlingt. Dieser Aspekt der Wirtschaft macht die Laffer- und die Neo-Lafferkurven, die nur das maximale Einkommen für nicht produktive Zwecke beschreiben, wirklich in der Tat trivial. Produktion und Produktivität in einem Wirtschaftssystem soll mehr Produktivität katalysieren und zwar mit maximaler Effizienz. Eine nicht-triviale Frage, die weder Keynes und seine Leute noch Laffer und seine Jünger erwähnen, ist

also die: Wie Sorge ich dafür, daß Produktivität Produktivität katalysiert und zwar mit maximaler Effizienz und minimalem Verlust? Wie verhindert man, daß nichtproduktive Steuerempfänger den Industriegewinn, der für bessere Produktivität sorgen sollte, nutzlos verschlingen und so effizientere Produktivität blockieren?

George Gilders Buch «Wealth and Poverty»¹⁰ lehrt, daß Steuersenkungen den Armen helfen. Nach Gilder hilft man den Armen und vor allen Dingen den Erwerbslosen am besten dadurch, daß man den freien Markt in Ruhe läßt. Unter diesen Umständen wird die Wirtschaft wieder wachsen und Arbeit für alle bieten ... so meint Gilder. Die Phillips- und die Lafferkurven sind nach Gilder derart übersimplifiziert, daß niemand genau weiß, was sie bedeuten. Nur die beiden Enden der Kurven sind eindeutig! Daß aber zu hohe Steuern kontraproduktiv sind, wußte schon Salomo (Sprüche 29, 4). Was leider weder Phillip noch Laffer definieren, ist, was «zu hoch» in bezug auf Steuern bedeutet. Eine wohlhabende, florierende Wirtschaft kann offenbar mehr Steuern bezahlen als eine arme. Ob sie es will oder *darf* (vom Standpunkt der zu bezahlenden Löhne oder neuer Investitionen aus), ist eine ganz andere Frage. Und wenn eine Wirtschaft Steuern nicht bezahlen kann oder will, weil sie ihrer Meinung nach zu hoch sind, werden Steuern, die in der Überzeugung dieser Wirtschaft zu hoch sind, ganz bestimmt kontraproduktiv wirken – sie werden schon auch auf diese Weise die Wirtschaft schädigen und – nicht nur weil sie Kapital für neue Investitionen fressen.

Was meint man also mit dem Ausdruck: «Zu hohe Steuern»? Offenbar kann man einen Prozentsatz schwerlich festlegen, denn «zu hoch» variiert mit dem Wohlstand. Relativ Arme und relativ Reiche wird es in jedem Land immer geben. Mose fand ganz bestimmt den besten Ausweg aus diesem Dilemma, indem er eine 10%ige Abgabe für Gott und für das Priestertum (*d.h.* für den theo-

kratischen Staat) festlegte, was auch die Ärmsten geben konnten. Darüber hinaus bot er den willigen Gebern allerlei freiwillige Möglichkeiten an, Steuern zu schenken. 10% war also Pflicht, darüber hinaus war es freiwillig. Auf diese Weise vermied Mose die Frustration von «zu hohen Steuern», die immer kontraproduktiv wirken, und gab den Israeliten die Möglichkeit in die Kategorie der fröhlichen Geber zu kommen, die Gott lieb hat (5. Mose 14, 22; Neh. 10, 37; Matth. 23, 23; Luk. 18, 12; Heb. 7, 6–9; 3. Mose 22, 18; 4. Mose 15, 3; 29, 39; 5. Mose 12, 6–17; 23, 23; 2. Kor. 9, 7). Unter diesen Steuergesetzen wuchs der jüdische Staat mehr als alle anderen in der damaligen Welt und gipfelte in Salomos herrlichem Reich.

Aber auch dieses Reich und Imperium scheiterte später an den «zu hohen Steuern» von Rehobeam (1. Kön. 12), und das Königreich spaltete sich als direkte Folge dieser falschen Steuerpolitik. Kriege kamen, dann darauf zu hohe Rüstungsausgaben, dann Kollaps des Staatsapparates und zuletzt Gefangenschaft der Nation. Das Bild der Konsequenzen von zu hohen Steuern hat sich in der Weltgeschichte so oft wiederholt, doch scheint niemand davon lernen zu wollen.

Kein Wissenschaftler weiß heute, wie die Lafferkurve wirklich aussehen soll. Irving Kristol verteidigt in seinem Commentary «Supply Side» die Wirtschaft,¹¹ gibt aber zu, wie wir schon feststellten, daß er nicht weiß, wo die heutige Wirtschaft auf der Lafferkurve steht – «nur stehen wir sicher zu hoch», meint er. In dieser ungewissen Lage schlägt Martin Gardner deshalb vor,¹² daß man eine neue Lafferkurve entwickeln soll, um zu zeigen, wie komplex die heutige Wirtschaft in Wirklichkeit ist. Anlässlich dieses Unternehmens wird es klar, daß die «Lafferites» ihre Gegner, darunter den bekannten Milton Friedman, den Freund Reagans, absolut nicht schätzen. Sie greifen Friedman unter anderem an, weil er eine Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Goldstandard nicht befürwortet.

Einige Lafferites möchten diesen Schritt zum Gold verwirklichen. Wanniski greift Friedman besonders scharf an und behauptet, daß weder Friedman noch Keynes noch Karl Marx den 1929 wirtschaftlichen Kollaps hätten erklären können.

Eine wirtschaftliche Theorie, die den Kollaps von 1929 wirklich stichhaltig erklären könnte, hätte sicher sehr große Vorteile. Aber die umfangreiche Literatur über diesen Kollaps und seine Ursachen zeigt deutlich, daß unsere heutigen wirtschaftlichen Theorien noch ungenügend sind, denn sie können nicht einmal ein solch gewaltiges wirtschaftliches Ereignis erklären! Wanniski meint deshalb, daß man die ganze wirtschaftlich apologetische Literatur ruhig ganz und gar verwerfen darf! Merkwürdigerweise kennt Wanniski allein die wirkliche Ursache des Kollapses von 1929! Angeblich löste Herbert Hoover dieses Ereignis mit seinem Smoot-Hawley Tarif Act (1930) aus, also 1 Jahr nach dem Kollaps von 1929! Nach Wanniski erkannte die US Börse im voraus die Wirkung, die dieses Gesetz auslösen würde im voraus, welche Erkenntnis den Kollaps mit Rückwirkung auslöste! So groß ist die Einigkeit unter Wirtschaftlern, besonders aber unter Wirtschaftlern, die wie Wanniski ex cathedra sprechen! Es ist also nicht verwunderlich, daß Vize-Präsident Bush Wanniskis Wirtschaft mit Voodoo-Wirtschaft vergleicht!

Die Reagan-Administration, Margaret Thatcher in England und Begin in Israel scheinen alle von den Lafferischen Ideen beeindruckt zu sein. Ob diese Ideen letzten Endes die Wirtschaft katalysieren oder bremsen werden, so daß Arbeitslosigkeit und Inflation unter Kontrolle kommen, wird die Zukunft allein zeigen. Keiner der großen Wirtschaftler von heute scheint die Antwort zu wissen. Persönlich glaube ich, daß Inflation nur so weit geholfen hat, als es verteilbare Wertreservoir im Wirtschaftssystem gab, die es erlaubten, durch Inflation Werte von den Reichen an die Defizitären zu transferieren

und auch Löhne gegen Produktivität effektiv zu senken. Wenn die Industrieländer tatsächlich ans Ende dieser Wertreservoirs gekommen sind, dann wird weitere Inflation nicht mehr helfen. Supplisiders und Demandsiders werden auch keinen Rat wissen. Nur größere, effizientere Produktivität nebst reduzierten Abgaben für nicht produktive Zwecke werden eine Erholung der jetzt erschöpften Wirtschaft erlauben.

Die westlichen Industrieländer sind unter Regimen von äußerster Sparsamkeit und billiger Effizienz in der Fabrik und in der Regierung stark geworden. Die Löhne waren an Produktivität gekoppelt, und die Arbeitgeber haben ihre Gewinne gebraucht, um Neuinvestitionen zu tätigen. Die westlichen Industrien sind durch die Reversierung dieser Bedingungen schwach geworden. Die Arbeitgeber haben ihre Freiheit in der Verwaltung ihrer eigenen Industrien verloren, die Regierung bestimmt zum Teil ihre Politik und hat die Steuern expropriativ gemacht. Andere Länder, die unter solchen Steuern und solchen Bestimmungen nicht leiden, können die westlichen Länder unterbieten – das Beispiel des japanischen Autos genügt, um diesen Punkt zu belegen.

Wir schließen also, daß die westlichen Industrien wieder stark werden könnten, wenn sie zu den Anfangsbedingungen der früheren Wirtschaft zurückkehren, unter denen sie groß und stark wurden – billige Produktivität, Effizienz und Arbeitslust auf der Seite des Arbeitgebers sowie des Arbeitnehmers.

5. Die Konsequenzen der Politik Reagans und Mrs. Thatchers

Um im wirtschaftlichen Leben den zersetzenden Einfluß der Inflation einzudämmen, setzten die angelsächsischen Länder den Zinssatz herauf. Auf diese Weise wurde das

Geld teuer. Zinssätze von 15–25 % wurden in den USA üblich. Das Ergebnis dieser Politik war natürlich, daß Kredite für Investitionen nicht mehr gefragt wurden, was sich als eine antiinflationäre Maßnahme auswirkte. So weit, so gut.

Dann versuchte man, Demandside Wirtschaft zu fördern, indem man hohe Arbeitslosenunterstützung bezahlte, so daß jeder, auch der Arbeitslose, Kaufkraft erhielt, um die Nachfrage zu stimulieren. Aber das praktische Ergebnis dieser Politik Reagans und Milton Friedmans war, wie vorauszusehen, mehr als 10 Mio Arbeitslose in den USA, über 3 Mio in England und noch viel mehr in Europa. Eine weltweite Rezession ist das Ergebnis der Politik der letzten Jahre. Das Geschäftsleben stagniert, Firmen melden massenhaft den Bankrott an, und die Arbeitslosenzahlen steigen tagtäglich an. Aber einen Erfolg muß man bei all dieser Misère melden – man hat die galoppierende Inflation doch zum größten Teil gestoppt ... sie liegt in England jetzt (1983) zwischen 4–7 % pro annum. Dafür liegt aber die ganze Weltwirtschaft am Boden. Warum?

Weil die hohen Zinssätze Kredite, und deshalb auch Neuinvestitionen (= erhöhte Effizienz), eindämmten, meinte man, daß diese hohen Zinssätze an allem schuld seien. Sie wirkten schon anti-inflationär, was erwünscht ist. Als nun die Inflationsrate zu sinken begann, meinte Mrs. Thatcher, daß sie die Zinssätze, die diese anti-inflationäre Wirkung ausgelöst hatten, senken durfte, um auf diese Weise Kredite und Neuinvestitionen in der Industrie auszulösen. Das sofortige Resultat war ein Sturz des Pfundes – nur die hohen Zinsen hatten das Pfund Sterling attraktiv gemacht. Erhöht man also den Zinssatz, um das Pfund attraktiv zu machen und Kredite und somit Inflation zu stoppen, stagniert das Geschäftsleben. Senkt man den Zinssatz, setzt eine Flucht von der Währung ein, Inflation erfolgt. Das grausige Dilemma zeigt sich wieder.

Was für Schlüsse darf man aus dieser verzweifelten Situation ziehen? Folgende: Viele Jahre hindurch bezog die defizitäre Großindustrie mit Hilfe der Inflation (einschließlich Vater Staat, der auch defizitär ist) ein verstecktes, nicht steuerpflichtiges, zusätzliches, nicht erarbeitetes Einkommen von ca 10–50 % (in einigen Ländern mehr als 100 %) aus ihren Schuldenwerten, die schrumpften. Arbeitete also eine Firma mit 20 Mio Dollar Schulden, gewann sie jährlich durch die Inflation 2–10 Mio Dollar per annum als verstecktes, nicht steuerpflichtiges, zusätzliches Einkommen aus diesen schrumpfenden Schulden. Durch eine Inflation von 50 % im Jahr gewann eine Firma aus 2 Mio Dollar Schulden glatt 1 Mio Dollar durch Schrumpfung des Schuldenwertes und zwar neben den gewöhnlichen Gewinnen aus Produktion. Nun, die plötzliche Abschaffung dieses versteckten Einkommens durch Präsident Reagan und Mrs. Thatcher (lies Milton Friedman) stabilisierte diese Schulden an Wert, so daß sie, statt Einkommen zu verschaffen, Schulden, echte Schulden mit sich brachten. Statt Gewinn durch Schulden zu produzieren, trugen diese gleichen Schulden plötzlich starke Verluste ein – Verluste von 10–25 % je nach dem Zinssatz. Diese Schulden bezahlen sich selbst nicht mehr, sie müssen durch Einkommen bezahlt werden. Sie müssen durch höhere Produktivität getilgt werden. Früher tilgten sie sich durch Inflation selbst, jetzt nicht mehr.

Dieser Verlust eines beträchtlichen, versteckten, steuerfreien, nicht erarbeiteten, geschenkten Einkommens während all der Jahre der defizitären und deshalb inflationären Politik der Regierungen und multinationalbedingten Wirtschaft ging durch den Inflationsstopp plötzlich zu Ende. Die Defizitären konnten ihre Schulden auf Kosten der Nichtdefizitären plötzlich nicht mehr los werden mit dem Resultat, daß die Großindustrie und der Staatsapparat (alle beide massiv defizitär) in roten Zahlen standen.

So sind die Folgen des Keyneschen Tricks endlich sicht-

bar geworden. Die Großindustrie konnte nicht so schnell ein Alternativeinkommen beschaffen und mit ihr die kleinen Industriellen auch nicht, denn letztere sind vom Ersteren abhängig. Diese Folge des versteckten Einkommens-Stopps droht, die Gans (die Inflation) zu töten, die die goldenen Eier für die Defizitären legt.

Um nun diese wirtschaftliche Extrabelastung des Entzugs der inflationären Einnahme aus Schulden zu ersetzen – denn diese muß ersetzt werden, wenn die Industrie, die jahrelang davon lebte, sich erholen soll – muß man entweder proportionell (zwischen 10 und 50% je nach Inflationsrate) effizienter produzieren oder man muß die nicht produktiven Auslagen der Industrie um 10 bis 50% kürzen. Im Klartext heißt das, daß die Produktion mit einem Mal um 10–50% effizienter werden muß oder daß nicht produktive Auslagen in gleichem Maße gekürzt werden. So schnell aber, ohne grundlegende Neuinvestitionen, kann keine Firma auf Befehl so viel effizienter werden, und das Kapital für solche ist im gedämpften Zustand der Industrie nicht mehr vorhanden (die zu hohen Steuern und die Inflation haben gerade die Ansammlung dieses nötigen Extrakapitals prinzipiell unterbunden). Da bleibt nur der andere Schritt möglich: die zu hohen Steuern müssen einschneidend und gründlich gekürzt werden, und zwar so daß das 10–50%ige fehlende Einkommen von der Inflation her kompensiert werden kann. Hier helfen keine halben Maßnahmen. Die Regierungskosten, die meist unproduktive Auslagen darstellen, müssen dezimiert werden, bis die kranke Wirtschaft sich den Luxus eines überdimensionierten Regierungsapparates wieder leisten kann. Die damit freiwerdenden Beamten müssen nicht mehr in der Verwaltung bleiben, sondern zu Produktivität überwechseln. Es gibt so viele öffentliche Arbeiten, die geschehen sollten und die geschehen würden – wenn die Löhne entsprechend tief wären –, so tief zum Beispiel wie die eines dienenden Soldaten oder eines Zivil-

dienstlers. Unsere Industrie liegt am Boden und kann sich deshalb die Luxuslöhne für nicht produktive Arbeit nicht mehr leisten, bis die Schäden, die die Keynesche Wirtschaft in unser System geschlagen hat, wieder ausgeheilt sind.

Präsident Reagan, Mrs. Thatcher und Professor Milton Friedman haben diese Maßnahmen alle im Auge gehabt und auch versprochen, dieselben konsequent durchzuführen. Erinnern wir uns daran: «Small Government» (Kleiner Regierungsapparat), starke Steuerreduktionen und keine Defizitwirtschaft (no unbalanced Budgets) mehr! Erinnern wir uns daran? Doch weil die Superfinanzmächte Amerikas die UdSSR mit Hilfe von Kapital und Know-How jetzt so gut ausgerüstet haben, steht Rußland als ernstzunehmender Feind vor Amerika. Ohne die finanzielle Hilfe Amerikas, beides bezüglich der Hochtechnik und des Kapitals, wäre Rußland absolut machtlos. Jetzt aber – als Resultat dieser total falschen Geldpolitik der Mächtigen in den USA – steht Amerika vor schier nicht zu bewältigenden Rüstungsauslagen. Rußland steht hier besser als Amerika, denn Rußland hat seine Rüstungsindustrie unter sehr günstigen finanziellen Bedingungen von den USA erhalten.

Also, Auslage Nummer 1, Rüstungsausgaben, darf Amerika nicht kürzen, die nationale Sicherheit wäre gefährdet. Auslagen Nummer 2, die gekürzt werden müßten, sind die der sozialen Auslagen des Wohlfahrtsstaates. Diesen Staat haben die Sozialisten als Import nach Amerika eingeführt, und weil die Idee als progressiv galt, kann man sie nicht einfach vergessen und so los werden. Was man bedenken soll, ist die Tatsache, daß die private Versicherungsindustrie in den USA die gleichen sozialen Leistungen zu einem stark verminderten Kostensatz leisten könnte als der Staat. Die Kosten des sozialen Staates könnte man stark reduzieren, wenn man das Einkommen für soziale Zwecke der Privatindustrie überließe.

Das Programm von Präsident Reagan, Mrs. Thatcher und Professor Milton Friedman scheitert daran, daß man es nur halb durchgeführt hat. Inflation, das Grundübel, hat man heruntergebracht, aber die hohen Kosten der Steuern und des sozialen Staates sind fast unverändert geblieben. Rüstungsauslagen haben sich sogar stark erhöht, weil Amerika den UdSSR finanziell und mit der Technik tatkräftig geholfen hat, sich zu Amerikas Feind zu entwickeln. Man führt nur die Hälfte von Friedmans Politik und Plan durch, was die Wirtschaft in die Knie gezwungen hat – die US-Wirtschaft ist defizitärer geworden als je zuvor! Inflation hat man einigermaßen therapiert, aber hohe Steuern, Wohlfahrtsstaatsausgaben und hohe Rüstungskosten florieren noch weiter in einem industriellen Staat, der sie schier nicht mehr tragen kann. Das Resultat ist vorauszusehen – wenn es kein Metanoia (hier politisches Umdenken) gibt – Kreditkollaps!

Die Wirtschaft entwickelt sich nach klar definierten Gesetzmäßigkeiten. Wenn man das Sicherheitsventil an einem Boiler zuschraubt, so daß keine Überdrucksentlastung möglich ist, explodiert der Boiler beim Überdruck. Man weigert sich, das Ventil des industriellen Boilers zu öffnen, sondern schraubt es mit noch höheren Steuern, Regierungs- und Rüstungskosten immer fester zu. Das Resultat ist vorauszusehen. Oft ist der Boiler sehr stark – aber meist gibt es schwache Stellen, an denen die Explosion beginnt.

Bis Mitte 1983 hatten beide, Präsident Reagan und Mrs. Thatcher, angefangen, Papiergeld und Kredite neu in ihre Wirtschaftssysteme hineinzupumpen. Mrs. Thatcher brauchte dringend eine Wiederbelebung der Industrie, und zwar einige Anzeichen dafür schon vor den Wahlen, die sie Sommer 1983 ausrief. Präsident Reagan kämpft mit 10 Mio. Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten und mit den sozialen Unruhen, die ein solches Phänomen begleiten. Dies sind Möglichkeiten der ameri-

kanischen politischen Landschaft. Das Resultat dieses neuen Inflationsschubes ist vorauszusehen: Der Zinssatz für das Pfund und den US-Dollar erhöhte sich sofort, was Neuinvestitionen verhindern wird. Die Inflation fing wieder an, ihre Opfer zu verlangen. Wie wir aber schon ausführten, sank die Erwerbslosigkeit selbst bei dieser erneuten Inflation nicht mehr. Ein erschöpftes, ausgesaugtes, wirtschaftliches System reagiert eben anders als ein System, das noch viele versteckten Reserven, die die Inflation speisen können, besitzt.

Wie gesagt, lebte die westliche Wirtschaft schon ein halbes Jahrhundert vom gespeicherten Reichtum aus dem Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts und zwar heimlich, durch die Maßnahme, die wir Inflation nennen. Jetzt sind diese Reserven erschöpft. So lange es Reserven gab, konnte ein weiterer Inflationsschub Reste aus diesem Vorrat holen, die dann als «Spritze in den Arm» der Wirtschaft dienten. Jetzt aber scheint die Spritze leer zu sein. Deshalb bleibt die «physiologische Wirkung» der Spritze «Inflation» aus.

Das westliche Wirtschaftssystem ist aber sehr groß und besitzt immer noch die innere Resilienz von relativ freien Menschen. Deshalb kann das System im Westen viel länger Mißstände aushalten als die Systeme, die unter Zwang und Diktatur leben müssen. Die Gefahr eines plötzlichen Kollapses ist also in unfreien Ländern akuter als in freien. Wenn der Osten vom Westen keine Wirtschafts- und Rüstungshilfe mehr erhielte, würden die wirtschaftlichen Systeme im Osten weniger widerstandsfähig sein als die Systeme im Westen, weil erstere eben spröder sein müssen. Die Diktaturen dort sind für diese Tatsache verantwortlich. Doch muß man dabei bedenken, daß Ost und West derart stark miteinander verknüpft sind, daß, wenn ein System zusammenklappt, das andere zwangsläufig den gleichen Weg gehen muß. Wann diese Kettenreaktion beginnen wird, ist die große Frage.

Marktwirtschaft überholt?

1. Historisches

Zur Zeit von Adam Smith, der 1776 das bekannte Buch «The Wealth of Nations»¹ schrieb, glaubte man, daß Arbeit das eigentliche Maß des Tauschwertes aller Ware ist («Labour is the real measure of the exchangeable value of all commodities» «Arbeit bleibt das wirkliche Maß des Tauschwertes aller Ware»). Hitler u.a. hatten den Wert seiner Währung auf Arbeitsleistung basieren wollen und lehnte die Monetisierung des Goldes als überflüssig ab. Der von früheren Regierungen der USA geführte Krieg gegen Gold (als Basis der westlichen Währungen) ist also nicht neu.

David Ricardo (1772–1823), der das international bekannte Buch «Principles of Political Economy and Taxation» (Prinzipien der nationalen Ökonomie und der Steuern) schrieb, vertrat die Überzeugung, daß «der natürliche Preis von Arbeit der natürliche Faktor ist, der den Unterhaltungspreis des Arbeiters bezahlt und der dafür sorgt, daß der Arbeitnehmer seine Rasse fortpflanzen kann, und zwar ohne Zuwachs oder Minderung seiner Zahl. Der natürliche Preis von Arbeit ist deshalb vom Preis von Lebensmitteln – und von anderen Preisen – die für den Unterhalt von Arbeitern und ihren Familien unentbehrlich sind, abhängig.» Dagegen ist nach Ricardo der Marktpreis für Löhne der Preis, den man in der Tat bezahlen muß, um Arbeitnehmer anzuheuern. Wenn viel Arbeit vorhanden ist und wenige Arbeitnehmer, wird man höhere Löhne bezahlen müssen. Wenn aber der rar

gewordene Arbeitnehmer hohe Löhne bekommt, wird er viele Kinder großziehen können. In der nächsten Generation wird es dann mehr Arbeitnehmer geben, als Arbeitsplätze frei sind, mit dem Ergebnis, daß der Marktpreis für Löhne sinken wird. Die Nachfrage nach Arbeit ist größer geworden als das Arbeitsangebot. David Ricardo kombinierte also intrinsische Arbeitswerte mit Angebot und Nachfrage in der Errechnung von effektiven Löhnen, was natürlich den Tatsachen auf dem Arbeitsmarkt entspricht.

Die Arbeitstheorien von Karl Marx gründen wenigstens zum Teil auf den Hypothesen von Adam Smith; denn Marx schreibt: «Der Wert der Arbeitskraft wie der Wert aller anderen Ware wird von der für ihre Produktion benötigten Arbeitszeit festgelegt ... der Wert von Arbeitskraft ist also der Wert der Notwendigkeiten des Lebens, die erforderlich sind, um den Besitzer der Arbeitskraft zu unterhalten.»² Marx vertrat also die Meinung der damaligen Nationalökonomien, vergaß aber in dem oben zitierten Satz den Faktor Angebot und Nachfrage zu berücksichtigen. Dies war wahrscheinlich absichtlich, denn gerade den Faktor Angebot und Nachfrage wollte er durch marxistische Staatsmonopole und Planwirtschaft gründlich ausschalten. Dies stellt einen Hauptfaktor des Wesens des Staatskapitalismus im Gegensatz zur Marktwirtschaft dar; denn wenn alles tatsächlich gerade richtig zentral und bürokratisch geplant werden kann, so daß das Angebot exakt der Nachfrage entspricht, dann wird dieses konstante Verhältnis Angebot/Nachfrage die Schwankungen, die durch variierende Nachfrage und variierendes Angebot entstehen, total ausschalten.

Nach Marx könnte unter freien marktwirtschaftlichen Bedingungen, die den Schwankungen von Angebot und Nachfrage unterworfen sind, kein Arbeiter seine wirtschaftliche Lage je wirklich verbessern. Wenn er gesucht wird, wird er bessere Löhne bekommen. Dann gedeiht er

und seine Familie und er wird zahlreicher – und deshalb auch ärmer. Weil aber die Bevölkerung der Erde nach Malthus (1776–1834) zunimmt, werden Arbeitskräfte zunehmen, Löhne werden billiger werden, und der Arbeiter muß – wenigstens nach Marx – unter freier Marktwirtschaft verarmen. In Wirklichkeit hat die Geschichte gezeigt, daß Marx in diesem Punkt wie auch in so vielen anderen Faktoren ganz falsch prophezeite, denn der Arbeiter in kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Ländern ist im Laufe der Jahre im Vergleich zu seinen Kollegen in staatskapitalistischen, also kommunistischen Ländern bedeutend wohlhabender geworden.

Aus diesen allerdings verkehrten Gründen bekämpfte Marx mit Entschlossenheit jede Form von marktwirtschaftlicher Freiheit. Das marktwirtschaftliche System mit seiner freien Konkurrenz von Angebot und Nachfrage war nach Marx eine *Ursache* des ganzen Elends des Proletariats. *Und gerade dieses Elend war die Quelle aller Religion. Deshalb würde ein gerechtes, wirtschaftliches System wie der Kommunismus – wiederum nach Marx – allen Gottglauben automatisch töten.* Aus den gleichen Gründen wie Marx verlangen heutige Sozialisten und Planwirtschaftler die Abschaffung aller freien Marktwirtschaft, die durch Staatsmonopolsysteme ersetzt werden soll. Die These der heutigen sogenannten Progressiven ist natürlich, daß freie Konkurrenz, freies Angebot und freie Nachfrage ungesund, verschwenderisch, ja asozial sind.

Man soll sich heute in unserem aufgeklärten Zeitalter nicht mehr gegenseitig die Kehle durch erbarmungslose Konkurrenz aufschlitzen, sondern man soll mit allen anderen Menschen und Firmen kollaborieren – und nicht gegeneinander konkurrieren.

Der Keim dieser Idee, daß Kollaboration besser ist als Konkurrenz, ist natürlich nicht nur sehr alt, die Idee ist sehr vernünftig und oberflächlich gesehen anziehend. Aber leider vergißt sie eine sehr wichtige Tatsache, näm-

lich das Wesen der menschlichen Natur. Es ist leider oft eine Tatsache, daß der Mensch faulenz! Man beobachtete, behaupten die Türken, den Gang eines typischen diplomatischen Beamten, wie er, ohne Konkurrenz befürchten zu müssen, zur Arbeit schlendert, und dann den Gang eines gestreßten Geschäftsmannes oder eines Privatarztes, die beide mit Konkurrenz rechnen müssen! Leider besteht sehr oft ein prinzipieller Unterschied zwischen beiden Gangarten! Das gleiche gilt auch in der akademischen Welt. Der junge Assistenzprofessor, der noch keine gesicherte Lebensstellung hat, geht oft ganz anders an seine Arbeit und an seine Vorlesungen als der Ordinarius, dem nichts mehr passieren kann. In den USA sagt man, daß die Not der dortigen Universitäten, die der «tenured» (= auf Lebenszeit angestellten) Professoren sei, d.h. der Professoren, die sichere Lebensstellungen innehaben. Deshalb möchte man in gewissen Kreisen in den USA «Tenure» abschaffen, weil Professoren, die «Tenure» haben, oft praktisch im Ruhestand leben. Es gibt natürlich große Ausnahmen zu dieser Regel, aber die Ausnahme bestätigt ja die Regel.

Konkurrenz (und deshalb auch Adrenalin «das Streßhormom!») im Leben ist für Effizienz leider fast immer unerläßlich. Es war deshalb unrealistisch von Marx, seine Vorschläge zu machen. Sie zeigen, daß Marx ein schlechter Menschenkenner war, als er Löhne und Preise ohne den Konkurrenzfaktor Angebot und Nachfrage errechnen wollte. Damit baute er automatisch Ineffizienz in sein marxistisches System ein, die die Geschichte des weltweiten Kommunismus heute bestätigt. Und Nationalökonomien, die zentrale Monopole, Staats- und Planwirtschaft einführen wollen, um die angebliche Härte und Ineffizienz von Marktwirtschaft und Konkurrenz zu entfernen, erreichen das gleiche Ziel wie Marx und die Sozialisten, nämlich Ineffizienz und deshalb auch Frustration.

Nicht nur Marx und seine Kommunisten haben dieses

Ziel – den Abbau freier Marktwirtschaft, die durch Monopole ersetzt werden soll – erreichen wollen. Menschen wie John D. Rockefeller sr. verfolgten genau das gleiche Ziel. John D., wie man ihn in den USA nennt, erkannte sehr früh, daß man durch die damals normale sich gegenseitig konkurrierende Marktwirtschaft nie sehr reich werden könne. Die Warenpreise wurden immer wieder durch Konkurrenz gedrückt. In seinen Augen gab es deshalb nur eine Reiseroute zu wirklich großem Reichtum – nämlich die Reiseroute über die totale Ausschaltung aller Konkurrenz und zwar durch die Einführung der privaten Monopolwirtschaft. In diesem Sinn fing also Rockefeller planmäßig an, alle seine Konkurrenten auszuschalten. Dieses Ziel verfolgte er mit unerschütterlicher, sprichwörtlicher Konsequenz und Rücksichtslosigkeit. Im Laufe dieser Tätigkeit verdiente er mit Recht den Beinamen «Wreckefeller» (= der Kerl, der andere kaputtmacht), so radikal ging er sein Leben lang vor. Sogar im Transportwesen verfolgte er dieses Ziel, denn er schloß geheime Verträge selbst mit den Eisenbahnen ab, Rockefellers Öl billiger zu transportieren als das Öl seiner Konkurrenten. Kein Trick war für Rockefeller zu niedrig oder zu gemein, so lange er Konkurrenz ausschaltete und sich selbst ein *Monopol* eroberte.

Als Rockefeller superreich geworden war, sorgte er durch seine Macht in der politischen Welt dafür, daß der Staat mit Polizeimacht und Gesetzgebung seine schon etablierte, private Monopolwirtschaft stärkte und schützte. Rockefeller und seine Trusts bezahlten praktisch keine Steuern, denn er war derart finanzkräftig, daß er dem Staat diktieren konnte, was der Staat zu tun hatte. Der Staat und das Publikum mußten sogar dafür sorgen, daß Rockefeller ständig stärker wurde, denn beide mußten sein Öl zu Preisen verkaufen, die Rockefeller diktierte. Aus diesen Gründen werden im Volksmund die Rockefeller – und es gibt eine Anzahl anderer dieser Spezies – «Robber Barons» (Raubritter) genannt.



Wußten Sie schon ...

... daß es nicht stimmt, daß die Entwicklungsländer nur deshalb arm sind, weil es reiche Industrieländer gibt?

... daß die ideologische Unterwanderung unserer Schulen bereits bedrohliche Formen angenommen hat?

... daß das biogenetische Grundgesetz von Haeckel ein Irrtum war, dem heute noch viele Glauben schenken?

... daß die Befreiung von der Geißel der Sklaverei auf christlich-motivierte Männer zurückzuführen ist?

... daß immer mehr Wissenschaftler die Evolutionslehre aus faktischen Gründen ablehnen?

«factum» –

das Magazin für denkende Menschen

– informativ – wissenschaftlich – fundiert
erscheint 9mal jährlich mit 36 Seiten,
dokumentarischen Fotos und Abbildungen

Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an bei:

«factum», Rosenberg, CH-9442 Berneck
«factum», Holzmaier 1, D-7988 Wangen
«factum», Postfach 108, A-6890 Lustenau

oder bestellen Sie ein Abonnement

dieser wertvollen Zeitschrift

(Fr. 30.50/DM 34,—/öS 242.—, inkl. Versandkosten!)

Die Rockefellers nannten diese Ausschaltung von Konkurrenz «eine *positive Einführung von Kooperation und Kollaboration in die Wirtschaft*». Kooperation muß doch viel wirtschaftlicher sein als verschwenderische, sich gegenseitig aufreibende Konkurrenz! Angeblich muß sie auch effizienter sein, denn Menschen können offenbar mehr leisten, wenn sie sich nicht bekämpfen, sondern wenn sie sich gegenseitig helfen, kollaborieren. Dies ist natürlich auch wahr. Aber das Bild ist einseitig, denn die Rockefellers und ihre Freunde vergaßen hinzuzufügen, daß die wenigen, die durch das entstandene Monopol reich wurden, immer mehr Macht in die Hände bekamen, eine Macht, die sie schnell und total moralisch ruinierte. Die Vorteile einer Kollaboration sind sicher vorhanden. Man darf aber die leidige Tatsache nie aus den Augen verlieren, daß die Nachteile der Ausschaltung von Konkurrenz größer sind als die Vorteile *dieser Art von (Rockefellers) «Zusammenarbeit»*.

Auf diese Weise entwickelte und eroberte Rockefeller durch die Ausschaltung von Konkurrenz ein regelrechtes Weltimperium. Rockefeller selbst wurde natürlich Imperator dieses Reiches ... wahrscheinlich gehört er zu den reichsten Männern der Welt, deren Reichtum nur ungefähr geschätzt werden kann. Die von Rockefeller eroberten oder eingekauften früher gegen ihn konkurrierenden Firmen kreisten um ihn wie Kolonien oder Satelliten. Das Zentrum dieses Reiches war natürlich Rockefellers Kapital, genauso wie das Zentrum eines kommunistischen oder anderen Staates das Staatskapital, das Reservoir von Realwerten ist.

Rockefellers Imperium unterschied sich vom Imperium eines Staates nur in einem Hauptpunkt: Die Rockefellerfamilie besaß das Kapital. Eigentlich besitzen die Rockefellers *persönlich* sehr wenig – ihre Trusts besitzen natürlich alles – sonst hätten die Steuergesetze ihnen alles wieder abgenommen.

Beim Staat ist das Kapital Besitz des Staates und deshalb steuerfrei. Der Staat bezahlt Steuern an sich selbst, was Steuerfreiheit gleichkommt. Das Monopolwesen hat in beiden Fällen, Rockefeller- und Staatskapital, die gleiche Auswirkung: große Reichtümer werden durch Monopole gesammelt, die aber zu den Spesen des Staates (Steuern) wenig beitragen. Rockefellers System ist ein Staat innerhalb eines Staates. So muß das Publikum die Spesen von beiden Systemen selbst tragen, indem es die Staatssteuern und die hohen Preise des Privatmonopols bezahlt. Die Ineffizienz beider Systeme wird durch hohe Steuern in dem einen Falle und hohe Ölpreise im anderen Fall bezeugt. Die Ölpreise haben in der Vergangenheit diese Tatsache gut reflektiert. Vor der Ölkrise erhielten die Araber ganz unverhältnismäßig niedrige Preise für ihre Ware. Die Ölgesellschaften eroberten finanziell gesehen durch ihre Monopole so zu sagen die halbe Welt.

Hinter den hohen monopolistischen Ölpreismargen der Ölgesellschaften blieb der monopolistische Staat keineswegs zurück. In der Schweiz nimmt der Staat heute noch (1983) durch die Monopolwirtschaft ca. 60 Rappen pro Liter Benzin (= 50% des Verkaufspreises!) ein. Etwas von diesen Steuern kommt dem Straßenbau zu. Andere Staaten erobern noch mehr Geld von dieser Quelle. Das Resultat beider Systeme ist, daß das bezahlende Publikum ärmer wird und das empfangende Monopol reicher. Seit der Ölkrise bekommen die Araber angemessenere Preise für ihre Ware, welche Tatsache eine Weltfinanzkrise auslöste.

2. Korporativer Sozialismus (Corporate Socialism)

Es gibt verschiedene Definitionen von Sozialismus:

1. Wirtschaftliche und politische Theorien, die den kollektiven oder staatlichen Besitz aller Güter empfehlen, die

dann im Interesse des Allgemeinguts verteilt werden. 2. Gesellschaftliche Systeme, die Wohngemeinschaften pflegen und die den Privatbesitz ausschalten. 3. Gesellschaften, deren Produktion in den Händen des Staates ist. 4. Oder Sozialismus ist ein Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Der Sozialismus unterstützt, theoretisch wenigstens, Kooperation unter Ausschaltung der Konkurrenz und Aufrichtung eines Besitz- und Kapitalmonopols. Dies ist der Fall, ganz gleich ob der sozialistische Staat oder eine Superfirma (korporativer Sozialismus) das Kapital, das Wertreservoir, besitzt. Die Prinzipien, die dem Staatssozialismus und den Firmen zugrunde liegen, sind identisch. Deshalb sind die Auswirkungen der beiden Systeme auch identisch. Sie sind die Ausschaltung von Konkurrenz, die Eindämmung privater Initiative, die Reduktion privater, unternehmerischer Freiheit, die Etablierung von Monopolen, die «Stabilisierung» von Preisen und die Exploitation des Publikums. Man legt Preise fest, um so die freie Wahl beim Einkauf auszuschließen. Das sozialistische System – sei es politisch sozialistisch oder korporativ sozialistisch – macht, wie bei Rockefeller oder bei Marx, die wenigen sehr reich und die vielen, die Masse, ärmer. Der Lebensstandard der Masse sinkt – oder bleibt tief – und der Luxus der Magnate und der Parteibonzen wird immer größer – d.h. ihrer Macht angemessen. Der finanzielle Zustand des gewöhnlichen Bürgers in den sozialistischen Ländern beweist diese Tatsache. Seit 1917 haben die Sozialisten in der Sowjetunion Gelegenheit gehabt, das Gegenteil zu beweisen. Das gleiche gilt natürlich für den westlichen korporativen Sozialismus. Erst nach dem zweiten Weltkrieg fing der korporative Sozialismus an, die westlichen Länder ärmer zu machen. Der Kollaps des Dollar durch die Inflation der siebziger Jahre hat einen anhaltenden Sturz des Lebensstandards Amerikas nach sich gezogen. Die Amerikaner können heute schon nicht

mehr frei reisen wie früher. Ihr entwertetes Geld erlaubt es ihnen nicht. Sie werden wie die Engländer vor ihnen, die aus den gleichen Gründen weniger aus ihrem Land hinauskönnen.

Aus obigen Gründen vertreten die Superkapitalisten wie Rockefeller, Morgan, Loeb, etc. jeden politisch-sozialistischen Schritt, den es gibt. Viele Uneingeweihte verstehen es einfach nicht, wie ein Superkapitalist wie Kennedy es war, Sozialist (Democrat) sein konnte. Man meint, daß die beiden Standpunkte (Superkapitalist und Sozialist) Gegensätze seien. In Wirklichkeit sind beide Systeme sich so ähnlich wie zwei Erbsen. In dem einen Fall besitzt der Staat alles und waltet mit Monopolen, und im anderen Fall besitzt der Superkapitalist alles und arbeitet mit Monopolen. Beide Systeme lassen das Publikum ihren eigenen, internen Luxus (und ihre Ineffizienz) bezahlen. Und weil beide Systeme von Menschen, die an Geld und Macht superreich werden, verwaltet werden, werden beide Systeme und die Menschen, die sie leiten, durch ihre eigene Macht gefährdet. Beide Systeme tendieren im Laufe der Zeit immer dazu, diktatorisch zu werden. Das heißt, beide Systeme stehlen anderen Menschen ihr Geld und deshalb auch ihre Freiheit. Beide Systeme müssen private Freiheit und private Initiative, die den Westen einst groß machten, töten. Beide Systeme beeinträchtigen die persönliche Freiheit – im Westen sowie im Osten.

3. Die Aufteilung von Macht und Verantwortung

Aus diesen Gründen müßte man so handeln, wie die amerikanischen Väter es taten. Ihre erste Sorge bei der Gründung ihres Staates war, die Landesverfassung so zu gestalten, daß niemand, und auch kein System und keine Gesellschaft, zu viel Macht in eigenen Händen konzentrieren durfte. Die Macht des Präsidenten wurde durch

die Macht des Kongresses in Schach gehalten. Die Macht der Polizei wurde durch die Macht der Richter ausgeglichen. Es ist deshalb unweise, Polizei mit Justiz in einer Verwaltung zu kombinieren! Letzten Endes wurde die Macht des Politikers durch die Macht des Wählers neutralisiert. So entwickelte sich *auf* dieser **Basis** die produktivste, die reichste, stärkste, freieste Nation der Erde. Nie hat der Mensch einen so hohen Lebensstandard wie den amerikanischen erreicht. Nie in der Geschichte der Menschheit war der Mensch so frei. Die **Basis** dieser Freiheit lag in freier Konkurrenz auf allen Gebieten. Kein Privileg und kein *Monopol* waren gestattet. Die Ausschaltung dieser freien Konkurrenz und die Neutralisierung der souveränen Macht des einzelnen in der gegenseitigen Konkurrenz wird auch die Ausschaltung unserer westlichen freiheitlichen Zivilisation nach sich ziehen. Die Prinzipien dieser Idee der Konkurrenz und der Neutralisierung aller monopolistischen Übermacht fanden sich natürlich in den Glaubensgrundsätzen der amerikanischen Pilgerväter, die der Überzeugung waren, daß der natürliche Mensch, weil er ein Sünder ist, durch konzentrierte Macht charakterlich leicht verdorben wird.

Gerade aus diesem Grund ist die Idee irgendeiner Diktatur für wirklich fortschrittliche, freiheitsliebende Menschen untragbar. Sobald ein Diktator von anderen Menschen durch Konkurrenz irgend einer Art in Schach gehalten wird, hört er auf, Diktator zu sein. Diktatoren schalten deshalb Konkurrenz immer und sofort aus. Wenn sie aber Vollmacht besitzen, laufen sie die akute Gefahr, charakterlich und moralisch noch verdorbener zu werden, als sie es vorher waren. Deshalb besteht die einzige Hoffnung für unsere Gesellschaft darin, daß recht viele, fähige, moralisch hochstehende Menschen sich gegenseitig in Schach halten! Freie Konkurrenz muß in allen Bereichen des Lebens walten. Dies ist das Wesen der Demokratie, die aber nur dann wirklich funktionieren kann,

wenn jeder sich von seinen Mitmenschen gründlich korrigieren läßt, was das eigentliche Wesen von Konkurrenz darstellt. Die Ausschaltung dieses Prinzips bringt Diktatur mit sich.

Fast alle afrikanischen Staaten, die in den letzten zwanzig - dreißig Jahren aus dem Kolonialismus entlassen wurden, haben durch ihre heutigen Diktaturen bewiesen, daß sie für Demokratie noch nicht reif waren. *Ihre Diktaturen werden sie auch arm halten, und nicht etwaiger Mangel an Entwicklungshilfe!* Entwicklungsgelder werden meist in wenigen (diktatorischen) Händen konzentriert, welche Tatsache das schon diktatorische System stärkt - und weiter korrumpiert! Was die Entwicklungsländer brauchen, ist materielle und moralische, charakterliche Hilfe, die sie für die neu errungene Freiheit tüchtig macht. *Materielle Entwicklungshilfe ohne die passende ethische Hilfe wird ihre Lage durch Machtkonzentration und Korruption nur noch verschlimmern.* Die geistigen, moralischen und geistlichen Erneuerungen in westlichen Ländern kamen zustande, ehe der Wohlstand in diesen Ländern begann. Ich denke an Luther, Zwingli, Hans Nielsen Hauge, Calvin, Whitfield, Wesley und viele andere. Länder, die eine solche Vorbereitung auf Wohlstand nie erlebten, werden selbständig den westlichen Wohlstand nicht erfahren. Indem die westlichen Länder die Frucht dieser vergangenen Erneuerungen durch die Jahre verlieren, verlieren auch sie ihren Wohlstand.

4. Sozialismus ist regressiv

Der Sozialismus ist eine regressive und nicht eine progressive Erscheinung, die Länder charakterisiert, die eine diktatorische Entwicklung durchlaufen. Die geschichtlichen Entwicklungen auf diesem Gebiet in Europa und Amerika waren folgendermaßen: Zuerst kam eine innere, geisti-

ge und geistliche Erneuerung, die die persönliche Freiheit, die freie Konkurrenz und die freie, fleißige private Initiative und das gegenseitige Vertrauen und die Vergabung unter Menschen förderte. Dann kam mit der Zeit der daraus resultierende Wohlstand.

Nach Generationen dieses Wohlstandes fingen dann diese Länder an, den so erworbenen Wohlstand als eine rein politisch bedingte Selbstverständlichkeit anzusehen. Die innere Erneuerung ließ nach. Da aber der Wohlstand und die persönliche Freiheit eine Konsequenz dieser Erneuerung war, welkte mit der Zeit auch der Wohlstand. Um diesen Wohlstand ohne inneres Wohl und innere persönliche Freiheit zu behalten, griff man zum Sozialismus, zum Kollektivismus, zur Ausschaltung von Freiheit, zur Einschaltung von Monopolen, zur Ausschaltung von Konkurrenz, zur Macht in wenigen Händen statt Macht in allen Händen, um den Wohlstand – d.h. das Geschenk von Freiheit – zu erhalten! *Das Resultat war und ist, daß die westlichen Länder sich alle auf dem schnellsten Weg zur sozialistischen Diktatur befinden.*

Einige Folgerungen werden jetzt fällig sein: Die UdSSR, obwohl sie die Kornkammer Europas, die Ukraine, besitzt – und noch dazu viel Öl, Gas und Gold – ist nicht imstande, sich ohne westlichen Weizen zu ernähren. Diese Ineffizienz kann also nur im dort herrschenden Sozialismus und im Kommunismus liegen. Beide stellen monopolistische, diktatorisch tendierende Systeme dar, die wirtschaftliche und auch moralische Regressionen, Regressionen ins Mittelalter, aufweisen; denn sie sind die Negation der Aufklärung und der Reformation, die ursprünglich unseren Wohlstand möglich machten. *Diese gleichen Systeme werden auch uns zur Diktatur zurückdrängen, wenn wir im Westen (und im Osten) nicht noch einmal die Erneuerung eines Luthers, eines Zwingliis, eines Calvins oder eines Whitfields und eines Wesleys wiedererleben.*

Bedenken wir: nach einigen Jahren der sozialistischen Diktatur in der UdSSR starben *Millionen von Bauern an Hunger* – eine historische Tatsache. Diese Hungersnot war das direkte Resultat der Kollektivisierung der Bauernhöfe nach sozialistischer Theorie. Nur die Hilfe aus dem kapitalistischen Amerika hat das Verhungern des ganzen Landes verhindert – also nur Hilfe aus einem nicht kollektivisierten, nicht sozialistischen Land hat die Folgen der sozialistischen Kollektivisierung gemildert. Der Sozialismus machte Hungersnot. Der Sozialismus ist heute noch ineffizient, er senkt den Lebensstandard. Er knechtet und frustriert deshalb den Menschen. Ohne massive landwirtschaftliche und industrielle Hilfe wären die UdSSR ein gelähmtes Land, denn neue *progressive Landwirtschaft und Industrie* braucht Privatinitiative, die der Sozialismus erstickt. Somit erstickt er landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung und bringt Armut ins Land; denn die menschliche Basis für eine gute industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung in Rußland ist auch heute noch unbedingt vorhanden.

Auch die russischen Wesleys und die russischen Whitfields tun sogar heute ihre sehr effektive Arbeit der geistlichen Erneuerung weitester Kreise in Sowjet-Rußland.

Sie tun ihre Arbeit so gründlich, daß die kommunistische Behörde gerade ihre Kreise als Feind Nr. 1 im Land verfolgt, was ein sehr gesundes Zeichen der inneren Erneuerungsarbeit darstellt. Das freiheitliche, christliche System der Baptisten, der Mennoniten, der Stundisten, der Adventisten – ja auch der geläuterten Orthodoxen – ist dem diktatorischen Monopolsystem der Machthaber ein Ärgernis. Die Baptisten und ihre Freunde sind die wirklich Progressiven dort, und ihre Verfolger, die Kommunisten, die Regressiven.

Die Tatsachen sind derart offenbar, daß man nur staunen kann, wenn die westlichen Sozialisten die Handschrift an der Wand noch nicht erkannt haben. Rußland

besitzt doch die Kornkammer Europas (und auch das nötige Gold, Gas und Öl), die leicht imstande wäre, Europa – und teilweise auch China – bis zu Vladivostock hin zu ernähren. Millionen von russischen Bauern verhungerten, nur wegen kommunistischem Kollektivismus! Der Kommunismus mußte dann nach 50 Jahren des Kollektivismus, um die Rote Armee und das Volk zu ernähren, die größten Weizengeschäfte aller Zeiten mit einem marktwirtschaftlichen, kapitalistischen Land (USA) (mit wenig Öl und Gold!) abschließen! Und zwar um die Rote Armee vor dem Verhungern zu sichern! Es ist einfach verblüffend, wie Menschen so manipuliert werden können, daß sie die wahre Sachlage nicht erkennen. Vornehmlich westliche linke Akademiker sehen die Tatsachen einfach anders. Trotzdem führen ihre «progressiven» kommunistischen Theorien, wie der verstorbene Rudi Dutschke vor Prager Studenten klarmachte, zu Ineffektivität in der Versorgung, verbunden mit Sklaverei.³

Wie kann man diese Tatsachen der Geschichte so übersehen? England ist heute zu einem großen Teil von den Früchten Wesleys und Whitfields abgekommen. Automatisch greift das Land dann nach «links». Dementsprechend wurde alles verstaatlicht, im Versuch, Wohlstand mittels Sozialismus mit allen Mitteln zu erhalten. Und in einer Generation ist das damals reichste, wohlhabendste Land der Welt auf den wirtschaftlichen Standard der DDR hinabgesunken.

Wie kann man solche geschichtlichen Tatsachen übersehen? Schweden hat keinen Krieg geführt, keine Bombennächte erlebt, keine zerstörten Industrien aufbauen müssen. Schweden, wie die anderen skandinavischen Länder, hat auch seine «Luthers, Hans Nielsen Hauges, Wesleys und Whitfields» gehabt und ist als Resultat, genau wie Amerika und England, wohlhabend und frei geworden. Nach dem Krieg verloren die skandinavischen Länder dieses geistige und geistliche Erbe. Automatisch

fängt mit diesem Verlust eine Regression an: auch die Schweden griffen nach Kollektivismus, nach Verstaatlichung und nach Sozialismus, um ihren Wohlstand zu erhalten. Jetzt steht Schweden in einer der größten finanziellen Notlagen seiner Geschichte. Die Währung leidet an galoppierender Inflation. Nach den Wahlen zu urteilen, sahen selbst die relativ arm gewordenen Schweden eine Zeit lang ein, daß Sozialismus zu teuer kommt und zu ineffizient ist – auch wenn er die angebliche Ineffizienz der freien Konkurrenz ausschaltet.

Wie kann man diese geschichtlichen Tatsachen übersehen? Amerika selbst, das Land der Freiheit und der freien Initiative, hat auch zum sozialistischen Kollektivismus gegriffen. Der Staat mischt sich überall im Geschäftsleben ein und die Staatsbürokratie hat überhandgenommen. Das amerikanische IRS (Steuerbehörde, Fiskus) hat sich zu der stärksten Macht des Landes entwickelt, um mehr und noch mehr Geld aus den Bürgern zu pressen. Korporativer Sozialismus hat überhand genommen. Das Land leidet an der größten nationalen Verschuldung aller Zeiten, und das Handelsdefizit ist derart untragbar geworden, daß eine Massenflucht vom Dollar stattgefunden hat. Der Dollar fiel Ende März 1978 auf sFr. 1.78 = 1.00 US-Dollar, der tiefste Kurs aller Zeiten und steht heute (1983) nur ein wenig besser. Die deutsche Bundesbank hat den Amerikanern dringend geraten, Geld von der Weltbank zu borgen, um den Dollar rechtzeitig zu retten. Der lange vorausgesagte Kreditkollaps schien vor der Tür zu stehen. Das reichste Land der Welt muß von anderen Ländern Geld borgen, die selbst Geld borgen müssen! Die Bundesrepublik hatte 1978 ein Defizit von 30 Milliarden DM – und leiht den USA Geld – die taumelnden «Betrunkenen» stützen sich gegenseitig! Die Lage ist einfach unglaublich! Der US-Zinssatz stieg auf über 20%, um die Dollarflucht zu stoppen! Und die Ursache? Könnte die eingebaute Ineffizienz des monopolistischen, sozialisti-

sehen Systems in all diesen Ländern etwas damit zu tun haben?

5. Streichung von Entwicklungshilfeschulden und Steuerbehörden

Anfang 1978 kündigten 4 westliche Staaten an, daß sie Schulden von 200 Milliarden US-Dollar in den Entwicklungsländern einfach streichen wollten. Ob die gleichen 4 Staaten bereit wären, Einkommenssteuern von 200 Milliarden US-Dollar in ihren eigenen Ländern zu streichen, weil in ihren Ländern Geschäfte und Privatpersonen am laufenden Band Pleite machen müssen? Die Entwicklungsländer können ihre Schulden nicht mehr begleichen. Aber die Leute im Westen, die die Schulden der Entwicklungsländer durch ihre Steuern tragen müssen, werden von der eigenen Steuerbehörde bis zum Bankrott erbarungslos ausgesaugt.

In dieser Richtung hören wir eine Begebenheit, die sich Anfang 1978 in der Bundesrepublik Deutschland ereignete. Ein Verleger hatte seit 1972 seinen Autoren im Ausland ihre Lizenzen planmäßig ausgezahlt, und diese Zahlungen, wie vorgeschrieben, dem Steueramt gemeldet. Dies geschah Jahr für Jahr ohne Zwischenfall. Dann kam Ende 1977 eine Prüfung der Büros des Verlegers seitens des Finanzamtes. Der verantwortliche Beamte sagte spontan aus, daß er bei diesem Verleger nie eine Steuerunstimmigkeit gefunden hätte, und daß man ihn dort nie angelegen hätte – was sonst leicht vorkommen kann. Dann erklärte der Beamte, der Verleger müsse von allen seinen Lizenznehmern ein Formular unterschreiben lassen und dieses von ihren Finanzämtern in den Ländern ihres Wohnsitzes bestätigen lassen. Die ganze Lizenz müsse vorschriftsmäßig im Ausland versteuert worden sein, sonst müßte der Beamte jetzt auf der Stelle 40 % der schon aus-

gezahlten Lizenzen vom Verleger bar zurückverlangen – was den Verleger DM 350000 per sofort gekostet hätte.

Der Verleger schrieb umgehend an einen Lizenznehmer in der Schweiz, um die Unterschrift der dortigen Steuerbehörde zu verlangen. Der Verleger sandte die von der deutschen Steuerbehörde zugeschickten grünen Formulare mit. Nun, die Steuerbehörde in allen Ländern funktioniert in solchen Angelegenheiten ausgesprochen langsam – nur wenn es um Einnahmen geht, scheint es etwas schneller zu gehen! Die deutsche Behörde verlangte die Rücksendung der Formulare innerhalb von 3 Wochen, sonst wären die DM 350000 vom Verleger sofort fällig. Nach einigen Wochen kamen die Formulare vorschriftsmäßig unterschrieben zurück und wurden vom Verleger an die Finanzbehörde weitergeleitet. Diese rümpfte sofort die Nase und sagte, sie interessiere sich nicht dafür, denn die Formulare seien falsch, es gäbe neue Formulare. Aber, sagte der Verleger, ihr Büro habe die Formulare geliefert! Das spiele keine Rolle, sofort mit den neuen Formularen an die Arbeit!

Nun, die Schweizer Behörde war von der ganzen Sache nicht erbaut. Man sollte sich wenigstens entschuldigen, wenn man anderen unnötige Mühe mit falschen Formularen bereitet. Nichts von dem! Das war der Tonfall! Der Verleger schrieb folgenden Brief an seinen Lizenznehmer, weil seine Firma für die Riesensummen, die plötzlich verlangt wurden, einfach nicht aufkommen konnte: «Unsere Steuerbehörde hat uns einen rechtskräftigen Bescheid wegen der 25 % Steuer auf die früheren Honorarbezüge von Ihnen zugestellt. Die deutschen Ämter sind von einer ungeheuren Härte, weil sie von der Regierung her Order haben, unnachsichtig, dem Buchstaben nach, vorzugehen. Daß das Bundesamt für Finanzen, das bereits am 17.11.1977 bereits von Ihrer Behörde in ..., das unterschriebene Formular vorliegen hatte und es als veraltet zurückgab, interessiert das Finanzamt ... überhaupt nicht ...»

Aus obigem geht also hervor: a) Das Finanzamt in der BRD hatte ein veraltetes Formular an den Verleger gesandt.

b) Das Finanzamt in der BRD hatte das eigene veraltete Formular ausgefüllt und unterschrieben von der Schweizerbehörde zurückerhalten.

c) Das BRD-Finanzamt weigerte sich sein eigenes Formular, das von der ausländischen Behörde sachgemäß unterschrieben wurde, zu akzeptieren. Statt dessen schickte man rechtskräftige, unerbittliche Forderungen an den ehrlichen Verleger, der plötzlich auf der Stelle für DM 350000 aufkommen sollte.

d) Der Verleger stellt nur das fest, was allgemein bekannt ist, nämlich, daß die Behörde auf Order hin von der Regierung unnachichtig und von einer ungeheuren Härte gegen die eigenen schon längst steuermäßig überlasteten Bürger vorgeht. *Dies stellt natürlich einfach bösen Willen dar, denn die gleiche Regierung ist zur gleichen Zeit mit anderen Westmächten übereingekommen, Entwicklungsländern Schulden in Höhe von 200 Milliarden US-Dollar einfach zu streichen, ohne Härte und bösen Willen. Die ungeheure Härte und die Unnachichtigkeit der Steuerbehörde dem eigenen Volk gegenüber steht im Gegensatz zu der ungeheuren Weichheit anderen ausländischen Bürgern gegenüber. Härte gegen das eigene Volk bezahlt die Weichheit anderen gegenüber.*

Aber die Geschichte ist noch nicht zu Ende erzählt. Die richtigen Formulare wurden von der richtigen Schweizer Behörde ausgefüllt und der richtigen deutschen Behörde in Bonn zugestellt. Nach drei Wochen wurden aber alle Formulare mit einem knappen Satz ohne Unterschrift an den Lizenzgeber in die Schweiz zurückgeschickt: Die Veranlagungsbehörde ... sei nicht die kantonale Behörde, alles müsse von neuem gemacht werden und zwar, mit der Unterschrift der kantonalen Behörde. Nun, die knappe «Mitteilung» der deutschen Behörde war beleidigend in

ihrem Ton, aber die geduldige Schweizerbehörde sandte die ganzen Formulare mit einem höflichen Vermerk zurück, daß die Veranlagungsbehörde ... ein Teil der gesuchten kantonalen Behörde sei! Das hätte doch jeder sachkundige Steuerfachmann wissen müssen, besonders wenn er in einer Abteilung sitzt, die mit dem Ausland umgeht.

Also, unsere berühmte Ineffizienz in Monopolsystemen taucht wieder auf. Aber Ineffizienz ist nicht das schlimmste in der ganzen Angelegenheit. Was befremdet, ist das diktatorische Fehlen einer Entschuldigung seitens des Beamten, der unnötigerweise durch seine Ineffizienz anderen ausländischen Beamten und dem Lizenzgeber Arbeit und Ärger bereitete. Monopole auch im Steuerwesen erzeugen immer wieder die gleichen Charakterzüge im Menschen. Eine unerträgliche Diktatur in der Steuerbehörde ist entstanden, die in einer Demokratie keinen Platz haben darf. Alles würde so viel besser laufen, wenn gewissen Beamten die Vollmacht eines Monopols entzogen würde – und wenn sie in Zukunft keine Aufforderungen zur Härte und Unnachsichtigkeit von irgendjemandem ihrem eigenen Volk gegenüber erhielten.

Wie würden die Beamten eines Entwicklungslandes reagieren, wenn die Beamten eines spendenden Landes auf diese Weise mit ihnen umgingen?

Ein Vorschlag

Präsident Reagan und Mrs. Thatcher sehen die oben ausgeführten Probleme sehr klar. Der Staat besitzt leider eine eingebaute, finanzielle Ineffizienz, die durch die monopolistische Lebensschau beeinflusst wird. Deshalb versuchen beide, Präsident Reagan und Mrs. Thatcher, die verstaatlichten Industrien wieder zu «privatisieren» – sie verkaufen sie an private Interessengruppen, in der Hoff-

nung, daß Effizienz und Gewinn wieder katalysiert werden.

Die Amerikaner versuchen auch Staatsversicherungen in private Hände zu übergeben, denn das staatlich geführte Versicherungswesen wies zu hohe rote Zahlen auf. In Amerika nennt man dieses Verfahren «farming out». Man dezentralisiert, was immer eine praktische, altbewährte Friedensmaßnahme darstellt.

Nun, warum lassen amerikanische und europäische Regierungen diese günstige Entwicklung nicht weitergedeihen? Zum Beispiel könnte das Eintreiben von Steuern durch den Fiskus und durch das amerikanische IRS auch mit Vorteil «privatisiert» werden. Wenn man private Firmen, die untereinander konkurrieren müssen, mit dem Eintreiben von Steuern beauftragen würde, wäre sicher mit der Zeit für beide Seiten, für den Staat, wie auch für den Bürger, Vorteile zu verzeichnen. Eine Privatfirma müßte seinen beiden Kunden, dem Staat und dem Privatbürger gegenüber gerecht und auch speditiv sein, sonst wird sie den Auftrag verlieren. Beide Seiten, Staat und Bürger, hätten eine Wahl in Sachen Steuern, was sicher zu besserer «Laune» im Volk beitragen würde. Private Firmen könnten ihren «Kunden» durch Propaganda klar machen, warum sie dies oder jenes tun oder nicht tun, um Kundschaft zu gewinnen – wie jede zivilisierte Firma in unserer Welt es tut. Das Odium des Monopolwesens in finanziellen Angelegenheiten wäre auch abgeschafft. Sicher würde ein solch «privatisiertes» Steuerwesen dem demokratischen Geiste von demokratischen Völkern viel eher entsprechen als das heute waltende unpersönliche, monopolistische Fiskuswesen. Man müßte dann die Steuern so bezahlen, wie man die Garagenrechnung bezahlt. Der Staat sorgt schon gut dafür, daß man die Garagenrechnung oder die Milchrechnung tatsächlich prompt bezahlt. Von diesem Standpunkt aus, also, wäre nichts zu fürchten.

Die Landeskirchen befolgen gerade diese Idee, denn sie lassen ihre Kirchensteuern gegen eine Bezahlung von rund 14% vom Ertrag vom Staat (in gewissen Ländern) eintreiben! Also hier funktioniert der Staat als Unternehmer. Man könnte diese Idee entwickeln.

6. Monopolsymptome

Obige Erscheinungen sind die ganz typischen Symptome einer Tyrannei, die ihrerseits eine Begleiterscheinung aller Monopole ist. Nun, in einer Diktatur kann man nicht viel unternehmen, um gegen solche Erscheinungen vorzugehen, außer natürlich, daß man die Diktatur stürzt. In einer Demokratie verhält sich die Lage aber ganz anders. Die Bürger können es ihren Politikern deutlich und klar machen, daß sie nicht bereit sind, ungerechte Behandlung hinzunehmen. Sie können schreiben, sie können telefonieren, sie können nur für die Politiker ihre Stimme abgeben, die sich verpflichten, solche Härte, Unhöflichkeit, Ineffizienz und Unnachgiebigkeit nicht zu dulden. Sie können auch verlangen, daß die Steuerbehörde nicht das Geld aus ihren eigenen Bürgern mit Härte herauspreßt, das sie dann anderen großzügig verschenken.

Eine Steuerbehörde, die einen unersättlichen Appetit auf das Hab und Gut ihrer eigenen Bürger hat und die dann das erpreßte Gut anderen, ohne die eigenen Bürger danach zu fragen, verschenkt, verschwendet die Währung des eigenen Landes. Wie wir gesehen haben, fördert jegliche Verschwendung Inflation. So tragen unsere in allen westlichen Ländern mit Härte vorgehenden Steuerbehörden deutlich zur Inflation bei.

Der heutige Zustand der Wirtschaft in den westlichen Ländern ist doch Warnung genug, daß der Sozialismus, der oft das Regiment in diesen Ländern führt – oder lange geführt hat – den Weg zum wirtschaftlichen Abgrund weist. In den letzten Tagen im Februar 1978 erreichte die

Talfahrt des Dollars, der D-Mark und des französischen Francs eine bedrohliche Geschwindigkeit. Überall wurde Alarm geschlagen, denn bei einem wild fluktuierenden Kurs kann man langfristig keine Geschäfte mehr abwickeln. Die europäischen Banken verlangten von den Amerikanern Maßnahmen, um die großen amerikanischen wirtschaftlichen Defizite abzubauen, denn sie unterminierten das Vertrauen zum Dollar. Aber die Amerikaner fühlten sich zuerst gar nicht genötigt, die Talfahrt des Dollars zu stoppen: die Gründe sind folgende:

Die amerikanischen Schulden im Ausland bestehen in Dollar. Wenn also der Dollar eine weitere Inflation durchmacht, kann das den defizitären Amerikanern nur behilflich sein; denn durch die Inflation und die Entwertung des Dollars entwertet man zur gleichen Zeit die ausländischen amerikanischen Dollarschulden. Dollar-Inflation verkleinert die US-Handelsdefizite, deshalb schauen die Amerikaner gelassen zu, wie ihr Geld entwertet wird, denn damit werden auch ihre Schulden zur gleichen Zeit verringert.

Noch dazu: das nach Amerika importierte Öl wird auch in Dollar bezahlt. Deshalb bekommen die Scheichs effektiv weniger für ihr teures Öl, sobald der Dollar eine Entwertung durchmacht. Eine große Entwertung bedeutet also eine große Verbilligung des für die Amerikaner so nötigen und heute viel zu teuren Öls. Das Motto ist also: laß die Talfahrt des Dollars weiter vor sich gehen.

Hinzu kommt die Tatsache, daß die großen internationalen Firmen auch defizitär funktionieren. Sie führen, wie wir bereits sahen, ihre Geschäfte auf der defizitären Basis durch. Entwertung, Talfahrt des Dollars, ist also auch für solche großen Firmen nur günstig. Ihre Defizite schrumpfen mit jeder Dollarentwertung zusammen, und ihre Gebäude, Apparate, Ländereien etc. nehmen an Wert zu! Also, das Motto ist: laß die Talfahrt noch weitergehen, wir tun nichts dagegen, denn Entwertung be-

deutet wirtschaftliche Gesundheit für uns. So konnte man gegen den Sturz des Dollars, der Schlüsselwährung der westlichen Welt, nichts unternehmen.

Warum sollte man unter solchen Umständen die Tal-fahrt stoppen? Weil, wenn sie nicht gestoppt wird, sie den ganzen in Dollar gespeicherten Wohlstand und die ganze vom Dollar abhängige Marktwirtschaft vernichten wird. Wenn auf der anderen Seite der Dollar so tief liegt, kann Amerika leichter exportieren, denn dadurch werden seine Waren und seine Exportprodukte billiger für Ausländer, die mit ausländischer Währung bezahlen. Aber die Länder, die nach Amerika exportieren wollen, wie die Schweiz und die Bundesrepublik, können weniger Ex-porthandel mit Amerika aufnehmen, wenn der Dollar schrumpft. Aus diesem Grund waren die Europäer über die Gelassenheit Amerikas bezüglich des Sturzes des Dol-lars ärgerlich. Das europäische Exportgeschäft ging da-durch zugrunde. Die Bundesrepublik griff mächtig auf der Börse ein und kaufte massiv Dollar ein. Es war aber vergeblich, der Dollar fiel weiter. Dann griff die kleine Schweiz ein und, ohne ein Wort in dieser Richtung zu sa-gen, entwertete sie ihre eigene Währung effektiv um ca. 5 %, so daß die DM und der Dollar ca. 5 % mehr wert wa-ren. In Wirklichkeit natürlich verschenkte die Schweiz ca. 5 % ihres nationalen Vermögens in Franken den Amerika-nern, um dem Dollar zu helfen und um schweizerischen Export nach den USA wieder möglich zu machen.

Das Endresultat der Politik der Entwertung kommt aber wiederum zum Vorschein. Derjenige, der defizitär arbeitet, läßt seine Schulden gratis von denen bezahlen, die mit Überschuß und Reserve arbeiten. Die Folge dieser Inflationspolitik ist, daß letzten Endes alle daraufhin ar-beiten, so viel Defizite wie nur möglich anzuhäufen – man lebt über die Verhältnisse, konsumiert mehr als man pro-duziert, damit man das Hab und Gut derjenigen gratis er-obert, die mehr produzieren als sie konsumieren. Das Er-

gebnis dieser Art Inflationswirtschaft ist natürlich: 1. Ein ständig sinkender Wohlstand, weil in Währung gespeicherter Wert verloren geht.

2. Mutlosigkeit und Frustration der Produktiven im Land erfolgt, weil die wenigen Unproduktiven durch eine Inflationspolitik das Hab und Gut der Produktiveren gratis und ohne Mühe bloß durch Abwarten bekommen.

3. *Ineffizienz* nimmt überall überhand, sobald es jedem, der nachdenkt, klar wird, daß *Effizienz*, mehr produzieren als konsumieren, Unsinn ist.

4. So erzeugt man eine Nation der Frustrierten, die mit der Zeit bereit sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, um ein solches System niederzureien, ganz gleich ob man das bestehende System durch ein besseres ersetzen kann oder nicht; denn das bestehende System ist inflatorisch und deshalb unsinnig und ungerecht. Eine solche Erkenntnis schürt das Wuten in einem Volk, das dann zur Revolution, zur Vernichtung, ja eventuell zum Terrorismus greift.

Was soll man aber unternehmen, um die Lage zu korrigieren? Man muß zuerst die übermächtigen Monopolssysteme des Staates (Staatskapitalismus) und der korporativen Sozialisten planmäßig und legal, aber mit aller Entschiedenheit abbauen. Der übergroße Staatsapparat, der gut über 60 % des nationalen Einkommens ohne nennenswerte effiziente produktive Gegenleistung schluckt, muß drastisch verkleinert werden. Der Staatsapparat wird von selbst kleiner werden, wenn er ein kleineres Steuereinkommen erhält. Dann werden wir sehr bald wieder eine Wirtschaft in Händen haben, die uns Wohlstand in Hülle und Fülle liefert. So und nicht anders kamen wir in der Vergangenheit zum Wohlstand. Wohlstand in allen westlichen Ländern entstand unter «Small Government». Und nur so werden wir unseren Wohlstand wieder erlangen und unsre verderbliche Defizitwirtschaft und Inflation los werden. Sonst werden wir noch tiefer in den Morast des

monopolistischen, defizitären Sozialismus sinken. Und nur so werden wir unsere schon jetzt erodierte persönliche und wirtschaftliche Freiheit wieder erlangen.

Verstaatlichung und ihre Folgen

1. Ideologien und Wirtschaft

Die Staatskapitalisten (die Kommunisten) des Ostens (und z.T. die Sozialisten Englands, Europas und der USA) haben die Regeln der Marktwirtschaft durchbrochen, indem sie es den einzelnen nicht erlauben (oder durch Steuern und Gesetzgebung erschweren), die Produktionsmittel ihrer Nationen zu besitzen. Die Labourpartei Englands hat fortlaufend und konsequent die Privatbesitzer der großen Industrien durch Gesetzgebung gezwungen, ihren Besitz, oft unter recht ungerechten finanziellen Bedingungen, herzugeben. Stahl, Elektrizität, die Kohlenbergwerke, die Eisenbahnen, Straßentransport – alles wurde konsequent im Interesse sozialistischer Ideologie verstaatlicht.

Diese Verstaatlichungen wurden ideologisch und nicht notwendigerweise wirtschaftlich gerechtfertigt. Die Labourpartei (mit den Kommunisten) behauptet, daß derjenige, der Teile der Produktionsmittel eines Volkes besitzt und sie für privaten Gewinn ausnützt, das Volk ausplündere. Um diese angebliche Ausplünderung des Volkes durch Privatkapital zu verhindern, mußte der Staat, der nach sozialistischer Theorie altruistischer sein wird (!) als der Privatmann, alles selbst in den Händen haben. Nur durch Verstaatlichung kann man es verhindern – so lautet die Ideologie –, daß das Volk im Interesse der Privatkapitalisten übervorteilt wird. Der Staat muß aus diesem Grund sämtliches Kapital des Landes und sämtliche Produktionsmittel in eigenen Händen haben.

Aber auch andere Gründe für diese sozialistische Ideologie liegen vor, die wir jetzt untersuchen müssen:

1. Es wird behauptet, daß Kapital und Besitz den menschlichen Charakter verderben. Sie machen ihn zum Egoisten. Kapitalismus ist angeblich fast gleichbedeutend mit Egoismus. Das Wort Kapitalismus ist aus diesem Grund ein dreckiges Wort geworden. Deshalb soll man den Privatmenschen sämtliches Kapital und sämtlichen Besitz entziehen. Man sollte einen nationalen, einheitlichen Lohn für alle einführen. Erst dann kann er sich zum vollkommenen Altruisten entwickeln! Befreiung von Besitz und Ungleichheit von Besitz bringt also zur gleichen Zeit angeblich Charakterbefreiung des Bürgers mit sich. Deshalb enteignet man mit missionarischem Eifer und gutem Gewissen ganze Völker durch gesetzgeberischen Zwang – und auch durch expropriative Steuern – zu ihrem eigenen Seelenheil.

Klar ist, daß Besitz und Geld vielen reichen Menschen nicht sonderlich gut bekommen. Ausnehmend edel sind viele Superreiche nicht zu nennen! Diese Tatsachen sieht man überall im westlichen Wohlstand – aber genau das gleiche sieht man auch unter wohlhabenden kommunistischen und anderen Parteiführern! Bei reichen Töchtern und Söhnen von wohlhabenden Fabrikanten konstatiert man ähnliche Phänomene! Besitz und Reichtum können, wenn man es unterläßt, mit strenger Disziplin mit ihnen umzugehen, schon sehr verderblich wirken. Der westliche Wohlstand und der Wohlstand unter kommunistischen Parteiführern beweist diese Tatsache zur Genüge. Lassen wir also die Tatsache des möglichen verderblichen Einflusses von Kapital und Besitz stehen, wie die Kommunisten es von uns verlangen. Man muß aber gerade diesen gleichen Gedanken noch einen Schritt weiterführen.

Staaten und Regierungen sind nicht leblose Organisationen, sie bestehen aus Menschen und regieren über Menschen. Ohne ihre menschliche Komponente wären

Regierungen und Staaten sinnlos und gar nicht denkbar; denn die *Menschen* in der Regierung sind die eigentliche Regierung. Deshalb, wenn Geld und Kapital verstaatlicht werden, kommen sie nicht in die Gewalt von etwas, das mit Menschen nichts zu tun hat. Sie kommen in die Hände von *Menschen*, die mit Hilfe von Geld und Macht regieren. Die Besitzer von Privatkapital verlieren durch Verstaatlichung ihr Kapital und ihren Besitz an Regierungsmenschen, die aber genau so menschlich und deshalb durch Macht und Besitz genau so korrumpierbar sind wie alle anderen *Menschen*. Regierungsmenschen werden durch die Macht des Besitzes und des Kapitals genau so leicht verdorben wie Privatmenschen. Vielleicht sind Regierungsmenschen sogar noch leichter als Privatmenschen korrumpierbar, denn ihnen fehlt oft die harte Disziplin des Geschäftslebens, der Produktion und des Verkaufes. Da müssen also – nach kommunistischem Argument – die Menschen und die Staaten, die über sämtliches Staatskapital einer Nation verfügen, genau so in die Gefahr laufen, durch Macht und Kapital verdorben zu werden wie alle anderen Sterblichen, die auch über Besitz und Kapital verfügen! Die kommunistische Regierung verfügt aber über viel mehr Kapital als viele westliche Großkapitalisten. Deshalb müssen diese Führer, nach kommunistischem Argument, der Gefahr zulaufen, charakterlich viel verdorbener zu sein! Die Erfahrung lehrt uns auch, daß kommunistische Regierungen nicht sonderlich durch Altruismus ausgezeichnet sind – sicher nicht mehr als marktkapitalistische Regierungen oder Privatkapitalisten!

Wir schließen also, daß, was für die Gans gut ist, auch für den Gänserich gut sein muß! Wenn Kapital den Privatmensch verdirbt, wird es genau so oder noch mehr (je nach verfügbarer Menge) den Staatskapitalisten verderben; denn der totalitäre Staat besitzt noch mehr Kapital und Macht! Ergo, wird der totalitäre Staat gefährdet

sein, durch sein Kapital noch verdorbener zu sein als der Kleinkapitalist! Wo der Staat alles besitzt, dort wird der Staatsmensch die Gefahr laufen, total verdorben zu sein! Entspricht diese Feststellung unserer Erfahrung?

Das Prinzip hinter diesen Tatsachen ist natürlich das Prinzip von Lord Acton, der sagte, daß Macht verdirbt und absolute Macht verdirbt absolut. Geld, Kapital, Finanzen und Besitz bringen Macht. Aber auch die Macht von Staatskapital wird genau so schnell und gründlich den Kommunisten verderben, wie die Macht von Privatkapital den Privatkapitalisten verdirbt. Die Geschichte der kommunistischen und marktwirtschaftlichen Staaten bestätigen Lord Actons Feststellung.

Der Staat, der die Freiheit anderer am weitgehendsten beeinträchtigt – finanziell oder auch menschenrechtlich gesehen – wird am meisten Macht besitzen, politisch und finanziell gesehen. *Die Systeme, die ihren führenden Menschen die größte Macht erlauben, werden demnach dazu neigen, am korruptesten zu sein. Watergate hat das doch bestätigt!*

2. Produktion und Effizienz

Wenn man die Produktionsmittel einer Nation aus den Händen des Privatmenschen in die Hände eines Staatsmonopols gibt, schaltet man die sich gegenseitig konkurrierende Privatinitiative aus. Wenn dann der Staat die Ware X von Qualität Y und zum Preis von US-Dollar 1.— verkauft, darf kein zweiter Produzent auf eigene Initiative die Produktion dieser Ware übernehmen. Es könnte sein, daß der Privatproduzent sie in der gleichen Qualität für US-Dollar 0.75 produzieren und verkaufen könnte. Staatskapitalismus erlaubt dieses gesunde Symptom unter keinen Umständen. Der Privatproduzent muß immer auf der Hut sein, daß ihm nicht irgendwie ein Kon-

kurrent seinen Markt erobert, indem er billiger und besser produziert. Der Staat beugt vor und verhindert durch das Staatsmonopol diese sonst immer mögliche Privatinitiative und Konkurrenz.

Das Ergebnis der Ausschaltung von Konkurrenz wird sofort klar. Der Preis- und der Qualitätsregulierungsmechanismus des Konkurrenzkampfes ist zur gleichen Zeit ausgeschaltet worden. Die Folge läßt nicht lange auf sich warten. Die Qualität aller Monopolware sackt ab, und der Preis erhöht sich; denn der Konsument hat keine Wahl mehr und wird gezwungen, gerade das zu kaufen, was es gibt – auch wenn die Qualität miserabel schlecht und der Preis zu hoch ist. Unter einem Monopolsystem fällt die Wahlfähigkeit des Konsumenten wenig ins Gewicht. Meist muß der arme Konsument eine Einheitsware oder eine «Utility»-Ware kaufen (was man früher in England während des Krieges «Futility»-ware nannte) – oder gar nichts. Der Preis wird von der Regierung festgelegt, er ist keinem Regulierungsmechanismus unterworfen. Nicht der Marktplatz bestimmt seine Höhe, sondern die Politik.

Man sieht dieses Verfahren überall sehr deutlich – wenn man nur Augen hat zu sehen. Die Preise, die im Westen ständig zuerst hochschießen, sind die der verstaatlichten Industrien: man denke an das verstaatlichte Postamt in allen Ländern. Früher bezahlte man in der Schweiz 15 Rappen für einen Auslandsbrief, der prompt in ein oder zwei Tagen ausgetragen wurde. Jetzt bezahlt man 80 Rappen für eine relativ minderwertige Leistung.

Vor einiger Zeit erhielt ich eine Postkarte, die 14 Tage gebraucht hatte, um von England in die Schweiz zu kommen. Sie kostete damals 10 p! Einige Briefe sandte ich am 2.6.77 persönlich von Llandudno in N. Wales nach St. Albans in England. Sie wurden am 13.7.77 in St. Albans ausgetragen! Früher, als das englische Telefon privat war, gab es 50 örtliche Telefongespräche im Monat frei. Jetzt

muß man selbst Adressenanfragen bezahlen, und von Gratisgesprächen ist keine Rede mehr. Die verstaatlichte Elektrizität wird ständig teurer. Und die englische Stahlindustrie (verstaatlicht) ist derart teuer geworden, daß sie kaum imstande ist, irgendwelcher Konkurrenz im Ausland standzuhalten. Zuerst verstaatlicht man die Industrie, um Privatgewinn zu vermeiden, dann erhöht sich der Preis der Ware und zuletzt sackt die Qualität ab. Die verstaatlichte Industrie wird eine defizitäre Industrie, die durch Expropriierung des Steuerzahlers in den Besitz der Regierung geriet und die dann vom Staat so mißverwaltet wurde, daß der exproprierte Steuerzahler sie noch dazu für den Staat durch zusätzliche Steuern unterhalten muß!

3. Verstaatlichte Medizin

Dieses Prinzip: Monopol – und darauffolgende Mißwirtschaft – ist ganz allgemein und bezieht sich leider nicht nur auf Industrien und Marktwaren. Die englische Medizin wurde nach dem 2. Weltkrieg auch verstaatlicht – denn es ist laut Labourideologie nicht richtig, daß Ärzte und pharmazeutische Industrien Gewinn aus der Krankheit anderer ziehen! Auch hier geschah genau das gleiche, wie bei der Verstaatlichung anderer Branchen menschlicher Aktivitäten unter dem gleichen Vorwand. Die Preise für medizinische Pflege sind seit der Verstaatlichung derart gestiegen, daß selbst der Staat für sie nicht mehr aufkommen kann! Das laufende verstaatlichte NH-System (National Health) ist derart kostspielig, daß man einige Jahre nach dem 2. Weltkrieg in Großbritannien kaum neue Krankenhäuser bauen konnte. Die Saläre der Ärzte in Großbritannien liegen zur gleichen Zeit viel tiefer als sonst irgendwo in Westeuropa oder Nord-Amerika, so daß fähige britische Ärzte massenhaft auswandern – wenn sie es noch können. Noch dazu ist die Qualität der

Pflege und der Diagnostik in Großbritannien derart gesunken, daß große Krankenhäuser, wie The Radcliffe Infirmary in Oxford, jetzt als bekannte Todesfallen berüchtigt sind.

Mein eigener Bruder, der jünger und stärker war als ich, ließ sich vor einigen Jahren in der Radcliffe Infirmary, Oxford, die Gallenblase operieren. Die Operation war nicht dringend nötig und gar nicht kompliziert. Nach der Operation klagte er über eine schmerzhafteste Schwellung in der linken Wade – das sichere Symptom einer beginnenden Thrombose. Dann kam Dyspnoea (Beschwerden beim Atmen) – das Symptom, daß eine Lungenembolie unterwegs ist. Nach der Operation besuchte ihn kein Arzt, nicht einmal eine ausgebildete Krankenschwester. Mit seiner Plasmaflasche (die Nadel fiel mehrere Male aus der Vene heraus und wurde einfach von einer Schwesternhilfe wieder hineingestopft), stolperte er in diesem sterbenden Zustand zur Toilette, wo er kollabierte und starb.

Direkt danach besuchte ich persönlich das Krankenhaus und untersuchte den Fall – er war doch mein einziger Bruder, der mit mir aufs Internat ging – und konfrontierte den verantwortlichen Chirurgen, der sich zuerst weigerte, mich überhaupt zu empfangen. Nachdem ich seinem Assistenten klar gemacht hatte, daß es nicht mehr möglich sei, den Verwandten weiterhin Sand in die Augen zu streuen, sagte der Assistent, mein Bruder sei an einer Lungenentzündung gestorben! Der Chirurg selbst sagte, es handle sich um einen «Eingriff Gottes» (Act of God). Die *postmortem*-Untersuchung (Obduktion) bestätigte eine massive Thrombose in der Wade und eine Lungenembolie. Ist es fair, Gott die Schuld in die Schuhe zu schieben, um die eigene Fahrlässigkeit zuzudecken? Wie ich hörte, wiederholten sich in den darauffolgenden Wochen mehrere Todesfälle unter ähnlichen Umständen. Niemand tat etwas. Man kann den Staat schlecht anfas-

sen. Aber eins ist ganz sicher: Die Steuern in England waren bis zu 87% der höheren Einkommensstufen gestiegen, um all die Kosten der verstaatlichten Industrie, der Kreditzinsen und der Medizin zu tragen! Zur gleichen Zeit ist die Qualität der staatlich gelieferten Ware unvorstellbar abgesackt. Wir konstatieren das gleiche Symptom nach jeglicher Ausschaltung von Konkurrenz auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit - Preiserhöhung und Qualitätssenkung.

In den staatskapitalistischen Ländern konstatiert man den gleichen Trend. Der Stand der Medizin ist allgemein tiefer als im Westen. Effizienz in der Forschung, besonders in der pharmazeutischen Industrie, läßt sehr zu wünschen übrig. Im Osten hat man keine einzige allgemein nützliche, prinzipiell neue Droge oder wirklich neue therapeutische Substanz in den vergangenen 50 Jahren entwickelt. Penicillin, die Sulfanomide, Insulin, Krebstherapie und Hormone wurden alle im Westen entdeckt. Alle Fortschritte auf diesem Gebiet geschahen im streng konkurrierenden marktwirtschaftlichen System, meist in den Vereinigten Staaten, wo das marktwirtschaftliche System am stärksten entwickelt ist. Private, marktwirtschaftliche Initiative stand fast immer hinter jeglichem Fortschritt auf diesen Gebieten. Auch Ware für Inlandkonsum ist in den kommunistischen Ländern einheitlich ziemlich minderwertig - man denke an das Wartburgauto oder an den Trabant! Der Staat hat nie eine neue Droge oder einen Helikopter, Mähdrescher, Hovercraft oder Flymo entdeckt. Wenn aber die private Erfindung einmal da ist, entwickelt sie der Staat gern und versucht, Gewinn daraus zu schlagen.

Stellt der Oststaat fest, daß er seine Ware nur zu Hause, nicht aber im westlichen Ausland los wird - weil sie den internationalen Konkurrenzkampf nicht besteht, - setzt sich sofort - ohne daß der Oststaat es will - der Regulierungsmechanismus der Konkurrenz selbst wieder in

Gang. Die DDR fing z.B. an, Kameras für den Export zu bauen. Für dieses Geschäft baute man die Praktikakamera, die mit einem Auge auf die Fortschritte des Konkurrenzkampfes im Westen konzipiert wurde. Nur so konnte der Oststaat exportieren. Der Konkurrenzkampf mit der Industrie des westlichen Auslandes brachte den Preis der Ostware herunter und erhöhte die Qualität. Wenn aber besser konkurrierende Ware im Ausland nicht existiert hätte, wäre im östlichen Staatsmonopolsystem die gute Kamera zu einem vernünftigen Preis wohl nie entstanden; denn im kommunistischen Staat selber fehlt der Regulierungsmechanismus für Preis und Qualität – die freie Konkurrenz!

Andere Industrieprodukte haben sich im Osten auf ähnliche Weise verbessert, aber nur angesichts des Konkurrenzkampfes, der außerhalb des Bereiches des Staatskapitalismus vorherrscht. Wir denken hier an Rüstungsartikel, Panzer, Atombomben, etc., die der Oststaat angesichts der Militärkonkurrenz im Westen mit westlicher Hilfe entwickeln mußte. Ohne diesen Kampf im Westen wären viele Produkte des östlichen Staatsmonopols Witzgegenstände geblieben.

4. Preiswerte Ware

Alle diese Trends im Osten und Westen sind natürlich letzten Endes vom menschlichen Willen und nur sekundär vom Wirtschaftssystem an sich abhängig. Ein Staatsmonopolsystem kann natürlich den menschlichen Willen und seine Initiative brechen, was schlimme Folgen fürs System nach sich zieht. Nehmen wir einen konkreten Fall – die Fernsehgeräte im Osten. Normalerweise würde man erwarten, daß sie schlecht und teuer wären – wie das Trabantauto drüben. In Wirklichkeit sind sie aber billig und qualitativ nicht schlecht. Der Grund ist einfach. Der

Staat muß dafür sorgen, daß das Volk von seiner Propaganda gesättigt wird. Fernsehen ist das geeignetste Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Da kopiert der Osttechniker die ganzen Entwicklungen des westlichen Marktwirtschafts-systems und wendet sie dort (oft ohne die Patentlizenzen zu bezahlen) an. Der Oststaat stiehlt also die Frucht des Konkurrenzkampfes im Westen, um sie dort im Osten billig anzuwenden. Selbständig und freiwillig hätte das östliche Monopolsystem solche Entwicklungen kaum so schnell hervorgebracht. Das gleiche Prinzip wird für andere Produkte - Waffen, Autos, Stahlprodukte - angewendet.

Man muß aber noch einen weiteren Aspekt der östlichen Monopolwirtschaft überprüfen. Die Fernsehgeräte drüben werden zu einem Schleuderpreis verkauft, damit das Volk von Propaganda gesättigt wird. Der Staat verdient direkt und finanziell absolut nichts an diesen Geschäften. Die Fabriken, die solche Apparate herstellen und verkaufen, sind defizitär. Wer bekommt billige Fernsehgeräte? Das Volk. Wer bezahlt aber die Fabrikationsdefizite? Auch das Volk und zwar durch hohe Steuern, auch im Osten. Letzten Endes muß also der Steuerzahler für die Ineffizienz des Staatsmonopols doch noch aufkommen.

Wir erwähnen noch einmal die Lage in England, weil sie die Folgen von Verstaatlichung am deutlichsten illustriert. Aus ideologischen Gründen verstaatlichte man die lukrativsten Industrien dort - Post, Telefon, Stahl, Transportindustrie etc. Die Labourpartei wollte auch noch die pharmazeutische Industrie verstaatlichen, damit der Staat in den Genuß des hohen Gewinns auch dieser Branche käme, und weil es ideologisch falsch sein soll, wenn Privatmenschen von der Heilkunst finanziell profitieren. Aber die Erfahrung lehrt, daß nach jeder Verstaatlichung der Gewinn einer Industrie sich prompt in einen Verlust verwandelt. Wer trägt nun diese defizitär gewor-

denen englischen Industrien? Wiederum muß der Steuerzahler sie in erster Linie für die Regierung durch seine hohen Steuern und seine Anleihen tragen. Zuerst wurden die verstaatlichten Industrien auf Kosten des Steuerzahlers Staatseigentum, dann muß der Steuerzahler noch höhere Steuern bezahlen, um die Subventionen zu finanzieren, damit die verstaatlichten Industrien vor dem Bankrott gerettet werden.

Es ist wirklich an der Zeit, daß der Steuerzahler begreift, warum er expropriative Steuern bezahlen muß. Dieser Art Wirtschaft muß ein Ende gesetzt werden, wenn der westliche Wohlstand, der durch die Marktwirtschaft und nicht durch die Anstrengungen des Staates zustandekam, weiterhin bestehen soll.

5. Planwirtschaft und Marktwirtschaft

Es ist wichtig zu erkennen, daß ein Verständnis der Prinzipien der Wirtschaftswissenschaften keine hohen mathematischen oder statistischen Vorkenntnisse erfordert. Ein Verständnis der Prinzipien der Wirtschaft erfordert vor allem ein gründliches Verständnis der Verhaltensweisen des Menschen – wie Menschen unter verschiedenen Bedingungen reagieren. Wenn man das weiß, weiß man zur gleichen Zeit, wie die Wirtschaft unter gegebenen Umständen ungefähr reagieren wird. Die Grundlinien dieses Verständnisses der Wirtschaft lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der normale, gesunde Mensch weiß, was er will, was er vorzieht und was er ablehnt.

2. Der normale Mensch wählt, was er konsumiert und zwar nach dem Prinzip der Erlangung der maximalen, persönlichen Genugtuung gegen die minimale persönliche Anstrengung, d.h. gegen den tiefsten Preis für die beste Qualität.

3. Der normale Mensch trifft seine Konsumwahl mit der maximalen Genugtuung für die minimale Anstrengung im Auge. Diese Regel stellt die Basis eines Qualitäts- und Preisregulierungsmechanismus dar, der automatisch für maximale Effizienz und minimalen Preis bei der Herstellung und beim Vertrieb der Ware sorgt.

4. Der normale Konsument wird deshalb benachteiligt, wenn Monopole oder Staatswirtschaft (Staatskapitalismus) Privatinitiative, private Wahl und den marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf ausschließen; denn damit zerstört man den Effizienzregulierungsmechanismus des Arbeits- und Konsumwarenmarktes.

5. Insoweit, wie die Marktwirtschaft des Westens durch Staatsmonopole oder durch internationale Monopole ersetzt wird, zerstört man den Effizienzmechanismus des Konkurrenzkampfes. So müssen Qualität sinken und Preise sich erhöhen, was den Wohlstand des Westens zwangsläufig senken wird; denn der Wohlstand des Westens wurde auf der Basis dieses Konkurrenzkampfeffizienz-Mechanismus aufgebaut.

6. Die Planwirtschaftslehre, die einen Grundinstinkt des Menschen (= maximale Genugtuung gegen minimale Anstrengung) nicht berücksichtigt, muß scheitern, denn menschliche Wirtschaft ist bloß ein Ausdruck menschlichen Wesens. Die Freiheit der Wahl der besten Qualität gegen minimale Preise stellt einen Grundinstinkt des Menschen dar, den er, wenn er frei ist, ausüben wird. Nur wenn der Mensch seine Handlungsfreiheit zu wählen verliert, muß der Mensch diesen Instinkt unterdrücken, was Unzufriedenheit und Frustration hervorruft. Um ein erfolgreiches Wirtschaftssystem entwickeln zu können, muß man zuerst das psychologische Wesen des Menschen – hauptsächlich seine instinktive Wahlfähigkeit – berücksichtigen. Wirtschaftssysteme, die dem Menschen in diesem Wahlinstinkt nicht entsprechen, müssen Hirngespinnste sein, genau so wie politische Systeme, die ihm in sei-

nem Bedürfnis nach persönlicher Freiheit nicht entsprechen, auch Hirngespinnste sind.

Die allererste Eigenschaft des Menschen, der entsprochen werden muß, wenn ein politisches oder ein wirtschaftliches System gedeihen soll, ist sein Bedürfnis nach Entscheidungsfreiheit, politisch, wirtschaftlich und auch privat gesehen. Er muß auf all diesen Gebieten seine freie Wahl treffen können, sonst verkümmert er. Deshalb sterben Menschen lieber, als ihre Freiheit zu verlieren – die besten Menschen sind bereit, lieber zu sterben, als Marionetten oder Sklaven eines diktatorischen Staates oder Menschen zu werden. Dieses Verlangen nach Freiheit ist ein sehr starker Instinkt im Menschen. Wenn er ihn nicht ausüben kann, indem er kauft, konsumiert oder sonst etwas tut, was ihm am meisten Genugtuung bereitet, indem er Initiative ergreift, indem er Ideologien vertritt oder ablehnt – für alle diese Dinge muß der Mensch Freiheit haben, sonst verkümmert er. Politik oder Wirtschaft, die diese Freiheit nicht gewähren, sind Karrikaturen des Optimalen. Sie degradieren den freien Menschen zu einem Untermenschen. Der Mensch ist ein potentieller König, der zum Teufel oder zum Untermenschen werden kann, wenn ihm die Freiheit seines königlichen Grundwesens genommen wird. Leider ist er ein gefallener König. Eine Wirtschaft, die aus den Menschen Untermenschen macht, wird nie maximal gedeihen können. Nur eine freie Wirtschaft, die von freien Menschen verwaltet wird, kann wirklich maximal florieren.

6. Die richtige Funktion des Staates

Nach all dem Negativen, das im Vorhergehenden über den Staatskapitalismus geschrieben wurde, darf man sich wohl fragen, was die eigentliche Funktion des Staates wäre. Die alten Philosophen und auch die Bibel haben diese

Frage sehr klar beantwortet mit der Feststellung, daß der Staat in erster Linie dazu da ist, um die Freiheit des Marktplatzes, und deshalb des Menschen, zu schützen und zu garantieren. Dazu bekam der Staat auch das Schwert in die Hand gedrückt (Röm. 13, 4). Der Staat ist da, um, wenn nötig mit Waffengewalt dafür zu sorgen, daß die Bösen bestraft werden und die Guten gelobt und belohnt. Der Staat besitzt aber keine Befugnisse von der Bibel her, die Geschäfte oder den Handel eines Landes zu übernehmen, noch den Geschäftsleuten zu zeigen, wie sie ihre Geschäfte zu führen haben. Geschäftsregeln darf der Staat aufstellen, damit eine hohe Ethik im Geschäftsleben herrscht. Aber der Staat ist kein Geschäftsmann. Wenn er es sein will, ist er ein Ursupator.

Alexander Solschenizyn wurde, kurz vor seiner endgültigen Ausweisung aus Sowjetrußland, vorgeladen, um Rechenschaft über seine Tätigkeit abzugeben. Er weigerte sich, mit den von der Regierung gesandten Polizisten zu gehen. Man schickte noch einmal von der Behörde zu ihm, um ihn zu holen. Er weigerte sich noch einmal. Zum dritten Mal schickte man eine ganze Truppe, um ihn mit Gewalt zu holen, so daß er dieses Mal gezwungen wurde, mitzugehen.

Als er nun vor dem Richter stand, fragte ihn dieser, ob er die Berechtigung der Behörde anerkenne, ihn vor Gericht zu stellen? Ohne zu zögern, antwortete Solschenizyn, daß in seinen Augen die dortige Sowjetbehörde über gar keine Berechtigung verfüge, ihn zu richten. Der Richter fragte, ob er denn den Sowjets das Recht abspreche, das Regiment in Händen zu haben. Woraufhin Solschenizyn dieses Recht der sowjetischen Behörde definitiv und klar absprach. Man fragte ihn nach seinen Gründen. Prompt kam Solschenizyns Antwort: die Behörde und der Staat seien ausschließlich dazu da, die Guten zu belohnen und zu loben und die Bösen zu bestrafen. Die Sowjets lobten und belohnten die Bösen und steckten die

Guten hinter Schloß und Riegel. Deshalb hätte eine solche Regierung überhaupt kein Recht mehr, das Regierensamt zu praktizieren. Daraufhin schob man Solschenizyn per Flugzeug nach Frankfurt ab und entzog ihm sein Bürgerrecht. Er hatte genau ins Schwarze getroffen!

Der Staat darf angemessene Steuern erheben, das ist klar. Aber der Staat ist nicht dazu da, friedliche Bürger zu enteignen und ihnen ihren Besitz zu nehmen. Der Staat ist da, um die Bürger und ihren berechtigten Handel und den Marktplatz neutral zu halten und mit Rechtsprinzipien zu schützen. Aber er ist nicht dazu da, um ihnen ihren legalen Handel auf dem Marktplatz unmöglich zu machen oder diesen Handel an sich zu reißen. Der Staat ist auch nicht dazu da, um verschiedenartige Ideologien zu vertreten oder sie mit Waffengewalt anderen zu oktroyieren, sondern lediglich um alle Bürger zu schützen, so daß sie ihre friedlichen Ideologien selbst propagieren und vertreten können, indem sie ihren eigenen Geschäften nachgehen. Die Idee, daß der Staat sich zum «Big Brother» oder zum Geschäftsmann entwickeln soll, ist das Resultat seiner ständig steigenden staatlichen Machtgier und der Mutlosigkeit seiner Bürger, ihre eigenen Geschäfte selbst zu leiten. Wenn geschäftliche Schwierigkeiten entstehen, rufen gewisse Bürger ständig den Staat um Hilfe an. Die «Hilfe», die sie bekommen, ist zu oft die eines Staatsmonopols, wobei die Bürger ihre eigene Freiheit verlieren.

Je mehr Macht ein Mensch oder eine Regierung übernimmt, desto mehr Hunger nach Macht werden beide entwickeln. Deshalb muß der Bürger ständig auf der Hut sein, daß Großfirmen, Politiker, reiche Geschäftsleute und Staaten nie zu viel Macht in die Hände bekommen. Die amerikanischen Staatsgründer waren in dieser Hinsicht sehr weise. Sie sorgten immer dafür, daß die Macht des Präsidenten immer durch die Macht des Kongresses in Schach gehalten wurde. Jedes Amt wurde durch ein zwei-

tes konkurrierendes Amt im Gleichgewicht gehalten; denn Macht verdirbt und absolute Macht verdirbt absolut. Deshalb muß man jegliche Überkonzentration von Macht durch Gegenmacht, d.h. durch Konkurrenz neutralisieren.

Wohlstand in der Sowjetunion und Inflation im Westen

1. Allgemeiner Wohlstand in der Sowjetunion

Sicher werden einige Leser mit unserem Postulat, daß Staatskapitalismus intrinsisch ineffizient sein muß, nicht einverstanden sein. Sie werden nicht glauben wollen, daß der Staatskapitalismus automatisch arm macht und den Wohlstand senkt. Es gibt doch auch im Bereich des marktwirtschaftlichen Systems große Gebiete, die wenig vom Wohlstand wissen. Man denke an die Neger und an die Indianer Nord-Amerikas.

Das Problem der Quellen des Wohlstandes im Osten und im Westen ist gar kein einfaches Problem, denn das psychische Verhalten des Menschen spielt auf diesem Gebiet eine nicht geringe Rolle. Daß es gewisse Kreise auch in der Sowjetunion gibt, die einen sehr hohen Lebensstandard genießen, steht doch völlig außer Zweifel. Schauen wir uns die neuen Zillaautos, mit denen damals Breschnew fuhr, an. Sein Modell kostete ungefähr 75000 US-Dollar und ist in jeder Hinsicht modern. Man sagt auch, daß Breschnew Veteranenautos sammelte – was sicher einen gewissen persönlichen Wohlstand erfordert, denn gerade dieses Hobby beansprucht großes Privatkapital – oder Kapital irgendwelcher Art. Die politischen Führer dort und die hohen Parteifunktionäre sehen auch nicht direkt unterernährt oder schlecht gekleidet aus! Sie halten sich in den Prunkhotels am Schwarzen Meer auf, was sicher einen ziemlich hohen Wohlstand verlangt. Es wäre also bestimmt unsachlich, behaupten zu wollen, daß

es in der Sowjetunion und anderen staatskapitalistischen Systemen allgemein nur einen tiefen Wohlstand gäbe. Es gibt dort, rein materiell gesehen, einen Wohlstand in bestimmten, genau abgegrenzten, kleinen Elitekreisen, und zwar einen Wohlstand hohen Grades.

Dafür existieren natürlich weite Kreise im dortigen Volk, die bettelarm sind, besonders wenn es sich um Dissidenten handelt. Weitere Millionen müssen Zwangsarbeit in Sibirien und Archipel Gulag leisten. Die Mehrzahl des Volkes in kommunistischen Ländern hat bestimmt einen weit tieferen materiellen Wohlstand als entsprechende Kreise in marktwirtschaftlichen Systemen. Dies dürfen wir wohl behaupten, obwohl wir wissen, daß Neger- und Indianerkreise in Amerika und in anderen Ländern auch keinen hohen Wohlstand genießen. Aber im allgemeinen darf man sicher festhalten, daß der Wohlstand in marktwirtschaftlichen Ländern breiter und auch höher ist als in staatskapitalistischen Gebieten. Das Spektrum eines hohen Wohlstandes ist in der Sowjetunion bezüglich Verbreitung sehr schmal.

Wie kommt es nun, daß der allgemein tiefere Wohlstand mit Staatskapitalismus und auch mit Monopolwirtschaft gekoppelt ist? Folgende Beispiele werden dieses spezifische Problem erläutern.

2. Einige Beispiele von Monopolen

Könnte das staatskapitalistische System allein ohne Hilfe von außen selbst den sehr schmalen Wohlstand in sowjetischen Funktionärkreisen erzeugen? Es ist unsere These, daß das monopolistische staatskapitalistische System nicht imstande ist, allgemeinen Wohlstand im Volk zu erzeugen. Es ist aber auch noch fragwürdig, ob es ohne Hilfe von außen imstand wäre, selbst den beschränkten Wohlstand der kleinen Kreise der Machthaber in der Sowjetunion zu erzeugen.

Daß obige These bezüglich der Ineffizienz aller monopolistischen Systeme nicht ganz abwegig ist, sieht man am klarsten dort, wo beide Systeme – Monopol- und Konkurrenzsysteme – im Westen nebeneinander existieren. Wir nennen einige praktische Beispiele, um konkret zu werden.

Wenn ich mein Haus z.B. vom Staate her für Steuerzwecke neu einschätzen lasse, kann das ganze Verfahren viele Monate dauern. Nachdem meine Liegenschaft von den Schätzern untersucht worden ist, trat neun Monate lang tiefes Schweigen ein. Ich mußte ständig dem Amt telefonieren, um zu fragen, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. Selten bekam ich eine aufklärende Antwort. Wenn nun die behördlichen, monopolistischen Büros so geführt wären wie z.B. die Büros der Privatversicherungsgesellschaften, hätte ich die Antwort in einigen Stunden erhalten. Vor einigen Tagen mußte ich eine Umänderung meiner privaten Glasversicherung anmelden. Ich telefonierte am Morgen der Gesellschaft. Ohne irgendwelche Schwierigkeiten war der Vertreter der Privatgesellschaft am gleichen Tag in meinem Haus, hat alles an Ort und Stelle erledigt, so daß ich überhaupt keine Mühe und keinen Zeitverlust hinnehmen mußte. Nun, sicher war die Umänderung der Police nicht viel weniger kompliziert als eine Neueinschätzung eines kleinen Grundstückes. Der einzige Unterschied liegt natürlich in der Tatsache, daß die privaten Versicherungsgesellschaften mit anderen Versicherungsgesellschaften konkurrieren müssen. Da entwickeln sie schnell Effizienz ... angesichts der Konkurrenz! Der Staat dagegen kennt keine Konkurrenz und hat es deshalb auch nicht nötig, schnell oder effizient zu arbeiten. Die Steuern werden ganz einfach erhöht, wenn nicht genug Geld vorliegt. Der Staatsapparat wird einfach vergrößert, ob das Geld dafür vorhanden ist oder nicht. Trotzdem arbeitet er anscheinend immer langsamer, ganz gleich, wie groß der Staatsapparat ist. Beide Systeme exi-

stieren nebeneinander im gleichen Land. Beide Systeme werden von ähnlichen Menschen geführt. Das eine System ist ineffizient, das andere effizient.

Vor einigen Jahren erlebten wir einen schlimmen Hagelsturm, so daß sehr viel Glas und Gartenanlagen beschädigt wurden. Die Behörde verwaltet Versicherungen dieser Art und nicht irgendeine Privatversicherungsgesellschaft. Die Formalitäten für die Versicherung der Schäden in unserer Gegend dauerte nach sechs Monaten noch immer an. Nun sicher, Hagelstürme sind Ausnahmen und verursachen viel Schaden. Wäre es aber unverantwortlich zu behaupten, daß eine Privatversicherungsgesellschaft mit den Formalitäten etwas schneller fertig geworden wäre? Die Konkurrenz hätte sie gerade dazu gezwungen. Aber Staatsmonopole erzeugen eine direkte Drift zur Ineffizienz, wie wir schon gesehen haben. Und die Bahn zu dieser Drift wird durch die Ausschaltung aller Konkurrenz und durch Zentralisierung geebnet.

Dieser Unterschied zwischen Monopol- und Konkurrenzwirtschaft begleitet uns durch unser ganzes Leben hindurch. Will ich eine finanzielle Auskunft von meiner Privatbank haben, ist sie postwendend auf meinem Schreibtisch. Will ich von der Behörde eine ähnliche finanzielle Auskunft – wollen wir sagen, über meine Steuerlage –, da weiß ich nie, wann ich sie bekomme.

Die Labourpartei in England wollte die Privatschulen im Land unbedingt und gesetzlich abschaffen, was wiederum einen monopolistischen, diktatorischen Zug zeigt. Die Angelegenheit kam vor das Parlament. Der Labourminister plädierte für ein einheitliches, staatlich kontrolliertes System (comprehensive schools). Als er fertig war, stand ein Glied der Opposition auf, das Geistesgegenwart besaß und fragte den Minister, wo denn des Ministers Kinder zur Schule gingen? Seine Kinder besuchten nämlich alle, ohne Ausnahme, Privatschulen! Das geplante Schulgesetz ließ man sofort fallen. Die Privatschulen

müssen konkurrieren, um zu bestehen. Deshalb sind sie auch viel effizienter als Monopolschulen.

Tatsachen sprechen etwas lauter als Worte, auch in bezug auf Schulen und Schulwesen. Die englischen Privatschulen sind bezüglich der Naturwissenschaften den kontinentalen Schulen gut zwei Jahre voraus. Meine Kinder haben englische, amerikanische und kontinentale Schulen (staatliche und private Schulen) besucht und auch in englischen (privat) und kontinentalen (staatlich) Universitäten studiert, so daß unsere Familie die Unterschiede zwischen den monopolistischen und freien Systemen von innen kennt. Während des ersten Jahres des Medizin-, Zahnmedizin- und Veterinärmedizinstudiums studieren auf dem europäischen Kontinent die Studenten ungefähr den gleichen naturwissenschaftlichen Stoff, den die englischen Schüler ein bis zwei Jahre vor dem Abitur in der Schule (privates Internat) durchnahmen.

England, muß man bedenken, hat ein sehr schlechtes Staatsschulwesen. Die Comprehensive Schools, die die Deutschen vor einiger Zeit ablehnten, sind in England erbärmlich. Doch gibt es in England scharfe Konkurrenz gegen das Staatsschulwesen, die ganz sicher einen weiteren Verfall des Monopolsystems verhindert hat; denn im allgemeinen sind die Privatschulen Englands (Public Schools) und Amerikas bedeutend effizienter als alle anderen Schulsysteme. Obwohl die angelsächsischen Staatsschulen «frei» sind, gehen die besseren Schüler vielfach zur Privatschule. Auch in Mathematik sind die englischen Schulen weit voraus, verglichen mit den europäisch kontinentalen Staatsschulen. Wie man es in einer multisprachigen (polyglotten) Umwelt erwarten würde, sind die Sprachwissenschaften auf dem europäischen Kontinent weiterentwickelt als in England, wo englisch (neben Welsh in Wales und Gaelic in Schottland) die einzige nationale Sprache ist. Ähnliche Verhältnisse sind in den Vereinigten Staaten zu konstatieren, wo es auch viele private Schulen neben den Staatsschulen gibt.

Diese Prinzipien der Konkurrenz im Schulwesen wollen wir nun bei der Analyse der Quellen des beschränkten Wohlstandes in der kommunistischen Welt anwenden.

3. Industriequellen für das Militär und den Wohlstand in der Sowjetunion – trotz Monopolgesinnung

In der Sowjetunion gibt es einen beschränkten Wohlstand trotz der Monopolgesinnung. Warum?

In einem vor einiger Zeit erschienenen Buch unter dem Titel «National Suicide – Military Aid to the Sowjet Union»¹ (Nationaler Selbstmord – militärische Hilfe für die Sowjetunion) hat Anthony C. Sutton gezeigt, daß die Sowjetunion ursprünglich mit Hilfe des Westens, vor allen Dingen mit amerikanischer Hilfe, etabliert wurde. Die USA finanzierte die Rückkehr nach Rußland und auch die dortige Etablierung der Revolutionäre von 1917. Amerikanische Hilfe hat dann die junge Revolution Schritt für Schritt unterstützt und entwickelt, bis Amerika heute einen erstklassigen, bewaffneten Feind selbst zustandegebracht, finanziert und organisiert hat. Diese Feindschaft mit der Sowjetunion kostete 1977 den amerikanischen Steuerzahler ca. 80 Milliarden US-Dollar in Rüstung², (1983 ca. doppelt so hoch) was natürlich für die Rüstungslieferanten ein ausgezeichnetes Geschäft darstellt, das vom amerikanischen Steuerzahler ohne Widerrede jährlich beglichen werden muß; denn die Waffenfabriken Rußlands und Amerikas wurden von den gleichen Finanzmagnaten gesteuert.

In seinem obengenannten Buch «National Suicide» geht Sutton planmäßig vor. Er nimmt als seine Informationsquellen meist die Regierungsdokumente, die in Regierungsbibliotheken heute noch zu haben sind – soweit sie nicht «klassifiziert» (als geheim erklärt) sind.

Zunächst analysiert Sutton das totalitäre Wesen des So-

wjetsystems und zeigt, daß ca. 35 Millionen Russen zwischen 1917 und 1972 in den russischen Gefängnissen und Konzentrationslagern ihr Leben lassen mußten. Das totalitäre System frißt das eigene Volk. Vor der Machtübernahme seitens Lenin entwickelte Rußland mit die besten Flugzeuge der Welt, wie wir gleich sehen werden. Aber seit der Übernahme sind aus Rußland kaum neue Entwicklungen irgendwelcher Art hervorgegangen. Dies ist erstaunlich, denn an und für sich ist das russische Volk intelligent, voller Initiative und erfinderisch. Schon im Jahre 1913 entwickelte Igor Sikorsky die 5 Tonnen schwere Russki-Vityazyi Maschine, die für 7 Passagiere gebaut war, und die den damaligen Flugdauerrekord für Flugzeuge gewann. Das Flugzeug blieb eine Stunde und 54 Minuten in der Luft. Bis 1917 hatten die Russen 75 IM (ILYA Mourometz) 4-motorige Bomber gebaut, und zwar nach dem 1913er Modell und sie im Einsatz gehabt. So waren die Russen bezüglich 4-motoriger Bomber den Amerikanern damals voraus.

Seit 1917 hat sich aber die einheimische russische Technologie kaum mehr entwickelt. Sie ist zu einem sehr großen Teil vom Westen her geborgt worden. Die große Autofabrik bei Gorki wurde z.B. von Henry Ford gebaut. Jetzt baut Fiat große Autofabriken in der Sowjetunion. Wie jeder Techniker weiß, braucht der moderne Staat gerade Autofabriken, um seine Panzer, Jeeps und Truppen-transporter zu bauen. So hat der Westen der Sowjetunion mit dem Bau von Autofabriken ein großes, erstklassiges Kriegspotential geliefert. Die Produkte aus den Gorkiwerken von Henry Ford kämpften gegen die amerikanischen G.I.'s in Südvietnam. Die Versklavung des russischen Geistes durch das marxistische Monopolwesen hat auch den russischen Erfindergeist erwürgt.

Die gleichen Überlegungen gelten für die Elektroindustrie Rußlands. Die meisten Elektrofabriken in Rußland stammen direkt aus den USA oder aus der BRD. Es gibt

aber viele sonst gut unterrichtete Menschen, die diese Tatsachen nicht akzeptieren wollen (daß die heutige russische Industrie aus dem Westen stammt), so daß wir gezwungen werden, einige konkrete Details anzugeben. Es ist nämlich sehr wichtig zu erkennen, daß die totalitären Systeme den Geist – auch den erfinderischen, technologischen Geist, der für den modernen Krieg nötig ist – erstickt. Auch Erfindungen auf dem Gebiet der Kriegstechnologie erfordern nämlich einen freien menschlichen Erfindergeist – eine Tatsache, die bisher viele übersahen.

Schon allein aus diesem Grund allein müssen totalitäre Systeme ihre Technologie von freien Völkern irgendwie stehlen oder kaufen. Es ist aber traurig, daß freie Menschen aus Geschäftsgründen bereit sind, ihre Produkte und Erfindungen den totalitären Systemen zu verkaufen, damit letztere ihr eigenes Volk und andere freie Völker versklaven können. Auch Hitler mußte viel Technologie von freien Völkern her kaufen – so z.B. für den ganzen 2. Weltkrieg Vorräte von US-Tetraäthylblei für seine Kampfflugzeugmotoren.³ Sutton zitiert eine Reihe anderer technologischer Entwicklungen, die für den Krieg notwendig sind, die aber totalitäre Systeme meist von freien Völkern kaufen müssen, weil totalitäre Systeme technologiefeindlich (lies «Geist-feindlich») sind und Privatinitiative töten. Eine kleine Untersuchung der Weltpatentliteratur wird diese Tatsache unter Beweis stellen.

a) Stalin

Selbst Joseph Stalin gab obige Tatsachen öffentlich zu. Als er am Ende des zweiten Weltkrieges mit W. Averell Harriman, dem damaligen amerikanischen Botschafter in Moskau, sprach, bestätigte Stalin, daß die USA zwei Drittel aller großen industriellen Unternehmungen in der Sowjetunion gebaut hätten. Diese Tatsache geht aus einem Bericht hervor, den Harriman dem State Department zusandte, und lautete wörtlich übersetzt wie folgt:

«Stalin äußerte sich den Vereinigten Staaten gegenüber für alle technologische Hilfe vor und während des Krieges dankbar. Stalin sagte, daß ungefähr zwei Drittel aller großen industriellen Unternehmungen in der Sowjetunion mit amerikanischer Hilfe oder amerikanischer technologischer Hilfe zustande gekommen wären.»⁴

Sutton bemerkt dazu, daß Stalin innerhalb der Grenzen der Wahrheit geblieben wäre, hätte er hinzugefügt, daß das restliche Drittel der industriellen Unternehmungen deutschen, französischen, italienischen oder britischen Unternehmungen zu verdanken seien. Stalin hätte noch dazu feststellen können, daß auch die russischen Panzer-, Flugzeug-, Sprengstoff- und Munitionsfabriken in den USA ihren Ursprung fanden.

Das oben zitierte Gespräch zwischen Botschafter Hariman und Stalin fand im Juni 1944 statt. Seit dieser Zeit dauert die massive technologische Hilfe Amerikas und Westeuropas in der Sowjetunion unvermindert an – bis Reagan vergeblich versuchte, sie 1982–83 zu stoppen.

b) Eisen und Stahl in der Sowjetunion

Die Sowjets besitzen die größten Eisen- und Stahlwerke der ganzen Welt. Wer hat sie wohl gebaut? Sie wurden von der McKee Corporation, USA gebaut, und zwar nach den Plänen der Stahlfabrik in Gary, Indiana, USA.

Die Sowjets besitzen die größte Stahlrohrfabrik Europas, die eine Million Tonnen Stahlrohr im Jahr fabrizieren kann. Die Fabrik wurde mit Spezialapparatur und Geräten von Fretz-Moon, Salem, Aetna, Standard und Mannesmann ausgerüstet. Alle sowjetische Rohrtechnologie stammt aus den Vereinigten Staaten oder Westeuropa. Ohne diese Rohrtechnologie kann man natürlich überhaupt keine Raumfahrttechnologie entwickeln oder praktizieren.

c) Die sowjetische Handels- und Kriegsmarine

Die Sowjets besitzen die größte Handelsmarine der Welt –

ca. 6000 Schiffe, deren Spezifikation im Westen genauestens bekannt ist. *Zwei Drittel dieser Schiffe* wurden außerhalb der Sowjetunion gebaut. *Vier Fünftel aller Motoren dieser Schiffe* wurden außerhalb der Sowjetunion gebaut.

Antony C. Sutton⁵ bestätigt, daß keine Schiffsmotoren existieren, die in der Sowjetunion entworfen, entwickelt und gebaut wurden. Die wenigen Schiffsmotoren, die in der Sowjetunion gebaut werden, werden unter Lizenz von ausländischen Firmen gebaut. Die Bryanskfabrik in Rußland stellt die größten Schiffsmotoren her und arbeitet unter Lizenz von der Firma Burmeister und Wain, Kopenhagen, Dänemark. Die sowjetischen Schiffe der Poltavaklasse brachten die sowjetischen Raketen vor einigen Jahren während der Raketenkrise nach Kuba. Ihre Motoren stammten aus der Bryanskmotorenfabrik und auch direkt aus Kopenhagen von Burmeister und Wain.

Von den etwa hundert Schiffen, die Haiphong (Hanoi), Nordvietnam, mit Waffen und Munition gegen die Amerikaner in Südvietnam (Saigon) belieferten, konnten 84 von Sutton identifiziert werden. Kein Motor dieser identifizierten 84 Schiffe, die die Feinde des Westens mit Kriegsmaterial belieferten, wurden in der UdSSR gebaut. Alle größeren und schnelleren Schiffe, die Hanoi belieferten, wurden außerhalb der Sowjetunion gebaut.

d) Die sowjetische Autoindustrie

Sutton analysiert die sowjetische Autoindustrie und kommt anhand der in Washington bekannten Information zum Schluß, daß alle Automobil-, Lastwagen- und Automotorentechnologie in Rußland aus dem Westen stammt.

Die sowjetische Militärmaschine besaß 1972 ca. 300000 Militärlastwagen. Damals wurden alle diese Vehikel in Fabriken in Rußland gebaut, die von der amerikanischen Autoindustrie gebaut und geliefert wurden. Bis 1968 war

die größte Autofabrik in Rußland die der Ford Company in Gorki. Aus dieser Fabrik stammten die meisten Fahrzeuge, die auf der Ho-Chi-Minh-Route zirkulierten, um die Nordvietnamesen in Südvietsnam gegen die Amerikaner zu versorgen. Gorki stellte auch den GAZ 69 Raketenlanzierer her, der mit Erfolg gegen die Israelis gebraucht wurde. Gorki baut ebenfalls den russischen Militärjeep nebst anderen Militärvehikeln. So lieferte Gorki damals einen hohen Prozentsatz des militärischen Transportes für die Rote Armee. Die Fabrik wurde von The Ford Motor Company und The Austin Company unter dem Vorwand friedlichen Handels mit den Sowjets gebaut.

Das große Fiatgeschäft in Rußland fing 1968 an, wozu Fiat eine Fabrik erstellen sollte, die rund dreimal so groß sein würde wie Gorki. Dean Rusk und Walt Rostow berichteten dem US-Congreß, daß dieses Geschäft ausschließlich friedlichen Zwecken diene, denn die Fiat-Fabrik könnte ausschließlich nichtmilitärische Vehikel bauen! Man staunt, daß hohe westliche Politiker derart verlogen sein können, ohne sofort ihre Ämter einbüßen zu müssen! Die gleichen Politiker schickten nämlich die Söhne ihrer Kompatrioten in den Krieg, um gegen ihre eigenen militärischen Erzeugnisse zu kämpfen und ihr Leben zu lassen. In Wirklichkeit kann natürlich jede Autofabrik militärische Fahrzeuge herstellen. In den letzten beiden Weltkriegen wurden Autofabriken ohne die geringste Schwierigkeit auf Panzerbau umgestellt. Das weiß doch jeder Techniker und jeder Ingenieur.

Man muß aber noch etwas überlegen: Fiat in Italien baut Autos – und nicht Fabriken, um Autos zu bauen. Die Maschinen, Drehbänke und die sonstigen Geräte, womit man Fiats in Italien sowie in Rußland baut, stammen aus den Fabriken von Gleason, USA, TRW of Cleveland, USA, und von The New Britain Machine Company, USA. Die Tragik dieser Tatsache wird in ein grelles

Licht gestellt, wenn man bedenkt, daß über 46000 junge Amerikaner in Vietnam fielen und daß die Mehrzahl von ihnen von militärischen Maschinen getötet wurden, die auf amerikanischen Drehbänken und anderen amerikanischen Geräten gebaut wurden.

Im Jahre 1973 waren die Sowjets dabei, bei Kama die größte Lastwagenfabrik der Welt zu bauen. Diese Kamafabrik soll jährlich 100000 schwere Zehntonner-Lastwagen bauen. Die Produktion dieser einen Fabrik übertrifft die jährliche Gesamtproduktion aller amerikanischen Lastwagenfabriken. Suttons Frage betrifft dieses Riesenprojektes ist, ob diese Fabrik militärische Vehikel fabrizieren wird. Die Sowjets haben diese Frage natürlich selbst beantwortet; denn nach ihren eigenen Berichten wird der Kamalastwagen 50% produktiver sein als der Zil-130-Lastwagen. Der Zil-130-Lastwagen ist der Standardarmeelastwagen der Sowjets in Vietnam und im Mittelosten gewesen. Der Kamalastwagen soll also als Militärwagen 50% leistungsfähiger sein als sein Vorgänger, der Zil-Lastwagen.

Man stellt sich zuletzt die große Frage: wer hat die Zil-Fabrik gebaut? Antwort: Die Arthur J. Brandt Company, Detroit, Michigan, USA. Und wer baut die Kamafabrik? Information über diese Frage - ausführliche Information - liegt in Washington vor. Aber sämtliche Information ist merkwürdigerweise klassifiziert, d.h. ist von der Regierung aus als geheim gekennzeichnet. Warum? Wenn es sich um eine russische Firma handelt, wird es wohl kaum im Interesse der Amerikaner sein, den Namen dieser russischen Firma zu unterdrücken. Wenn es sich aber um eine westliche oder gar um eine amerikanische Firma handelt, dann kann man es sehr gut verstehen, daß die amerikanische Regierung es nicht gern hätte, wenn es bekannt würde, daß der Westen oder gar die Amerikaner die größte Autofabrik der Welt für russische Militärautos bauen. Man sähe es bestimmt nicht sehr gern, wenn junge

Amerikaner, die in der amerikanischen Armee, Luftwaffe oder Marine dienen, solche Information in Händen hätten; denn gerade sie werden früher oder später in Gefahr laufen, gegen solche Ausrüstung in Afrika, Westeuropa oder auch in Kuba kämpfen zu müssen.

Überall, wo man Informationen über die Herkunft sowjetischer Militärausrüstung einholt, findet man ähnliche Tatsachen wie die obigen. Der sowjetische T 54-Panzer wurde in Kontum, An Loc und Hue eingesetzt. Die gleiche Maschine wurde auch gegen Israel verwendet. Nach allgemein bekannter Information ist die Aufhängung dieses Panzers eine amerikanische Christieaufhängung. Erstaunlicherweise haben die Russen eine Lizenz dafür gekauft, und zwar bei der U.S. Wheel Track Layer Corporation der USA! So wurden amerikanische Soldaten von amerikanisch ausgerüsteten Panzern getötet, die unter amerikanischer Lizenz in Rußland gebaut wurden!

Mr. Sutton fragte Assistant Secretary Kenneth Davis, ob die Kamalastwagen für militärische Zwecke benutzt werden könnten, und ob die Regierung diese Tatsache bei der Erwägung einer Exportlizenz berücksichtigt habe? Zur gleichen Zeit wurde vom gleichen Department Mr. Suttons Bitte um Einsicht in gewisse Dossiers über militärische Hilfe für die Sowjets kategorisch abgelehnt. Jetzt wissen wir also offiziell, daß die amerikanische Regierung militärische Ausrüstung an die Sowjets verkauft, erlaubt es aber ihren eigenen amerikanischen Bürgern nicht, sich davon in Kenntnis zu setzen.

4. Die Rechtfertigung der militärischen Hilfe an die Sowjets

Wie rechtfertigt man diese massive militärische Hilfe an die Sowjets seitens des Westens? Sie wird es ja den Sowjets ermöglichen, mit westlicher Hilfe die restliche, noch

freie westliche Welt mit militärischer Gewalt und Revolution zu überrennen.

a) Erstens wird behauptet, daß andere die gleiche militärische Hilfe leisten würden, wenn die Amerikaner und der Westen es nicht täten. Wenn andere die gleiche Hilfe an die Sowjets leisten, werden sie vom Geschäft profitieren und nicht der Westen, was den Westen schwächen würde.

Diese Ausrede stimmt natürlich nicht, denn außer dem Westen ist kein Land und keine Nation in der Lage, massive Hilfe in diesem Umfang zu leisten. Die Japaner könnten sicher helfen, doch müssen sie bezahlt werden, denn sie verfügen nicht über die Rohstoffe; sie sind, verglichen mit den Amerikanern, noch arm. Die Sowjets könnten sich selbst nicht helfen, denn sie besitzen keine eigene, fortschreitende und fortgeschrittene Technologie dieser Art. Wie sie selbst sagen, borgen sie, stehlen sie oder kaufen sie westliche Technologie, damit sie mehr Zeit und Geld haben, auf anderen revolutionären Gebieten zu arbeiten. Sie reservieren ihre ganze Kraft für ihre eigentliche Aufgabe – die Aufgabe, die Weltrevolution mit Gewalt, Subversion und Atheismus zu fördern. Es kostet weniger Kraftaufwand, westliche Technologie einfach zu kaufen, zu stehlen und zu replizieren. Wenn sie westliche Industrie replizieren, bleibt ihnen mehr Energie, um Forschung über Wege und Mittel zur Subversion, zur Korruption der westlichen Währungen und zur psychisch-moralischen Unterminierung der Freiheit im Westen zu treiben.

Der Westen muß sich ständig anstrengen, um westliche Technologie auf den neuesten, höchsten Stand zu bringen, was große Forschungslaboratorien erforderlich macht. Die Technologie schreitet vorwärts. Selbst die Raumfahrttechnologie übernahmen die Russen ursprünglich von den Deutschen, die nach dem Krieg nach Rußland importiert wurden.

Alle diese Entwicklungen zeigen sehr klar, daß die totalitären Systeme den menschlichen Erfindergeist gründlich erwürgen. Nur freiheitliche, souveräne Geister können wirklich fortschrittlich kreativ arbeiten. Deshalb wird die Sowjetunion gezwungen, das vom Westen her zu importieren, was sie selbst nie entwickeln kann – nämlich die erfinderischen, technologischen Produkte (gut oder schlecht) freier Menschen, die für die Welteroberung nötig sind. Und deshalb wäre es so einfach für den Westen, den russischen kommunistischen Koloß zu stoppen. Man bräuchte nur dafür zu sorgen, daß die Sowjets die Produkte des Geistes freier, westlicher Menschen nicht replizieren können – weder für industrielle noch für kriegerische Zwecke.

Aber dafür müßten freie Menschen keine geizigen, egoistischen Menschen sein. Sie müßten bereit sein, auf wirtschaftlichen, finanziellen Gewinn durch Sowjetgeschäfte zu verzichten, und gerade hier liegt der schwache Punkt des Westens. Um des Gewinnes willen sind die meisten bereit, den Sowjets den Strick zu verkaufen, mit dem die Kommunisten den Westen aufhängen wollen. So ist heute das sowjetische Problem und das Problem eines Verteidigungsbudgets von jährlich mehr als 126 Milliarden US-Dollar eigentlich ein Problem des schwachen, krankhaften westlichen Charakters und der westlichen Psyche. Der Westen braucht dringend eine geistige und geistliche Erneuerung, sonst wird das Sowjetproblem, und deshalb auch das der Währungsinflation, immer größer.

b) Zweitens behauptet man, daß Geschäfte und Handel Frieden durch Kontakte stiften. Wenn man mit den Sowjets handelt, werden sie nach dieser These freundlicher und milder werden. Leider ist diese Idee, obwohl sie so schön klingt, einfach nicht wahr. Dort, wo Frieden herrscht, kann man Handel treiben. Aber Handel an sich erzeugt keinen Frieden. Der amerikanische Schrotteisen-

handel vor dem zweiten Weltkrieg mit Japan hat Pearl Habor nicht vermieden. Der Autohandel zwischen England und Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg hat nicht zum Frieden zwischen den beiden Ländern geführt. Handel an sich erzeugt leider keinen Frieden. Im Gegenteil, der jetzige Handel mit Rußland rüstet Rußland für den Krieg auf, den sie ohne diesen Handel nicht planen könnten.

Was Krieg fördert oder vermeidet, ist der menschliche Wille zum Frieden oder zum Krieg. Der Wille der Sowjets ist durch die Philosophie des aggressiven Marxismus bedingt, die die Welt mit Hilfe von Subversion und auch von Gewalt erobern will. Wenn man diesen marxistischen Willen ändern könnte, dann erst wäre der Friede möglich. Aber Marxismus an sich ist grundsätzlich aggressiv und gebiert nur Revolution, gewalttätige, terroristische und subversive Revolution. Man braucht bloß heutige marxistische Literatur zu lesen oder das DDR-Radio zu hören, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen. Warum rüstet der Westen ein solches System auf? Da dieser aggressive, marxistische Wille vorhanden ist, wird Handel jeglicher Art mit den Marxisten nur zum Krieg – zum härteren Krieg – führen.

Die massive militärische Hilfe an die Sowjetunion kostet natürlich sehr viele Kredite. Kann die Sowjetunion die Milliarden aufreiben, um all diese Lieferungen aus dem Westen zu begleichen? Kredite sind die Triebfeder der Inflation, wie wir schon feststellten. Wer liefert in Wirklichkeit diese Kredite für den Osten? Wenn wir das ermitteln können, werden wir zur gleichen Zeit eine zusätzliche Ursache und Quelle der Weltinflation entdeckt haben.

5. Kredite für totalitäre Staaten, um sie zu «zivilisieren»

Heute vertritt man weit und breit die These, daß man mit totalitären Staaten Handel treiben muß, um sie zu «humanisieren». Auf Englisch heißt diese Idee «Mellowing by Trade» ... Handel macht also milder und weniger rabiat. Aus diesem Grund, so belehrt man uns, ist der Handel mit Diktaturen zu fördern, auch wenn die Geschäfte Verlustgeschäfte sind; denn, so meint man, der Handel bringe den Frieden und Détente.

Diese These entbehrt natürlich jeglicher Begründung. Wohl darf man behaupten: der Handel blüht dort, wo der Friede herrscht, und daß friedlicher Handel entstehen wird, wo Nationen in Frieden leben. Aber Handel an sich erzeugt keinen Frieden – und hat in der Menschheitsgeschichte nie Frieden produziert. Im Gegenteil, der Handel mit feindlich gesonnenen Staaten führte in der Vergangenheit immer früher oder später zum Krieg. Wir zitieren einige konkrete Beispiele: – Vor Pearl Harbor verkauften die USA viel Schrotteisen an Japan, um friedlichen Handel mit diesem damals so aggressiven Staat zu treiben. Der gute Wille Amerikas sollte unter Beweis gestellt werden, so daß Japan dadurch für Amerika «gewonnen» würde. Mit diesen Schrotteisenlieferungen für friedliche Zwecke baute das aggressive Japan seine Kriegsmarine und seine Kriegsindustrie auf, um sich auf den kommenden, von Japan und anderen Diktatoren beschlossenen Krieg vorzubereiten.

Oder man denke an Kuba: die Kuba-Raketenkrise löste zwischen den USA und der Sowjetunion beinahe den nuklearen Krieg aus, denn Rußland wollte Raketen auf Kuba plazieren, womit Amerika bedroht werden könnte. Um diese Krise herbeizuführen, mußte die Sowjetunion allerlei Kriegsrüstung und Raketen von Rußland auf dem Seeweg nach Kuba schicken. Dazu brauchte die Sowjet-

union gute, schnelle Frachter, um die kostbaren Ladungen zu befördern. Die Schiffsmotoren und die Schiffe selbst waren fast ausnahmslos westlicher Herkunft. Viele Motoren wurden bei Burmeister und Wain in Kopenhagen gebaut. Details über das Fabrikat und über die Herkunft der Motoren können bei Antony C. Sutton nachgelesen werden.⁶ Das Resultat dieses «friedlichen» Marinehandels war die Raketenkrise auf Kuba. «Friedlicher Handel» mit aggressiven Staaten steigert die Möglichkeit, ihre eingebaute Aggressivität zu realisieren. So haben die Vereinigten Staaten den Sowjets die Kubakrise direkt durch den Marinehandel ermöglicht – und auch zum größten Teil durch Handelskredite finanziert.

Nach der Kubakrise gingen die USA auf das sogenannte Weizengeschäft mit Rußland ein, was man in Fachkreisen «the Great Wheat Deal» nennt, ein Geschäft das heute noch (1983) andauert. Dieses größte aller Geschäfte dieser Art sollte die Freundschaft zwischen den beiden Ländern versiegeln und die Kluft, die durch die kubanische Raketenkrise zustandekam, überbrücken. Für die USA war es ein Verlustgeschäft, denn der amerikanische Steuerzahler mußte ungefähr 75 Millionen US-Dollar in Form von Agrarsubventionen beitragen. Die amerikanischen Farmer produzierten den Weizen mit Hilfe von Subventionen, geleistet vom amerikanischen Steuerzahler, eine Subvention, die dann dem russischen Staat zugute kam.

Kurz nach Abschluß dieses Geschäftes fing die Sowjetunion an, massive militärische Hilfe nach Nordvietnam zu senden. Um die Versorgung des russischen Volkes zu garantieren, lagerte der marxistische Staat große Mengen des amerikanischen Weizens in Silos ein. Die Sowjets konnten in Südvietnam viel mehr riskieren, wenn die Ernährungsfront zu Hause gesichert war. So stärkte der «friedliche Handel» in Schiffsmotoren und im Schiffbau die russische Marine, um Kuba und Nordvietnam mit

Waffen zu beliefern, während der Weizenhandel die Heimatfront gegen Hungersnot in Kriegszeiten sicherte.

Amerika sicherte dadurch seine eigene militärische Niederlage in Nordvietnam. Um ein Haar wäre das gleiche während der Kuba-Raketenkrise geschehen.

Handel erzeugt keinen Frieden. Der Wille erzeugt Frieden oder Krieg, je nachdem eine Partei aggressiv ist oder nicht. Wo der Friede und der Wille zum Frieden vorhanden sind, dort kann friedlicher Handel den Frieden vertiefen. Aber die Quelle des guten Willens, der für den Frieden unerlässlich ist, liegt nicht im Handel, sondern viel tiefer: nämlich in der menschlichen Psyche, d.h. im menschlichen Herzen.

Man braucht nur Bert Brecht, der Marxist war, zu lesen, um zu der Überzeugung zu gelangen, daß der praktische Marxismus nicht friedlich, sondern höchst aggressiv und auch korrupt ist. Er ist nicht nur theoretisch, akademisch aggressiv, sondern aggressiv mit Hilfe aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel, d.h. mit Totschlag, Gewalt, Haß und Lüge. Der Marxismus will prinzipiell keinen Frieden, sondern nur Revolution, und zwar mit allen Mitteln. Deshalb benutzt er auch den «friedlichen Handel» als Mittel zum Zweck der Weltrevolution. Der Marxismus ist prinzipiell aggressiv und nicht friedlich, deshalb wird «friedlicher» Handel beim Marxismus ausschließlich für aggressive Zwecke benutzt. Alles wird zur Stärkung der eigenen militärischen Position angewendet werden. Wenn der Handel des Ostens mit dem Westen durch westliche Subventionen unterstützt wird, dann stärken die westlichen Subventionen – auch westliche Agrarsubventionen – die marxistische Weltrevolution und beschleunigen den Untergang des Westens. Solche Subventionen im Westen stärken dann nicht nur den Marxismus, sie stärken die Drift der westlichen Währungen zur Inflation, denn solche Subventionen sind verschwenderisch, unproduktiv und deshalb auch inflatorisch.

Helmut Schoeck schreibt zu diesem Thema folgendes: «Der Rüstungsaufwand auf der Welt seit 1948 ist zum größten Teil durch die Aggressivität der kommunistischen Systeme bedingt gewesen. Deren Machthaber können das Wissen um ihre grundsätzliche Unlegitimierbarkeit im eigenen Lande nur durch die Pose militärischer Drohung der freien Welt gegenüber betäuben. Das bloße Dasein der nichtkommunistischen Welt als gefürchtetes Leitbild für Revisionisten und als Fluchtziel unterstreicht täglich die Unwirklichkeit, die Künstlichkeit des eigenen Systems. Eine echte, glaubwürdige und endgültige Entspannung, die Verteidigungsetats spürbar schrumpfen ließe, ist nicht möglich, weil die Führer der großen kommunistischen Systeme grundsätzlich keinen Weg zu einer Normalisierung ihrer Position im eigenen Lande kennen. Sie haben ihn sich von Anfang an durch die Fiktion versperrt, von der sie mit Marx ausgegangen sind: die ebenso naive wie emotionale Gegenüberstellung von stets bösen, reichen Kapitalisten und guten Proletariern, denen das gehört, was andere ihnen vorenthalten. Aus dieser Kindermär läßt sich kein dauerhafter Konsensus, weder innen- noch außenpolitisch ableiten. Deshalb tragen wir das Joch der Rüstung.»⁷ Man könnte mit Recht hinzufügen, daß wir auch das Joch der Inflation teilweise aus den gleichen Gründen tragen, denn das Rüstungsjoch stellt im Grunde genommen unproduktive Arbeit dar.

Die theoretische und praktische Grundlage des Marxismus und des Radikalismus entspricht nicht den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Gesellschaft, die sie erschuf; denn der Marxismus und auch der Radikalismus hegen alle beide ein ganz falsches Bild des Menschen und der menschlichen Gesellschaft. Wie Dürrenmatt⁸ so trefflich schreibt, geht die Marktwirtschaft davon aus, daß alle Menschen etwas Wolfsähnliches in sich tragen. Aber die Wölfe, die Menschen sind, müssen ihre Wolfsspiele nach gewissen Gesetzen ausfüh-

ren. Der Marxismus auf der anderen Seite will, daß alle Menschen sich wie Schäflein benehmen – nur die Parteifunktionäre natürlich nicht. Die sozialistische Brüderschaft hält zusammen und kollaboriert, um ein Paradies auf Erden zu erschaffen, wo keine Konkurrenz mehr vorhanden ist. Alles geschieht nach Plan und friedlicher Übereinstimmung – wie unter Schäflein – KGB und Partei ausgenommen. Die Menschen, die in Wirklichkeit natürlich Wölfe sind, werden beim Marxismus mit einem Schafspelz überzogen, so daß die Wölfe ihre Geschäftsspiele wie Schafe durchführen müssen. So sind die friedlichen sozialistischen schafähnlichen Brüder in Wirklichkeit Wölfe, die in Schafspelzen stecken. Das ganze sozialistische System ist in Wirklichkeit unrealistisch, unwahr ... eine Lüge (Dürrenmatt).

So baut sich der Marxismus auf einem betrügerischen Menschenbild auf. Der wirkliche Mensch ist ein Problem, gerade weil er eine Wolfsnatur besitzt – er ist aggressiv. Gerade diese Aggressivität stellt das große Problem der Psychologen dar. Nun, die Schafsnatur, die die Marxisten den Menschen – lies dem Proletariat – in die Schuhe schieben, ist eine Lüge, eine Unwahrheit, und jeder ehrlich denkende Mensch weiß es auch; das aggressive Wesen des Marxismus beweist es! Die Politik der Ganzheit des marxistischen Systems ist wolfähnlich, sie ist aggressiv, nur dürfen die kleinen Genossen nicht aggressiv sein, sie müssen sich der Partei wie Schafe heuchlerisch fügen. Sie dürfen nur gegen die Kapitalisten aggressiv sein. Den Sozialisten gegenüber müssen sie schafähnlich und kooperativ sein.

Dies alles bringt mit sich, daß das marxistische System eine Art Halbwahrheit darstellt – eine Halbwahrheit über die menschliche Natur und die menschliche Gesellschaft. Da aber eine Halbwahrheit eigentlich eine Lüge ist, kann das marxistische System nur ein Resultat erzeugen: Die Versklavung, die die Unwahrheit immer mit sich bringt.

Aus diesem Grund allein muß das System den Menschen die Freiheit rauben. Um dieses versklavende System in Schach zu halten, nachdem der Westen es aufbaute, muß der Westen enorme Rüstungsausgaben verkraften. Die USA allein gab 1979 126 Milliarden US-Dollar (heute 1983 ist es noch bedeutend mehr) aus, um den Feind in Schach zu halten, den sie selbst gezüchtet hat.

6. Die Kreditpolitik des Westens der Sowjetunion gegenüber

Unser nächstes Postulat ist mit dem Vorhergehenden verwandt und lautet: Die marktwirtschaftliche freie Welt (oder was von ihr übrig geblieben ist) unterhält die Planmonopolwirtschaft des Kommunismus wie ein Wirtsorganismus einen Obligatparasiten unterhält. Die Gründe für diese Aussage sind folgende:

Während des zweiten Weltkrieges gewährten die Vereinigten Staaten den Sowjets die ersten Lieferungsprioritäten für militärische und zivile Projekte.⁹ Ein Drittel der «Lease-Lend» Lieferungen war für Nachkriegsrekonstruktionen bestimmt. Lease-Lend floß bis 1946 von Amerika nach Rußland. Um die Bezahlung dieser Lieferungen zu decken, genoß die Sowjetunion einen 20-jährigen Kredit zu einem Zinssatz von $2 \frac{3}{8}\%$ pro Jahr, ein bedeutend günstigerer Zinssatz als der für normale Geschäfte in Amerika selbst. Bei Inflationsraten von 5–10% jährlich sind diese Kredite natürlich Verlustgeschäfte. Der Steuerzahler, nicht die Lieferfirmen, trägt sie.

Die meisten industriellen Lieferungen nach Rußland werden unter Bedingungen abgeschlossen, die unter den normalen, im internationalen Handel üblichen stehen. Noch dazu kommt die Tatsache, daß gewisse Ostländer ihre Schulden nicht pünktlich oder nur teilweise beglei-

chen. Geschäftsleute, die große Sendungen nach der Sowjetunion tätigen, können die großen Risiken der Nichtbegleichung selbst nicht tragen. Deshalb garantiert in vielen Fällen der Staat diese Lieferungen, damit der Lieferant beim Versagen des Oststaates nicht zu Schaden kommt. Dies bedeutet natürlich, daß der amerikanische oder westliche Steuerzahler als Garant für die Oststaaten, oft ohne es zu wissen, funktionieren muß. Wenn dann der Oststaat tatsächlich nicht bezahlt, muß der westliche Steuerzahler die Lieferung nach Rußland selbst finanzieren.

Der Kommunismus lebt also als Obligatparasit des Westens. Der westliche Steuerzahler weiß nicht, daß mehrere Prozentsätze seiner Steuern auf diese Weise den Kommunismus finanzieren, und daß eine noch viel größere Proportion seiner Steuern für militärische Abwehr gegen den Marxismus, den der Westen aktiv aufbaut, verwendet wird. So baut der Westen den Kommunismus auf, und zur gleichen Zeit gibt er 126 (1979) Milliarden US-Dollar¹⁰ jährlich für Rüstung gegen die Sowjetunion aus.

Wer profitiert nun am meisten von all diesem Treiben? Wohl diejenigen im Westen, die beide Seiten (USA und UdSSR) mit Finanzen und Waffen beliefern!

Einige Details dieser Politik sind hier am Platz. Die Kamalastwagenfabrik hat, wie wir schon sahen, eine jährliche, geplante Leistung von 100000 Zehntonnenlastwagen, Anhängern und Geländefahrzeugen. Alle Technologie für diese Fabrik stammt aus den Vereinigten Staaten. Präsident Nixon gab schon 1972 offen zu, daß diese von seinem Lande gebaute Fabrik militärische Zwecke erfülle. Er fügte aber unverständlicherweise hinzu, daß diese Tatsache schon bei der Erteilung der Exportlizenzen berücksichtigt worden sei.¹¹

Die US-Export-Import-Bank erteilte bis 1973 direkte Anleihen in der Höhe von 86,5 Millionen US-Dollar für den Bau der Fabrik in Kama. Die Chase Manhattan

Bank, die Rockefeller und Warburg gehört, hat Anleihen bis zu 192 Millionen US-Dollar gewährt. Kontrakte für den Bau der Fabrik in Höhe von 14 Millionen US-Dollar wurden für die Swindell-Dressier Co., Gießerei, USA, unterschrieben. Andere am Bau von Kama beteiligte Firmen sind: Ingersoll Milling Machine Company, Rockford, Illinois, USA; E.W. Bliss & Co., Salem, Ohio, USA; Warner & Swasey Co., Cleveland, USA; La Salle Machine Tool Inc., Warren, Michigan, USA und Wiekens Machine Tool, Saginaw, Michigan, USA. Wenn man bedenkt, daß alle Kredite dieser Art die im Umlauf begriffene Geldmenge erhöht und daß diese erhöhte Geldmenge Inflation verursacht, wenn nicht entsprechende Mengen von nützlichen Waren produziert und in den gleichen Umlauf gesetzt werden, wird es klar, warum es bisher schwer möglich war, westliche Inflation einzudämmen; denn die Ware, die durch diese Anleihen fabriziert wird, kommt der Sowjetwirtschaft und nicht der amerikanischen Wirtschaft zugute. Sie ist für den amerikanischen Markt verloren und deshalb dort inflatorisch, während sie in der Sowjetunion deflatorisch wirkt – die sowjetische Währung wird dadurch gestärkt.

Zu diesen direkten Anleihen kommt noch etwas hinzu, das meist übersehen wird. In allen Teilen der Welt expropriieren marxistische Regierungen privatkapitalistische Industrien und Fabriken. So z.B. die Kennecott Kupferbergwerke in Chile, die damals von der marxistischen Allende Regierung annektiert wurden. Durch diese Annektierung allein verlor der Besitzer und Entwickler des ganzen Projektes – die Kennecott Copper Corporation – 50,4 Mio. US-Dollar; und der chilenische Marxismus gewann den gleichen Betrag.¹² Man denke noch dazu an die Verluste der Ölraffinerien in arabischen Ländern, die expropriert wurden. Solche Kapitalverluste zählen als Verschwendung und sind somit inflatorisch.

Der «friedliche» Handel zwischen den USA und der

UdSSR gestaltete sich folgendermaßen weiter: Ware in folgenden Werten wurde von den USA nach der Sowjetunion gesandt:

1963: 45 Mio. US-Dollar

1964: 170 Mio. US-Dollar

(davon 160 Mio. US-Dollar für Weizen)

1965: 90 Mio. US-Dollar

1966: 95 Mio. US-Dollar

1967: 100 Mio. US-Dollar

1968: 110 Mio. US-Dollar

1969: 160 Mio. US-Dollar

1970: 190 Mio. US-Dollar¹³

Bei diesen sehr großen Zahlen muß man bedenken, daß ein solcher Handel nur dann wirklich friedlich ist, wenn die Absichten *der Sowjets friedlich sind*. Wenn aber die Absichten der Sowjets nicht friedlich sind, dann dient all diese technologische Hilfe den nichtfriedlichen Absichten der Marxisten. Würde ein Informierter, der während der vergangenen fünfzig Jahre die Geschichte und die Literatur des Marxismus kennt, je zu behaupten wagen, daß die Absichten des Marxismus der westlichen marktwirtschaftlichen Welt gegenüber friedlich seien? Der moderne kalte und heiße Krieg, den der Marxismus gegen die westliche Welt seit mehr als fünfzig Jahren führt, ist ein rein technologischer Krieg. Warum verkauft oder schenkt also das geplante Opfer des Marxismus, der Westen, den Sowjets die Technologie, die sie benötigen, um die Erfinder der Technologie selbst zu vernichten?

Es gibt nur eine Antwort auf dieses Mysterium – einige wenige westliche Superreiche wollen noch reicher werden, indem sie die Aufrüstung des Westens und des Marxismus finanzieren. Und diese Superreichen sitzen in der Sicherheit des Westens und schicken die Söhne ihres eigenen Landes nach Vietnam, Korea oder sonstwo, um dort vor der Technologie ihres eigenen Landes zu sterben. Die Superreichen bezahlten nicht einmal selbst die verkaufte

Technologie, denn *der westliche Steuerzahler bezahlte fast alles. Die Superreichen selbst bezahlen fast keine Steuern – und finanzieren beide Seiten für den Krieg. Ihre Trusts umgehen die Kleinigkeit der Steuern. So wird der westliche Steuerzahler dazu gezwungen, den Untergang seiner eigenen Söhne und seines eigenen freien Systems zu finanzieren.* Im Prinzip handelt es sich um einen ganz gemeinen Hochverrat seitens einiger Supermagnate gegen den Westen und auch gegen die Menschheit.

Friedlichen Handel und nichtfriedlichen Handel kann man heute nicht trennen; denn fast aller Handel, der friedliche und der nichtfriedliche, ist heute doch mehr oder weniger technologisch. Die Technologie zum Bau eines Autos ist die gleiche, die für einen Panzer gebraucht wird. Will man Autos in der Sowjetunion bauen? Man braucht die gleiche Technologie, um Artillerieschlepper und Panzer zu fabrizieren. Der Zweck, zu dem der Handel benutzt wird, ist absolut von den Absichten *des Empfängers* abhängig, und die Weltabsichten der Marxisten sind ganz einfach gesagt aggressiv und gewalttätig. Deshalb wird von den Marxisten aller Handel mit dem Westen für aggressive Zwecke benutzt. So unterstützt westlicher Handel mit den Sowjets sowjetische aggressive Absichten in Richtung Weltrevolution. Der Westen weiß das, genau wie er vorher durch Hitlers eigene Aussagen über Hitlers Absichten vollkommen orientiert war. Aber eine superreiche Oligarchie im Westen will die Macht des *persönlichen* Reichtums, die aus dem Handel mit den Sowjets auf Kosten des Steuerzahlers stammt, nicht versäumen.

7. Stalin und Vertrauen

Der westliche Mensch ist dazu erzogen worden, Worten zu vertrauen. Nicht aber der Kommunist. Hören wir Jo-

soph Stalin zum Thema Worte und Vertrauen: «Worte dürfen kein Verhältnis zu Taten haben – was würde sonst die Kunst der Diplomatie bedeuten? Worte sind eine Sache, Taten eine andere. Gute Worte sind eine Maske, um schlechte Taten zu verschleiern. Ehrliche Diplomatie ist deshalb genauso unmöglich wie trockenes Wasser oder hölzernes Eisen.»¹⁴

Politische und wirtschaftliche Verträge sind also in marxistischen Augen nur Worte und werden, wie man geschichtlich leicht beweisen kann, dementsprechend behandelt. Das US-Senatskomitee über juridische Fragen (US-Senat Committee on the Judiciary) untersuchte 1955 die beinahe tausend Verträge, die die Sowjetunion mit den USA und anderen Ländern seit ihrer Gründung (1917) unterzeichnet hatte und fand dabei heraus, daß die Sowjetunion praktisch keinen einzigen Vertrag je eingehalten hätte.¹³ Das Komitee schloß seinen Bericht mit folgendem Satz: «Wir bezweifeln es ernsthaft, ob während der ganzen Geschichte der Zivilisation irgendeine große Nation eine solch lügenhafte Vorgeschichte besitzt.»

Aus diesen Tatsachen heraus ziehen wir also zwei Hauptschlüsse:

a) Die Prinzipien des Marxismus verlangen es nicht, daß einem Vertrag irgendwelche verbindliche Bedeutung für die Marxisten zukommt.

b) Die Marxisten der UdSSR sind prinzipiell aggressiv und arbeiten bewußt und hartnäckig auf ein Hauptziel hin – die ganze, restliche noch freie Welt unter den Marxismus zu knechten.

Die Kosten dieser Eroberung der freien Welt sollen, wo nur möglich, von der freien Welt selbst und ihren Steuerzahlern getragen werden. Aber die Kosten dieser Revolution werden leider nicht nur in Dollar und anderen Währungen abgerechnet. Menschen sterben dabei auf beiden Seiten. Abgesehen vom persönlichen Verlust durch den Tod eines jungen Menschen, muß man auch die wirt-

schaftlichen Kosten bedenken. Die jungen Soldaten, die in Korea, Südvietnam, Angola, Mozambique etc. fielen, sind Empfänger von großen Investitionen seitens ihrer Eltern und ihres Staates gewesen, so daß der Verlust dieser jungen Menschen auch wirtschaftliche Folgen haben muß. Man hat ihr erlerntes Know-how verloren, was schlimmere Folgen haben kann als direkte, materielle Verluste.

Überlegen wir folgende Zahlen: Die bolschewistische Revolution und der darauffolgende Bürgerkrieg in Rußland kostete rund 7 Millionen Russen das Leben. Zwischen 1930 und 1950 starben mehr als 20 Millionen Russen in Arbeitslagern. Chruschtschow überwachte persönlich das Massaker von 10000 Ukrainern bei Vinnitsa. Stalins «Sanierung» der Roten Armee 1937 brachte den Tod von 30000 Offizieren und Soldaten mit sich – die Elite der sowjetischen Streitkräfte, die Stalin fürchtete. Der von Rußland ausgelöste finnische Krieg kostete das Leben von 273000 Finnen und Russen. Zwischen 1939 und 1940 töteten die Marxisten bei Katyn rund 30000 polnische Offiziere. Die ungarische Revolte von 1956 kostete ungefähr 25000 Ungarn und etwa 7000 Russen das Leben.

Im koreanischen Krieg starben 33730 junge Amerikaner und 103284 wurden verwundet. Die Kommunisten nahmen 10218 amerikanische Gefangene, wovon nur 3746 nach Amerika heimkehrten. Von diesen Gefangenen weigerten sich 21 repatriiert zu werden. 6451 starben oder wurden in der Gefangenschaft liquidiert. Im gleichen Koreakrieg wurden 118515 UN-Soldaten neben 70000 südkoreanischen Soldaten getötet. Drei Millionen koreanische Zivilisten kamen im Krieg ums Leben.¹⁵

Die 120000 kommunistischen Soldaten, die im Juni 1950 die Invasion von Südkorea vornahmen, waren mit sowjetischen T 34-Panzern, die die amerikanische Christieaufhängung besitzen, mit Hilfe von direkten Nachahmungen von Caterpillartraktoren, um ihre Artillerie zu

schleppen, und mit Hilfe von Lastwagen, die entweder aus der Henry Ford-Fabrik bei Gorki oder aus der ZIL-Fabrik, die von Brandt, USA gebaut wurde, ausgerüstet. Die kommunistische Luftwaffe war zuerst, am Anfang des Krieges, mit 180 Yak-Flugzeugen – gebaut mit Lease-Lend Hilfe – ausgerüstet. Später wurden diese Yak-Maschinen durch MiG 15-Maschinen ersetzt, die alle mit russischen Versionen von Rolls-Royce Motoren ausgerüstet waren. Die Blaupausen dieser Motoren stammen von Rolls-Royce-Maschinen, die 1947 an die Sowjetunion verkauft wurden. Die Wasser-Land-Panzer PT-76 wurden in Volgograd in einer von 80 amerikanischen Firmen gebauten Fabrik hergestellt. US-Finzen standen auch hinter dieser Fabrik.¹⁶

Ca. 80 % der Waffen und der Ausrüstung der Nordvietnamesen für den Krieg in Südvietnam stammten aus der Sowjetunion, die die dazu notwendige Technologie und Finanzen aus den Vereinigten Staaten erhalten hatte.¹⁵ Mitte 1950 exportierten die Sowjets Ware im Wert von rund 3 Mio. US-Dollar jährlich nach Nordvietnam. Bis 1966 betrug der Wert der russischen Exporte nach Nordvietnam ungefähr 148 Mio. US-Dollar. Nordvietnam sandte 1966 und 1967 Ware im Werte von 25,3 Mio. US-Dollar in die Sowjetunion. Mit Hilfe dieser militärischen Ausrüstung aus Rußland konnte Nordvietnam Südvietnam einnehmen. Die ganze Technologie stammte aber aus dem Westen.

Der Kissinger Friedensplan, für den er den Nobel Friedenspreis (!) erhielt, berücksichtigte alle diese Fakten und lieferte Südvietnam bewußt und absichtlich in kommunistische Hände. So starben all diese jungen Menschen vergeblich in Südvietnam. Die horrenden Steuern, die der Westen bezahlt, um politische Schachspiele dieser Art zu finanzieren, waren eine total vergebliche Verschwendung, die zu der Inflation und Abwertung des Dollars direkt nach dem Krieg führte.

8. Das Wettrüsten

Obige Daten können alle in Antony C. Suttons Buch «National Suicide», das wir zitiert haben, nachgelesen werden (Sutton, National Suicide, Arlington House, New Rochelle, N.Y., 1974, Seiten 39–47). In dem der Westen seinen Superfeind, den Kommunismus, technologisch aufbaute, mußte sich der Westen natürlich gegen diesen neuen, von ihm selbst technologisch ausgerüsteten Feind verteidigen. Je stärker die Sowjetunion mit Hilfe des Westens wurde, desto militärisch stärker mußte der Westen werden, um gegen die neue Macht im Osten bestehen zu können. So entstand *das* Wettrennen in *der* Rüstung. Der Kommunismus allein ist auf lange Sicht und aus sich selbst heraus nicht imstande, einen technologischen Krieg zu führen, weil der Kommunismus den Menschen die Freiheit, und deshalb den Erfindergeist, nimmt. Ohne Freiheit des Geistes kann der Mensch technologisch nicht erfinderisch werden. *Die souveräne, persönliche Freiheit hat Amerika zu der größten technologischen Macht gemacht, die die Welt je sah; denn die Menschheit hatte, bis Amerika entstand, nie eine solche persönliche Freiheit genossen.*

Heute hat der Westen eine diktatorische Supermacht gebaut, die tatsächlich so stark ist, daß Amerika allein ein Aufrüstungsetat von 126 Milliarden US-Dollar jährlich (1979) braucht. Diese Last ist schier unerträglich und dient nur zur Inflation des Dollars. Man will natürlich diese Aufrüstung und das Wettrennen abbauen und versucht, dieses Ziel auf dem Verhandlungsweg, wo Worte schier nichts bedeuten, zu erreichen! In Wirklichkeit wäre die Lösung ganz einfach. Man müßte den Geiz und die Habgier der westlichen Superreichen bändigen und es ihnen nicht mehr gestatten, noch reicher zu werden, indem sie beiden Seiten beim Wettrüsten helfen. Aber der Präsident der Vereinigten Staaten (oder anderer westlicher Länder),

der eine solche Maßnahme durchzudrücken versuchte, würde schnell von einem ähnlichen Schicksal ereilt werden, das Präsident Kennedy liquidierte. In zehn Jahren nach einem solchen technologischen Embargo (das aber total und radikal sein müßte) würde die russische Diktatur technologisch nicht mehr Schritt halten können; denn Schritthalten in der technologischen Entwicklung fordert heutzutage freie Menschen und freie Geister, die Freiheit zum Erfinden und zur Entwicklung genießen.

Der Westen selbst ist aber noch dazu von einer einheimischen bürokratischen Diktatur gefährdet. Um diese westliche Form von Versklavung aufzulösen, müßte man die westlichen Monopole und die westliche Diktatur des Finanzamtes entscheidend reduzieren. Denn diese Ämter versklaven die westlichen Menschen durch steueramtliche Expropriierungen, während die sowjetische Diktatur die Expropriierungen mit nackter physischer Macht erreicht. Beide Knechtungsarten führen zum Kollaps menschlicher Zivilisation ... und zum Stillstand in der Technologie.

Das Problem im Westen ist eigentlich ganz einfach. Es gibt wenig westliche Politiker, die stark genug wären, gegen die Macht der Superreichen effektiv vorzugehen. Der Berufskampf in der Politik, wie auch in anderen Berufen, ist derart brutal, daß viele, ehe sie oben ankommen, moralisch schon gebrochene, kompromittierte Menschen sind. Die heutigen Politiker können praktisch nur das durchdrücken, was der Zeitgeist will. Die meisten können nicht mehr führen, sie folgen dem Zeitgeschehen nach, so daß der Westen dadurch ins Verderben schüttelt.

Die Technik des politischen Machtspiels, wonach internationale Supermächte beide Seiten gleichzeitig so aufrüsten, daß ein Wettrüsten entsteht, wovon nur die internationalen Firmen profitieren, wird in Count Egon Caesar Cortis Buch «The Rise of the House of Rothschild» beschrieben.¹⁷

9. Die ideologische Seite

Obiges stellt aber bloß eine Seite einer komplexen Frage dar, nämlich die wirtschaftliche und die finanzielle Seite des Wettrüstens. Es gibt natürlich eine andere Seite des Problems – die rein ideologische Seite. In hohen Regierungskreisen des Westens gibt es bedeutende Männer, die Sympathisanten des ideologischen Marxismus sind. Diese Männer sind vielleicht Feinde des Konzentrationslagers und der Gewalttätigkeit. Doch meinen sie, daß der «reine» Kommunismus ein hohes Ideal darstellt. Es ist auch in ihren Augen nicht gut, daß die Massen zugunsten der Superreichen ausgeplündert werden. In ihren Augen ist Konkurrenz natürlich primitiv und Kollaboration progressiv. Das Prinzip von Laissez-faire ist für sie altmodisch und ineffizient, wogegen die Idee einer Gesamtplanung der ganzen Wirtschaft durch heutige Computertechnik technologisch überlegen sein muß.

Der moderne Computer sollte in der Lage sein, die ganze Ökonomie eines Landes oder gar der Welt zu planen. Die sogenannten Progressiven sind aus diesem Grund bewußte Bürokraten und bevorzugen eine Bürokratie. Führende Politiker des Westens schlagen also ideologisch den gleichen Weg ein wie die kommunistischen Ideologen. Man bedenke dazu, daß einige führende Männer des Westens ihre politischen Karrieren so extrem links anfangen, daß sie in ihrer Jugend als Terroristen arbeiteten.¹⁸ Die neue linke Richtung von Marcuse findet unter heutigen westlichen Politikern nicht wenig Sympathisanten. Radikalismus verschiedener Schattierungen blüht in einflußreichen Regierungskreisen Amerikas und Europas.

Wenn das nun der Fall ist – wenn Regierungskreise Europas und Amerikas Freunde der neuen Linken und der Radikalen sind (und die sozialistischen Parteien und «Grünen» des Westens neigen ganz klar in diese ideologische Richtung) – könnte man es nicht erwarten, daß diese

westlichen, linken Politiker ihren ideologischen Freunden in der Sowjetunion wirtschaftlich helfen würden? Sicher profitierten die Superreichen des Westens von Hilfe dieser Art. Aber nicht alle Politiker profitieren im gleichen Sinn, wie die Superindustriellen des Westens profitieren. Daß die Regierungen und die Arbeitnehmer des Westens Herzen haben, die «links» (Helmut Schmidt) schlagen, ist doch recht klar. Deshalb sehen sie es gern, wenn die Arbeitgeber und die Privatkapitalisten benachteiligt werden. Bei der Beerdigung des durch Terrorismus ermordeten Hans-Martin Schleyer sagte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt offen, daß Schleyer ein unangenehmer Gegner war – Schleyer war der Vertreter der Arbeitgeber und verteidigte sich hartnäckig gegen den linken Radikalismus in Regierungskreisen.

Der linke Radikalismus hat es in Europa so weit gebracht, daß nicht nur extrem sozialistische Ideen in der Wirtschaft und dem Finanzwesen des Westens vertreten werden. Der Atheismus des Linksradikalismus wird in Europa auch fast monopolistisch (außer bei spezifischen Gottesdiensten) im Radio und Fernsehen vertreten. Ich denke an ein frappantes Beispiel, das ich selbst in der Schweiz erlebte.

Als die amerikanischen Astronauten am Heiligen Abend (1969) damals in einer Umlaufbahn um den Mond kreisten, lasen sie aus dem Genesisbericht der Bibel vor und gaben noch dazu ein persönliches, christliches Zeugnis. Millionen von Menschen haben dieses große Ereignis im Fernsehen gesehen und das christliche Zeugnis gehört. Wir haben alles in der Schweiz mitgesehen. Ein Schweizer Kommentator übersetzte aus dem Englischen ins Deutsche, aber man konnte die englische Unterhaltung der Astronauten im Hintergrund deutlich hören und verstehen. Als die Bibel zur Sprache kam, waren wir sehr über die Reaktion des Kommentators erstaunt. Er hörte nämlich plötzlich auf, die Unterhaltung ins Deutsche zu über-

setzen, sagte auch nicht, daß die Astronauten aus dem Alten Testament lasen und ihr christliches Zeugnis gaben. Als man ihn dann fragte, was jetzt im Gang sei, antwortete er, daß es sich um technische Details handle, die man nicht zu übersetzen brauche. Die ganze deutschsprachige Schweiz erhielt also gar keine Information darüber, was die Astronauten wirklich besprochen hatten – nämlich ihren christlichen Glauben. Der Kommentator (Stannek) ist als links bekannt und schaute mit einem beleidigt-spöttischen Gesicht zu, als die Astronauten ihren Glauben an Gott bekannten.

Dieses Ereignis stellt ein typisches Exempel der einseitigen Propaganda, der die westlichen Menschen von Seiten der linken Akademiker durch die Massenmedien regelmäßig ausgesetzt sind, dar. In Rußland werden die Christen oft mehr beachtet als die Christen im Westen, die von ihren eigenen Medien oft einfach ignoriert werden, weil linke Akademiker über alles, was theistisch ist, spötteln.

Obiges Thema bringt uns zum ganzen Fragenkomplex des Radikalismus in höheren westlichen Kreisen.

10. Radikalismus in akademischen Kreisen des Westens

Die bekannte naturwissenschaftliche Zeitschrift «Science»¹⁹ berichtet, daß der US-Staat in der Universität von Massachusetts, Amherst, in den letzten Jahren Radikale, also Marxisten, als Professoren der Nationalökonomie berief. Eine solche Berufung erfolgte etwa folgendermaßen:

Dr. Samuel Bowles war zwischen den Jahren 1966–73 Assistenzprofessor in der Abteilung für Nationalökonomie an der Universität Harvard, wo er wegen seines Radikalismus kaum Aussichten als ordentlicher Professor hatte. Harvard beruft sehr selten Radikale als volle Professoren. Es ist gegen die Politik der Universität, Radikalen

«Tenure» (= Lebensstellungen als Professoren) zu gewähren. Nach zehn Jahren als Assistenzprofessor muß man in den USA «Tenure» bekommen, sonst wird man aus der Universität entlassen. Diese Ordnung nennt man in Nordamerika «Up-or-Out». Bowles wußte, wenn er nach 10 Jahren als Radikaler kein «Tenure» erhielt, würde man ihn entlassen und ihm keine ordentliche Professur anbieten.

Zu der Zeit dieser Entscheidung war Bowles Gastprofessor an der Universität von Massachusetts, wo Nationalökonomie akademisch schwach war. Bowles besaß gute akademische Qualifikationen und bewarb sich dort um eine volle Professur unter der Bedingung allerdings, daß er als Radikaler nicht allein sein würde. Dekan Alfange willigte ein. Als Konsequenz lehrten 1978 an der Staatsuniversität Massachusetts zehn marxistische Radikale *Wirtschaftslehre als Professoren*.

Mit diesem Schritt hat also der US-Staat, der sich zur freien Marktwirtschaft bekennt, marxistische Professoren der Wirtschaft berufen, die mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Marktwirtschaft bekämpfen und zwar in der Universitätsabteilung, die die Nationalökonomie unterrichtet. Der marktwirtschaftliche Staat kommt für die Saläre dieser marxistischen Professoren auf, die dann innerhalb der Staatsuniversität die Marktwirtschaft, von der der Staat abhängig ist und zu der er sich bekennt, von innen unterminieren. Ähnliche Situationen findet man in einer gewissen norddeutschen Universität, wo die Mehrzahl der Professoren in verschiedenen Abteilungen Radikale sind. Der Staat bezahlt so die Unterminierung des eigenen marktwirtschaftlichen Staats, und zwar durch die Steuerzahler, die ihre Steuern mit Hilfe der Marktwirtschaft bezahlen. Kann man immer noch bezweifeln, daß der heutige marktwirtschaftliche Staat voller Links-Sympathisanten ist?

Durch diese Drift zum Marxismus innerhalb des westli-

chen Staates wird die Freiheit des Marktplatzes ernsthaft bedroht, was natürlich mit sich bringt, daß die Zivilfreiheit im Westen von den Universitäten her gefährdet ist. Noch etwas muß man feststellen. «Science» berichtet¹⁷ ganz naiv und unschuldig, daß, seitdem man die Universität von Massachusetts mit Linksradiكالen kolonisierte, Streit, Zank und Unordnung unter den Professoren und auch unter den Studenten herrschen. War das nicht vorauszusehen, wenn man linksradikale Literatur kennt?

In Wirklichkeit sitzen in den höchsten Kreisen im Westen Menschen, die zu ihrem eigenen Nutzen Monopolwirtschaft einführen wollen und die Konkurrenz und Marktwirtschaft nicht mehr dulden möchten, wohl weil sie dadurch nie superreich werden können? Solche Menschen sind natürlich keine wirklichen Ideologen, sie sind eher Egoisten. Indem sie Radikale als Professoren einsetzen, bahnen sie sich den eigenen Weg zur Monopolwirtschaft im Land. Ihnen ist es wahrscheinlich egal, ob die Monopolwirtschaft marxistisch oder korporativ-sozialistisch ist. Die Hauptsache, von ihrem Standpunkt aus, ist wahrscheinlich, daß sie die Monopole verwalten!

11. Entwicklungshilfe ist ein oberster Leitwert des Westens, nicht aber des Kommunismus

Helmut Schoeck²⁰ schreibt, daß die Entwicklungshilfe als eine Pflicht des Westens, nicht aber des Kommunismus angesehen wird. Der Kommunismus lehnt sogar ganz offen jegliche Verpflichtung zur Entwicklungshilfe ab, obwohl er sie ab und zu (wie in Indien) aus politischen Gründen leistet. Sie sei die Aufgabe der westlichen Länder, die die Entwicklungsländer früher als Kolonien ausgeplündert hätten. Man vergißt natürlich, daß viele Länder, die heute zu den Entwicklungsländern gehören, nie Kolonien waren. Man denke zum Beispiel an Äthiopien,

das, mit Ausnahme einer kurzen Zeit unter Italien, immer unabhängig war und doch zu den ärmsten aller Armen gehört.

Diese Politik (daß es Aufgabe und Pflicht des Westens ist, Entwicklungshilfe zu gewähren und daß die Kommunisten nicht pflichtig, weil nicht schuldig, sind) stammt seit 1949 aus dem Point Four Programm von Präsident Truman: «Am 20.1.49 kündigte Harry S. Truman der gesamten Welt an, daß die USA ... sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der unterentwickelten Gebiete des Erdballs zur verpflichtenden Aufgabe machen werden.»²¹

Diese Politik der USA hat nun gewisse Auswirkungen mit sich gebracht, die mit unserem Hauptproblem der Inflation der Währung eng zusammenhängen:

a) Die Entwicklungsprogramme haben unter den Nationen der Erde eine ganz neue Aristokratie hervorgerufen, die erstens sehr kostspielig und zweitens sehr ineffizient ist. Zu diesem Aspekt der Entwicklungshilfe schreibt Helmut Schoeck²²: «... die internationalen Funktionäre, die für unzählige Aufgaben mit oft höchst unklaren Zielvorstellungen und ohne Erfolgskontrollen Blankoschecks erhalten und persönlich von allen Steuern befreit sind. Jede Kritik ... bedroht eine internationale Bürokratenklasse, von deren Größe, Verflechtung und Privilegien sich wenige ein Bild machen. Diese neue Aristokratie hat sich aus jedem Land der Welt rekrutiert ... wer in ihr tätig ist, von der Schreibkraft bis zum Spitzenbeamten, ist grundsätzlich von jeder Einkommenssteuer befreit (er ist weder im Heimatland noch im Lande seiner Tätigkeit steuerpflichtig). Fast immer sind die Mitglieder dieser Entwicklungsbürokratie auch von Einfuhrzöllen, Umsatzsteuer und örtlicher Luxussteuer bei ihrem Verbrauch von Gütern befreit. Es ist ein bisher kaum diskutiertes Paradox, daß die stets moralisierende Hauptlobby für ständig steigende Entwicklungshilfe eine internationa-

le Funktionärschicht ist, die selbst gegen jegliche Auswirkung dieser von ihnen geforderten politischen Humanität auf die Einkommenssteuerbescheide abgeschirmt ist ...»

b) Die Auswirkungen dieser ungerechten Steuerpolitik müssen natürlich in den westlichen Nationen, die die Rechnungen, die diese neue Aristokratie verursacht, bezahlen, inflatorisch sein; denn aus persönlicher Beobachtung in der Türkei haben wir festgestellt, daß bei der Entwicklungshilfe sehr viel Leerlauf und noch mehr Verschwendung geduldet wird.

c) Helmut Schoeck macht klar²³, daß Entwicklungshilfe von Anfang an als ein Mittel gedacht war, mit materialistischen Mitteln den Kommunismus besonders in der Dritten Welt einzudämmen. Es dürfte aber doch von vornherein klar sein, daß man mit rein materialistischen Mitteln keine marxistischen *Ideologien* eindämmen kann. *Ideologien* kann man nur mit besseren *Ideologien* bekämpfen. Mit materialistischen Mitteln kann man die Völker von ihren ideologischen Überzeugungen nicht loskaufen. Zu meinen, daß man Menschen so kaufen kann, beweist, daß man die Menschen nicht versteht. Der Materialist, der so mit sich entwickelnden Völkern umgeht, beweist, daß er selbst ein Egoist und ein Materialist ohne höhere Ideologie ist.

Noch dazu muß man bedenken, daß der Westen selbst von allen Seiten marxistisch-sozialistische Ideologien auf vielen Gebieten der eigenen Wirtschaft, der Politik und der Finanzen übernimmt! Der Hauptverfechter der Freiheit – die USA – beruft sogar ganz bewußt marxistische Professoren, um Nationalökonomie in US-Universitäten zu dozieren! Wie wollen also die USA die «unterentwickelten» Völker vom Marxismus mit Butter und Technologie entwöhnen, wenn sie selbst Marxismus und radikale Praktiken übernehmen? So wird man Marxismus und Kommunismus nie überwinden!

Amerika und England haben Entwicklungshilfe nach

Indien förmlich hineingepumpt, in dem verzweifelten Versuch, das Land vor dem Kommunismus zu retten. Indien steht jetzt nach all dieser «Hilfe» dem Kommunismus näher denn je! Die Entwicklungshilfespender auch! Von 1951 bis 1980 erhielt Indien US-Entwicklungshilfe in der Höhe von 10 Milliarden US-Dollar. Heute ist das Land wirklich ärmer denn je, produziert aber trotzdem Atomenergie und Nuklearwaffen! 1971 schloß Indien trotz amerikanischer Entwicklungshilfe einen Pakt mit der Sowjetunion ab und erhielt von dort Entwicklungshilfe in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar. All diese amerikanische und sowjetische Entwicklungshilfe hat Indien nicht im geringsten geholfen – weder wirtschaftlich noch politisch.

d) Chile zeigt ähnliche Entwicklungen. Helmut Schoeck²⁴ zitiert Zahlen, die zeigen, daß Chile mehr U.S. Entwicklungshilfe als alle anderen südamerikanischen Länder erhielt – berechnet auf der Pro-Kopf-Basis. Kennedy beantragte diese Hilfe unter seinem «Alliance for Progress» Programm. Nach all dieser Hilfe wurde Chile damals kommunistisch.

Materielle Hilfe kann nicht gegen Ideologien vorgehen. Gegenideologien sind unentbehrlich, und gerade solche sind im Westen rar geworden. Die Ideologien, die den Westen vor 100–200 Jahren groß machten, scheinen dem Westen abhanden gekommen zu sein. Zu einem großen Teil sind die Marxisten dafür verantwortlich, daß die westlichen Ideologien verdrängt wurden; denn der Westen selbst ist jetzt dabei, verdünnte marxistische Ideologien in die eigenen Reihen aufzunehmen und versucht mit ihrer Hilfe gegen den ganz virulenten Marxismus von China und der Sowjetunion vorzugehen. Das Resultat dieses Versuches ist von vornherein klar.

e) Es gibt aber noch einen Aspekt der Entwicklungshilfe, den wir erwähnen müssen. Die Sozialisten des Westens und des Ostens beklagen sich über die unerwünschten

psychologischen Folgen der Leistungsgesellschaft der modernen Welt. Die Industrialisierung des Westens – und auch des Ostens – war nur durch die Einführung der Prinzipien der Leistungsgesellschaft möglich, was natürlich allerlei psychische Symptome mit sich brachte: Angstzustände, neurotische Erscheinungen, psychosomatische Symptome begleiten überall die Industrialisierung der Menschheit, die durch den Streß dieser Art Gesellschaft und dieser Lebensweise überfordert worden ist. Die Jugend, besonders des Westens, protestiert gegen diese Entwicklung und lehnt die Leistungsgesellschaft und ihre Folgen, die den Wohlstand ermöglichen, immer entschiedener ab. In Amerika gehen die jungen Leute zurück zu den Wäldern – ein Versuch, die Folgen des Wohlstandes und der Industrialisierung im Westen zu vermeiden.

Warum soll man nun durch die Entwicklungshilfe versuchen, Zustände in den Entwicklungsländern herbeizuführen, gegen die unsere eigene Jugend mit aller Kraft und Entschlossenheit protestiert? Helmut Schoeck schreibt zu diesem Thema: «Eines könnte allerdings helfen, den Schuldkomplex des Westens gegenüber den Unentwickelten abzubauen: wenn die humanitären, die sozialen und die individualpsychologischen Kosten (Überforderung, Hetze, Abhängigkeit von Medikamenten, Unfähigkeit zur Entspannung, Ruhelosigkeit, Verunsicherung, Vereinsamung, hohe Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche) der modernen Industriegesellschaft so groß sind, wie es manche Theologen und andere behaupten, dann ist es moraltheologisch absurd zu behaupten, daß wir die unglücklich Industrialisierten den Unentwickelten etwas vorenthalten oder gestohlen hätten. Die Wirtschaftsstatistiken der Industrieländer können mit denen der in tropischer Entspannung und Ruhe, in dörflicher Solidarität und Gemeinsamkeit lebenden Völker nicht verglichen werden.»²⁵

f) Die Gesetze, besonders die Steuergesetze, die heute

im Westen vorherrschen, hätten die Entwicklung des Westens effektiv blockiert, hätten sie vor 100 Jahren im Westen existiert. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung von damals wäre durch die hohen Steuern von heute erwürgt gewesen. Wenn ein Land sich entwickeln will, muß es ganz tiefe Steuern bezahlen, damit die Menschen Kapital zur Investition sammeln können.

Viele ganz schwache Entwicklungsländer ahmen aber den entwickelten Westen nach, indem sie hohe westliche Steuern in ihren wirtschaftlich schwachen Ländern einführen. Ich denke besonders an die Türkei. Die türkischen Steuern würgen alle dortigen Anfänge einer wirtschaftlichen Initiative ab. Kein Geld bleibt für private Investitionen übrig. Die Menschen lernen dann von den Almosen der Entwicklungshilfe zu leben, was initiativtötend ist. Hohe Steuern kann nur eine starke, blühende *Wirtschaft* vertragen. Zu hohe Steuern töten auch *die stärkste Wirtschaft* ab. Diese *Tatsache* konstatiert man heute überall in *Amerika* und in *Europa*.

g) Entwicklungshilfe sorgt dafür, daß Kapital überall dorthin fließt, wo es sonst nicht hinkäme. Warum? Länder, die im Begriff sind, sozialistisch zu werden, wie Indien, ziehen wenig ausländisches, privates Kapital an. Der Grund ist sehr einfach. Sozialistische Länder haben die Gewohnheit, Privatkapital zu verstaatlichen, und es so zu expropriieren. Deshalb sendet kein vernunftbegabter Mensch sein Kapital dorthin, wo er es ganz sicher verlieren wird.

Nun, Indien sah diese *Tatsache* ein. Doch brauchte das Land dringend ausländisches Privatkapital. Was hat Indien getan, um Privatkapital anzuziehen? Großzügig versprach das indische Finanzministerium, innerhalb von zehn Jahren kein ausländisches Privatkapital zu beschlagnehmen! Der Erfolg einer solchen Garantie war natürlich blendend. Niemand investierte Privatkapital in Indien! Man müßte schizophren sein, wenn man unter solchen Umständen Kapital investierte.

So blieb *das Land kapitalarm* – bis die *Entwicklungshilfe* nach *Indien* kam und *Kapital* dort investierte, wo kein vernünftiger Mensch irgend etwas investiert hätte. Selbstverständlich war aber *dieses Entwicklungskapital Steuergeld*, das man den westlichen Steuerzahlern unter hartem Zwang abnahm, um es dort zu vergeuden, wo kein normaler Mensch irgend etwas investieren würde. *Entwicklungshilfe* sorgt also dafür, daß westliches Kapital dorthin fließt, wo es unvernünftig und unwirtschaftlich ist, irgend etwas zu investieren. *Entwicklungshilfe* stellt eine ausgezeichnete Methode dar, westliches Steuerkapital zu vergeuden. Die Folgen dieser Verschwendung – die der Inflation – bleiben natürlich nicht aus.

h) Der Weltrüstungswettkampf ist seit 1948 zum größten Teil durch kommunistische Aggressivität bedingt worden.²⁶ Zu diesem Thema muß man bedenken, daß die grundsätzliche Unlegitimierbarkeit des marxistischen Systems im eigenen Lande Komplexe unter den Marxisten hervorruft, die durch die Pose militärischer Drohung zugedeckt werden sollen.

Diese Pose stellt eine Art psychologische Panzerung dar, wie man sie oft im täglichen Leben sieht. Deshalb bringt Radikalismus dieser Art Unsicherheit in die Politik, in die Wirtschaft und in das Finanzleben hinein.

Gewisse Gründer des Kommunismus und bestimmte bekannte Führer des westlichen Sozialismus fingen ihre politischen Karrieren als Linksradikale an.²⁷ Stalin warf persönlich die Bomben beim Banküberfall von Tiflis. Die Radikalen brauchten Geld, deshalb mußten sie eine Bank in Tiflis überfallen. Daß unschuldige Menschen (und Pferde) dabei ums Leben kamen, spielte bei den damaligen wie auch bei den heutigen Terroristen keine Rolle. Ein System, das auf einer ideologischen Lüge basiert, muß Gewalt und Brutalität mit sich bringen. Letzten Endes werden die Menschen, die ein System, das eine Lüge ist, vertreten, selbst unter Angst und Unsicherheit leiden.

Aber gerade ein Diktator darf keine Angst und erst recht keine Unsicherheit zeigen. Deshalb deckt er alles mit Brutalität und psychologischer Panzerung zu. Dies stellt eine wohlbekannte psychologische Reaktion dar. Ein System, das mit Hilfe von Lüge und Terrorismus an die politische Macht kam, ist nicht legitimierbar und deshalb muß es in sich selbst unsicher sein. Das marxistische System stellt eine Lüge dar, und es ist deshalb ohne Gewalt und Brutalität nicht lebensfähig. Es muß von der Hilfe anderer wie ein Obligatschmarotzer leben. Aber um diese verunsichernde Tatsache zuzudecken, eignet sich das System eine militante, aggressive, intransigente Pose an. Es lebt in der Pose einer typischen, psychologischen Panzerung, die der inneren Unsicherheit entstammt.

In den obigen Tatsachen finden wir eine sehr große Ursache der heutigen westlichen Inflation. Große Beträge werden an gewisse Entwicklungsländer für zum größten Teil unnütze Zwecke abgegeben. Noch dazu kommen die großen Beträge, die nach Rußland zur Erhaltung des Systems geschickt werden, das man nur als eine Lüge bezeichnen kann. Diese Summen werden jährlich verschwendet, was natürlich die ganze wirtschaftliche Struktur der Spenderländer schwächt. Kreditwirtschaft dieser Art, die nichts Positives, sondern meist Rüstungskonkurrenz gegen den Westen ausrichtet, muß Inflation nach sich ziehen.

Die Unterentwicklung in Rußland und in anderen Ländern ist primär kein Problem der Investitionen und des Kapitals, sondern ein Problem der menschlichen Psyche – diesseits und jenseits des eisernen Vorhangs. Das sowjetische System müßte seine Unlegitimierbarkeit zuerst liquidieren; denn gerade sie ist die Ursache der großen Unsicherheit, Aggressivität und Intransigenz der Marxisten. Aber gerade zu diesem Schritt der metanoia – des Umdenkens – findet der Kommunismus keinen Mut. Das System müßte freie Wahlen ausrufen, allen Menschen Frei-

heit gewähren zu kommen und zu gehen, wie sie wollen. Religionsfreiheit müßte ausgerufen werden. Kurz, das System müßte gründlich umdenken, wenn es die Symptome der psychologischen Panzerung, der Aggressivität und der Intransigenz verlieren will.

Wenn sich nun das kommunistische System durch Umdenken ideologisch helfen lassen würde, dann wäre materielle Hilfe bald nicht mehr nötig; denn die Russen (und die Entwicklungsländer) würden wieder anfangen, produktiv zu arbeiten, zu forschen, persönliche Initiative zu zeigen, wie Igor Sikorski vor dem ersten Weltkrieg es tat. Geld allein wird dies nie in die Wege leiten. Geld und Geist zusammen würden die Revolution der Gewalt und der Lüge im Kommunismus reversieren.

Helmut Schoeck schreibt: «Die staatliche Entwicklungshilfe setzt also am falschen Ende der Kausalkette an, schafft aber in der Regel zugleich neue politische Strukturen (planwirtschaftliche autoritäre Gesellschaften), in denen initiativfreudige Persönlichkeiten gehemmt werden.»²⁸

Am Anfang der 50iger Jahre meinte Präsident Kennedy, Amerika stehe in einem Raumfahrtwettkampf mit Rußland, und befahl, daß Amerika Menschen zur Mondoberfläche und zurück bringen soll und zwar vor 1970. Dieses Projekt gelang den Amerikanern, denn sie besaßen eine dafür adäquate Technologie. Wie es sich aber nachträglich herausstellte, bestand gar kein Wettlauf mit den Sowjets, denn die für ein solches Unterfangen notwendige Technologie existierte in Rußland nicht. Amerika wollte durch dieses Projekt das Prestige gewinnen, das entwickeltste Land der Welt zu sein. So hofften die USA das Ansehen der blockfreien Völker zu gewinnen. In Wirklichkeit erntete Amerika dadurch den Haß der dritten Welt, die das ganze Apolloprojekt als eine Geldverschwendung ansah und meinte, Amerika hätte lieber den unterentwickelten Ländern das ganze Geld für die Raum-

fahrt als Entwicklungshilfe geben müssen! Nach ihrer Einstellung schuldete der Westen den Entwicklungsländern das ganze Geld für die Apolloraumfahrt!

Der gesamte Apollowettlauf beruhte noch dazu auf Mißinformation. Man war nicht genügend über kommunistische Industrie und Technologie informiert. Hätte man das Apollo-Geld in bestehende westliche Industrie investiert, wäre viel Inflation im Westen vermieden worden – obwohl die Raumfahrt westliche Industrie sicher katalysierte.

12. Wie Planwirtschaft im täglichen Leben funktioniert

Zwei amerikanische, russisch sprechende Freunde von mir waren vor einiger Zeit mit ihrem Auto zu Besuch in Sowjetrußland. Unterwegs hatten sie eine Panne und kehrten bei einer Garage ein, um den Reifen reparieren zu lassen.

Sie konnten nicht in die Garage fahren, ein Polizist saß in einer kleinen Zelle vor der Werkstätte und hielt Wache. Nach Rücksprache mit dem Polizisten durften sie das Auto draußen auf der Straße stehen lassen und selbst durch den Eingang die Werkstätte betreten. Hier bekamen sie Formulare zum Ausfüllen: was war der Schaden, warum müsse man ihn beheben, Marke des Autos, etc. etc. Als sie mit dieser Dissertation fertig waren, durften sie auf den Besuch eines Ingenieurs warten, der die Papiere, nicht aber das Auto prüfte. Nachdem er die Reparatur gebilligt hatte, erklärte er, der Reifen würde nächste Woche fertig sein. Die beiden machten ihm klar, daß sie morgen die Stadt verlassen mußten. Da gab es ein großes Palaver. Letzten Endes sagte der Ingenieur, sie könnten morgen abend kommen und den Reifen abholen.

Mittlerweile hatte der eine Amerikaner interessiert zugeschaut, wie man die Autos auf Baumstümpfen hoch-

bockte, um die Reparaturen vorzunehmen. Er holte seine Kamera und photographierte diese «neue» Technologie. Aber da beging er offensichtlich eine sehr große politische Sünde; denn die Polizei eilte herbei und beschuldigte ihn der Spionage. Es entstand ein großes Durcheinander, und man verlangte seine Kamera. Mit großem Geschick lenkte der erste Amerikaner die Aufmerksamkeit der Beamten einige Augenblicke ab, wechselte schnell den Film mit der «neuen» Technologie darauf und rettete ihn. Ein leerer Film ersetzte den ersten Film und der leere Film wurde der Polizei nach einem Scheinkampf zwischen den beiden Amerikanern ausgeliefert. Der Reifen wurde nach einer Technik vulkanisiert, die man vor 50 Jahren in Europa benutzte.

Diese Geschichte wird nur deshalb erzählt, um klarzumachen, wie groß der Verschleiß an Menschenkräften in einer Planwirtschaft sein kann. Eine Armee von Beamten und Bürokraten muß eine kleine Garage verwalten, die im Westen von einem Mann und seiner Frau allein geführt wird.

Wenn man mit dem Auto in Rußland reist, wird einem die Reiseroute mit Hotels vorher festgelegt. Man bezahlt vorneweg und bekommt Coupons für Benzin etc. Wenn man ganz kleine Abweichungen von der vorgeschriebenen Reiseroute vornimmt, erscheint sehr schnell aus dem Nichts ein Polizist und weist einem den Weg auf die richtige Route zurück. Was das alles kosten muß, jeden ausländischen Reisenden auf diese Weise zu überwachen, läßt sich kaum vorstellen. Das Benzin ist derart minderwertiger Qualität, daß viele westliche Motoren es kaum verkraften können. Bei einem derartigen Verschleiß an Menschenkräften kann natürlich von Effizienz in kleinen oder großen Geschäften keine Rede sein.

Ein Aspekt der kommunistischen Tätigkeit ist jedoch nicht ineffizient, wenn auch kostspielig – Spionage und Spitzeldienst. Die Arbeit des KGB im In- und Ausland ist

eine Spezialität, die die Russen mit allen Raffinessen der modernen Technologie entwickelt haben. Der Londoner «Daily Telegraph» vom 13.3.78 berichtet, daß die höchsten Stellen der SPD in Westdeutschland von russischen Agenten penetriert worden waren. Die marxistische Eroberung der BRD nimmt eine hohe Priorität auf der KGB-Liste ein, und die Linkssympathisanten in SPD-Kreisen sind für die sowjetischen Agenten leicht zu gewinnen. Der Daily Telegraph gab Daten an, die die enge Zusammenarbeit der Sowjets mit hohen SPD-Führern in der BRD unter Beweis stellten. Westdeutschland ist eine industrielle Delikatesse, auf die die Sowjetunion nicht verzichten will, weil die BRD eine hocheffiziente Industrie und Technologie besitzt, die die Mängel des sowjetischen industriellen Systems ergänzen würden. Man vergißt aber dabei, daß in dem Augenblick, in dem der Kommunismus, die Verstaatlichung und der Kollektivismus die BRD übernehmen, selbst die jetzt effiziente westdeutsche Industrie auch ineffizient werden muß.

Die kulturelle und wirtschaftliche Zukunft

1. Systemanalyse und Futurologie

Die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft und unseres wirtschaftlichen Systems ist mit der Entwicklung irgendwelcher anderen Systeme zu vergleichen. Systeme aller Arten sind als sich entwickelnde holistische, vernetzte Entitäten zu betrachten, die sich von der Vergangenheit durch die Gegenwart in die Zukunft fortbewegen. Statisch sind solche Systeme und Entitäten nicht. Sie sind mit der Entwicklung von Fabriken, Kulturen und Finanzstrukturen zu vergleichen, denn Systeme sind dynamisch und niemals statisch.

Nach den Prinzipien der Systemanalyse ist die Entwicklung, der Fortschritt und die Leistung eines Systems obiger Art von drei Hauptfaktoren abhängig, und diese drei Hauptfaktoren benutzt der Futurologe, um die Zukunft solcher Systeme vorauszusagen. Die drei Faktoren sind folgende:

1. Der materielle Faktor, d.h. der Faktor, der die Maschinen, die materiellen Einrichtungen etc. bestimmt, die dem System zur Verfügung stehen.

2. Der informationelle Faktor, d.h. das Know-how, die Übung, die Intelligenz oder die «Software», die dem System zur Verfügung stehen.

3. Der strukturelle Faktor, d.h. die Charakteristika, die Zuverlässigkeit, die Ausdauer, die im System inhärent sind. Diesen Faktor nennt man die «Hardware».

Wenn wir nun unsere Welt, unsere Kultur oder unser

Finanzsystem mit einem Skifahrer vergleichen – wie Dr. Johann Millendorfer¹ es tut – wird die Wichtigkeit obengenannter Faktoren klarer, denn die Leistungsfähigkeit des Skifahrers ist auch von den gleichen drei Faktoren, wie oben ausgeführt, abhängig, nämlich:

1. Von seinen Skiern und seiner Ausrüstung, d.h. vom Materiellen, aber auch

2. vom Informationellen, von seinem erlernten Können, d.h. wieviel er geübt hat, wieviel Zeit er sich genommen hat, um zu lernen, kurzum von seinem Training. Man nennt diesen Aspekt «Software». Zu diesen zwei Faktoren kommt der dritte:

3. Die Leistung eines jeden Skifahrers ist auch von seinen charakterlich bedingten Fähigkeiten – wieviel er durchstehen kann, wieviel Ausdauer er hat – d.h. von seiner biologischen und charakterlichen «Verdrahtung» – abhängig. Seine intrinsischen Charaktereigenschaften bedingen seine «Hardware».

Obige drei Faktoren bedingen die totale Leistungsfähigkeit eines jeglichen Skifahrers. Diese Leistungsfähigkeit des Skifahrers kann durch die Änderung der Verhältnisse der drei Faktoren zueinander gesteigert oder auch gesenkt werden.

Erwägen wir folgende Proposition: Nehmen wir an, daß unser Skifahrer ein Grünhorn ist, der nie in seinem Leben auf Brettern gestanden hat. Wenn nun ein solcher, um seine Skileistung zu steigern, sich die teuerste Skiausrüstung, die es überhaupt gibt, kauft, wird sein Geld am verkehrten Ort investiert sein. Ganz gleich wie teuer die von ihm gekaufte Skiausrüstung ist, wird er durch eine bessere Skiausrüstung seine Leistung nicht erhöhen. Es gibt hauptsächlich einen Faktor, der seine Skileistung steigern wird, nämlich Faktor 2 oder die «Software». Unser Grünhorn muß üben, üben und nochmals üben. Wenn ein Skianfänger seine Skileistung erhöhen will, braucht er Software, d.h. Übung. Ganz mittelmäßige Skier genügen

einem solchen. Der Engpaß bei ihm liegt bei Faktor 2, beim Üben. Ein Minimum von Faktor 1 genügt ihm vollkommen. Faktor 2 ist für ihn absolut maßgeblich, um seine Skileistung zu erhöhen.

Nehmen wir nun einen zweiten Fall. Wir haben vor uns ein erstklassiges Ski-As, einen Skimeister des Olympiastandards. Er schnallt sich mit Schuhriemen Bügelbretter aus Mutters Küche an die Füße und versucht, das olympische Slalomrennen zu gewinnen. Natürlich versagt er kläglich. Wie kann unser Ski-As seine schlechte Leistung erhöhen? Mit dem gleichen Faktor 2, der dem Anfänger geholfen hätte? Mit mehr Übung? Nein! Der einzige Faktor, der ihm helfen könnte, wäre Faktor 1 – besseres Material, bessere Skier. Das Ski-As muß bessere, ja die besten Skier, die es gibt, erwerben, wenn er das Slalomrennen gewinnen will.

Also, beim Skianfänger ist Faktor 1 (das Material, die Skier) nicht so maßgeblich, sondern Faktor 2, die Software. Beim Skimeister aber ist Faktor 1, das Material, die Skier, maßgeblich, um Leistung zu erhöhen.

Erwägen wir jetzt eine dritte Möglichkeit. Wir haben vor uns einen Skimeister, der die beste Skiausrüstung besitzt, die es überhaupt gibt. Er nimmt an einem Slalomrennen teil, fährt aber alle Markierpfosten um, fällt dutzend Male hin und bricht sich die Skispitzen während des Rennens ab. Wie soll dieser Skimeister mit den besten Skiern seine miserable Leistung erhöhen? Faktor 1 ist bei ihm schon maximal und optimal. Ebenso Faktor 2. Was kann der arme Mann, um seine Leistung zu erhöhen, unternehmen? Was fehlt ihm? Der Mann hatte angefangen, heimlich zu trinken, so daß seine Leber und auch sein Gleichgewicht nicht mehr in Ordnung sind. Faktor 3 enthält das Geheimnis einer besseren Leistung. Seine Ausdauer ist minderwertig geworden, sein Gleichgewicht ist gestört, sein Stoffwechsel ist nicht mehr in Ordnung. Seitdem er zu trinken angefangen hat, sinkt bei ihm der

Faktor 3, der Faktor Hardware, seine eigene «Verdrahtung». Weder das Material, noch die Übung, also weder Faktor 1 noch Faktor 2 können helfen. Unser Ski-As muß mit dem Trinken aufhören, damit Faktor 3, die Hardware, besser wird. Der Mensch selbst, das Ski-As mit der besten Ausrüstung, die es gibt, muß durch einen starken Willen und durch Motivierung und Abstinenz (Faktor 3), durch «Neinsagen» zu sich selbst, durch Umdenken (Metanoia), wieder auf die Höhe kommen. Die Hardware, das Strukturelle versagt und zwar wegen Mißbrauch des ganzen Systems, und gerade das muß korrigiert werden, ehe er wieder im Slalomrennen konkurrieren kann. Sein Trinkercharakter muß geändert werden.

2. Ein Stück Geschichte interpretiert

Unsere Kultur und unser Wirtschaftssystem vor 200 Jahren sind mit unseren Skifahrern zu vergleichen. Vor 200 Jahren funktionierte, industriell gesehen, unser wirtschaftliches System nicht sehr gut. Es war mit einem Skifahrer zu vergleichen, der weder Skiausrüstung noch Skikönnen zu verzeichnen hatte. Er lernte das Skifahren nicht, weil er keine Zeit und auch keine Skiausrüstung besaß. Vor 200 Jahren waren die Leute zu arm, zu krank, zu falsch ernährt, nicht unterrichtet, sie hatten zu wenig Know-how, um Skifahren zu können. Ihre Werkzeuge waren zu primitiv, Maschinen besaßen sie kaum. Elektrizität, Dampfmaschinen, Werkzeuge und Autos fehlten ihnen. Sie waren mit einem Skifahrer zu vergleichen, der weder das Können noch die Skier besaß. Sie waren wie Skianfänger, die auf Mutters Bügelbrettern standen und dann die schwarze Piste des Lebens herunterfahren wollten.

Zuerst gab die industrielle Revolution solchen Anfängern mit Hilfe der Dampfmaschinen bessere, wenn auch

für unsere Verhältnisse primitive Skier, d.h. bessere Werkzeuge. Diese erste Ausrüstung brachten die damaligen Menschen schnell und effektiv zur Verwendung. Die industrielle Revolution war angebrochen. Im Laufe dieser Revolution brachte jedes Jahr bessere «Skier», bessere Werkzeuge, und jedes Jahr wuchs das industrielle System an Effizienz und Leistung. Wirtschaftswachstum gedieh, die Menschen wurden wohlhabender, medizinische Fazilitäten wurden besser, die Menschen lebten länger und auch besser. Sie lernten mehr. Dieses Wachstum dauerte über 150 Jahre an und brachte ständig vermehrte Prosperität. Rezessionen waren nicht bekannt bis zum Ende der viktorianischen Aera – obwohl Kriege und Pestilenz Knappheit und Hungersnöte auslösten.

Dann kam aber der erste Weltkrieg mit seiner verheerenden Destruktivität und Vernichtung der Werkzeuge der vorhergehenden 150 Jahre. Das ganze System kam ins Wanken, denn die «Skipiste» wurde zu einem großen Teil «zerstört». 1929–31 kam der große Kollaps von Wallstreet, mitten in einem damals unerhörten Wohlstand – alle besaßen die fortgeschrittensten «Skier» und konnten dabei nicht mehr «Skifahren». Faktor 1 war vollkommen in Ordnung. Versuche, den gesellschaftlichen Wohlstand durch bessere Löhne zu erhöhen, schlugen fehl. Die höheren Löhne – ohne höhere Produktivität zu verlangen – lösten Arbeitslosigkeit ins Unermeßliche aus. Um die Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen (Wohlstand zu gewähren, ohne entsprechende produktive Arbeit zu verlangen, die die Basis von wirklich echtem Wohlstand ist) wurden die Steuern auch ins Unermeßliche – oft bis zu 60% des Einkommens – erhöht, was zu völliger Stagnation der Wirtschaft führte. Die Arbeitnehmer wurden dadurch zu teuer, um beschäftigt zu werden. Das Resultat war, daß niemand investierte, um billiger produzieren zu können. Es handelte sich hier um einen Versuch, den Menschen bessere «Skier» zu verschaffen, obwohl sie das

notwendige Know-how zum «Skifahren» nicht besaßen. Das Malheur lag diesmal nicht mehr bei Faktor 1.

Nach dieser großen Rezession von 1929–31 fing man an, Faktor 2 auszubauen. Faktor 2, Software, Know-how wurde entwickelt, der Computer und EDV wurden entwickelt. Management wurde groß geschrieben. Man fing sozusagen an, mit den neuen «Skiern» mehr zu üben, sie besser zu studieren. Das Materielle wurde mehr ausgenutzt. Am Anfang der industriellen Revolution war der Engpaß «Materie», – Faktor 1 – maßgeblich. Der Ausbau dieses Engpasses während mehr als 100 Jahren brachte Wachstum und Fortschritt, Prosperität und Wohlstand. Ein neuer Engpaß war also jetzt entstanden, Engpaß Faktor 2. Engpaß Materie, Engpaß Faktor 1, war nicht mehr maßgeblich. Dafür wurde Faktor 2, Engpaß Software, jetzt kritisch. Diesen Engpaß muß man nun mit Hilfe von neuem Know-how, Wissen, Computer, Marketing, Information, EDV überwinden.

Als die Ausnutzung von Faktor 2 anfang, begann die zweite große Revolution, die weiteres Wirtschaftswachstum ermöglichte. Die Überwindung des ersten Engpasses (Faktor 1) erlaubte dann weiteres Wachstum innerhalb von Faktor 2 – Software-Entwicklung und nicht bloß Entwicklung von Materie, Faktor 1. Der Wohlstand wuchs zum zweiten Mal, diesmal aber aus der Behebung des zweiten Engpasses, so daß nach 1931 besseres Know-how jedem Arbeiter mehr Wohlstand schenkte als je zuvor. Jeder Arbeiter lebte als Ergebnis dieser Entwicklung praktisch besser als die Könige des Mittelalters. Faktoren 1 und 2 waren durch diese zwei Revolutionen keine Engpässe mehr, Wirtschaftswachstum und der es begleitende Wohlstand fingen mit der Ausübung von Faktoren 1 und 2 an, überhand zunehmen.

3. Der 2. Weltkrieg

Aber dann kam der zweite Weltkrieg mit seiner fast unbegrenzten Vernichtung der Produkte von Faktoren 1 und 2. Menschen, Material und Know-how wurden vernichtet. Trotzdem, nach diesem Holocaust, schaffte man während der Jahre 1945–50 schnell neues Material und altes Know-how wieder herbei, Materie und Software waren bald zur Stelle, und das Wirtschaftswunder (1945–54) geschah. Innerhalb kürzester Frist besaßen selbst die Deutschen, die zwei Weltkriege verloren hatten, wiederum einen geradezu fürstlichen Wohlstand, alles wuchs, wirtschaftlich gesehen, schnell wieder heran. Amerikanisches Kapital trug viel zu diesem Wunder bei. In Deutschland war das Materielle gründlich vernichtet worden. Jetzt hatten die Deutschen Vorteile über ihre Besieger, weil sie mit ihren neuen Investitionen, die sie auf Kosten ihrer Besieger anschafften, sinnvoller als ihre Konkurrenten (ihre Besieger) arbeiten konnten. Das Materielle war bei den Deutschen neuer als bei den Siegern. Alles gedieh.

Dann kamen aber die ersten neuen Wolken am Wirtschaftshimmel heraufgezogen. Mit den vielfachen Ölpreissteigerungen nebst den unerhört hohen Steuern (um die Sozialleistungen eines sozialen Staates zu ermöglichen), die zu wenig entsprechende Gegenleistung oder Produktivität seitens der Steuerempfänger lieferten, kam das ganze wirtschaftliche und soziale System wiederum ins Stocken. Das System konnte nicht mehr genügende Produktivität und Effizienz leisten, um einen hohen Wohlstand, einen direkt fürstlichen Wohlstand, zu erhalten. Das Produktionsdefizit schob man auf das Währungssystem und «bezahlte» Ware und Güter mit Papierscheinen, die mit Produktivität wenig zu tun hatten. So wurde das Währungssystem Träger von Schulden, die nie bezahlt oder getilgt wurden. Vertrauen fing wieder zu wanken an, denn das Wachstum, das für einen solchen

Wohlstand in einem prinzipiell defizitären System absolut erforderlich ist, war kaum mehr vorhanden.

Ein dritter, ganz neuer Engpaß war jetzt entstanden. Engpässe wie Faktoren 1 und 2 waren überwunden. Der neue Engpaß wurde durch die wachsende Arbeitslosigkeit verschlimmert. 3 Millionen Arbeitslose in England leben von den Abgaben der wenigen Produktiven im Land. Geld wird für wenig oder gar keine Produktivität ausgegeben. British Leyland lebt von Subventionen in Höhe von vielen Millionen Pfund Sterling jährlich. Wegen Streiks und sozialer Unruhe drohte Mrs. Thatcher mit Schließung des ganzen britischen Eisenbahnnetzes. Auch mit der Schließung der gesamten britischen Stahlindustrie wird wegen Unwirtschaftlichkeit – sage zu hohe Löhne bei zu tiefer Produktivität – gedroht. Die Autoindustrie in England befindet sich in der gleichen Lage.

Selbst die Universitäten in England stehen vor ähnlichen Problemen. Die Professoren stehen vor leeren Klassen – Studenten finden, daß es sich kaum mehr lohnt, 5–7 Jahre zu studieren, um dann keine entsprechend dotierte Stellung finden zu können. Viele diplomierte Akademiker arbeiten als Verkäufer in Supermärkten. Ähnliche Zustände findet man überall in Europa, obwohl die Universitäten dort noch überfüllt sind. Um Arbeitsplätze zu schaffen, dachte der damals sozialistische Staat in Deutschland an noch weitere Staatsverschuldung, obwohl die Zinsen dieser Verschuldung schon längst unerträglich hoch waren – was mit einer Schuld der hohen Steuern ist, die aber auch noch erhöht werden sollten. Die USA rechnen mit einer neuen astronomischen Verschuldung für die nächste Zukunft. Zur gleichen Zeit gibt die Welt bei dieser hoffnungslosen Verschuldung noch 1 Milliarde Dollar täglich für gegenseitige Vernichtung der menschlichen Rasse aus. Durch Schizophrenie dieser Art steht heute das gesamte wirtschaftliche und soziale System wiederum am Rand des Kollapses.

Einige Wirtschaftler schlagen deshalb vor, daß wir wie vor 200 Jahren am Anfang der industriellen Revolution an Faktor 1 herumwerkeln müssen. So möchten die Gewerkschaften das Materielle (Faktor 1) weiter ausbauen, um «den Wohlstand und das Materielle zu bewahren». Solche streiken bei jeder Gelegenheit, um Lohnverbesserungen (sage und schreibe Wohlstandsverbesserungen) zu erzwingen. Alle sollen eine erhöhte Kaufkraft besitzen, auch wenn die Industrie in diesem Maße Wohlstand mitten in einer tieferen Rezession nicht mehr tragen kann. Ob Produktivität und Konkurrenzfähigkeit vorhanden sind oder nicht, Wohlstand, d.h. Faktor 1, muß unter allen Umständen erhalten bleiben! Die Währung soll das Produktivitätsdefizit tragen! Solche «Wirtschaftsexperten» stehen offenbar außerhalb der psychiatrischen Hilfe, denn das ganze System, das man mit Mühe während mehr als 200 Jahren aufbaute, steht unmittelbar vor dem Kollaps, einem Kollaps, der durch Schulden und mangelnde Produktivität zustande kam. Das System liefert nicht genug, um den heutigen Wohlstandsstandard aufrechtzuerhalten, denn praktisch jeder konsumiert mehr, als er produziert, fast jeder ist also defizitär. Doch will man diesen defizitären Zustand doch noch mit Gewalt erhalten und zwar auf Kosten neuer Verschuldung des Währungssystems und ohne die Effizienz der Produktivität innerhalb des Systems zu erhöhen. Unsere «Wirtschaftsexperten» verlangen also im Grunde genommen mehr Faktor 1, um das wirtschaftliche System wieder anzukurbeln. Man scheint noch nicht erkannt zu haben, daß das ganz neue Malheur jetzt gar nicht mehr bei Faktor 1 liegt!

4. Das Beschäftigungsprogramm

Eine der größten Belastungen unseres heutigen Wirtschaftssystems ist natürlich die Arbeitslosigkeit in allen

europäischen und nordamerikanischen Ländern. Die Arbeitslosenunterstützung kostet heute astronomische Zahlen, die sich kein Land leisten kann. Führende deutsche Politiker haben Vorschläge zum Abbau dieser Situation proponiert, und 1983 wird in der BRD ein Beschäftigungsprogramm ausgearbeitet, um hier abzuhelpfen. Diese deutschen Politiker schlagen im Grunde genommen folgendes vor:

1. Jeder Mensch muß kürzer arbeiten – ohne Lohneinbußen selbstverständlich – damit andere Arbeitnehmer sich an seiner Arbeit und an seinem Arbeitsplatz beteiligen können. Die Arbeitsstunden werden also gekürzt – nicht aber der Lohn.

2. Aber nicht nur die täglichen Arbeitsstunden sollen gekürzt werden, die arbeitende Lebenszeit soll gekürzt werden – mit 58 Jahren geht man in den Ruhestand.

3. Die jährlichen Ferienzeiten sollen verlängert werden, damit mehr Menschen beschäftigt werden können.

4. «Schwarzarbeit» soll rigoros unterbunden werden, damit es mehr offizielle Arbeitsplätze gibt.

5. Mehrwertsteuer soll erhöht werden, um die Beschäftigungsprogramme zu finanzieren.

Die Summe all *dieser Maßnahmen* ist natürlich, *daß der Arbeitnehmer teurer wird; denn unter 1. werden seine weniger gewordenen Arbeitsstunden noch teurer, was noch mehr Arbeitslosigkeit auslösen muß. Unter 2. kommt der gleiche Faktor zur Geltung, denn die beruflichen Ausbildungskosten werden über eine kürzere Zeit verteilt, was den Mann, der für 40 Jahre ausgebildet wurde und nur noch 35 Jahre arbeitet, unweigerlich teurer macht. Unter 3. findet man den genau gleichen Faktor, – der Mann arbeitet kürzer für den gleichen Lohn, ergo, er wird teurer. Unter 4. kommt der gleiche Faktor wieder zum Vorschein, denn Schwarzarbeit wird nur deswegen bevorzugt, weil sie billiger ist (weniger soziale Leistungen sind zu bezahlen). Diese Tatsache wird also normale Ar-*

beit auch teurer machen. Unter 5. wird die Mehrwertsteuer höher, was der Steuerzahler bezahlen muß, was ihn auch teurer macht. *Wiederum wird Arbeit teurer, was noch mehr Arbeitslosigkeit auslösen muß.*

Man fragt sich, warum die Politiker, die ihre Hoffnung auf solche Vorschläge zur Überwindung der Arbeitslosigkeit setzen, noch im Amt sind. Das kann wohl nur daran liegen, daß das Wählervolk durch die Massenmedien planmäßig falsch unterrichtet wird. Das Volk bekommt fast nur noch sozialistische Wirtschaftstheorien zu hören – solche, die ihre langfristige und chronische Wirkung zur Genüge in Polen an den Tag legen.

Andere Theorieexperten verlangen heute mehr Faktor 2, um das klaffende Loch im Wirtschaftssystem zu heilen und zu schließen. So verlangt man mehr Marketing, mehr Know-how, mehr Computer, mehr EDV, mehr Forschung und mehr Freizeit zum Üben. Aber an Mangel an Faktor 2 liegt das Übel bestimmt nicht, denn nie in der Geschichte der Menschheit hat man über soviel Software, d.h. technisches Know-how verfügt wie heute. Wohlstand (Faktor 1) und Software (Faktor 2) summieren sich heutzutage zu keinem Engpaß. Die Wirtschaftsbastler, die mehr Faktor 1 und/oder auch mehr Faktor 2 verlangen, um die heutige Wirtschaft anzukurbeln und die Rezession zu überwinden, scheinen ihre Systemanalyse nicht zu kennen. Wer darauf besteht, daß diese beiden Faktoren korrigiert werden müssen, um die heutige Arbeitslosigkeit zu überwinden, kennt die Gesamtsituation zu wenig. Denn, ganz primitiv gesagt, leidet unser heutiges System eher an zu viel Wohlstand, der gegen zu wenig Produktivität für Wohlstand «erworben» wird – jeder konsumiert mehr als er produziert, und die Währung hat bis jetzt das Defizit zwischen diesen beiden Faktoren tragen müssen – was zur Vernichtung der Währung führt!

5. Faktor 3 – Hardware

In Wirklichkeit muß das heutige wirtschaftliche Malheur deshalb an Faktor 3 liegen. Dort muß der heutige Engpaß liegen, an der Hardware, d.h. am Menschen selbst. Die ganze Menschheit hat, wie damals unser Ski-As, das mit den besten Skiern ausgerüstet war, angefangen zu «trinken». Wir haben alle «neue Skier» (wir erwähnen nicht, daß diese gegen genügende Produktivität erworben wurden), d.h. wir besitzen alle Wohlstand und zwar wie kein Fürst im Mittelalter. Dazu verfügen wir alle über Software, wie nie zuvor. Junge Menschen tun kaum etwas anderes als lernen, bis sie 25–30 Jahre alt sind. Computer stehen fast allen zur Verfügung. Faktor 2 ist also in reichlicher Menge vorhanden. Im Überfluß von Material und Software («das Ski-As mit den bestern Skiern, die es gibt») hat der Mensch angefangen zu «trinken». Deshalb ist er unfähig geworden, Faktor 1 und 2 auszunutzen, genau wie unser Ski-As mit der besten Skiausrüstung und dem besten Know-how nichts ausgerichtetete. *Er versagte, er ist «betrunken».* Er ist nicht mehr motiviert, er ist weniger leistungsfähig! *Er ist «schizophren» in seinem Denken.* Er meint, daß er Wohlstand praktisch gratis und unbeschränkt genießen kann. Eine Menschheit, die imstande ist, eine Milliarde Dollar täglich auszugeben, um sich und ihre Umwelt mit Radioaktivität und nuklearen Waffen zu vernichten, während mehr als die Hälfte der Menschheit hungert, ist doch schizophren – gestört! Oder betrunken! Eine Menschheit, die nie einen so hohen Wohlstand genoß, will sich selbst und seinen Wohlstand in seinem «Paradies» mit den raffiniertesten Raketen, bestückt mit Nuklearwaffen, elend vernichten! Aber Homo sapiens, der wissende, weise Mensch, läßt nicht mit sich über seine schizophrene Krankheit und ihre Gefahren reden! Alle Seiten machen fieberhaft weiter. Mit den heutigen nuklearen Mitteln könnte man alles, was lebt, schon

100mal töten. Die Menschheit leidet unter Mangel an Faktor 3, am Strukturellen, am Mangel an Hardware, sie ist «betrunken», halb narkotisiert und wir, die «Skiasse», ausgerüstet mit den besten Skiern, die es überhaupt je gab, taumeln in diesem Zustand die Piste hinunter, kollidieren nicht nur mit Markierpfosten, sondern rasen in voller Fahrt in andere Menschen hinein, verletzen und töten sogar andere und uns selbst.

Wir Menschen können mit unseren neuen Skiern und mit unserer Software nicht mehr umgehen. Wir sind von Sinnen, unsere Denkweise ist unsinnig geworden. Wir brauchen dringend ein «Metanoia», wir müssen umdenken und zu «trinken» aufhören, wir müssen «ausgetrocknet» werden, sonst stirbt unsere Rasse aus.

Die Bibel hat diesen Zustand in seinen Anfangsstadien längst erkannt, lehrt aber, daß es eine heilbare Krankheit ist. Die Therapie war und bleibt «Metanoia», d.h. «Umdenken»: Erkenne, daß Faktor 3, der Mensch, die Hardware selbst, die Ursache dieses Elends ist. Zu deutsch heißt «Metanoia» – man wagt das Wort heute kaum mehr auszusprechen, so unpopulär ist es geworden – «Buße tun».

Vielleicht möchten wir die Wichtigkeit von Faktor 3 nicht so recht anerkennen, weil der Ausdruck «Buße tun» mißbraucht worden ist. Aber im Slalomrennen des Lebens, besonders wenn man die besten Skier und das beste Know-how besitzt, ist es höchst gefährlich, nicht umzudenken und sich «betrunken» auf die schwarze Piste des Lebens zu begeben! Denken und Umdenken sind beide absolut erforderlich. Sonst werden wir uns selbst und auch andere töten.

6. Faktor 3 und unsere heutige Kultur

Gründe liegen sicher vor, die einen Menschen zu trinken veranlassen: Genetik, Frustration, Verzweiflung, Schuld-

gefühle, Untreue in der Ehe, finanzielle Nöte, Arbeitslosigkeit etc. etc. Diese und auch andere Gründe können dazu beitragen, daß ein Mensch Alkoholiker wird oder daß er anfängt, zur Droge zu greifen. Suizid kann auch eine Folge solcher Situationen sein.

Um Platz und Zeit zu sparen, führen wir eine Liste der Situationen an, die unsere Kultur zu Engpässen unter Faktor 3 führen können:

1. Wenn man einem Tier zu viel Nahrung gibt – wollen wir sagen, daß das Tier zwangsernährt wird, um Pâté de fois gras zu produzieren –, wird das Tier, wenn es übersatt ist, mit der sogenannten «Kotzreaktion» reagieren. Es wird versuchen, die überflüssige Nahrung wieder herauszubringen, die es ingestiert hat. Es ist übersättigt und wird deshalb erbrechen.

Unsere Gesellschaft ist ohne Zweifel mit zu billigem «Wohlstand» übersättigt worden und zwar mit einem Wohlstand, der nicht immer «im Schweiß unseres Angesichtes» erarbeitet worden ist. Man hat eine «Konsumgesellschaft» herangezüchtet, die mehr als alles bekommt, was sie wirklich benötigt und zwar oft ohne entsprechende Anstrengung. Deshalb ist die Dankbarkeit für den Wohlstand, den wir genießen, oft nicht vorhanden. Uns «ekelt» vor der guten Speise, die im Überfluß um uns herum liegt. Die Situation in unserer heutigen Gesellschaft ist wie die der Juden in der Wüste. Manna, d.h. Wohlstand, regnete damals vom Himmel, jeder mußte das Manna nur holen, so viel er wollte (4. Mose 11, 5). Die «Kotzreaktion» setzte prompt ein, und sie klagten, daß das gute Manna für sie ekelierend war.

Wie kann man in unserer heutigen Gesellschaft die Destruktivität der Jugend, nicht nur in Zürich, sondern auch in anderen Großstädten erklären? Die Schweizer Jugend genießt sicher den höchsten materiellen Wohlstand der Welt und läuft trotzdem durch die Straßen, um die Geschäfte zu zerstören. Ein Symptom der «Kotzreaktion»!

2. Stalin, Lenin und andere moderne kommunistische Führer sind ihrer Ideologie gemäß daran interessiert, die westliche Kultur zu erobern und zwar, wenn möglich, ohne Krieg führen zu müssen. Zu diesem Zweck versuchen die Revolutionäre die Moral der Jugend zu zersetzen. Diese Zersetzung ist eine starke Waffe, die in obiger Richtung arbeiten kann.

Heute ist es eine wohlbekannte Tatsache, daß Sexualität und Kreativität stark miteinander gekoppelt sind. Die übermäßige Ausübung des Geschlechtstriebes erfordert viel Kraft und schwächt die kreativen Eigenschaften des Menschen. Die jugendliche Kraft wird durch Promiskuität absorbiert. Eine Jugend, die sich mit jedem Mädchen und jedem jungen Mann sexuell ausläßt, wird rasch eine Jugend werden, die geschwächte Kreativität aufweist. Die höchsten charakterlichen Leistungen sind von Menschen entwickelt worden, die auf sexuellem Gebiet Zurückhaltung übten, Menschen, die Nein zu sich selbst sagen konnten. Christus sagte, daß, wer nicht Nein zu sich selbst sagen kann, nicht sein Jünger sein könne (Matth. 16, 24, Mark. 8, 34, Luk. 9, 23). Menschen, die Nein zu sich selbst sagen können, entwickeln stabilere Charaktere und können eher über andere Menschen gerecht regieren. Menschen, die sich selbst gegenüber versagen, indem sie sich ständig auslassen, versagen auch anderen Menschen gegenüber. Kasueller sexueller Verkehr dient mehr zur Charakterzersetzung als die meisten anderen Untugenden des Menschen.

Deshalb ist es in letzter Zeit – besonders unter den Futurologen – klar geworden, daß der sexuell ausgelassene Mensch weniger kreativ ist als der Mensch, der auf diesem Gebiet diszipliniert ist. Die Kreativität eines Volkes sinkt, wenn die Zurückhaltung auf sexuellem Gebiet zersetzt wird. Gerade diese Tatsache macht gewissen Völkern heute sehr zu schaffen. Die Ägypter leiden stark unter diesem Problem, und mit der Verschärfung des sexuel-

len Problems im Lande sinkt die Produktivität des Volkes. Westliche Völker sind jetzt stark in Mitleidenschaft gezogen worden, weil sie schon in der Schule mit jungen Jahren zu sexueller Promiskuität erzogen und sogar aufgefordert werden. Wer Promiskuität nicht ausübt, der gilt als nicht normal, das ist die in den Schulen heute geförderte Propaganda. Die Folge ist, daß das Volk seine Kreativität einbüßt. Die heutige Jugend kann, als Resultat, das einfach nicht aushalten, was die Jugend früher ohne Mühe leistete.

Konkrete Evidenz für diesen Stand der Dinge existiert heute.² Frühere Kulturen sind gerade am Versagen auf dem sexuellen Gebiet zu Grunde gegangen. *Mangel an Zurückhaltung auf sexuellem Gebiet zerstört menschliche Hardware (Faktor 3)*. Diese Tatsache ist heute überall in westlichen und anderen Ländern deutlich – und auch unter den Experten bekannt.

3. Wie wir schon ausgeführt haben, ist es klar, daß viele frühere Kulturen an hohen, expropriativen Steuern zugrunde gegangen sind. Selbst Salomo bestätigte diese Tatsache (Sprüche 29, 4). Nach dieser Erkenntnis zu urteilen, müßte das heutige Wirtschaftssystem direkt im Kollaps liegen!

4. Inflation, wie wir schon gesehen haben, war oft ein Symptom des bevorstehenden Kollapses.

Es wird uns aufgefallen sein, daß Punkte 1–4 alle mit einer psychischen Störung des Menschen zusammenhängen. Die menschliche Hardware versagt und zwar trotz des Materiellen und auch informationellen Überflusses. Der Mensch persönlich versagt. Gründe zu diesem Versagen liegen in den oben zitierten vier Punkten.

7. Milton Friedman, Ronald Reagan und Mrs. Thatcher

Milton Friedman, Ronald Reagan und Mrs. Thatcher erkannten unter vielen anderen, daß Übel Nr. 1 in unserem

wirtschaftlichen System ganz sicher in der Inflation der Währung liegt. Deshalb entschieden alle drei, daß Inflation mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gestoppt werden muß.

Die Methode, die sie benutzen, um dieses Ziel – Inflationsstopp – zu erreichen, war einfach und auch wohlbekannt: Kreditsperren wurden verordnet, das zügellose Wachstum der Menge des zirkulierenden Geldes sollte zum Stillstand gebracht werden, und die Zinssätze wurden stark erhöht. Oft stiegen diese Zinssätze bis zu 25 % und mehr pro annum. Geld wurde teuer und Kredite kaum erschwinglich. Wie erwartet, sank die Inflationsrate in allen Ländern, die diese Maßnahmen ergriffen. Die Folgen dieser Besiegungsmethode waren aber größer, als man voraussah. Niemand konnte investieren, um die Produktion effizienter zu gestalten. Geld war zu teuer. Niemand kaufte mit Hilfe von Krediten – Kredite waren zu teuer und unrentabel. Kurzum, niemand plante für die Zukunft, und das Wirtschaftsleben stagnierte vollkommen. Noch dazu stiegen die Öl- und Energiekosten gerade vor Reagans und Thatchers Maßnahmen derart gewaltig an, daß die Wirtschaft beide «Pillen» zur gleichen Zeit nicht mehr schlucken konnte. In den USA wurden 10 Millionen Arbeiter erwerbslos, in England 3 Millionen, in Deutschland 2 Millionen.

Die Inflation war auf dem Wege, geheilt zu werden, was sicher ein Erfolg war. Aber bei dieser wirtschaftlichen «Therapie» droht der Patient, die Wirtschaft selbst, zu sterben! Was fehlt? Reagan (und Milton Friedman) und Mrs. Thatcher fingen an – als die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Stagnation ihre eigenen politischen Ziele (= im Amt zu bleiben) bedrohten – heimlich die Menge des umlaufenden Geldes wieder zu erhöhen. Zinssätze wurden öffentlich gesenkt und Kredite erleichtert. Mrs. Thatcher senkte gewaltig die Zinssätze und zwar so weit und so schnell, um die sterbende Wirtschaft,

wie sie meinte, zu retten, daß eine Flucht vom Pfund einsetzte. Da mußte sie die Zinssätze rasch wieder erhöhen. Kurzum, Reagan und Thatcher gingen in der Not zu der alten Inflationspolitik zurück! Mrs. Thatcher versuchte ihre Lohnpolitik – alle Lohnerhöhungen sollten durch eine entsprechend höhere Produktivität ausgeglichen und gerechtfertigt werden, – eisern durchzusetzen. Aber es gab Streiks über Streiks, die von den Gewerkschaften angezettelt waren und die nach dem einen Prinzip arbeiteten: Immer mehr Lohn gegen immer weniger Leistung, – weil sie das Wesen des heutigen wirtschaftlichen Notstandes nicht verstanden. Die Wahlurne wird letztlich entscheiden, ob und wann die Rezession besiegt wird.

8. Eine Lösung?

Ende Januar 1983 standen die Geschäfte und die Wirtschaft in Deutschland vor einem schlimmen Engpaß. Der Winter war sehr mild gewesen, und es lagen in den Geschäften und Warenhäusern riesige Lager unverkaufter Ware vor. Die Arbeitslosigkeit drückte das Land derart, daß die Menschen das nicht kaufen konnten, was sie wirklich brauchten. So blieben die Warenhäuser voll und die Kassen leer. Da kam das Topmanagement auf die Idee einer wirklich durchgreifenden Maßnahme: Sie würden Ausverkäufe ausrufen, die zwar weniger Gewinn als normal einbrächten, aber schließlich doch keine Verluste. Da konnte man an einem Montag morgen erstklassige Markenhemden, die sonst 50–60 DM kosteten, für 8 DM kaufen. Anzüge, die sonst 350–400 DM kosteten, waren für 90 DM zu haben. Strümpfe – Paare gegen 5 DM. Da gab es einen regelrechten Sturm auf die Warenhäuser, und bis zum Abend des gleichen Tages waren Millionengeschäfte getätigt worden. Die Genugtuung solcher Käufe war so hoch, daß alle Menschen irgendwie Geld beschafften, um sich solche prächtigen Fänge zu sichern.

Die Genugtuung eines guten Fanges ist der Lockvogel des wirklichen Geschäftes. Wenn die Genugtuung groß genug ist, wird auch der trügste Mensch reagieren und kaufen. Wenn der Preis aber zu hoch ist – relativ zur Genugtuung selbstverständlich – wird kein Mensch kaufen. Die Freude eines guten, preiswerten Kaufes ist so stark, daß jeder zugreift – auch wenn er sonst arm ist.

Wenn die Einstellung menschlicher Arbeitskräfte wirtschaftlich verlockend genug wäre, würden Unternehmer Arbeitskräfte schon einstellen. Weil menschliche Arbeit jetzt aber viel zu teuer ist – relativ zu ihrer Produktivität – gibt es in den USA 10 Millionen arbeitslose Menschen. Würde man die Löhne zu dem Niveau einer produktiven Leistung senken, so daß der Arbeitgeber mehr Genugtuung davon bekäme, würde man niemanden müßig herumstehen lassen. Weil aber der Staat mit Steuern so rabiat ist und weil der Arbeitnehmer mehr verlangt, als er leistet, stagniert alles. Beide müssen auf ein wirtschaftlich tragbares Niveau gesenkt werden. Dies bezieht sich auch auf die Zinssätze und den Preis von Geld. Der Gebrauch von beiden muß produktiv genug sein, um Genugtuung beim Bezahlen zu erwecken.

Am 16.2.83 mußte die Hysterfabrik (hydraulische Liftmaschinen, die auf den Bahnhöfen und in den Warenhäusern beim Verladen gebraucht werden) in Schottland die Bankrottanmeldung erwägen. Die Fabrik, die in einer Stadt in Schottland situiert ist, die viele Arbeitslose aufweist, hatte Millionen an Pfund Sterling verloren, und man beschloß die Schließung der Fabrik. Aber damit wären 500 altbewährte Arbeitnehmer auf die Straße gesetzt worden, und das Management empfand eine große Verantwortung diesen alten Stützen der Fabrik gegenüber.

Die Leitung der Fabrik rief dann das ganze Personal zusammen und erklärte allen ganz offen die Lage. Die Japaner mit ihren billigeren Löhnen und höherer Produktivität hatten ihnen so viel Konkurrenz bereitet, daß sie

über keine Kredite mehr von den Banken verfügten, um weitere Verluste zu finanzieren. Es gäbe nur einen möglichen Ausweg aus diesem Engpaß. Wenn alle Arbeitnehmer, vom Vorsitzenden bis zum Bürojungen, ca. 5-15%, je nach Lohnhöhe, Einbußen hinnähmen, käme man damit durch. Es wäre sogar möglich, daß bei einer solchen Lohnsenkung die Fabrik weitere Aufträge auch von Europa her bekäme (wo die Arbeitnehmer keine Lohnsenkung akzeptierten, sie würden lieber von Arbeitslosenunterstützung leben), die – wenn man sie mit Hilfe von höherer Produktivität realisieren könnte – Extrapersonal erforderlich machen würde. Man rechne dann mit einer Gesamtbelegschaft von sogar 1500 statt wie bisher von 500.

Einstimmig wurde dieser Vorschlag angenommen, und das englische Radio schickte Reporter in die Fabrik, um die wirkliche Stimmung dort zu hören. Alle Arbeitnehmer gingen mit neuer Begeisterung an die Arbeit, sie wußten: unser Brot ist davon abhängig, daß wir tatsächlich mehr und zwar billiger produzieren. Diese Hysterfabrik gehört zu den wenigen Arbeitsstätten, die die Rezession in diesem Teil Schottlands bis jetzt überlebte!

Die Lösung des Problems von Faktor 3 wird nicht mit finanziellem Deichseln zustande kommen, sondern mit einer gesunden Lust zur begeisterten Produktivität. Dafür aber muß die jetzt kranke Hardware innerlich geheilt werden, welches ein Problem der Erneuerung der menschlichen Psyche mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln ist. Seit Keynes lebte die Wirtschaft von einem unsichtbaren Einkommen, das nämlich von einer Inflationsrate in Höhe von 5-50% per annum stammte, wie wir gezeigt haben. Augenblicklich ist die Wirtschaft von unvernünftigen Steuern belastet, wozu noch höhere Energiekosten kommen. Gerade an dem Punkt, an dem die Industrie diese schwindelnden, erhöhten Kosten nicht mehr tragen konnte, entschloß man sich, das versteckte steuerfreie Einkommen aus der Inflation noch dazuzu-

nehmen. Die Verluste von den unsinnigen Steuern, von einem überaus zu großen Regierungsapparat, von rapide gestiegenen Energiekosten summierten sich, so daß das Topmanagement sich entschied, daß die Genugtuung (lies Gewinn) der Führung von Industrie für sie nicht mehr verlockend ist.

Gerade zum Zeitpunkt dieser Feststellung, daß sich nichts mehr lohnt, zu dem Zeitpunkt stagniert alles. In der Wirtschaft – wie bei den Winterausverkäufen in Frankfurt – würde sich prompt alles wiederbeleben, wenn die Genugtuung (die Rentabilität) durch radikale Steuer-senkung und durch rentablere Löhne ins Leben zurückkehrte. Der Mangel an Genugtuung in der Wirtschaft und im Leben trägt zu der Zersetzung durch Faktor 3 bei, wovon wir geschrieben haben. Die wenigen Produktiven im Lande müssen zu viele Menschen tragen, die zu wenig leisten, was auch zu Faktor 3 führt. So wie die Lage jetzt steht, wird es schwerlich möglich sein, die Menschen, die gelernt haben, von zu wenig tun zu leben, wieder produktiv zu machen. Wenn dies der Fall ist, dann wird nur der große Kollaps mit darauffolgendem Neuanfang eine Lösung bieten. Aber die Geschichte der Hysterfabrik zeigt die Möglichkeit einer besseren Lösung.

Die Lehre, die wir aus dem vorhergehenden Text ziehen können, ist wohl folgende: Unsere westlichen Politiker haben in der Vergangenheit, um ins Amt zu kommen und um im Amt zu bleiben, dem Volk planmäßig und konsequent mehr Geld und Ware gegen ihre Arbeit und Dienstleistungen gegeben, als sie in Wirklichkeit durch ihre Produktivität verdient und erworben haben. Durch den Trick der Inflation und der wirtschaftlich nicht tragbaren Löhne und Steuern haben die Politiker sich ihr Amt und Würde mit Hilfe der Bestehung eines künstlich erworbenen Wohlstandes gesichert. Die Politiker und die Volkswirtschaftler schenken der Masse durch hohe Löhne und hohe Kaufkraft mehr, als sie in der Tat produzierte. Die

Rechnung dieses ideologisch sozialistischen Schenkens bezahlten die produzierenden Nichtdefizitären, die ihr Kapital durch die Inflation ständig schrumpfen sahen. Die Politiker aller Färbungen, um im Amt zu bleiben, machten die Masse reicher, als sie durch ihre Produktivität in Wirklichkeit waren, besonders aber die Sozialisten haben planmäßig dem Volk den Besitz und die Produkte anderer mit Hilfe der versteckten Inflation geschenkt, um somit den Wohlstand für weniger Produktive auf Kosten der wirklich Produktiven zu sichern. Der Schenker der Güter anderer, der Verteiler des Eigentums anderer, sicherte damit sein eigenes Amt und Einkommen – auf Kosten anderer. Die Inflation über die Jahre hat diese «Neuverteilung der Prosperität» bewerkstelligt, resultierte aber in Krise über Krise, Rezession über Rezession. Die Vertrauenskrisen werden von denen ausgelöst, die entdecken, daß ihr Hab und Gut durch diese sozialistische Ideologie gestohlen wird.

Die Lehre, die wir aus vorangehendem Text ziehen können und sollen? Sicher die, daß wir unsere Finanzpolitik nicht mehr denen anvertrauen, die sich durch den Mißbrauch derselben Amt und Würde sichern. Mit anderen Worten, wir müssen dafür sorgen, daß die Politiker irgendeiner Richtung keinerlei Gewalt über Finanzen und Finanzpolitik gewinnen. Selbst Präsident Reagan, trotz seiner Erkenntnis auf diesem Gebiet, ist gezwungen worden, seine Finanzpolitik nach den «Notwendigkeiten der Politik» zu biegen (die politische Notbremse!); denn er macht weiterhin noch größere Schulden als sein Vorgänger und kehrt zu inflatorischer Finanzpolitik zurück – weil seine halben Maßnahmen die Arbeitslosigkeit nicht heilten. Es gibt nur eine Methode, Arbeitslosigkeit zu heilen – menschliche Arbeit so zu bezahlen, daß sie sich wirklich produktiv trägt.

Je teurer die Arbeit, desto weniger Arbeitsplätze: das ist doch eine Grundlehre der Wirtschaft! Deshalb je billi-

ger und je produktiver die Löhne, desto höher die Zahl der Arbeitsplätze. Aber Faktor 3 – d.h. Faktor Hardware, der von der psychischen Beschaffenheit des Menschen, von seiner Gediegenheit, von seinem Fleiß und seiner Produktivität abhängig ist, spielt heute auch in der Wirtschaft die maßgebliche Rolle. Das ausgeglichene Innenleben eines Menschen bestimmt letzten Endes Faktor 3 und somit den maßgeblichen Engpaß im ganzen System. Materie und Know-how sind alle reichlich vorhanden, nur der Mensch selbst versagt. Deshalb brauchen wir vor allen Dingen ein erneuertes, menschliches Innenleben als erste Priorität. Unser persönliches Verhältnis zu unserem Schöpfer bedingt unser menschliches Innenleben und somit Faktor 3.

Anmerkungen

Kapitel 1

- 1 Anthony C. Sutton, *The War on Gold*, '76 Press, Seal Beach, California, U.S.A., 1977, S. 47
- 2 Sept. 30th. 1941, House Vommittee on Banking and Currency, vgl. *The War on Gold*, Anthony, C. Sutton, '76 Press, Seal Beach, Calif. U.S.A. 1977, S. 81
- 3 Antony C. Sutton, a.a.O., S. 22
- 4 vgl. *National Geographic*, Ancient Aphrodisias lives through its Art, October 1981, S. 526-551, U.S.A.
- 5 Andrew Dickson White, *Fiat Money Inflation in France* (Toronto, Canada, privately published, 1914, S. 36). Vgl. Antony C. Sutton, a.a.O., S. 34
- 6 Irwin A. Schiff, «The Biggest Con», Freedom Books, Hamden, Connecticut, USA, S. 1-368, 1976
- 7 I.A. Schiff, a.a.O.

Kapitel 2

- 1 P.L. Greaves, jr. *Understandig the Dollar Crisis*, Western Islands, 1973, S. 11
- 2 Vgl. P. L. Greaves, jr. a.a.O., S. 2

Kapitel 3

- 1 *Yearbook of the Stockholm International Peace Reserach Institute* 1977, vgl. *Science*, 12.5.78, 200, S. 633

- 2 National Geographic Magazine, Jan. 1982, S. 2–53
- 3 National Geographic Magazine, January 1972, S. 30,
(Washington, D.C. USA)

Kapitel 4

- 1 Martin Gardner, Mathematical Games, Scientific American, Dec. 1981, 245, S. 16–20
- 2 ebd.
- 3 ebd.
- 4 ebd.
- 5 ebd.
- 6 Jude Wanniski, The Way the World Works: How Economies fail – and Succeed, Basis Books, 1978, USA
- 7 George Gilder, Wealth and Poverty, Basis Books, 1981, USA
- 8 Irving Kristol, Commentary, USA, April 1981, Vgl. auch Mathematical Games, Martin Gardner, Scientific American, Dec. 1981, S. 18
- 9 Jude Wanniski, a.a.O.
- 10 George Gilder, a.a.O.
- 11 Irving Kristol, a.a.O.
- 12 Martin Gardner, a.a.O.

Kapitel 5

- 1 Adam Smith, An inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, George Routledge, London, 1942, – geschrieben im Jahre 1776. Vgl. Percy L. Greaves, Understanding the Dollar Crisis, Western Islands, Boston, Los Angeles, 1973, S. 29
- 2 Karl Marx, Capital, The Communist Manifesto and

other Writings, edited by Max Eastman, Carlton House, USA, 1932, S. 36

3 Günter Rohmoser, Zeitzeichen, Seewald, Stuttgart, 1977, S. 146

Kapitel 7

1 Antony C. Sutton, Arlington House, New Rochelle, N.Y., USA, 1973

2 Präsident Jimmy Carter plante einen Rüstungséat von US-Dollar 117 Milliarden für 1978 und von US-Dollar 126 Milliarden für 1979 und sagte dabei, daß er die Hoffnung fast aufgegeben habe, Ausgaben und Einnahmen vor 1981 ausgleichen zu können. 1981 ist vorbei, ohne Jimmy Carters schwache Hoffnung realisiert zu haben. Das Etat der USA ist sogar noch defizitärer geworden. Das bedeutete natürlich, daß die amerikanische Inflation zu einem sehr großen Teil vom Rüstungswettkampf mit der Sowjetunion bedingt ist und von 1981 an galoppierend zu werden drohte. Diese Voraussage von 1978 hat sich 1982 bereits realisiert. Jede amerikanische wirtschaftliche Hilfe an die Sowjetunion wird unvermeidlich diese Inflation fördern, weil die Verteidigungsausgaben dadurch vergrößert werden. Siehe Science, 199, 3.2.78, S. 507

3 Antony C. Sutton, «Wall Street and the Rise of Hitler», '76 Press, Seal Beach, California, USA, Seite 74

4 Antony C. Sutton, National Suicide – Military Aid to the Sowjet Union, Arlington House, New Rochelle N.Y., USA, S. 255

5 ebd., S. 258

6 Antony C. Sutton, National Suicide, Arlington House, New Rochelle, N.Y., 1974, Appendix C., S. 264–272

- 7 Helmut Schoeck, *Entwicklungshilfe*, Langen Müller, München/Wien, 1972, S. 95
- 8 Friedrich Dürrenmatt, *Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht*, Buchclub Ex Libris, Zürich, Verlag die Arche, Zürich, 1969, 26–32
- 9 A.C. Sutton, *National Suicide*, Arlington House, New Rochelle, N.Y. 1973, S. 24, 33
- 10 vergl. Fußnote 2
- 11 A.C. Sutton, *National Suicide*, S. 134
- 12 A.C. Sutton, *National Suicide*, S. 22
- 13 A.C. Sutton, *National Suicide*, S. 34
- 14 David J. Dallin, zitiert aus «The Real Russia (New Haven: Yale University Press, 1971, S. 71: Zitiert aus A.C. Sutton, *National Suicide*, S. 37
- 15 A.C. Sutton, *National Suicide*, S. 42–44
- 16 ebd.
- 17 *The Rise of the House of Rothschild*, Count Egon Caesar Corti, Western Islands, Boston, Los Angeles, 1972, U.S.A.
- 18 Heinz Scholl, *Der falsche Messias*, VZD Euskirchen, 1976, BRD
- 19 Science, *Radikals at the Universities*. «Critical Mass» at U. Mass. 199, 6.1.78, Seite 34
- 20 Helmut Schoeck, *Entwicklungshilfe*, Langen Müller, *Stichworte*, 1972 Georg Müller Verlag, München/Wien, S. 132
- 21 ebd., S. 65
- 22 ebd., S. 45–46
- 23 ebd., S. 80
- 24 ebd.
- 25 ebd., S. 86–87
- 26 ebd., S. 95
- 27 Heinz Scholl, a.a.O.
- 28 Helmut Schoeck, a.a.O., S. 138–139

Kapitel 8

- 1 Johannes Millendorfer, Fortschritt Diener des Menschen oder Menschen Diener des Fortschrittes, Veritas Verlag, Wien, Linz, Passau, 1980
- 2 Christof Gaspari und Johannes Millendorfer, Konturen einer Wende; Strategien für die Zukunft, Verlag Styria, 1978, Graz, Wien, Köln, S. 79-173

Weitere Literatur von Prof. Wilder Smith:

Inflation: Der Dieb im Haus

factum-Taschenbuch 101

Ein Naturwissenschaftler auf der Kanzel

factum-Taschenbuch 102

Die Erschaffung des Lebens

Taschenbuch, TELOS, 260 Seiten, DM 7.80

Gott: Sein oder Nichtsein?

Paperback, TELOS, 142 Seiten, DM 9.80

Grundlage zu einer neuen Biologie

Paperback, TELOS, 224 Seiten, DM 16.80

Herkunft und Zukunft des Menschen

Taschenbuch, TELOS, 302 Seiten, DM 8.80

Ergriffen? Ergreife!

Taschenbuch, TELOS, 166 Seiten, DM 6.80

Ist das ein Gott der Liebe?

Paperback, TELOS, 126 Seiten, DM 9.80

Ursache und Behandlung der Drogenepidemie

Paperback, TELOS, 178 Seiten, DM 14.80

Warum läßt Gott es zu?

Taschenbuch, TELOS, 64 Seiten, DM 2.80

Der Mensch im Streß

Taschenbuch, Hänssler, 144 Seiten, DM 6.80

Die Demission des wissenschaftlichen Materialismus

Taschenbuch, TELOS, 136 Seiten, DM 4.80

Kunst und Wissenschaft der Ehe

Paperback, TELOS, 168 Seiten, DM 9.80

Die Naturwissenschaften kennen keine Evolution

Paperback, Schwabe, 144 Seiten, DM 21.50

Wer denkt, muß glauben

Taschenbuch, TELOS, 64 Seiten, DM 2.80

Evolution im Kreuzverhör

Paperback, TELOS, ca. 140 Seiten, DM 17.80

Planender Geist gegen planlose Entwicklung

Paperback, Schwabe, 156 Seiten, DM 33.50

Der Mensch - ein sprechender Computer?

Taschenbuch, TELOS, 96 Seiten, DM 4.95

Terrorismus: Das kriminelle Gehirn

Taschenbuch, Schulte + Gerth, 64 Seiten, DM 3.95

Greift der Christ zur Waffe?

Taschenbuch, Schulte + Gerth, 64 Seiten, DM 3.95

Die Zuverlässigkeit der Bibel und christliche Vollmacht

Taschenbuch, Schulte + Gerth, 80 Seiten, DM 3.95

Christus mit auf der Flucht

(Beate Wilder Smith), geheftet, Prodromos, 19 Seiten, DM 1.50

Die Ehe

geheftet, Prodromos, 48 Seiten, DM 1.80

Christ sein: Warum und wie?

geheftet, Prodromos, 19 Seiten, DM 1.20

Tauferkenntnis und Liebe zu Jesus Christus

Taschenbuch, Prodromos, 64 Seiten

Allversöhnung - Ausweg oder Irrweg?

Paperback, Prodromos, DM 4.80

Tonbandkassetten:

(DM 11.80, Hänssler)

Entstehung und Entwicklung des Lebens

Neues zum Thema Glaube und Naturwissenschaft

Evolution, Zeit, Datierung von Fossilien und Genesis und Diskussion

(Teil 1 + 2)

Die Erschaffung des Lebens

Drogen, Süchte und unser Unterbewußtsein (Teil 1 + 2)

Ein Volk in Wohlstand, Streß, Zerfall und Selbstaufgabe (Teil 1 + 2)

Der Materialismus aus wissenschaftlicher und psychologischer Sicht

(Teil 1 + 2)

Literatur in Englisch:

The Causes and Cure of the Drug Epidemie

Paperback, TELOS, 166 Seiten, DM 14.80

God: To Be or not to Be

Paperback, TELOS, 118 Seiten, DM 9.80

A Basis for a New Biology

Taschenbuch, TELOS, 292 Seiten, DM 10.80

Man's Origin, Man's Destiny

Taschenbuch, TELOS, 320 Seiten, DM 11.80

The Paradox of Pain

Paperback, TELOS, 134 Seiten, DM 5.80

He who thinks has to believe

CLP Publishers, P.O.Box 15666, San Diego, CA 92115, USA

The Day Nazi Germany Died

(Beate Wilder-Smith), CLP Publishers, a.a.O.

The Creation of Life

CLP Publishers, a.a.O.

The Natural Sciences know nothing of Evolution

CLP Publishers, a.a.O.

Why does God allow it?

CLP Publishers, a.a.O.

The Drug Users

Harold Shaw Publishers, Wheaton, Illinois

Literatur in Französisch:

Un Dieu d'amour dans un monde de Souffrance

Paperback, TELOS, 128 Seiten, DM 8.80

Literatur in Holländisch (Dutch):

Oorzaak en behandeling van het drugmisbruik

Oosterbaan & Le Cointre BV, Goes, Holland

Wie denkt moet geloven

Buijten & Schipperheijn, Amsterdam, Holland

Grijpt ee christen naar de wapens?

Uitgeverij H. Medema, Postbus 362, 7300 AJ Apeldoorn, Holland

Waarom laat God het toe?

Buijten & Schipperheijn, a.a.O.

Literatur in Norwegisch (Norwegian):

Den som tenker mä tro

(mit Udo Middelman) Prokla-Media, Oslo, Norway

Naturvitenskap uten Evolusjon

Luther Forlag, Oslo, Norway

Literatur in Rumänisch (Roumanian):

Originea omului, Destinue omului

Hänssler, Neuhausen/Stuttgart

Literatur in Tschechisch (Czech):

Prirodni vedy neznaji zadnou evoluci
Rim krestanska Akademie, Vatican, Rome

Literatur in Finnisch (Finnish):

Ajattelen, siis uskon

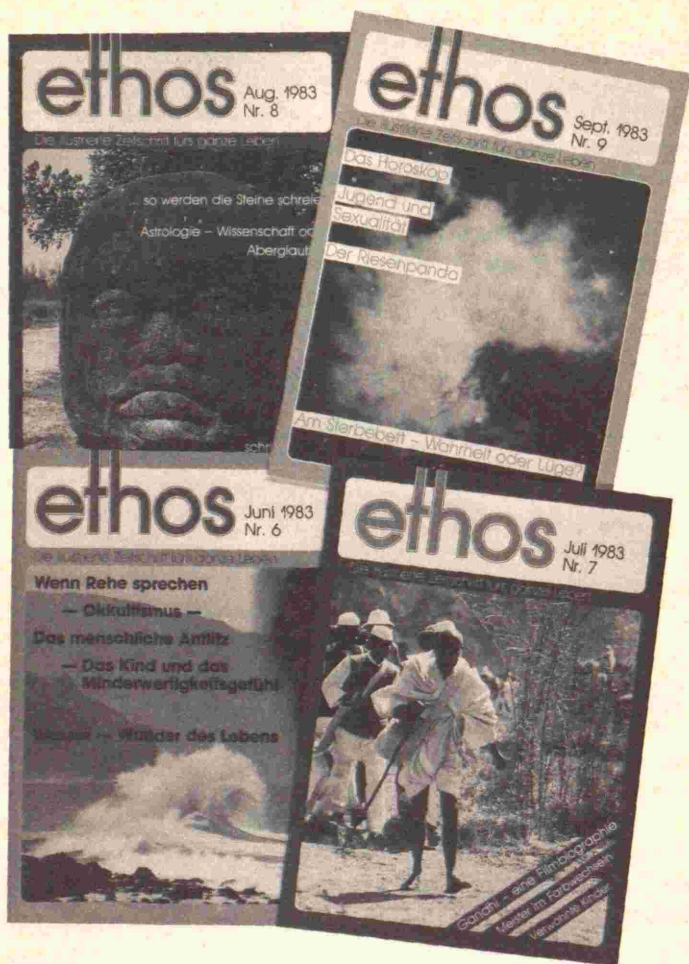
Uusi Tie, Helsinki, Finland

Luonnontieteet eivät tunne Evoluutiota

Werner Söderström, Osakeyhtiö, Provoo-Helsinki-Juva, Finland

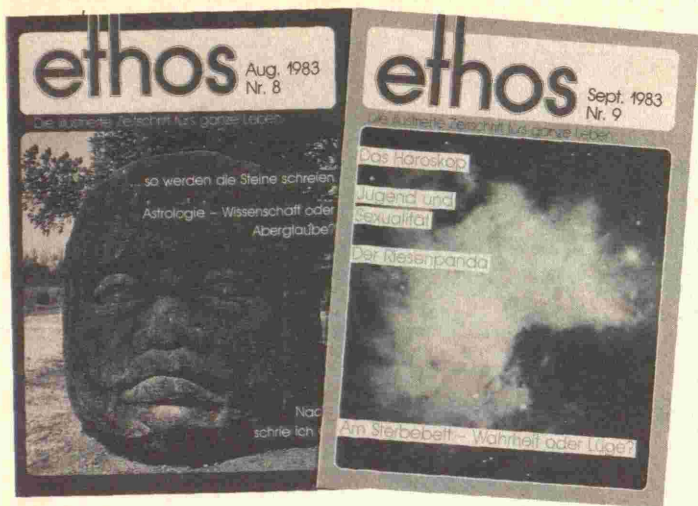
Diese Bücher können Sie bei Ihrer Buchhandlung beziehen oder direkt bei: Schwengeler-Verlag, Rosenberg, CH-9442 Berneck

Diese Zeitschrift sollten Sie lesen:



«ethos»

- die neue illustrierte christliche Familienzeitschrift, die's «in sich hat»!



Als «ethos»-Leser erhalten Sie Ratschläge in Alltagsproblemen und Ehekonflikten, Hilfe bei der Erziehung von Kindern, Auskunft über seelische Störungen und deren Bewältigung, Tips für eine gesündere Lebensweise und vieles andere mehr.

Sie werden staunen über die Wunder in der Schöpfung, über die Geheimnisse versunkener Städte, über das Leben fremder Völker und über die verwandelnde Kraft des Glaubens... Sie lesen auch packende Berichte, Neues aus aller Welt, interessante Kurzgeschichten, Kommentare, Heiteres und Ernstes, und Sie haben die Möglichkeit, christlichen Ärzten, Psychologen und Beratern Ihre persönlichen Fragen zu stellen.

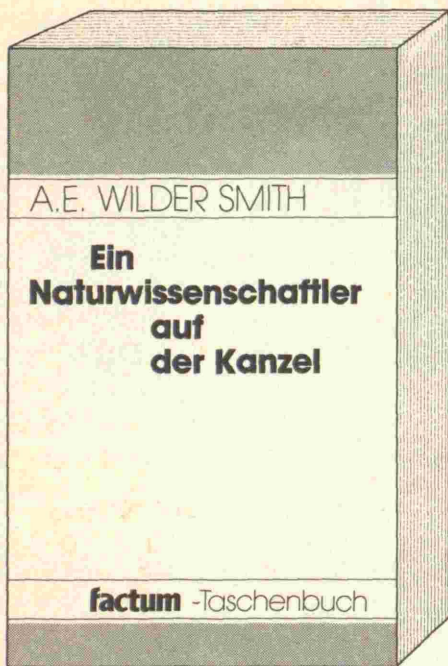
Fordern Sie ein kostenloses Probe-Exemplar an bei:

«ethos», Postfach 263, CH-9435 Heerbrugg

«ethos», Holzmaier 1, D-7988 Wangen

«ethos», Postfach 108, A-6890 Lustenau

oder bestellen Sie ein Abonnement dieser wertvollen Zeitschrift. (Fr. 38.—, exkl. Versandkosten)



Prof.Dr.Dr.Dr. A.E. Wilder Smith

Ein Naturwissenschaftler auf der Kanzel

factum-Taschenbuch Nr. 102

Format: 12 × 19 cm, Leinenstruktur-Umschlag

176 Seiten

Das vorliegende Buch ist eine Sammlung von eindrucklichen biblischen Vorträgen von Professor Wilder Smith, durch die bereits viele denkende Menschen zu einem neuen, notwendigen Nach- und Umdenken gekommen sind.

factum -Taschenbuch

In der westlichen Welt bildet seit vielen Jahren das Recht auf persönlichen Besitz die natürliche Basis der persönlichen Freiheit des Bürgers. Wer einen Bürger enteignet, der entrechtet ihn zur gleichen Zeit.

Das vorliegende Buch beschreibt die Enteignung und deshalb auch die Entrechtung des Bürgers durch das Inflationsverfahren. Konkrete Vorschläge zur Behebung dieser Inflationspolitik werden besprochen. Der Verfasser hat dabei absichtlich den Jargon der Nationalökonomie und der Volkswirtschaft vermieden, um den von den Experten betrogenen Laien zu erreichen.